REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 448 · 15.3.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Die Suche nach dem Antifa-Kurs
2. Tanz den Friedrich Wilhelm! Anmerkungen zum "Preußenjahr" - Joachim Kolb
3. Nürnberger Zeichen gegen das Vergessen. Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen NS-Parteitagsgelände geplant - Bernd Kleinhans
4. Katharina Blum in Passau. LKA München: Antifa doch keine Terroristen - Joachim Kolb
5. Nach Frankfurt folgt Berlin. Nächster Prozess in Sachen Revolutionäre Zellen beginnt - mb., Berlin
6. BAW auf der Jagd nach Spucke. Mittels DNA-Analyse sollen Linke kriminalisiert werden - Peter Nowak
7. Metamorphosen einer Bundestruppe. 50 Jahre BGS: Von der Grenztruppe zur Bundespolizei - Timo Nagel
8. Tödliche Kettenreaktion. NATO-Peacekeeping auf dem Balkan scheitert an eigenen Widersprüchen - Boris Kanzleiter
9. Kriegsverbrecher als Nationalhelden. In Kroatien mobilisieren PatriotInnen für die "Würde des Vaterländischen Krieges" - Doris Akrap
10. Nach dem Mord an Benjamin Hermansen. Rechtspopulistische Tendenzen in Norwegen - K. Blomkvist
11. Fausto Bertinotti: "Die Linke hat schon verloren"
12. Italien wählt rechts - Js.
13. Entschädigung nicht erst in 50 Jahren. Opfer der Apartheid fordern Schuldenstreichung von deutschen Banken - Thomas Seibert
14. Deutsche Waffen, deutsches Geld. Auch unter Rot-Grün floriert der Waffenhandel mit Südafrika - Anke Schwarzer
15. Die Opfer gehen leer aus. Probleme der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) - Anke Schwarzer
16. Das verdrängte Erbe. Die Folgen von Apartheid und Kaltem Krieg für das südliche Afrika - Joachim Becker
17. Plan Colombia in Aktion. "Drogenbekämpfung" mit Söldnertruppen aus den USA - Dario Azzellini
18. Guerilla und Regierung im Gespräch. Neue Verhandlungen zwischen FARC und Regierung in Kolumbien - Dario Azzellini
19. Selbstorganisation der Schwarzen. Interview mit Mitgliedern vom Proceso de Comunidades Negras aus Kolumbien
20. "Wir sind eine notwendige kritische Stimme." Interview mit Alejandro Moreno von der mexikanischen Zeitschrift "La Guillotina"
21. Reguliertes Chaos in Indonesien - Rainer Werning
22. Nicht Wegducken. Eine Replik auf "Grenzen der Anständigkeit" (ak 444) - Andreas Dammann
23. Burschen schaffen Eliten - NV
24. Ungleiche Partner. Selbsthilfe zwischen Pharmainteressen und Wissensmacht - Erika Feyerabend
25. Schweres Räumgerät und Straßenkämpfe. Auseinandersetzungen beim Daewoo-Streik in Südkorea - Wolfgang Pomrehn
26. Wie weiter mit der Antifa-Bewegung? Rückblicke und Ausblicke aus Sicht des Antifaschistischen Infoblatts - AIB-Redaktion
27. Der rechte Nietzsche im Bauch eines linken trojanischen Pferdes - Detlef Hartmann
28. Der Kaiser als Spießer. Geschichtsklitterung in "Majestät brauchen Sonne" - Alexander Neumann
29. Der orbitale Blick. Stanley Kubricks Film "2001 - Odyssee im Weltraum" - ge., Hamburg
30. Von der Analyse und Kritik zum Widerstand gegen Castor - Jochen Stay
31. Was ... Wann ... Wo ... Anti-Castor-Termine
32. Nach dem Castor ist vor dem Castor - Matthias Mauser
33. Rot-grün forciert Neubau von AKWs - Henrik Paulitz
34. Atommülllager: Lizenz zum Dauerbetrieb - DSe
35. Internet als Praxisfeld. Interview mit nadir.org über neue Vernetzungen und Nutzungsformen im www

36. Von Funktionärsdebatten zur Selbstorganisation. Neue kommunistische Initiativen - ein Überblick - Henning Böke
37. Alienistischer Störfaktor bei Phi = -0,42148. Neue Bücher zu Internationalismus, NGOs und Herrschaftskritik - ef.
38. Waffen für die Welt. Rüstungsexporte: Rot-Grün ist spitze - Thomas Klein
39. AUFGEBLÄTTERT
40. LESERINNENBRIEFE
41. KALENDER
42. Wir brauchen 60.000 DM für ak
43. Akte Apartheid geschlossen

1. Die Suche nach dem Antifa-Kurs

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/antifa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:antifa

Vom großen staatlichen Antifahype ist kaum noch etwas zu vernehmen. Der von Bundeskanzler Schröder im vergangenen Sommer verordnete "Aufstand der Anständigen" kann als beendet angesehen werden - wenn es ihn überhaupt gegeben hat. Sinn und Zweck der Übung gelten als erfüllt. Das Gewissen ist beruhigt. Dem wachsamen Ausland wurde ein wehrhafter Staat gezeigt. Die exportierende Industrie hatÆs gefreut; der für den Standort Deutschland Kapital akquirierende Hilmar Kopper kann Höchststände vermelden. Deutschland einig Antifa hat den Härtetest bestanden.

Dass die Nazis weiter MigrantInnen durch die Straßen jagen und Obdachlose angreifen, wird von den Medien zwar noch wahr genommen. Auswirkungen auf die staatliche Politik ergeben sich daraus aber nicht. Die nachweisbare Zunahme rechtsextremer Gewalttaten wird wieder klein geredet und auf das veränderte Anzeigeverhalten aufmerksamer BürgerInnen zurückgeführt.

Innenminister Schilys Handlungsmaxime orientiert sich nach wie vor an der "Das-Boot- ist-voll"-Ideologie. Auf deutsche Initiative hin werden die EU-Außengrenzen noch stärker abgeschottet. Die Grünen als vorgebliches Korrektiv sozialdemokratischer Politik wollen im Gegenzug alles nicht gar so krass formuliert haben. An der Verwertungslogik als gesellschaftlichem Grundprinzip ändert sich nichts. Wenn nicht schöne Worte, sondern Taten - und vor allem Geld - gefordert sind, versagen "unsere Eliten" kläglich, wie ihr endloses Gezerre um die "Entschädigung" von ZwangsarbeiterInnen zeigt. Nicht erst seit der staatlichen "Offensive gegen rechts" ist die Antifabewegung in der Defensive. Jeden Samstag den Glatzköpfen hinterher zu hecheln macht auf die Dauer wenig Sinn, so notwendig antifaschistische Aktionen vor Ort auch sind. Besondere Schwierigkeiten hat eine autonome antifaschistische Bewegung mit dem Anspruch, in ihren Aktionen zugleich eine antikapitalistische Perspektive deutlich werden zu lassen. Antifaschismus ist per se erst einmal eine bündnispolitisch ausgerichtete Bewegung, die bei der Kapitalismuskritik zwangsläufig an Grenzen stößt. So richtig Horkheimers Satz ist "Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte über den Faschismus schweigen" - als Minimalkonsens einer antifaschistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit eignet er sich nicht.

Linksradikale antifaschistische Arbeit darf nicht zum Ritual auf der Straße verkommen. Sie muss die Kritik an allen gesellschaftlichen und sozialen Machtverhältnissen mit dem Kampf gegen Stiefelnazis, Wohlstands-ChauvinistInnen und SchreibtischrassistInnen verbinden. Dabei wird neben der Kritik am modernisierten Patriarchat auch die soziale Frage stärker zu thematisieren sein. Das hat nichts mit einer Orientierung auf einen zentralen Hauptwiderspruch oder gar mit einem Verständnisgesäusel gegenüber schlägernden sozial Marginalisierten zu tun, aber vieles damit, Spaltungslinien in der Gesellschaft nicht nur nicht zu akzeptieren, sondern für eine egalitäre Gesellschaft einzutreten. Antifaschistische Politik heißt auch, die Zusammenarbeit deutscher Linker mit Gruppen von MigrantInnen zu intensivieren. Der linksradikale Flügel einer antifaschistischen Bewegung sollte den inhaltlichen Spagat eingehen, wieder eindeutig vom Kapitalismus und seinen Auswirkungen zu reden, ohne potenzielle BündnispartnerInnen zu überfordern. Dieser Diskussion wollen sich Gruppen aus der autonomen Antifabewegung auf einem Kongress im April in Göttingen stellen.

Wir dokumentieren ein Diskussionspapier, das zumindest die richtigen Fragen stellt.

Seite 24-25

2. Tanz den Friedrich Wilhelm! Anmerkungen zum "Preußenjahr"

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:25

Vor exakt 300 Jahren krönte sich der Brandenburgische Kurfürst Friedrich III. zum König Friedrich I. von Preußen. Für bundesdeutsche Politprominenz Anlass genug, das Jahr 2001 zum sogenannten "Preußenjahr" zu erklären, das mit über 600 Veranstaltungen, rund 100 Ausstellungen und einer ganzen Flut von Publikationen begangen wird. 25 Millionen Mark machen die Bundesländer Berlin und Brandenburg für diese Feierlichkeiten locker, in denen hauptsächlich die schöngeistigen Seiten der Hohenzollern-Dynastie in den Vordergrund gestellt werden sollen. Besonders die Brandenburgische Hauptstadt Potsdam hofft, mit dem Preußenkult zusätzliche Touristen anlocken zu können.

Doch die neue deutsche Preußenwelle ist mehr als nur eine harmlose Touri-Attraktion. "Das Preußische" soll für eine wachsende politische Anhängerschaft in einer zunehmend ausdifferenzierten und flexibilisierten Gesellschaft auch als identitätsstiftendes Leitbild dienen. Dessen antidemokratischer Gehalt kommt den Anforderungen eines neoliberalen Kapitalismus dabei durchaus entgegen.

Dass mit Manfred Kanther oder Roland Koch jener Teil der CDU, der den rechtskonservativen Burschenschaften entstammt, zu allen Zeiten Preußen anbetete, ist ein offenes Geheimnis. Doch im Moment kann sich kaum jemand aus der bundesdeutschen Politprominenz dem allgemeinen Preußenhype entziehen. Ob Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe, Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen oder Bundespräsident Johannes Rau: Alle sind voll des Lobes über das preußische Vermächtnis. Besonders der rechte Brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm hat in der öffentlichkeitswirksamen Werbung für die Jubiläumsveranstaltungen sein Steckpferd gefunden. Der Ex-General hat den Militärstaat Preußen schon bei mehreren Gelegenheiten zum positiven Vorbild für die heutige Berliner Republik verklärt: "Preußische Herrscher haben aus Gehorsam gegen Gott und aus Respekt vor der Schöpfung ihre Regentschaft so verstanden, dass ihr Staat seinerzeit Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, sozialen Ausgleich und anständigen menschlichen Umgang in dem seinerzeit möglichen Maß verwirklichte. Das war modern und ist es bis heute geblieben. Die Grundrechte des Grundgesetzes stehen in historischer Kontinuität dazu", gab er zum Beispiel in einem Interview für die Zeitschrift des Deutschen Reservistenverbandes Loyal zum Besten.

Um die Verbindung zur heutigen Berliner Republik ziehen zu können, werden der preußischen Geschichte beliebig positive Eigenschaften zugeschrieben, ohne große Rücksichten auf den etwaigen historischen Wahrheitsgehalt: Hohes Verantwortungsbewusstsein, Pflichtgefühl, Toleranz, Ordnungssinn, Arbeitseifer, Dienst am Gemeinwesen, Bescheidenheit und Unbestechlichkeit werden so leichtfertig zu typisch preußischen Werten proklamiert. Im Preußenjahr wird vor allem die angebliche Hochachtung der Hohenzollern für Kunst und Kultur zur positiven Bezugnahme ausgewalzt, was sich auch sehr gut als Tourismusmagnet eignet. Besonders das mit preußischen Baudenkmälern überhäufte Potsdam, das in den letzten Jahren viel für sein Image als "Preußenmetropole" getan hat, fördert das Kitschbild einer in erster Linie architektonisch und kulturell prunkvollen preußischen Geschichtsepoche. Mit dieser entpolitisierten Betrachtung wird die preußische Geschichte ästhetisiert und letztlich verharmlost. Ausgeblendet wird dabei Militär-Fetischismus, rücksichtslose Machtpolitik und chauvinistische Großmannssucht, welche die preußische Gesellschaft über Jahrhunderte wesentlich prägte.

Mit der Krönung Friedrichs I. im Jahr 1701 begann der rasante Aufstieg der Hohenzollern vom territorial zerrissenem Kurfürstentum zum mächtigsten Königreich Nordeuropas und zur alles dominierenden Macht im Deutschen Reich. Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm I. (1713-1740), der als "Soldatenkönig" in die Geschichte einging, ließ zum Ausbau seiner Armee in ganz Europa junge Männer brutal verschleppen und unterzog sie einem menschenverachtenden militärischen Drill, was ihm schon zeitlebens den Ruf als "Menschenfresser" einhandelte. Seit dieser Zeit war die gesamte preußische Gesellschaft durchzogen vom Denken in militärischen Kategorien von "tauglichem" und "untauglichem Menschenmaterial".

Tradition des Militarismus

Dagegen wird der Sohn von Friedrich Wilhelm I. meist als Vorbild eines aufgeklärten Regenten angeführt: Friedrich II. (1740-1786), der auch den Beinamen "der Große" erhielt, gilt als vernunftorientierter Schöngeist,

der die Wissenschaften im preußischen Königreich förderte, religiös Verfolgte aus anderen Staaten ansiedeln ließ, die Folter abschaffte und die Pressezensur lockerte. Diese schöngefärbte Sichtweise unterschlägt, dass es gerade der "Philosophenkönig" war, der die preußischen Angriffs- und Eroberungskriege in Schlesien, Böhmen und Sachsen vom Zaun brach und große Teile Polens annektierte. Bis zu 80 Prozent der preußischen Staatseinnahmen flossen unter Friedrich II. in den Ausbau seiner Armee. Kritik an Person und Politik des Königs war weiterhin verboten und trotz der angeblichen Religionsfreiheit waren Juden auch weiterhin in vielen gesellschaftlichen Bereichen nicht gleichberechtigt.

In Friedrich Wilhelm II. (1786-1797) hatte der große Friedrich einen Nachfolger, der es mit seiner ausgeprägten Günstlingswirtschaft fertig brachte, den preußischen Staat innerhalb kürzester Zeit zu ruinieren und heute bestens geeignet ist, das Bild von preußischen Tugenden wie Unbestechlichkeit und Bescheidenheit zurecht zu rücken.

Seine Thronfolger im 19. Jahrhundert dürfen es sich dagegen als "Verdienst" anrechnen, mit repressiver Gesetzgebung bzw. brutaler Gewalt sämtliche nach der Französischen Revolution aufgekommenen demokratischen Bestrebungen auf deutschem Gebiet erfolgreich niedergeschlagen zu haben. Unter dem Oberbefehl des späteren deutschen Kaisers, Wilhelm I., wurde 1849 zum Beispiel die gesamte badische Revolutionsarmee bei Rastatt regelrecht abgeschlachtet.

Dass dieses Preußen nach der Zerschlagung der demokratischen Bewegung die deutsche Reichsgründung 1871 nach seinen Vorstellungen diktieren konnte, erklärt den extrem reaktionären Charakter, den das Deutsche Reich in der Folgezeit im Vergleich zu anderen europäischen Nationalstaaten einnahm. Das deutsche Bürgertum arrangierte sich schon bald mit dem undemokratischen, preußischen Obrigkeitsstaat, zumal die beschleunigte Industrialisierung hohe Profite in Aussicht stellte und die halbfeudalen, autoritären politischen Strukturen eine wirksamere Bekämpfung der aufkommenden Arbeiterbewegung versprachen, als dies zum Beispiel im benachbarten Frankreich der Fall sein konnte.

Der Machthunger der preußischen Staatsführung war mit der Bildung des Deutschen Reiches unter ihrer Vorherrschaft noch lange nicht gestillt. Militaristische Grundhaltung und der Jahrhunderte lange, stetige Machtzuwachs hatten unter Wilhelm II. (1888-1918) einen nationalen Größenwahn erzeugt, der zunächst die Unterwerfung und Kolonisierung überseeischer Gebiete rechtfertigte und schließlich 1914 im "Griff nach der Weltmacht" (Fritz Fischer) einen ersten Kulminationspunkt erreichte. Trotz des verlorenen Weltkriegs und der demokratischen Revolution 1918/19 erwies sich die preußisch-monarchisch geprägte, politische Kultur als äußerst resistent. Die weit verbreitete Sehnsucht großer Teile des deutschen Bürgertums nach dem alten preußischen Obrigkeitsstaat hatte entscheidenden Anteil am Scheitern der Weimarer Republik.

Der deutsche Faschismus dagegen, der sich verbal so gerne vom adeligen Standesdenken der alten Monarchie abzugrenzen versuchte, verstand es, den preußischen Untertanengeist perfekt für seine Zwecke zu nutzen. Denn Herrenmenschentum und Kadavergehorsam waren hervorragende Voraussetzungen für die Eroberungs- und Vernichtungspläne des NS-Regimes. Nicht umsonst galt Preußen bei den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition als "Wurzel allen Übels" (Winston Churchill). Nach der konsequenten Zerschlagung Preußens durch die Alliierten Siegermächte 1947 versuchten die bundesdeutschen politischen Eliten zunächst, ein modernisiertes deutsches Nationalbewusstsein in weitgehender Abgrenzung zur diskreditierten preußischen Tradition heraufzubeschwören. Die positive Bezugnahme auf die preußische politische Kultur war jedoch nie ganz verloren gegangen. Dies zeigt sich beispielsweise in der bundesdeutschen Stilisierung des Hitlerattentats vom 20. Juli 1944 zum vorbildlichen Widerstand der preußisch geprägten Teile der deutschen Wehrmacht gegen den Nationalsozialismus. Dass die Attentäter nie ein demokratisches Gesellschaftssystem errichten wollten, dass sie im Dritten Reich jahrelang die gewaltsame Zerschlagung jeglicher Opposition, den Eroberungs- und Vernichtungskrieg und die Shoa an der jüdischen Bevölkerung mitgetragen haben und sich erst zum Attentat entschlossen, als das Scheitern von Hitlers Plänen bereits unwiderruflich feststand, bleibt bei der Beweihräucherung ihres "preußischen Gewissens" unberücksichtigt.

Preußen-Revival im Dienst der Standortlogik

Nachdem mit der deutschen Einheit auch die Nachkriegsära für beendet erklärt wurde und Deutschland keine allzu großen Rücksichten mehr auf die alliierten Siegermächte zu nehmen brauchte, ist auch eine vorsichtig vorgebrachte Revision des Geschichtsbildes von Preußen für einen Teil der bundesdeutschen politischen Elite

wieder ins Blickfeld gerückt. Dass damit autoritäre, antidemokratische Positionen wieder verstärkt hoffähig gemacht werden, scheint dabei nicht zu stören. Gerade in der "Neuen Weltunordnung", in der die Transformation der Bundeswehr von einer Wehrpflichtigen-Armee zu einem Berufsheer mit der Fähigkeit zu schnellen Offensivschlägen in vollem Gang ist, scheint die positive Bezugnahme auf die preußisch-militaristische Tradition wieder angesagt.

Die Identifikation mit preußischen "Tugenden" kommt darüber hinaus auch den Anforderungen einer neoliberalen Standortlogik sehr entgegen. Der "nationale Wettbewerbsstaat" (Joachim Hirsch) benötigt ein anspruchsloses und entsolidarisiertes Leistungsdenken, ein widerstandsloses Funktionieren des/der Einzelnen ebenso wie die Akzeptanz eines repressiven Staatsapparates, der in der Lage ist, den Auswirkungen der sich verschärfenden sozialen Gegensätze Herr zu werden. Demokratische Partizipationsmöglichkeiten sind in dieser Phase der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht mehr zeitgemäß. Insofern könnte sich Anfang des 21. Jahrhunderts gerade der preußische Anachronismus als besonders modern erweisen.

Joachim Kolb

Für den 24. März rufen die Antifaschistische Aktion , die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär und die Antifa Jugend Aktion (alle Potsdam) zu einer Demonstration unter dem Motto "Preußen bleibt scheiße!" in Potsdam auf. Beginn ist 14 Uhr auf dem Platz der Einheit.

3. Nürnberger Zeichen gegen das Vergessen. Dokumentationszentrum auf dem ehemaligen NS-Parteitagsgelände geplant

Autor: Bernd Kleinhans · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:02

Düstere, grauschwarze Wolkenmassen türmen sich in immer neuen Formationen auf. Minutenlang. Dann endlich - das Junkersflugzeug durchbricht die Wolkendecke, und der Blick ist frei auf eine idyllische Stadt: eine gotische Kirche, mittelalterliches Fachwerk, verschlungene Gassen und Wege. Das Flugzeug sinkt tiefer, und man sieht Menschen in der Stadt, die zu Tausenden die Straßen säumen. Überall marschieren Kolonnen Uniformierter, die sich zu einem einzigen Strom vereinen. Die Stadt ist Nürnberg, das Flugzeug bringt Adolf Hitler. In einem Triumphzug fährt Hitler an jubelnden Menschenmengen vorbei durch Nürnberg.

Es sind die Eingangssequenzen des berüchtigtsten und zugleich dramaturgisch gelungensten NS-Propagandafilms "Triumph des Willens", den Goebbels' Lieblingsregisseurin Leni Riefenstahl vom Reichsparteitag 1934 drehte. "16 Jahre nach Anfang des deutschen Leidens" - gemeint ist die Ausrufung der Weimarer Demokratie -, so informiert der Vorspann, sei der "Führer" nach Nürnberg gekommen, um "Heerschau zu halten".

Bis heute ist der Name Nürnbergs wie der keinen anderen Stadt in Deutschland mit der NS-Geschichte verknüpft. Nürnberg wurde "Stadt der Reichsparteitage," auf denen sich alljährlich die NS-Diktatur und ihr Führer kultisch selbst inszenierten und zu dem regelmäßig rund eine Million Menschen anreisten. Hier wurde 1935 auch das "Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes" verkündet, das die Juden endgültig aus der "Volksgemeinschaft" ausschloss. Und Nürnberg war der Sitz des fränkischen Gauleiters Julius Streicher, der mit seinem Hetzblatt "Der Stürmer" den Holocaust geistig mit vorbereitete. Die Verfolgung der Juden war hier brutaler und umfassender als andernorts: Schon im Oktober 1942 triumphierte die lokale NS-Presse, Nürnberg sei "judenrein". Auf Grund seiner strategischen und politischen Bedeutung im Nationalsozialismus wählten die Alliierten Nürnberg als Verhandlungsort der "Nürnberger Prozesse". Im berühmten Schwurgerichtssaal 600 wurde von 1945 bis 1949 unter alliierter Regie der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher geführt.

Die braune Diktatur hat Nürnberg aber nicht nur den Makel der "Stadt der Reichsparteitage" hinterlassen, sondern auch das rund 16 Quadratkilometer große Parteitagsgelände im Süden der Stadt, das durch seine bloße Präsenz immer wieder Fragen nach der NS-Zeit provoziert. Der junge, karrieresüchtige Architekt Albert Speer hatte hier 1933 begonnen, auf Hitlers Befehl die "steinerne Weltanschauung" des Nationalsozialismus zu realisieren. Die vormals "rote Frankenstadt" stand nun ganz im Zeichen des Hakenkreuzes. "Fahnenorgien, so dass der Himmel fast nicht mehr zu sehen war", begeisterte sich Speer über seine eigene Parteitagsinszenierung.

Auf der größten Baustelle Europas, wie sie die NS-Propaganda noch nicht einmal zu Unrecht nannte, wurden die Arbeiten erst nach Hitlers Überfall auf Polen eingestellt. Der "Parteitag des Friedens", der für September 1939 angekündigt war, wurde abgesagt.

Obgleich nur ein Bruchteil der gigantomanischen Planungen realisiert wurde, sind die Überreste der einstigen Parteitagsarchitektur unübersehbar. Schon von weitem fällt die in weißen Kalkstein gehaltene 23 Meter hohe Zeppelintribüne auf, die die Kopfseite eines für 100.000 Personen konzipierten Aufmarschfeldes bildet. Das Feld wird durch 6,5 Meter hohe Zuschauerwälle und 34 Fahnenpostamente eingegrenzt. So sollten schon optisch und architektonisch die versammelten Massen zu einer ihrem Führer ergebenen Einheit geformt werden. Der Führer betrat über einen verborgenen Aufgang die vorgelagerte Rednertribüne mehrere Meter über den Köpfen der Versammelten. Überragt wurde Hitler nur durch ein riesiges Hakenkreuz auf der Spitze der Tribüne, das bei den beliebten nächtlichen Aufzügen wirkungsvoll beleuchtet wurde.

Durchzogen wird das Parteitagsgelände von einer 60 Meter breiten Aufmarschstraße, die den Blick auf die Burg des mittelalterlichen Nürnberg freigibt. Die Nazis wollten so die Kontinuität von der mittelalterlichen Stadt der "Reichstage" zu den nationalsozialistischen Reichsparteitagen suggerieren. Tausende von

Zwangsarbeitern aus den nahe gelegenen Konzentrationslagern Hersbruck und Flossenbürg wurden für diesen Bau eingesetzt - und viele wurden zu Tode gequält.

Architektur der Einschüchterung

Wie sehr NS-Architektur Einschüchterungs- und Inszenierungsarchitektur war, ist auch bei dem heute noch fast vollständig erhaltenen Parteitagsbauwerk, der großen "Kongresshalle", spürbar. Sie befindet sich einige hundert Meter vom Zeppelinfeld entfernt. Äußerlich ist sie dem römischen Colosseum nachgebildet, dessen Größe aber um das gut Anderthalbfache übertroffen wird. Das hufeisenförmige Bauwerk war als geschlossener Raum konzipiert - überdacht von einem Glasdach mit einer maximalen Spannweite von 160 Metern. Mit einer Bauhöhe von 40 Metern ist die Kongresshalle das größte Relikt auf dem Parteitagsgelände. Von einem anderem Monumentalbauwerk ist nur eine riesige Baugrube geblieben, die mit Wasser gefüllt, heute einen ansehnlichen See bildet. Das "Deutsche Stadion" sollte - den Planungen nach - 400.000 Menschen aufnehmen können, die Fassade allein mehr als 100 Meter hoch sein. Auch die 80 Meter hohen Tribünenanlagen wurden nicht mehr fertig gestellt.

Nürnberg - die Stadt der Reichsparteitage

Das Nürnberg der Wirtschaftswunderzeit wollte nicht an seine tragende Rolle im Nationalsozialismus erinnert werden: Keine Bus- und Straßenbahnlinie hielt vor der Zeppelintribüne, es gab kein Hinweisschild auf den Ort der NS-Parteitage. Auf einem Teil des Geländes errichtete man Hochhäuser der Trabantensiedlung Langwasser, gerade so, als könnte man die überdimensionierte NS-Architektur durch noch größere Betonmassen verdrängen. Die Kongresshalle wurde einem großen Versandhaus als Warenlager zur Verfügung gestellt - immerhin sind die Säulengänge so groß, dass selbst in der ersten Etage bequem LKW fahren können. Zeitweise überlegte die Stadt sogar, hier ein Fußballstadion oder ein Einkaufszentrum einzubauen. Das Zeppelinfeld diente schließlich abwechselnd als Veranstaltungsort für Konzerte, Autorennen und andere Veranstaltungen.

Ungeachtet dieser anfänglichen Mischung aus bewusster Ignoranz und Hilflosigkeit im Umgang mit der NS-Vergangenheit hat sich Nürnberg dennoch früher der geschichtlichen Aufarbeitung der NS-Zeit gestellt als die meisten bundesdeutschen Städte. 1973 wurden die Bauten unter Denkmalsschutz gestellt. Seit Mitte der 80er Jahre wurden immer neue Initiativen und Konzeptionen entwickelt, wie das Parteitagsgelände seiner historischen Bedeutung angemessen der Öffentlichkeit präsentiert werden sollte.

Ein erster Schritt erfolgte 1985, als im Innenraum der Zeppelintribüne, der zuvor lediglich als Abstellraum diente, die Ausstellung "Faszination und Gewalt" eröffnet wurde. Heute ist diese Ausstellung, die alljährlich von rund 30.000 Menschen besucht wird, zentraler Anlaufpunkt aller Begehungen des Parteitagsgeländes. Die Museen der Stadt Nürnberg hatten sich in enger Kooperation mit der Stadtverwaltung der Aufgabe gestellt, die Fragen nach der Faszination des Faschismus, dem sich allzu viele Deutsche nur zu gerne unterwarfen, nachzugehen. Dies erweist sich um so wichtiger, weil sich hier anders als bei den zahlreichen Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager das Entsetzen über den Nationalsozialismus nicht gewissermaßen automatisch einstellt. Auf dem Parteitagsgelände zeigt die NS-Diktatur ihre "Schauseite", beeindruckt durch Monumentalität. Deswegen sind hier auch Erläuterungen besonders wichtig. An mehreren Stellen des Parteitagsgeländes wurden inzwischen Informationstürme aufgestellt, die in deutscher und englischer Sprache wichtige Basisinformationen vermitteln.

Zentrale Arbeit leistet hier - ebenfalls seit Mitte der 80er Jahre - der Verein "Geschichte für Alle e.V.", der ein Zusammenschluss von HistorikerInnen, RegionalgeschichtlerInnen und interessierten Laien ist. Dieser hat zahlreiche Publikationen herausgebracht, unter anderem den einzigen umfassenden Führer durch das Reichsparteitagsgelände. Ganzjährig finden Vortragsveranstaltungen und Exkursionen ins Gelände statt. Darunter auch Fahrradtouren, denn nur so ist die ganze Dimension des Parteitagsgeländes zu erfassen. Für Menschen, die keine Gelegenheit haben, Nürnberg zu besuchen, wurde eine "Virtual Tour" durch das Parteitagsgelände ins Internet gestellt. Sie ist zweisprachig und liefert Bildmaterial und Hintergrundinformationen.

Kongresshalle wird Doku-Zentrum

In Nürnberg wird derzeit an einem Projekt gearbeitet, das weit über die Region hinaus Bedeutung haben wird: die Errichtung eines zentralen Forschungs- und Dokumentationszentrums, das über die engere Thematik der NS-Parteitage und den Nationalsozialismus insgesamt informieren soll. "Längerfristig", so Franz Sonnenberger, Direktor der "museen der stadt nürnberg" bereits 1996, "könnte nur ein Dokumentationszentrum an einem gut zugänglichen Ort eine optimale Darstellung und Bewertung des historischen Geländes leisten."

So entstand die Idee, die Kongresshalle, als größtes Bauwerk auf dem Gelände, zu nutzen, das derzeit nur als Lagerhalle und für verschiedene kulturelle Veranstaltungen dient. Im November 2000 war Richtfest, die Eröffnung ist für den Herbst dieses Jahres projektiert.

Dabei stellte die Gestaltung der NS-Kongresshalle für die Ausstellungsmacher eine besondere Herausforderung dar. Die einschüchternde Wirkung und die Gewalt dieser Architektur sollte spürbar bleiben. Gleichzeitig musste man aufpassen, dass ihre Monumentalität alle Ausstellungsversuche nicht durch ihre Masse einfach "erdrückte". Auch die Innengestaltung erwies sich als weiteres Problem. Eine zu elegante Gestaltung im Sinne des derzeit modischen "Museumsdesigns" wiederum drohte die Präsenz des Gebäudes vergessen zu machen. Schließlich entschied man sich für einen Architektenwettbewerb, aus dem der Grazer Architekturprofessor Günther Domenig als Sieger hervorging. Seinem Entwurf ist es gelungen, allen diesen komplexen Anforderungen gerecht zu werden. Ein diagonaler Gang aus einer bewusst leicht wirkenden Konstruktion führt durch das Gebäude. Damit wird die Monumentalität der Kongresshalle in ihrer ganzen Dimension spürbar und zugleich auch ein deutlicher Kontrapunkt gesetzt. An der Spitze dieses Ganges wird eine Plattform stehen, von wo aus die BesucherInnen in die Kongresshalle blicken und ihre ganze Ausdehnung erfassen können. Ein Kinoraum für 100 Personen und Vortragssäle ergänzen die Ausstellungsräume. Ein zusätzliches Lern- und Studienforum in einem Glasaufsatz kommt hinzu. Die Innenräume der Ausstellung werden weitgehend in ihrem Rohzustand belassen. Die BesucherInnen sollen nie vergessen, wo sie sich befinden. Die Brutalität der Nazi-Architektur bleibt beständig gegenwärtig. Die neue Dauerausstellung "Faszination und Gewalt" wird von den Nürnberger Museen erarbeitet. Ausgerichtet auf das Informationsbedürfnis vor allem jüngerer BesucherInnen, werden moderne Präsentationsformen eingesetzt, wie Filme und Filmcollagen, Hörbilder, Zeitzeugen-Interviews und eine Einführungsmultivision. Bereits bei der Konzeption wurden Nürnberger Realschulklassen mit einbezogen, um auf keinen Fall an einer der wichtigsten Zielgruppen, der Jugend, vorbeizuplanen. Die baulichen Reste des gesamten ehemaligen Parteitagsgeländes sollen durch neue und zusätzliche Informationstafeln erschlossen werden.

Für das auf 18 Millionen DM veranschlagte Projekt ist eine Drittelfinanzierung vorgesehen. Mit jeweils sechs Millionen werden sich die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg selbst beteiligen.

Bei der Grundsteinlegung der Kongresshalle im Jahr 1935 prophezeite Hitler: "Wenn aber die Bewegung jemals schweigen sollte, dann werden nach Jahrtausenden diese Zeugnisse hier reden". Nürnberg hat dieser düsteren Drohung einen neuen Sinn gegeben: als Warnung vor rechtsextremen Bestrebungen und vor der ständigen Gefährdung der Demokratie.

Bernd Kleinhans

4. Katharina Blum in Passau. LKA München: Antifa doch keine Terroristen

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:30

Nach fast vierjähriger Ermittlungstätigkeit hat die Staatsanwaltschaft München das Verfahren gegen Passauer AntifaschistInnen wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" (§129 StGB) Ende Dezember sang- und klanglos eingestellt.

Seit März 1997 hatte das Bayrische Landeskriminalamt gegen fast 40 Personen aus dem Passauer antifaschistischen Spektrum mit einem enormen Aufwand an nachrichtendienstlichen Mitteln ermittelt: Telefone der Betroffenen, ihrer Freunde und Verwandten wurden abgehört, ihre Wohnungen videoüberwacht und umfangreiche Bewegungsprofile der Beschuldigten erstellt. Neben den "Verdächtigen" wurden so fast 100 unbeteiligte Personen observiert.

Am 12. Mai 1998 schlugen die Ermittler schließlich zu: Bundesweit wurden 39 Wohnungen, Büros und Vereinsräumlichkeiten durchsucht und umfangreiches Material, darunter große Mengen an persönlichem Besitz der Betroffenen, beschlagnahmt: Adress- und Tagebücher, Briefe, Notizen, Flugblätter, Kontoauszüge, Mobiltelefone und Computer.

Rechtstaatliche Grundsätze waren den beteiligten Beamten bei der Durchsuchungsaktion relativ gleichgültig: Wohnungstüren wurden eingetreten, ein Betroffener während der Durchsuchung mit Handschellen ans Bett gefesselt, eine Frau als "rote Fotze" beschimpft, eine andere musste sich nackt ausziehen. In einem Fall stürmten die Staatsdiener die falsche Wohnung und bedrohten die anwesende Frau mit gezogenen Waffen, sie erlitt einen Nervenzusammenbruch. Einige Wohnungen wurden ohne Durchsuchungsbefehl gestürmt, den Anwesenden das Telefonieren verwehrt. "Halt die Schnauze, sonst hauen wir Deine Kommunistenfresse ein", bekam einer der Durchsuchten zu hören, zur Mutter eines anderen hieß es: "Ihr Sohn gehört erschlagen!"

Ziel der staatlichen Verfolgungswut war dabei die Antifaschistische Aktion Passau (AAP), in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine der aktivsten antifaschistischen Gruppen, die auch Mitglied der Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) ist. BO-Mitgliedsgruppen sind seit Jahren bevorzugter Ansatzpunkt staatlicher Repression gegen antifaschistische Zusammenhänge. So wurde die Göttinger Antifa (M) schon 1996 mit einem ähnlichen Mammutverfahren überzogen. Die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) genießt ebenfalls seit längerem die verstärkte Aufmerksamkeit von Polizei und Verfassungsschutz.

Ermittlungen zum spionieren und lahm legen

Da das konkrete Beweismaterial gegen die AAP äußerst dürftig war, wurden insgesamt 33 z.T. unaufgeklärte Straftatbestände aus einem Zeitraum von acht Jahren einfach der AAP zugeschrieben. Bei 15 dieser Tatbestände waren die Ermittlungen eigentlich schon abgeschlossen, doch auf Grund des §129-Vorwurfs konnten sie erneut herangezogen werden. Das Konstrukt der "kriminellen Vereinigung" hatte im Passauer Fall für die Ermittler einen weiteren Vorteil: §129 abstrahiert von individuellen Gesetzesverstößen und jubelt jedem Gruppenmitglied eine Mitverantwortung für Straftaten unter, die von den anderen Mitgliedern begangen werden. Durch diese Sippenhaft konnten AntifaschistInnen auch wegen Straftaten verfolgt werden, die zu einem Zeitpunkt in Passau begangen wurden, als die Beschuldigten die Stadt schon längst verlassen hatten.

Am Ende blieben von der monströsen Anklage gerade einmal sieben Straftatbestände von untergeordneter Bedeutung aus einem Zeitraum von über vier Jahren (!) übrig, die eindeutig Mitgliedern der AAP zugeordnet werden konnten. Fünf davon wurden wegen Geringfügigkeit eingestellt, in einem Fall wurde eine geringe Geldstrafe verhängt, im anderen Fall wurde ein Antifaschist wegen der Beschädigung eines NPD-Standes zu sechs Monaten Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Der ursprüngliche Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung ließ sich damit nicht weiter aufrechterhalten. Selbst die Münchner Staatsanwaltschaft musste nach über fünf Jahren Ermittlungstätigkeit zugeben, dass sich die politische Betätigung der AAP "überwiegend im legalen Bereich" bewege.

Das Komitee Kritische Öffentlichkeit (KKÖ), eine Initiative der Eltern der betroffenen AntifaschistInnen, erhob inzwischen schwere Vorwürfe gegen Polizei und Staatsanwaltschaft. "17-Jährige, die dem Rechtsextremismus

die Stirn geboten haben, sind wie Schwerstkriminelle behandelt worden", empörte sich etwa der Historiker Werner Kraus vom KKÖ. Mit dem unverhältnismäßigen Ermittlungsaufwand seien die persönlichen, in der Verfassung garantierten Grundrechte junger Menschen massiv verletzt worden. "Der Staatsschutz hat mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Wäre das in der früheren DDR passiert, könnte man von Stasi-Methoden sprechen", so Kraus weiter.

Wer die verschiedenen Ermittlungsverfahren nach §129 in den letzten Jahren ein wenig verfolgt hat, wundert sich nicht über die Unverhältnismäßigkeit zwischen ermittlungstechnischem Aufwand und strafrechtlich relevantem Ergebnis. Der §129 wurde schon immer in erster Linie als Ermittlungsparagraf eingesetzt. Bei allen in den letzten Jahren angestrengten §129-Verfahren waren die Verurteilungen auf Grund bewiesener Straftatbestände letztendlich nicht der Rede wert.

Das eigentliche Ziel eines §129-Verfahrens ist es, Informationen über Personen, Struktur und Arbeitsweise einer politisch missliebigen Organisation zu sammeln und die konkrete politische Arbeit der Gruppe möglichst lange und effektiv zu behindern. Er bildet damit neben dem §129a ("Bildung einer terroristischen Vereinigung") eines der wichtigsten Instrumente juristisch verbrämter politischer Repression.

Nach der Schlappe im Prozess gegen die Göttinger Antifa (M) scheint das Passauer Verfahren der zweite große Schlag ins Wasser für die Ermittlungsbehörden gegen antifaschistische Organisationen. Einen Erfolg kann das Bayrische LKA trotzdem für sich verbuchen: Die Antifaschistische Aktion Passau hat ihre politische Arbeit weitgehend eingestellt.

Joachim Kolb

Für die Betroffenen wurde ein Solikonto für den finanziellen Schaden, Anwalts- und Prozesskosten etc. eingerichtet: Rechtshilfefond Passau, Raiffeisenbank Passau-Freyung, BLZ: 740 900 00, Kto: 3608298, Stichwort: "12. Mai"

5. Nach Frankfurt folgt Berlin. Nächster Prozess in Sachen Revolutionäre Zellen beginnt

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:38

Wie bereits in der letzten Ausgabe angekündigt, beginnt am 22. März vor dem Kammergericht der Berliner RZ-Prozess. Abgelehnt hat das Kammergericht vorerst den Versuch der Bundesanwaltschaft (BAW), den im Frankfurter OPEC-Prozess freigesprochenen Rudolf Schindler auch noch in Berlin vor Gericht zu bringen.

Wegen Mitgliedschaft in den RZ und Sprengstoffanschlägen in Berlin 1987 und 1991 wird gegen Sabine Eckle, Matthias Borgmann, Harald Glöde und Axel Haug ab dem 22. März vor dem 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin verhandelt werden. Rudolf Schindler, gegen den die BAW nach seinem Freispruch in Frankfurt ebenfalls Anklage beim Berliner Kammergericht erhob, ist derweil auf freiem Fuß. Dabei war die BAW gewillt, Schindler zum Hardliner der RZ aufzubauen, der nicht nur Beihilfe zum Anschlag auf die Wiener OPEC-Konferenz 1975 geleistet hat, sondern beteiligt war an dem tödlich verlaufenen Anschlag auf den hessischen Wirtschaftsminister Hans Herbert Karry 1981 und die Knieschuss-Attentate der RZ Mitte der 80er Jahre in Berlin. Juristisch hat ihr nun der 2. Strafsenat des Berliner Kammergerichts einen Strich durch die Rechnung gemacht. Am 28. Februar lehnte der Senat den Antrag der BAW auf Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen Schindler ab und hob den Haftbefehl gegen ihn auf.

Bei seiner Entscheidung ging das Berliner Kammergericht davon aus, dass Schindler seit Anfang der siebziger Jahre bis 1987 ununterbrochen den RZ angehört habe. Zu keinem Zeitpunkt habe er sich "aus dem Verbandsleben zurückgezogen", heißt es in dem Gerichtsbeschluss. Insofern liege ein "Strafklageverbrauch" vor, da mit dem Urteil des Frankfurter Landgerichts schon die Straftat der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" nach §129a StGB abgeurteilt sei, die sowohl die angebliche Beteiligung am OPEC-Anschlag 1975 wie auch die mutmaßliche Beteiligung am Berliner Sprengstoffanschlag 1987 und dem Karry-Attentat umfasse.

Die BAW hat wenige Tage nach dem Beschluss des Berliner Kammergerichts sofortige Beschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt. Generalbundesanwalt Kay Nehm hält unumwunden daran fest, einen Prozess gegen Rudolf Schindler durchzusetzen. Dabei ist seine Behörde mit dem Kammergerichts-Beschluss in eine verzwickte Lage geraten. Muss sie doch auch vor dem BGH die Revision der Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch Schindlers vertreten. Ein Revisionsgrund ist dabei, dass wegen Schindlers ununterbrochener RZ-Mitgliedschaft das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt für das Verfahren zuständig gewesen wäre. Das Landgericht hatte während des OPEC-Prozesses einen Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verweisung an das OLG mit der Begründung abgelehnt, durch Schindlers Untertauchen sei die Mitgliedschaft unterbrochen gewesen und damit verjährt. Insofern greife hier die Sonderzuständigkeit eines OLG bei §129a-Verfahren nicht. Diese Argumentation hält das Berliner Kammergericht jedoch für "offensichtlich unzutreffend". Jetzt ist die BAW gezwungen, will sie die Revision im OPEC-Verfahren erfolgreich betreiben, beim BGH zu argumentieren, Schindler sie ununterbrochen RZ-Mitglied gewesen. Bei ihrer sofortigen Beschwerde beim BGH gegen den Berliner Beschluss allerdings muss sie genau die entgegengesetzte Meinung vertreten.

Während die BAW ins Schwitzen kommt, schlägt die Diskussion in der autonomen Szene über den nun beginnenden RZ-Prozess erneut hohe Wellen. "Solidarität ist keine Einbahnstraße", heißt es drohend in einem Diskussionspapier, das in der Berliner interim am 22. Februar erschien. Darin kritisieren "einige Autonome", dass die Angeklagten "ihrer Schlüsselrolle" bei der "Debatte um die Legitimität von militantem Widerstand" nicht gerecht würden, stattdessen "inhaltlich wegtauchen". Der Text gipfelt in der Prophezeiung, wenn sich da nichts ändere, werde "der Prozess juristisch und politisch mit einer Niederlage enden".

Mit viel Wohlwollen könnte man in dem Papier den autonomen Versuch einer Counter-counter-Strategie erkennen. Im Prozess gegen den Kronzeugen Tarek Mousli argumentierte die BAW, nicht zuletzt die Reaktionen der Linken, Mousli als Verräter zu brandmarken, wären ein deutliches Indiz für seine RZ-Mitgliedschaft. Wahrscheinlich handelt es sich ja bei dem Papier einfach um einen geschickten Schachzug,

nach dem Motto: Wenn man im Vorfeld des Prozesses zur Entsolidarisierung aufruft, vielleicht überzeugt das dieses Mal die BAW ja auch und sie lässt die Gefangenen raus. Kay Nehm, handeln Sie!

Dieses Papier ist der vorläufige Tiefpunkt in der (autonomen) Diskussion über den Berliner RZ-Prozess. Es ist ein Dokument der Verantwortungslosigkeit. Verantwortungslos den Gefangenen gegenüber, aber auch gegenüber der eigenen Position. "Viele KritikerInnen" scheinen eine "notwendige Diskussion über das Projekt RZ von den Inhaftierten, ihren AnwältInnen und dem überforderten Solidaritätsbündnis zu erwarten", stellt die graswurzelrevolution in ihrer aktuellen Ausgabe fest und gibt zu bedenken: "Dabei wären doch gerade diejenigen aufgefordert, ein politisches Klima für einen politischen Prozess zu schaffen, die sich positiv auf die RZ bezogen haben." Warum fragen sich die AutorInnen des interim-Papiers eigentlich nicht, warum (fast) niemand die von ihnen so eindringlich geforderte Diskussion über die "Legitimität militanten Widerstands" führt? Eine Antwort auf diese Frage wäre wahrscheinlich der Schlüssel zum Verständnis, woher die Schwierigkeiten im Umgang mit dem Prozess stammen, mit denen die Gefangenen, die Solibewegung, aber auch die Kritiker selbst zu tun haben.

mb., Berlin

Der am 22. März beginnende Berliner RZ-Prozess ist vorerst bis zum 17. August terminiert. Die Verhandlungstage sind jeweils Donnerstag und Freitag. Der Prozess findet im Saal 500 des Kriminalgerichts Moabit, Turmstr. 91 in Berlin statt. Aktuelle Informationen über den Prozess gibt es unter: www.freilassung.de/prozess, Informationen über die Solikampagne unter: www.freilassung.de.

Zum Prozessbeginn findet am 22.3. um 8.30h, Turmstraße/Ecke Rathenower Straße eine Kundgebung statt.

6. BAW auf der Jagd nach Spucke. Mittels DNA-Analyse sollen Linke kriminalisiert werden

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:12

Auf dem Frankfurter Arbeitsamt erwartete Gisela Dutzi Ende Januar eine böse Überraschung. Fünf Polizisten, darunter ein BKA-Beamter, lauerten ihr vor der Behörde auf und stellen sie vor die Alternative, in aller Öffentlichkeit eine Speichelprobe abzugeben oder mit zum Polizeipräsidium zu kommen. Als Dutzi auf die Hinzuziehung eines Anwalts bestand und einen richterlichen Beschluss für die Maßnahme verlangte, wurde sie zu einem Auto geschleppt und zum Polizeipräsidium gebracht. Dort wurde ihr im gerichtsmedizinischen Institut gewaltsam Blut abgenommen, während ihre Arme nach hinten verdreht wurden. Erst nach dieser Prozedur erhielt Dutzis Anwalt den vom Bundesgerichtshof ausgestellten richterlichen Beschluss für die DNA-Abnahme. Die lapidare Begründung lautet, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass Dutzi wieder Straftaten begehen könne. Der Hintergrund: Gisela Dutzi war Anfang der 80er Jahre in der Rote Armee Fraktion (RAF) organisiert und verbüßte deshalb eine über achtjährige Haftstrafe. Seitdem ist die weiterhin in linken Zusammenhängen aktive Frau strafrechtlich nicht mehr in Erscheinung getreten.

Dass sie jetzt wieder Blut und Speichel abgeben musste, wird mit dem DNA-Identitätsfeststellungsgesetz begründet. DNA ist die englische Abkürzung für Desoribonukleinsäure, ein Baustoff unserer Körperzellen. Experten rechnen damit, dass die DNA-Analytik demnächst den Stellenwert erhält, den der gewöhnliche Fingerabdruck bis vor einigen Jahren hatte. Dutzi ist kein Einzelfall. In den letzten Jahren mussten von der Polizei festgenommene Antifaschisten sowie Flüchtlinge im Asylverfahren den "genetischen Fingerabdruck" abgeben. Der spektakulärste Fall ereignete sich kürzlich in Essen. Dort mussten auf Initiative eines CDU-Stadtrats 2.000 Libanesen mittels des Speicheltests nachweisen, dass sie tatsächlich aus dem Libanon stammen. (vgl. ak 447) Auch innerhalb der Gefängnisse ist die Identifikationsmethode mittels DNA-Test mittlerweile an der Tagesordnung.

In letzter Zeit wurden vermehrt Linke mit der vagen Begründung, sie könnten Straftaten begangen haben bzw. begehen, zu einer DNA-Feststellung gezwungen. Neben Dutzi wurde Anfang Februar in Berlin eine 57-jährige Rechtsanwaltsgehilfin zu einer DNA-Analyse genötigt. Auf dem Weg zur Arbeitsstelle wurde Anna K. von sieben Zivilbeamten umringt, die sie mit Hinweis auf einen Beschluss des Bundesgerichtshofs (BGH) zur Speichelprobe zwangen. Damit versucht die Bundesanwaltschaft (BAW) Beweise zu finden, dass die Frau 1997 an einem Anschlag auf den Fuhrpark einer Spar-Handelskette in Brandenburg beteiligt war. In einem Bekennerschreiben wurde die Aktion damals von einer autonomen Gruppe mit der Rolle der Spar-Handelskette bei der Belieferung von Sammelmagazinen für Flüchtlinge erklärt. Wurde gegen Anna K. zuerst wegen Beihilfe zur Sachbeschädigung ermittelt, hat nun die BAW die Ermittlungen an sich gezogen. Ermittelt wird jetzt wegen §129, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung.

Nach einem Bericht der taz erklärt sich Anna K. den Grund, warum sie ins Visier der Ermittlungsbehörden geriet, mit ihren langjährigen Aktivitäten in Flüchtlings- und Antirassismusinitiativen. Sie sei nach einer Demonstration gegen das Asylbewerberleistungsgesetz 1997 in eine Polizeikontrolle gekommen und seitdem nicht mehr in Ruhe gelassen worden. Bei einer Hausdurchsuchung wurde Schriftmaterial mit antirassistischen Parolen beschlagnahmt. Im Beschluss des BGH zur DNA-Analyse heißt es hierzu: "Bei der Durchsuchung der Wohnung der Beschuldigten wurden handschriftliche Unterlagen gefunden, die Formulierungen und Parolen enthalten, welche in beiden Bekennerschreiben zu den Anschlägen auf die Firma Spar-Handelsgesellschaft vorkommen ... Aus den sicher gestellten Schriftstücken geht weiterhin hervor, dass die Beschuldigte sich eingehend mit der Problematik des Asylverfahrens und Asylbewerberleistungsgesetzes beschäftigt und insoweit (sic!) Kontakt zur autonomen Bewegung im Großraum Hamburg unterhält." Beweise für eine Beteiligung von K. an dem Anschlag in Brandenburg konnten allerdings nicht gefunden werden. Die zwangsweise eingesammelte Spucke soll jetzt mit Speichelproben abgeglichen werden, die auf den Briefmarken des Bekennerschreibens gefunden worden sind.

Mittlerweile hat die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Ulla Jelpke kritisiert, dass "auf Biegen und Brechen" eine Tatbeteiligung von K. konstruiert werde, und eine Einstellung des Verfahrens

gefordert. Sie bezeichnet den zunehmenden Einsatz der DNA-Analyse gegen Linke und Flüchtlinge als erheblichen Eingriff in das Persönlichkeitsrecht.

Peter Nowak

7. Metamorphosen einer Bundestruppe. 50 Jahre BGS: Von der Grenztruppe zur Bundespolizei

Autor: Timo Nagel · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizeistaat/Polizeiterror; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:23

Der Bundesgrenzschutz (BGS) feiert am 12. Mai 2001 in Berlin in einer "zentralen Bürgerveranstaltung" sein 50-jähriges Bestehen. An diesem Tag wird sich der BGS als Sicherheitsapparat des Bundes präsentieren können, dessen Aufgaben und Einsätze mehr und mehr den Polizeien auf Länderebene gleichen.

Auftrag und Aufgabe des BGS waren jedoch ursprünglich andere. In der Anfangsphase der Bundesrepublik Ende der 40er Jahre stand die Struktur der polizeilichen Organisation noch nicht fest. Die Rahmenbedingungen ergaben sich aber aus dem "Polizeibrief der Alliierten" vom April 1949, sowie aus dem Grundgesetz vom Mai 1949. Fest stand lediglich das föderale Prinzip und das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten, das aus den Erfahrungen mit der Geheimen Staatspolizei (GeStaPo) im deutschen Faschismus herrührte.

Schrittweise Verpolizeilichung des BGS

Ende des Jahres 1950 wurden sowohl auf Länderebene als auch auf Bundesebene die Polizei-, Kriminalpolizei- und Geheimdienststruktur konkreter. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) wurde am 7. November 1950 auf der Grundlage des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) errichtet. Die Länderpolizeien erhielten im Zeitraum bis 1951 ebenfalls Verfassungsschutzämter, sowie Schutzpolizeien, Kriminalpolizei und kasernierte Polizeieinheiten, die sogenannte Bereitschaftspolizei.

Am 8. März wurde das Gesetz über die Errichtung eines Bundeskriminalamtes (BKAG) erlassen, das am 15. März in Kraft trat. Einen Tag später, am 16. März trat mit seiner Verkündung das Gesetz über den Bundesgrenzschutz und die Errichtung von Bundesgrenzschutzbehörden (BGSG) in Kraft.

Die BRD verfügte nun über eine Bundespolizei, die dem Bundesinnenministerium unterstellt ist und deren Rechtsgrundlage sich in ganzen vier Paragrafen niederschlug. Dies sollte jedoch nicht lange so bleiben. Bereits im Juli 1951 legte die Fraktion der Bayernpartei im Bundestag einen Gesetzesentwurf zur Änderung des BGSG vor. In ihm war vorgesehen, die Sollstärke des BGS auf 10.000 Mann festzulegen. Erst wenige Wochen zuvor, im Mai 1951 hatten die ersten Bundesgrenzschützer ihren Dienst in Lübeck angetreten. Zu Beginn bestand der BGS aus 1.800 Mann. Frauen stießen erst ab 1987 zum BGS. An eine westdeutsche Armee war 1951 noch nicht zu denken, weshalb nicht wenige Wehrmachtsoffiziere in Ermangelung einer tatsächlichen Armee ihren Dienst beim BGS versahen. Ein Umstand, der sich bis in die Gegenwart beim BGS auswirkt. Der BGS ist im Vergleich zu den Länderpolizeien seit jeher hierarchischer und militärischer strukturiert. Dies änderte sich auch nicht, als 1956 die Bundeswehr als tatsächliche Armee geschaffen wurde. Nach dem Arbeiteraufstand in der DDR im Juni 1953 wurde beschlossen, den BGS auf 20.000 Mann zu erhöhen. Von den rund 17.000 BGS-Offizieren war im Jahr 1956 knapp über die Hälfte in die Bundeswehr übergewechselt, weshalb der BGS reorganisiert und personell neu aufgebaut werden musste.

Ebenso wie die Bundeswehr war der BGS streng antikommunistisch ausgerichtet. Zwar versahen seit September 1952 rund 5% der BGS-Beamten ihren Dienst im gesamten Grenzgebiet bei der "Bundespasskontrolle", allein jedoch die massive Präsenz des BGS an den Ostgrenzen der BRD zeigte, woher gefährdende Störungen für die Sicherheit der Grenzen erwartet wurden. Die antikommunistische Ausrichtung lässt sich aber auch anhand anderer Beispiele in der Geschichte des BGS belegen. So "bekämpften" anlässlich eines Herbstmanövers des Grenzschutzkommandos Nord im Jahr 1956 die "Blauen" (BGS) zur Übung die "Roten" (aufständische Arbeiter) in einem Industriegelände bei Wolfsburg/Salzgitter. Noch im Jahr 1984 führte das Grenzschutzkommando Mitte ein fünftägiges Manöver mit weit über 1.000 Mann durch. Die vorgegebenen Szenarien waren "lang anhaltende Arbeitskämpfe" und "Umstürzversuche" seitens extremer Gruppen. Zur Übung benutzte der BGS schweres Gerät mit Maschinengewehren, Kanonen und Granatwerfern.

Bundespolizei mit Grenzabteilung

Die enge Anlehnung des BGS an das Militärische lässt sich neben den militärischen Diensträngen bis zum Jahr 1976 unter anderem an dem 1965 eingerichteten Kombattantenstatus des BGS ablesen. Bis zum Jahr 1994 war vorgesehen, den BGS im Kriegsfall als Teil der kämpfenden Truppe einzusetzen.

Eine schrittweise Verpolizeilichung des paramilitärischen BGS zeichnete sich 1961 und 1976 ab. 1961 wurde das "Gesetz über den unmittelbaren Zwang (UZwG) verkündet. Es enthält die Vorschriften über die Ausübung unmittelbaren Zwangs bei Vollzugsbeamten des Bundes.

Durch die Notstandsgesetzgebung im Juni 1968 wird die Möglichkeit im Grundgesetz geschaffen, die Bundeswehr unter bestimmten Voraussetzungen auch im Innern einzusetzen. Dies bedeutete eine funktionale Grenzziehung zwischen Polizei und Militär, die den Weg für den BGS in Richtung Bundespolizei weiter ebnete.

Das Jahr 1976 war geprägt von dem Bemühen, die elf Länderpolizeien zu vereinheitlichen. Ein Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes (ME POLG) wurde geschaffen, dessen Regelungen weitestgehend in geltendes Polizeirecht der jeweiligen Länder umgesetzt wurden. Auch der BGS war einer Umstrukturierung unterworfen. Die Diskrepanzen in der Laufbahnstruktur zwischen den Länderpolizeien und dem BGS wurden beseitigt. Die militärischen Dienstränge wurden in polizeiliche Dienstgrade geändert. Ein neues Ausbildungskonzept wurde erarbeitet. Das schwere militärische Gerät wie Schützenpanzer, Granatwerfer und schwere Maschinengewehre wurden durch polizeitypische Waffen wie Schlagstöcke, Wasserwerfer, etc. ersetzt. Der BGS erhielt Anschluss an das polizeiliche Datenaustauschsystem INPOL.

1977 war ein Ruhmesjahr für den BGS. Seine 1972 geschaffene Sondereinheit Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) kehrte als "Helden von Mogadischu" von der geglückten Erstürmung der entführten Lufthansamaschine "Landshut" aus Somalia zurück.

Seit 1977 wurden die BGS-Truppenpolizeien aber auch verstärkt zur Unterstützung der Länderpolizeien im Demonstrationsgeschehen eingesetzt. Dies geschah und geschieht nicht immer mit Wohlwollen der beteiligten Länderpolizeien. Der BGS ist in Teilen der Länderpolizeien für sein unnötig martialisches Auftreten bei geschlossenen Einsätzen verrufen. Aber auch das Verhalten im Einsatzgeschehen selbst wurde schon mehrfach von Beamten der Länderpolizei kritisiert. Fordere man den BGS an, so ein Beamter im höheren Dienst einer Länderpolizei Anfang der 90er, komme er - ohne weitere Rückfragen - im Regelfall gleich als komplette Abteilung, einschließlich Wasserwerfer, Sonderwagen und eigener Verpflegung. Meist würde ein selbstständiger Einsatzabschnitt gefordert, was deeskalative Konzepte eher behindere als fördere. Komme es aber zur Bereinigung problematischer Lagen, also zu harten Auseinandersetzungen, verstehe der BGS sein Handwerk, das dann im BGS-Jargon als "abferkeln", bezeichnet werde. Das geschlossene und harte Vorgehen der BGS-Truppenpolizeien bei sogenannten polizeilichen Großlagen wie Anti-Atom- und Antifa-Demos hat schon mehrfach zu untragbaren Konkurrenzsituationen der Länderpolizeien mit dem BGS geführt. Beim Castortransport 1997 nach Gorleben zum Beispiel hatten sich die Berliner Polizeieinheiten anlässlich der Räumung von X-tausendmal quer vorgenommen, dem BGS und den Magdeburger Einheiten "mal so richtig zu zeigen, wie das schneller geht". Das Ergebnis der Räumung waren dutzende, teils schwer verletzte DemonstrantInnen.

Der Bereich des Demonstrationsgeschehens ist jedoch nicht das einzige Feld, in dem es der BGS geschafft hat, sich als ständig verfügbare und handelnde Polizei zu etablieren. Große Veränderungen und neue Legitimationsgründe brachten dem BGS die 90er Jahre. In den fünf östlichen Bundesländern gab es nicht sofort voll einsatzfähige Bereitschaftspolizeien. Der BGS aber hatte genügend Personal und Technik zur Verfügung, um den Bedarf der Innenministerien und Gefahrenabwehrbehörden vor Ort zu decken. Mehrere Gesetzesänderungen in den 90er Jahren sorgten für eine strukturelle Ausdehnung und für Befugniserweiterungen des BGS.

Zu erinnern wäre da nur an die Eingliederung der Luftsicherheit und der Bahnpolizei ab April 1992, das Bundesgrenzschutzneuregelungsgesetz von 1994, die Einführung der ereignis-und anlassunabhängigen Kontrollen 1998, oder die Unterstützung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes auf dem Gebiet der Funktechnik seit 1997, worin viele KritikerInnen einen Verstoß gegen das verfassungsgemäße Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten sehen. Darüber hinaus wird der BGS seit 1989 auch im Ausland eingesetzt. Im Auftrag der UNO waren Polizeivollzugsbeamte des BGS nach Namibia abkommandiert.

Der BGS ist geographisch gesehen im Jahr 2001 omnipräsent. Egal ob Objektschutz, Personenschutz, Abschiebungen, Luftsicherheit, Bahnpolizei, Demonstrationsgeschehen, Schleierfahndungen, etc. Werden als Maßstab die Einsatzgebiete des BGS im Einzeldienst oder als Truppenpolizei 50 Jahre nach seiner Errichtung angelegt, so lässt sich feststellen, dass der BGS zu einer allgemeinen Bundespolizei mit präventivem und repressivem Charakter geworden ist. Lediglich an der Akzeptanz und Legitimation mangelt es noch manchmal. Dem wurde bisher seitens der Dienstherren im Bundesinnenministeriums mit diversen Einsatzangeboten begegnet.

Paramilitärs im Kalten Krieg

Stützte sich der vorherige Innenminister Manfred Kanther (CDU) noch auf die Verbrechensbekämpfung in Innenstädten - Stichworte "Sicherheitsnetz" und "Sicherheitspartnerschaft", so versteht es der jetzige Amtsinhaber Otto Schily (SPD), die derzeitige Stimmung gegen den extremsten rechten Rand zu nutzen, um Einsatzmöglichkeiten für den BGS im Landesinnern zu schaffen. Jüngstes Beispiel hierzu ist die medienwirksame Ankündigung des Innenministers mit Helm und Schlagstock vom 19. Februar 2001, eine 80-köpfige "BGS-Verstärkungseinheit" in der Niederlausitz gegen rechte Gewalt einzusetzen.

Relevant werden solche Überlegungen, Aufgabenfelder im Landesinneren zu suchen, vor allem in Hinblick auf die in absehbarer Zeit bevorstehende EU-Osterweiterung. Durch die Verschiebung der östlichen EU-Außengrenze wird gut ein Viertel der knapp 40.000 BGS-BeamtInnen und -Angestellte ohne Tätigkeitsbereich sein. Es gibt aber, wie der FAZ vom 11. Oktober 2000 zu entnehmen war Überlegungen, wonach die späteren EU-Außengrenzen von GrenzschützerInnen mehrerer EU-Mitgliedsländer überwacht werden könnten, der BGS also außerhalb des Staatsgebietes der BRD grenzsichernd zum Einsatz kommen würde.

Dies wäre in den nächsten Jahren eine weitere Metamorphose, die der BGS vermutlich unbeschadet überstehen würde in seiner dann fast 60-jährigen Existenz, von einer paramilitärischen Truppe der jungen Bundesrepublik über die Grenzsicherung hin zu einer Bundespolizei des EU-Mitgliedstaates Bundesrepublik Deutschland.

Timo Nagel

8. Tödliche Kettenreaktion. NATO-Peacekeeping auf dem Balkan scheitert an eigenen Widersprüchen

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:28

Gleich an mehreren Fronten drohen sich auf dem Balkan latente Konflikte gewaltsam zuzuspitzen. Albanische Nationalisten attackieren sowohl die jugoslawische Bundesarmee JNA als auch die mazedonischen Streitkräfte. Montenegros Regierung hat für Mai ein Unabhängigkeitsreferendum angekündigt, und Bosnien-Herzegowina droht nach dem angekündigten Austritt der kroatischen Herzegowina aus der Föderation das Ende als staatliche Einheit. Eine Lösung der Konflikte ist nicht in Sicht. Mit Appellen und hektischem Krisenmanagement versuchen westliche Politiker zu verschleiern, dass das NATO-Peacekeeping an den eigenen Widersprüchen gescheitert ist.

Mit dem Sturz des serbischen Erzschurken Slobodan Milosevic sei das Jahrzehnt der Kriege in Jugoslawien vorbei. So lauteten die Versprechungen westlicher Politiker, als der jugoslawische Präsident im vergangenen Oktober von dem durch EU und USA unterstützten serbischen Oppositionsbündnis DOS nach 13 Regierungsjahren abgesetzt wurde. Ein "Balkan-Stabilitätspakt" werde für den wirtschaftlichen Wiederaufbau sorgen und marktwirtschaftliche Reformen würden die Demokratisierung vorantreiben, verkündeten sie die frohe Botschaft für die Zukunft der geplagten Bevölkerung der Balkanländer.

Kaum ein halbes Jahr später gehören die Hoffnungen schon wieder der Vergangenheit an. Derzeit haben Kriegswarnungen Hochkonjunktur. Als "extrem gefährlich" bezeichnet der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Lord Russell-Johnston, die Situation im Grenzdreieck zwischen Südserbien, Kosovo und Mazedonien und gibt damit die allgemeine Einschätzung wieder. Verschiedene albanische Guerillas greifen seit Wochen serbisch-jugoslawische sowie mazedonische Armee-Einheiten und Polizisten an. Im Norden des Kosovo ist auch die serbische Zivilbevölkerung von den Attacken betroffen.

Die Taktik der UCPMB im südserbischen Presevo-Tal, sowie der UCK und weiterer Gruppen im Norden Mazedoniens ist denkbar einfach. Sie wollen mit ihren fortgesetzten Attacken eine militärische Reaktion der JNA und der mazedonischen Armee provozieren. Durch die Eskalation des Konfliktes versprechen sie sich, die Grenzfrage zwischen Kosovo, Südserbien und Mazedonien auf die politische Tagesordnung zu setzen.

"Durch die Teilung Mazedoniens in einen slawischen und einen albanischen Teil" wollten die Guerillas eine Vereinigung des albanischen Teils mit Kosovo erreichen, schreibt Shkelzen Maliqi, eine gewichtige Stimme unter den albanischen Intellektuellen in Pristina. Dieses Großkosovo solle später in einem "unitarischen albanischen Staat", also der Einheit mit Albanien selbst, aufgehen, erklärt er das Programm der Guerillas und ihrer Hintermänner.

Situation "extrem gefährlich"

Ideologisch berufen sich die Guerillas auf den albanischen Nationalgedanken. Albanisch sprechende Gruppen, die Mitte des 19. Jahrhundert dem Islam (65%), dem christlich-othodoxen (20%) und dem katholischen Glauben (15%) angehörten, blieben seit der Entstehung moderner Nationalstaaten auf dem südlichen Balkan im 19. Jahrhundert auf verschiedene Staaten verteilt. Heute leben albanisch sprechende Menschen in Albanien (3,1 Mio.), Kosovo (1,9 Mio.), Mazedonien (470.000), Südserbien (80.000) und Nord-Griechenland (50.000).

Mit dem Slogan "Die Religion der Albaner ist ihr Albanertum" versuchen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Ideologen der albanischen Nationalbewegung, wie deren Gründervater Vaso Pashe Shkodrani (1825-1892), die Gruppen zu einigen. In der Liga von Prizren (1878-1881) fand die albanische Nationalbewegung erstmals einen organisatorischen Ausdruck. Doch die Utopie der AlbanerInnen eines geeinten Nationalstaates realisierte sich nie. Lediglich nach dem Einmarsch faschistischer italienischer Truppen 1941 kam es kurzzeitig zur Bildung eines "Großalbaniens".

Nach dem Ende des NATO-Krieges gegen Jugoslawien im Juni 1999 wähnten sich die albanischen Nationalisten zumindest im Kosovo nahe dem Ziel ihrer Träume. Seit dem Rückzug der serbisch-jugoslawischen Truppen sprechen sich ausnahmslos alle albanischen politischen Gruppen im

Kosovo, von Ibrahim Rugovas LDK bis zur UCK-Nachfolgepartei PDK, für eine schnellstmögliche staatliche Souveränität des Kosovo mit der Perspektive auf ein Großalbanien aus.

Das heißt aber nicht, dass die Aktionen der Guerillas überall auf ungeteilte Zustimmung stoßen. So distanzieren sich die beiden etablierten albanischen Parteien in Mazedonien deutlich von den Provokationen der Guerillas. Denn obwohl die mazedonische Gesellschaft ethno-nationalistisch weitgehend gespalten ist, hat sich die soziale, politische und kulturelle Situation der albanischen Bevölkerung seit der Staatsgründung 1991 eher verbessert. Auch im Kosovo warnen Intellektuelle wie Maliqi vor den "glühenden Patrioten, vor allem den Emigranten in Europa." Ein Zusammenschluss mit dem albanische Kernstaat lehnen die meisten AlbanerInnen im Kosovo und Mazedonien ohnehin ab, zu desolat scheint ihnen die soziale Situation im Nachbarland. Das schert die großalbanischen Guerillas allerdings nicht. Sie stilisieren sich als eine Avantgarde mit historischer Mission, auch wenn sie lediglich ihre eigenen machtpolitischen Interessen vertreten.

Zur Enttäuschung der meisten Kosovo-AlbanerInnen wird in der UN-Resolution 1244, welche der UN-Sicherheitsratsrat zur Beendigung des Kriegs im Juni 1999 erließ, der Souveränität des Kosovos eine Absage erteilt. Der Sicherheitsrat erklärte die Provinz vielmehr weiterhin zum Bestandteil Jugoslawiens, wenngleich weitgehende Autonomierechte für die AlbanerInnen eingefordert wurden. Neben dem Widerstand Chinas und Russlands gegen eine vollständige Unabhängigkeit dürfte bei der Absage auch die Furcht des Westens vor einer weiteren ethno-nationalistischen Zersplitterung auf dem südlichen Balkan maßgeblich gewesen sein. Insbesondere eine drohende Aufteilung Mazedoniens, welche durch die staatliche Unabhängigkeit Kosovos unweigerlich auf der Tagesordnung stünde, dürfte bereits damals zur Vorsicht gemahnt haben. Ist es doch undenkbar, dass eine solche Aufspaltung ohne größeres Blutvergießen gelingen könnte.

NATO wechselt die Seite

So ist nach dem Machtwechsel in Belgrad eine absurde Situation entstanden. Der Westen setzt auf die neue DOS-Regierung unter dem jugoslawischen Präsidenten Vojislav Kostunica und dem serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic als regionalen Stabilitätsfaktor. Gegen Serbien als relativ größten Staat des ehemaligen Jugoslawien lässt sich langfristig schlecht Politik machen. Nach der NATO-Bombardierung ist das durch Embargos und wirtschaftlichen Niedergang ohnehin geschwächte Land auf unabsehbare Zeit durch die Kreditschraube weitgehend kontrollierbar.

Auch im Kosovo vertauschten sich die Vorzeichen. Nachdem der Westen am Ende der 90er Jahre gezielt die militaristischen Kräfte der albanischen Seite stärkte und gegen die Milosevic-Regierung in Stellung brachte, scheinen die Guerillas jetzt zum Problem zu werden. Duldete die NATO-geführte Kosovo-Schutztruppe KFOR noch die Vertreibung von über 200.000 SerbInnen und Angehörigen anderer Minderheit nach dem Ende der Bombardements im Juni 1999 durch albanische Nationalisten, scheinen ihr die Angriffe der albanischen Guerillas in Südserbien und Mazedonien nun zu weit zu gehen.

Mittlerweile wird in NATO-Kreisen der Einsatz von KFOR-Truppen Seite an Seite mit der einstmals bekämpften serbisch-jugoslawischen JNA gegen die noch vor zwei Jahren aufgepäppelten albanischen Guerillas geplant. Dass JNA-Generalstabschef Nebojsa Pavkovic auch schon den Kosovo-Krieg von jugoslawischer Seite befehligt hat, scheint die NATO dabei nicht zu stören. Die AlbanerInnen dagegen schon. Falls es tatsächlich zu einer militärischen Kooperation zwischen KFOR und JNA kommen sollte, droht im Kosovo ein Flächenbrand. Die Guerillas werden sich dann wohl nicht mehr darauf beschränken, serbische ZivilistInnen anzugreifen, sondern auch die KFOR-SoldatInnen ins Visier nehmen, warnen Beobachter in Pristina.

Die KFOR-Truppen, welche die Kosovo-AlbanerInnen als "Befreier" bejubelten, als sie die serbisch-jugoslawischen Truppen aus dem Kosovo vertrieben, könnten dann schnell "Besatzer" werden, die nach Möglichkeit im Zinksarg nach Hause geschickt werden. Agim Ceku, der vormalige UCK-Generalstabschef und derzeitige Chef der UCK-Nachfolgetruppe Kosovo Schutz Korps (TMK), erklärte seinen Männern schon vergangenes Jahr, worauf sie sich einstellen sollen. "Wir werden die IRA des Balkans sein", kündigte er an.

Besonders prekär ist die Auseinandersetzung um die Zukunft des Kosovo nicht zuletzt deshalb, weil auch in Bosnien-Herzegowina und Montenegro sezessionistische Kräfte stärker werden und eine tödliche Kettenreaktion ethno-nationalistischer Exzesse droht. Bei einer Kundgebung für den bosnisch-kroatischen

Kriegshelden Dario Kordic, der kürzlich vom Den Haag Tribunal als Kriegsverbrecher zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde, kündigte der kroatische Repräsentant in der bosnischen Regierung, Ante Jelavic, Anfang März an: "Es ist höchste Zeit, aus dem Dayton-Prozess auszusteigen." Die Kroaten in der Herzegowina wollten sich dem "Vaterland" anschließen und boykottierten fortan die Regierungsinstitutionen in Sarajevo, proklamierte Jelavic. Der internationale Bosnien-Protektor Wolfgang Petritsch setzte Jelavic daraufhin einfach ab.

In Montenegro wiederum hat Präsident Milo Djukanovic für den 22. April vorgezogene Parlamentswahlen angesetzt. Sollte sich seine sezessionistische DPS durchsetzen, was nach Meinungsumfragen als wahrscheinlich gilt, möchte er Ende Juni ein Referendum für die Unabhängigkeit abhalten. Da die pro-jugoslawischen Kräfte in Montenegro aber beinahe von der Hälfte der Bevölkerung unterstützt werden, ließe sich die Unabhängigkeit nur schwer durchsetzen, zumal Belgrad auch nicht gerade erfreut darüber ist.

Die drei Konflikte in Bosnien, Montengro und im Grenzdreieck Kosovo-Südserbien-Mazedonien können nicht getrennt von einander betrachtet werden. Letztlich steht überall zur Disposition, ob es entlang ethno-nationalistischen Linien zu neuen Grenzziehungen kommen wird. Was mit der, gerade von Deutschland unterstützten, Sezession Sloweniens und Kroatiens vor nunmehr zehn Jahren begann, setzt sich so weiter fort. Nur entspricht es momentan nicht den Interessen des Westens.

Nationalistische Exzesse

Es scheint mindestens zwei weitere Klammern zu geben, welche die drei aktuellen Konflikte einen. Zum einen geht es den jeweiligen Nationalisten nirgendwo um das von ihnen jeweils in Anspruch genommene Wohl der Bevölkerung, die sie zu vertreten behaupten. Ganz im Gegenteil: Die ethno-nationalistischen Ideologien dienen lediglich dazu, lokale Machtpositionen entweder zu erkämpfen, auszuweiten oder abzusichern. Die zivilen Opfer der Konflikte interessieren die jeweiligen Kriegshelden dabei nicht.

Angesichts des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens hat sich weitgehend eine Kriegsökonomie durchgesetzt, die hauptsächlich auf der räuberischen Aneignung von gesellschaftlichem Reichtum und zufließenden Ressourcen basiert. Wer die politische Macht ausübt, steht auf dem Gipfel der Aneignungspyramide. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um Privatisierungsprozesse, Schmuggel oder Hilfsgelder aus dem Westen geht. Das Nachsehen haben die, welche über keine Machtmittel verfügen, also meistens Frauen, ethnische Minderheiten und die Zivilbevölkerung.

Die zweite Klammer scheint das Versagen der westlichen Interventionspolitik zu sein. Während der vergangenen zehn Jahre hat die westliche Politik immer dann militärisch auf dem Balkan eingegriffen, wenn die westlichen Länder ihre Stabilitätsinteressen durch das Kriegsgeschehen entweder bedroht sahen, wie in Bosnien-Herzegowina, oder eigene militärisch-strategische Interessen durchsetzen wollten, wie im Kosovo.

Menschenrechtsrhetorik diente dabei immer nur als Rechtfertigungsideologie. Ein Konzept für einen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau dagegen kann der Westen nicht anbieten. Marktwirtschaftliche Reformen können in einer Region eben nicht funktionieren, in der niemand investieren will und die nichts Verwertbares zu bieten hat. Angesichts der desolaten sozialen Situation kann die komplette Ethnisierung aller gesellschaftlichen Widersprüche kaum aufgebrochen werden, zumal eine Linke in Jugoslawien nur in Kleinstgruppen und Individuen existiert. Und die herrschenden nationalistischen Politiker und Kriegshelden werden ihre Ausplünderungsaktivitäten immer ethno-nationalistisch begründen. Wie denn sonst?

Boris Kanzleiter

9. Kriegsverbrecher als Nationalhelden. In Kroatien mobilisieren PatriotInnen für die "Würde des Vaterländischen Krieges"

Autor: Doris Akrap · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:18

Zum ersten Jahrestag des Wahlsieges der sozialliberalen Koalition in Kroatien versammelten sich Anfang Februar ihre nationalkonservativen Gegner auf den Straßen. Die Euphorie über eine "Demokratisierung" des Landes nach dem Abtritt des nationalistischen Staatsgründers Franjo Tudjman ist längst wieder gewichen.

Mit Barrikaden blockierten Mitglieder von Veteranenverbände und andere aufgebrachte PatriotInnen tagelang wichtige Verbindungsstraßen im ganzen Land. Den vorläufigen Höhepunkt der Protestwelle bildete eine Demonstration am 11. Februar in der dalmatinischen Hafenstadt Split. Etwa 100.000 Menschen kamen mit gecharterten Bussen aus dem ganzen Land zusammen, um die "Würde des Vaterländischen Krieges" zu verteidigen, wie auf Plakaten zu lesen war.

Entzündet hatten sich die Proteste an der Verhaftung des Generals Mirko Norac. Dieser soll als erster kroatischer Militär für im Krieg begangene Gräueltaten vor ein Gericht im Land gestellt werden: Ein Affront für alle Vaterlandsverteidiger, meinen die DemonstrantInnen. Jetzt fordern sie "Freiheit für Mirko Norac!" und eine Amnestie für alle Kroaten, die als Kriegsverbrecher angeklagt sind. Die Heimatkämpfer solidarisieren sich jedoch nicht nur aus Angst um ihre eigene Freiheit mit dem General, sondern auch um ihre sozialen und materiellen Absicherungen weiter zu erhalten. Sie fürchten um Renten und finanziellen Privilegien, die sie als verdiente Soldaten vom früheren Staatschef Tudjman erhielten.

Die Umstände der Verhaftung Norac' hielten das Land tagelang in Atem. Ursprünglich sollte der Militär am 7. Februar vor Gericht erscheinen. Norac wird verdächtigt, während des Krieges 1991 die Exekution von 40 serbischen ZivilistInnen in Gospic befohlen und geleitet zu haben. Im vergangenen Oktober war er auf Anweisung der Regierung deshalb zwangspensioniert worden. Als enger Vertrauter von Franjo Tudjman, dem verstorbenen Staatsgründer, und Schüler von Gojko Susak, dem ehemaligen Verteidigungsminister, gilt der 33-jährige Norac den kroatischen PatriotInnen als ein großer Held. Ganz unheldenhaft tauchte Norac nach Bekanntgabe der Vorladung jedoch zunächst ab und konnte erst zwei Wochen später festgenommen werden.

Verhaftung eines Ex-Generals

Unklar bleibt allerdings, ob er sich nicht freiwillig gestellt hat. Diese Vermutung kommt nicht von ungefähr, hatte doch Carla del Ponte, Chefanklägerin des Haager Kriegsverbrechertribunals, das wichtigste Signal gegeben: Von ihrer Seite aus bestehe kein Interesse an der Person Norac. Ivo Sanader, Chef der Tudjman Partei Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ), hatte auf der Demonstration in Split gefordert, die Zusammenarbeit mit Den Haag einzustellen, und Norac selber ließ in einem Interview verkünden, dass er erst wieder auftauche, wenn sicher gestellt sei, dass er nicht an Den Haag ausgeliefert werde.

Grund für seine von Staatspräsident Stipe Mesic im Oktober vorgenommene Entlassung aus dem Dienst war ein Ende September von ihm und elf weiteren Generälen verfasstes Protestschreiben gegen die "Kriminalisierung des Vaterländischen Krieges". Dieser Vorwurf galt der Absichtserklärung der kroatischen Regierung, mutmaßliche Kriegsverbrechen der kroatischen Streitkräfte zu untersuchen. Zu dieser Zeit beschäftigte sich das Gericht in Rijeka bereits mit der Verwicklung Noracs in die Vorfälle vom Herbst 1991 in Gospic. Der hier und in Den Haag als Kronzeuge aufgetretene ehemalige Soldat Milan Levar, der Norac schwer belastete, wurde im August vergangenen Jahres durch eine Bombe in seinem Haus in Gospic ermordet. Ein unmissverständliches Warnsignal der kroatischen PatriotInnen an alle, die glauben, sie könnten ihren im Krieg geborenen Staat an Den Haag verraten. Schon im Verlauf dieser Ereignisse kam es in Split und an anderen Orten im südlichen Teil Kroatiens zu Demonstrationen und spontanen Versammlungen von rechten Verbänden und deren SympathisantInnen. Nach wie vor gibt es keine Aufklärung am Mord Levars, obwohl es genügend Anhaltspunkte gegen zwei Verdächtigte gibt.

Doch die Verfolgung von politisch motivierten Mordanschlägen genießt keine besondere Aufmerksamkeit der kroatischen Regierung. So war das Attentat auf Srd Jaksic, einen angesehenen Anwalt in Dubrovnik, im

Dezember vergangenen Jahres keinem Mitglied der Politikerklasse auch nur eine Erwähnung wert. Die rechtskonservative Slobodna Dalmacija, eine der auflagenstärksten Tageszeitungen, hingegen sprach aus, was wohl viele dachten, Jaksic sei "ein umstrittener Anwalt, der sich mit Serben und Kriegsverbrechern beschäftigt". Also selber Schuld.

Das Schweigen der Regierung zu den nationalistischen Umtrieben ist strategisches Programm. So wie im September vergangenen Jahres, lässt sie auch jetzt die rechten PatriotInnen ungehindert durch die Straßen ziehen. Sie hofft darauf, dass der "aufgeblasene Ballon" von alleine platzt, so Ivica Racan, der Premier. Erklärungen von Mesic, das ganze sei eine "organisierte Destruktion der bevorstehenden Touristensaison" lassen erkennen, dass die Sorge nicht dem mörderischen Potenzial gilt, das sich da auf der Straße entfesselt, sondern dem leidigen wirtschaftlichen Zustand des Landes.

Finanziert werden die Demonstrationen und Aktionen auch von der HDZ, der ehemaligen Regierungpartei Tudjmans, die unter der neuen Regierung die stärkste Oppositionspartei bildet. Unter den Organisatoren finden sich illustre Gestalten wie der General Praljak, der die Einrichtung von Konzentrationslager für Muslime als eine "angemessene Behandlung" versteht oder Tomislav Mercep, 1991 Befehlshaber in Pakracka Poljana, wo es zu einer Massenhinrichtung von gefangenen Serben kam.

"Agenten von Den Haag"

In den vitalen Institutionen des Landes, vor allem in Justiz, Polizei und staatlichem Fernsehen ist die HDZ noch immer stark repräsentiert und ist so in der Lage, die Aufklärung über die Tudjman-Ära zu behindern. Eine wichtige Rolle bei den nationalistischen Protesten spielt die HDZ insbesondere in der Herzegowina. Exil-Kroaten aus dem in Bosnien liegenden südlichen Teil der Herzegowina bilden traditionellerweise eine besonders ergiebige Quelle des nationalistischen Chauvinismus. Sie fordern den Anschluss dieses Gebiets an das kroatisches Staatsterritorium. Zur Zeit boykottiert die HDZ in Bosnien nach den Wahlen vom 11. November die Arbeit in allen Institutionen. Ante Jelavic, kroatischer Vertreter in der Präsidentschaft Bosnien-Herzegowina, kündigte bei einer nationalistischen Kundgebung Anfang März an, die Institutionen in Sarajevo nicht mehr anzuerkennen. Faktisch bedeutet dies den Austritt der Herzegowina aus dem fragilen bosnischen Staatswesen.

Die Aktivitäten der katholischen Pater in dieser Gegend zeigen, wie tief verwurzelt die Ustascha-Vergangenheit ist. So gab es Gerüchte, dass der flüchtige Norac in einem herzegowinischen Kloster Zuflucht gefunden hatte. Die Mönche dieser Gegend hatten sich zuvor eindeutig für eine Unterstützung des Generals und seiner Sache ausgesprochen. Während des faschistischen Ustascha-Staates war es gerade der berüchtigte Franziskaner Orden in der Herzegowina, der brutalste Gräueltaten an Serben und Moslems verübte.

Auch die dalmatinischen Bischöfe versprachen Norac Trost und Schutz. Die katholische Kirche in Kroatien steht dem rassistischen Nationalismus der HDZ in nichts nach. Schließlich war der Kirche unter dem Autokraten Tudjman eine soziale und materielle Aufwertung widerfahren, die sie seit dem Faschismus nicht mehr genossen hatte.

"Der Süden war immer schon bekannt für seine Krieger und den katholischen Stolz" posaunt die Slobodna Dalmacija selbstbewusst. Mercep, der Mitorganisator der Demonstration, weist denn auch eine mögliche Perspektive dieser Protestbewegung, wenn er das Land in den "revolutionären" Süden und den "konterrevolutionären" Norden unterteilt. Im Norden des Landes liegen nämlich der Regierungssitz Zagreb und Rijeka, Sitz des Gerichts, das die Kriegsverbrechen untersucht. Nicht zuletzt waren auch die Demonstrationen in Zagreb und Osijek am 15. Februar ein zahlenmäßiger Misserfolg, lediglich jeweils 5.000 Leute nahmen teil. Und die einzige Gegendemonstration zur Unterstützung der Regierung unter dem Motto "Frieden und Demokratie" fand in Pula statt, einer kleinen Stadt im nördlichen Istrien. Aufrufer war die Istrische Partei, ein Mitglied der Regierungskoalition.

Seit Beginn der hitzigen Debatte um Kriegsverbrecher in den Reihen der Armee fordert die HDZ mit der Begründung Stipe Mesic und Ivica Racan seien "Hochverräter" und "Agenten von Carla del Ponte" vorgezogene Wahlen. Trotz diverser Attentate und Proteste dürfte das propagierte Ziel der HDZ, die Amnestie für alle am Krieg Beteiligten (eingeschlossen der Kriegsverbrecher) aber nicht so schnell umsetzbar sein. Mit der Wahl der neuen Regierung Anfang vergangenen Jahres haben sich die politischen Vorzeichen änderten.

Der chauvinistische Nationalismus der HDZ hatte an Zugkraft verloren, das Land war international isoliert und wirtschaftlich bankrott.

Nach dem sozialliberalen Wahlsieg sollte alles anders werden, man wolle mit der Vergangenheit aufräumen, verkündete der neue Präsident Mesic. Wirtschaftliche und soziale Reformen sollten eingeleitet werden. Die Klientelpolitik Tudjmans, die für den desolaten Zustand der Wirtschaft mitverantwortlich gemacht wurde, sollte ein Ende bereitet werden. Nach einem Jahr Amtszeit stellen jedoch auch wohlmeinende Kritiker der Regierung keine guten Zeugnisse aus. "Mit dieser Koalition gibt es keine demokratischen Veränderungen" muss Ivo Banac, ein sozialdemokratischer Historiker konstatieren. Die Privatisierungen der staatlichen Betriebe, vor allem Banken und Großindustrie kommt schleppend voran, und schon jetzt geistert das Wort der Parteibuchprivatisierung durch die Gazetten.

Kriegertum und katholischer Stolz

Dass die Verfolgung von Kriegsverbrechern nicht einem wirklichen Interesse an der Aufarbeitung des Krieges, sondern einer pragmatische Haltung entspricht, liegt auf der Hand. Den Haag ist allgegenwärtig und einfach ein nicht zu ignorierendes Hindernis, will man an den Verteiler der internationalen Wirtschaft angeschlossen werden. So kann Mesic trotz der Zusammenarbeit behaupten: "Wir haben einen Verteidigungskrieg geführt!" Im Regierungsparlament kann eine Deklaration zum "Vaterländischen Krieg" verabschiedet werden, die behauptet, Kroatien habe gegenüber Bosnien-Herzegowina keine Aggression gestartet. Eine Abgeordnete, die sich gegen diese Deklaration aussprach, wurde von einem Koalitionsabgeordneten der Beleidigung des kroatischen Staates bezichtigt und somit in der derzeitigen unheilvollen Stimmung des Landes zum Abschuss für das nächste Attentat freigegeben.

Die Grundlagen des kroatischen Nationalismus wurden auch in der neuen Regierung noch von keinem Politiker bisher kritisch reflektiert. Das Schachbrettmuster der kroatischen Staatsfahne, Symbol der Ustascha, die Währungsbezeichnung Kuna, ebenfalls aus der Zeit der Ustascha-Regierung, sind kein Stein des Anstoßes.

Zentrale Figur innerhalb der Sechserkoalition ist Drazen Budisa und seine nationalistische sozialliberale Partei (HSLS). Er gilt als Gegner der Reformen. Sanader, Chef der HDZ, hofft auf den Austritt der HSLS aus der Koalition, um die Regierung so zu Fall zu bringen. Darin wurde er bisher jedoch von Budisa enttäuscht. Zusammen mit der sozialdemokratischen Partei Racans ist die HSLS die stärkste in der Regierung. Noch im September letzten Jahres hatte auch er sich zunächst mit den fanatischen Heimatverteidigern auf eine Seite gestellt, während er die jüngsten Ereignisse jetzt als gefährlich und bedrohlich für Kroatien bezeichnete. Budisas Radikalismus wiederum nutzt Premier Racan als Entschuldigung für die nicht vorankommenden Reformen.

Der schwierige Spagat der Regierung besteht also darin, einerseits dem rechtsnationalistischen Koaltionspartner Zugeständnisse zu machen, andererseits Den Haag zu beschwichtigen. Auch wenn die Heimatkämpfer keine Massenbewegung sind, die droht die Regierung stürzen zu können, bilden sie jedoch zur Zeit die Fraktion der Straße, der sich niemand in den Weg stellt. Das Aussitzen der rechten Aufmärsche ist wahrscheinlich die beste Taktik zur Stabilisierung der Macht. Wie viel Leute dabei jedoch noch mit dem Leben bezahlen müssen bleibt offen und liegt eben nicht im Zuständigkeitsbereich von Den Haag.

Doris Akrap

10. Nach dem Mord an Benjamin Hermansen. Rechtspopulistische Tendenzen in Norwegen

Autor: K. Blomkvist · Rubrik: Norwegen · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:37

Am 26.1.2001 wurde in Oslo Benjamin Hermansen von Neonazis ermordet. Der 15-Jährige hatte einige Monate zuvor im norwegischen Fernsehen geschildert, wie Neonazis ihn und andere Jugendliche überfallen und misshandelt hatten. Hermansen, Sohn ghanaischer Einwanderer, wollte so auf den alltäglichen Rassismus aufmerksam machen. Wahrscheinlich war dies der Anlass des Mordes. Im Zusammenhang mit dem Mord wurden fünf Mitglieder der neonazistischen "Boot Boys" festgenommen. Der Hauptverdächtige wurde im Februar in Kopenhagen verhaftet.

In Oslo demonstrierten Anfang Februar 40.000 Menschen gegen rassistische Gewalt. Es war die größte Demonstration in Norwegen seit der Befreiung von der deutschen Besatzung. In weiteren Städten Norwegens wurde ebenfalls gegen Rassismus demonstriert. Die Demonstrationen halten bis heute an, auch wenn die Zahl der TeilnehmerInnen abgenommen hat. Während die jüngsten antirassistischen Aktivitäten wieder wesentlich von der antirassistischen Linken getragen werden, nahmen an der Osloer Großdemonstration auch der sozialdemokratische Ministerpräsident Stoltenberg, der Erzbischof und einige Mitglieder des Königshauses teil.

Die Botschaft, die Stoltenberg und andere auf der Großdemonstration in Oslo gaben, glich in mancherlei Hinsicht dem, was zur Zeit auch in der BRD von PolitikerInnen und Polizei medienwirksam präsentiert wird. "Nun müssen wir alle in uns gehen und über unsere eigene Verantwortung nachdenken", so lautete ein Schlüsselsatz Stoltenbergs. Viel war auch von Zivilcourage die Rede. Bei aller öffentlichen Betroffenheit wurde jedoch eine Auseinandersetzung über die Ursachen der rassistischen Gewalt weitgehend vermieden.

Kein Wunder: Der bloße Appell an das (selbstverständlich als Kollektiv gedachte) Volk, sich ordentlich zu verhalten, ist ja selbst eher Ausdruck des Problems als ein Vorschlag zur Lösung. Die "Antifaschistische Aktion" in Oslo schreibt: "Sollte Stoltenberg nicht mal selbst in sich gehen und sich fragen, wie antirassistisch er eigentlich ist, als Ministerpräsident in einem der abgeschottetsten Länder Europas?"

Parallel zur Präsentation des antirassistischen Zeigefingers ging der rassistische Diskurs jedenfalls weiter. Nach einer kleinen Schonfrist fragte sich die Justizministerin bereits Anfang März, ob es in Norwegen nicht zu viele "unechte" Flüchtlinge gebe. Eine Abteilung des Innenministeriums forderte einen DNA-Test für Flüchtlinge, die Familienzusammenführung beantragen. Im Osloer Zentrum gingen die Übergriffe der Polizei auf schwarze Jugendliche weiter, die pauschal verdächtigt werden, für "organisierte Kriminalität" verantwortlich zu sein.

Obwohl (oder gerade weil) Norwegen zu den reichsten Ländern Europas zählt, hat sich der rassistische Diskurs in den letzten Jahren auch in Teilen der Bevölkerung verankert. Ausdruck dieser Entwicklung ist vor allem das Wachstum der "Fortschrittspartei" (FRP). Die FRP treibt den rassistischen Diskurs, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt, auf die Spitze. Die Partei kann auf eine WählerInnenschaft von ca. 30 Prozent zählen, wobei sie viele sozialdemokratische WählerInnen anzieht. Der Rassismus der FRP ist mit einer wirksamen sozialen Demagogie verbunden. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre hat dazu beigetragen, die soziale Spaltung des Landes zu verschärfen - und das trotz der immensen Öleinnahmen des Staates.

Die unverhoffte Konkurrenz durch die FRP hat nach Aussage des "Antirassistischen Zentrums" innerhalb der Neonazi-Szene Norwegens zwei Entwicklungen gefördert. Die Neonazis fühlen sich einerseits in ihren Anschauungen bestätigt, andererseits sahen sie sich als die "wahren Nationalisten" an den Rand gedrängt. Dies hatte eine Radikalisierung der Rhetorik und der Praxis der neonazistischen Gruppen zur Folge. Nach Auffassung der norwegischen AntirassistInnen war es nur eine Frage der Zeit, bis die wachsende Gewaltbereitschaft der Neonazis sie zu Morden führt. In der internationalen Naziszene ist eine ähnliche Radikalisierung zu beobachten. Auch die "Boot Boys" haben gute Verbindungen zu dieser Szene, vor allem nach Schweden und Dänemark. Sie sind Teil des internationalen "Blood-and-Honour"-Netzwerkes. Der Mord an dem Gewerkschafter Björn Söderberg im Jahre 1999 in Stockholm und der Mord an Benjamin Hermansen müssen als Teil derselben Entwicklung gesehen werden.

Die Zuspitzung des paranoiden Weltbildes und eine wachsende Bereitschaft zur Gewalt bei den Stiefelnazis sind das Resultat der Verschiebung des gesellschaftlichen Konsenses nach rechts. Dass die norwegische Neonazi-Szene relativ klein ist - am Hess-Marsch des vergangenen Jahres nahmen gerade 40 Personen teil -, kann kaum zur Beruhigung beitragen.

Nach dem Mord an Hermansen wurde in Norwegen die Diskussion um ein Verbot von Naziorganisationen stärker. Die Regierung bildete eine Kommission, die sich in Schweden und Deutschland über die Maßnahmen gegen Neonazis und den Stand der Verbotsdiskussion informieren soll. Ähnlich wie in Schweden sind ein großer Teil der linken Gruppen in Norwegen gegen ein solches Verbot. Die kommunistische Tageszeitung "Klassekampen" führt gegen dieses Verbot an, dass die Ursache der Gewalt keineswegs der legale Status der Gruppen sei. Ein Verbot der "Boot Boys" könne die Gruppe kaum schwächen, da sie ohnehin wesentlich in informellen Strukturen arbeite. Es wäre schon viel erreicht, wenn die legalen Möglichkeiten umgesetzt werden würden, die sich aus dem Antirassimusprogramm der Regierung von 1998 und aus dem Antirassismusparagrafen im norwegischen Strafgesetz ergeben. Hier kritisieren die AntirassistInnen, dass von Hunderten Klagen gegen rassistische Übergriffe in den letzten Jahren nur ein halbes Dutzend zu Ermittlungen durch die Polizei führten. Vor diesem Hintergrund wird zu Recht angenommen, dass die Opfer dieser Übergriffe zunehmend zur Selbsthilfe greifen werden.

K. Blomkvist

Weitere Informationen finden sich in: www.antirasistisk-senter.no.

11. Fausto Bertinotti: "Die Linke hat schon verloren"

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:07

In einem viel beachteten Interview der Tageszeitung La Repubblica erklärte Fausto Bertinotti, Sekretär von Rifondazione Comunista (RC), seine Partei lehne es ab, noch einmal Mehrheitsbeschaffer für das Mitte-Links-Bündnis (Centrosinistra) zu sein. Das Regierungslager habe die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsblock bereits verloren - durch allzu breit angelegte Konsenssuche und ständige Nachgiebigkeit gegenüber der Rechten. Einige Auszüge:

Die Krise des Centrosinistra hat ihre Wurzeln in einem grundlegenden Widerspruch: Das Mitte-Links-Bündnis kam in Italien an die Regierung, als die materielle Basis der Linken, die wirkliche Linke, schon eindeutig besiegt war. Warum begreifen die Führer des Centrosinistra nicht, dass Rechenoperationen keine sozialen Dynamiken auslösen? Warum wollen sie weiter Äpfel mit Birnen addieren, indem sie mir taktische Manöver vorschlagen und Rifondazione Comunista nur deshalb vor den Karren des Ulivo spannen wollen, weil wir eine gewisse Zahl von Stimmen mitbringen? Sie verstehen nicht, dass gerade das Centrosinistra für den Aufstieg der Rechten, der sich schon vollzogen hat, mitverantwortlich ist. Die Rechten haben die Regionalwahlen im April 2000 gewonnen, obwohl wir fast überall mit dem Centrosinistra verbündet waren. Das Centrosinistra ist nicht mehr in der Lage, einen gesellschaftlichen Konsens zu schaffen - und genau das führt in die Niederlage.

Das Centrosinistra hat als Reformbündnis versagt. In dieser letzten Phase ist es mitverantwortlich für die Zerstörung der gesellschaftlichen Antikörper, welche die Rechten hätten besiegen können. Es hat den Mächtigen nachgegeben, es ist bei den Regionalwahlen gescheitert, weil es die These vertrat, dass ‚man ohne die Mitte verliert`. Heute verfolgt es weiter seine gemäßigte Politik, die für uns unannehmbar ist. Die Rechte hat die Auseinandersetzung im Land schon gewonnen."

(La Repubblica, 21.1.2001;

Übersetzung: Js.)

12. Italien wählt rechts

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:06

Zwei Monate vor den italienischen Parlamentswahlen, die am 13. Mai stattfinden werden, scheint das Rennen so gut wie gelaufen. Wenn man den Umfrage-Ergebnissen trauen kann, dann wird das Rechtsbündnis Casa delle libertà ("Haus der Freiheiten"), kurz auch Polo ("Pol") genannt, mit deutlichem Abstand zur regierenden Mitte-Links-Koalition (Centrosinistra) gewinnen.

Neuer Ministerpräsident würde der Medien-Mogul Silvio Berlusconi (Forza Italia), der im Dezember 1994, als er nach nur 226 Tagen als Regierungschef zurücktreten musste, ein für allemal politisch erledigt schien. Ihm zur Seite stehen dieselben Partner, die schon vor sieben Jahren den kurzen Triumph der Rechten ermöglicht hatten: Gianfranco Fini von der neofaschistischen Alleanza Nazionale (AN) sowie Umberto Bossi, der demagogische Anführer der regionalistischen Lega Nord.

Stärkste Kraft im Mitte-Links-Bündnis mit seinem Spitzenkandidaten Francesco Rutelli (vgl. ak 443) sind die Linksdemokraten (Democratici di sinistra/DS), die Mehrheitsfraktion der 1991 aufgelösten kommunistischen Partei PCI. Neu formiert hat sich ein Bündnis im Zeichen der Marguerite (Margherita), dessen offizieller Name knapp und inhaltsarm Democrazia e libertà lautet; dazu gehören die christdemokratischen Parteien PPI (Volkspartei), UDEUR (Europäische Demokraten für die Republik) , RI (Rinnovamento Italiano) und die 1999 gegründeten Democratici mit Rutelli und Prodi. Auch die Grünen und Reste der Sozialisten (SDI) haben sich zusammengetan und die Sonnenblume (Girasole) als Symbol gewählt.

Wegen der Besonderheiten des italienischen Wahlsystems müssen all diese Gruppierungen sich möglichst schon bei der Aufstellung der WahlkreiskandidatInnen einig werden: Denn an diese fallen drei Viertel der Mandate (Mehrheitswahl), nur das restliche Viertel wird an die Listen der Parteien bzw. Parteienverbindungen vergeben (Verhältniswahl mit 4-Prozent-Klausel). 1996 hatte sich das Mitte-Links-Bündnis Ulivo mit seinem Spitzenkandidaten Romano Prodi auch mit der Linkspartei Rifondazione Comunista (RC) flächendeckend auf gemeinsame KandidatInnen verständigt. RC gehörte dann fast zweieinhalb Jahre der Regierungsmehrheit an, ohne selbst Minister zu stellen. Im Herbst 1998 spaltete sich die Partei, als die Mehrheit um Fausto Bertinotti der Regierung Prodi wegen derer unsozialen Politik die Unterstützung entzog. Die Minderheit unter Armando Cossutta (die in der Parlamentsfraktion die Mehrheit hatte) gründete die Partei der italienischen Kommunisten (PdCI). Im Januar nun hat Bertinotti klargestellt, dass seine Partei diesmal auf ein Zählbündnis mit den Mitte-Links-Parteien verzichten und im nächsten Parlament in jedem Fall Opposition sein will. (siehe Kasten)

Den Einwand, ein Wahlbündnis mit dem Centrosinistra sei die einzige Möglichkeit, um den Sieg der Rechten zu verhindern, lässt Bertinotti nicht gelten. Offensichtlich ist er der Meinung, nur eine völlig eigenständige und bedingungslos oppositionelle Wahlkampagne werde seiner Partei das überlebensnotwendige Profil verleihen. Solche Überlegungen mag man partei-egoistisch nennen, aber die von Cossuttas "Regierungskommunisten" vorexerzierte Alternative ist alles andere als attraktiv: Der PdCI hat jede politische Eigenständigkeit verloren und dümpelt in Umfragen bei zwei Prozent, dürfte aber auf Grund von Wahl-Absprachen in alter Stärke im Parlament vertreten sein.

Zählbündnisse mit Blumenschmuck

Bertinotti dagegen ist bereit, den Preis für die Unabhängigkeit zu zahlen. Ohne eigene, vom Mitte-Links-Bündnis unterstützte WahlkreiskandidatInnen wird RC allein über die Zweitstimme Mandate in der Abgeordnetenkammer gewinnen können. Mehr als zehn (von 630) werden das kaum sein. Im Sinne der Schadensbegrenzung hat Bertinotti dem Mitte-Links-Bündnis zugesichert, bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer ganz auf die Nominierung eigener WahlkreiskandidatInnen zu verzichten. So müssen der Regierungsmehrheit nicht sämtliche RC-WählerInnen (derzeit fünf bis sechs Prozent) verloren gehen: Im entscheidenden Moment werden etliche von ihnen mit der Erststimme das kleinere Übel wählen, um das größere zu verhindern.

Rutelli hat in der ersten März-Woche seinen Giro d'Italia (per Bahn) beendet. Er hat in den vergangenen Monaten alle größeren Städte in sämtlichen Regionen besucht, Hände geschüttelt, gestrahlt und Optimismus verbreitet. Den vielbeschworenen Stimmungsumschwung aber konnte er damit nicht bewirken. Denn nicht nur die Bilanz von fast fünf Jahren Mitte-Links-Regierung unter drei Ministerpräsidenten ist enttäuschend, auch

Rutellis Programm für die kommenden fünf Jahre kann keine Begeisterung wecken. Während Berlusconi allen alles verspricht - insbesondere Steuersenkungen - versucht Rutelli das "Weiter So" als Neuanfang zu verkaufen. Sein wichtigstes Wahlversprechen ist die Schaffung von 1,5 Millionen Arbeitsplätzen innerhalb von fünf Jahren, nicht nur in der New Economy, sondern auch durch den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes.

Allein eine Million Jobs sollen im ökonomisch zurückgebliebenen Süden des Landes entstehen. Der Weg dorthin soll der gleiche sein wie in den bekannten "Jobwunder"-Ländern. Das Zauberwort heißt "Flexibilität", auch im Sinne von "Mobilität": Notfalls sollen Erwerbslose gar vom Süden in den boomenden Norden transferiert werden. Erstmals eingeführt werden soll ein Arbeitslosengeld (in Höhe von 50 Prozent des letzten Netto-Lohns); es entfällt, wenn der Geförderte mehr als zwei angebotene Stellen ablehnt.

Ein weiteres wirtschaftsliberales Rezept, auf das Rutelli setzt, ist die Förderung mittelständischer Unternehmen durch Steuererleichterungen, staatliche Lohnzuschüsse und Einschränkung des Kündigungsschutzes. Mit diesem Programm sind die Unternehmer im Prinzip einverstanden, nur wollen sie bei Neu-Einstellungen nicht nur Billiglöhne sondern auch Zeitarbeitsverträge (mit bis zu 36 Monaten Laufzeit) zur Regel machen. Dagegen opponiert insbesondere der Gewerkschaftsflügel der Linksdemokraten, auf den auch Rutelli Rücksicht nehmen muss.

Für Berlusconi dagegen sind Gewerkschaften überflüssig und schädlich, weil sie den "Fortschritt" behindern. Sein Wirtschaftsprogramm deckt sich nur zum Teil mit dem Rutellis, etwa was den Ausbau der Verkehrswege angeht. In wichtigen Punkten aber setzt es dem "Neoliberalismus light" des Centrosinistra die unternehmerische Allmacht entgegen. Giulio Tremonti, der in einer Regierung Berlusconi das Superministerium für Wirtschaft, Finanzen und Haushalt leiten soll, will Flächentarifverträge gänzlich abschaffen und durch "Arbeitsverträge nach amerikanischem Vorbild" ersetzen: generell befristet und ohne Kündigungsschutz. Reinvestierte Unternehmensgewinne sollen nur zur Hälfte besteuert werden und Unternehmen, die Neu-Einstellungen vornehmen, sollen ebenfalls bis zur Hälfte von der Steuer befreit werden. Was auf eine gigantische Umverteilung zu Gunsten der Unternehmen hinausläuft, wird in der Propaganda natürlich als Gewinn an Freiheit verkauft - Freiheit von staatlicher Bevormundung, weil in Berlusconis "neuem Italien" der Staat "dem Bürger dient und sich aller Aktivitäten enthält, die der freien Initiative der Privaten anvertraut werden können, die sie für gewöhnlich besser und billiger durchführen"; Hauptaufgabe dieses Staates ist die Förderung "unternehmerischer Talente". (Forza Italia: "Cosa vogliamo")

Die kommenden Wochen werden hektische Aktivitäten der Parteizentralen bringen. Jetzt gilt es, die aussichtsreichen Wahlkreise zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu verteilen. Auch der Rechtsblock hat da seine Probleme. Soll er ein offenes Bündnis mit rechtsextremen Gruppierungen wie Pino Rautis Fiamma Tricolore oder der in den letzten Jahren boomenden Forza Nuova eingehen? Bei den Regional- und Kommunalwahlen im vergangenen Jahr gaben die WählerInnen der Rechtsextremen in einigen Fällen den Ausschlag zu Gunsten rechter Kandidaten. Andererseits könnte eine formelle Allianz mit den Ultrarechten das "konservativ-demokratische" Image des Polo beschädigen. Rauti ist nicht nur ein glühender Anhänger von Mussolinis "Sozialrepublik" der Jahre 1943ff.; er wird auch bis heute der Mitverantwortung für die rechtsterroristische "Strategie der Spannung" verdächtigt. Und Forza Nuova, die Kontakte zur NPD pflegt, war erst kürzlich beschuldigt worden, an dem Bombenanschlag gegen Il Manifesto (vgl. ak 446) beteiligt gewesen zu sein.

Neoliberalismus light gegen Turbokapitalismus

Auch die politische "Mitte" bereitet dem großen Bündnispolitiker Berlusconi einige Sorgen. Während er seine eigene Partei Forza Italia dreist als wahre Erbin der aufgelösten Democrazia Cristiana ausgibt, könnte ihm eine lästige Konkurrenz erwachsen: Die Gruppierung Democrazia Europea erfreut sich nicht nur bester Kontakte zur katholischen Kirche, sondern geht auch mit einer echten Führerfigur ins Rennen - hinter den Kulissen agiert Giulio Andreotti (82), Italiens bedeutendster Staatsmann der vergangenen Jahrzehnte, Senator auf Lebenszeit, ein mit allen Wassern gewaschener Machtpolitiker mit dem wohlverdienten Spitznamen "Beelzebub".

So ist denn rechnerisch vielleicht doch noch nicht alles gelaufen. Schon 1996 verdankte der Ulivo seinen Sieg der Zersplitterung der Rechten, deren Stimmenmehrheit sich nicht in einer Parlamentsmehrheit niederschlug.

Die regierende Koalition hat es fünf Jahre lang versäumt, die Gewichte nach links zu verschieben. Sie hat der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung vielmehr Vorschub geleistet und tut dies auch weiterhin. Als Staatspräsident Ciampi jüngst eine "Mauer" gegen illegale Einwanderer forderte, beeilte sich Innenminister Enzo Bianco (PPI) zu versichern, die Politik der Regierung befinde sich "in perfekter Übereinstimmung" mit den Ansichten des höchsten Repräsentanten der Republik. Das Ergebnis dieser Politik kann man in italienischen Fußballstadien, auf Straßen und Plätzen besichtigen, wo sich rassistische Ausbrüche bis hin zu Menschenjagden und Anschlägen häufen.

So muss der Berichterstatter wieder einmal "das kleinere Übel, das zu immer größeren Übeln führt", geißeln. Dass er gleichzeitig eben diesem "kleineren Übel" den Sieg wünscht, soll nicht verschwiegen werden ...

Js.

13. Entschädigung nicht erst in 50 Jahren. Opfer der Apartheid fordern Schuldenstreichung von deutschen Banken

Autor: Thomas Seibert · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:05

Vom 30. November bis zum 1. Dezember fand in Bonn die dreitägige Konferenz "Für die Opfer der Apartheid - Entschädigung jetzt - nicht erst in 50 Jahren" statt. Initiiert wurde die Konferenz von dem deutschen Zweig der Internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika. Die Ziele der Kampagne sind die sind die Streichung und Verwerfung der apartheidverursachten Schulden, da sie als "sittenwidrig" im Sinne des Völkerrechts einzustufen sind.

Die Internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika lud im Dezember 2000 im Rahmen der Konferenz "Für die Opfer der Apartheid - Entschädigung jetzt - nicht erst in 50 Jahren" VertreterInnen der Deutschen, der Dresdner und der Commerzbank sowie PolitikerInnen der Bundestagsparteien zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion ein. BankenvertreterInnen und PolitikerInnen sollten vor den rund hundert KonferenzteilnehmerInnen Auskunft geben über die Beziehungen, die sie vornehmlich in den 80er und frühen 90er Jahren zum südafrikanischen Apartheidregime unterhielten. Es fand sich niemand zur Debatte bereit; manche der Geladenen hielten nicht eine formelle Absage für nötig. Ihr Fernbleiben war natürlich auch eine Antwort.

Apartheid noch nicht überwunden

Deutsche Politik und deutsches Kapital sind gegenwärtig weder an der Streichung der apartheidverursachten Schulden noch gar an Reparationen interessiert. Im Gegenteil: im Absageschreiben der Deutschen Bank wird süffisant vermerkt, dass man sich in dieser Frage in enger Übereinstimmung mit der demokratischen Regierung Südafrikas wisse, die ausdrücklich bestreite, dass es überhaupt so etwas wie "apartheidverursachte Schulden" gebe.

Tatsächlich war diese Haltung der ANC-Regierung auch der Grund, warum die von den Kirchen, den Gewerkschaften und den Jubilee-2000-Bewegungen des südlichen Afrika sowie der NGO-Koalition SANGOCO gestartete Kampagne um den Beistand europäischer Nicht-Regierungs- und Solidaritätsorganisationen nachgesucht hatte. Durch Aufklärungs- und Lobbyarbeit im Norden soll der Druck auf die eigene Regierung verstärkt werden, deren verwunderliche Haltung sich aus dem Zwang erklärt, in der Schuldenfrage als absolut zuverlässig und dadurch kreditwürdig zu erscheinen. Off the records erklärten höhere ANC-Funktionäre, dass man trotz der öffentlichen Zurückhaltung nichts gegen die Aktivitäten der Kampagne habe und dass man deren Verstärkung sogar begrüßen würde.

Nachdem die wichtige südafrikanische Wochenzeitung mail & guardian und Zeitungen in Sambia auf ihren Titelseiten von der in Deutschland kaum beachteten Tagung berichtet hatten, ließ die Deutsch-Südafrikanische Industrie- und Handelskammer auf Nachfrage umgehend mitteilen, dass ihre Mitglieder bereits beträchtliche Zuwendungen an lokale Entwicklungsprogramme leisteten, zu Gesprächen über etwaige Reparationen und im Interesse demokratischer Entwicklung auch zur Zusammenarbeit mit der Kampagne bereit seien. Christoph Köpke, Manager der südafrikanischen Niederlassung von DaimlerChrysler, räumte demselben Journalisten gegenüber ein, sein Unternehmen sei sogar zu Reparationsleistungen bereit, wenn es in Südafrika dafür einen gesetzlichen Rahmen gebe (mail & guardian, 11.12.2000). Der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki kündigte an, sich zur Frage apartheidverursachter Schulden mit dem ehemaligen sambischen Präsidenten Kenneth Kaunda treffen und beraten zu wollen.

Kaunda war der Schirmherr der Bonner Konferenz. Die deutsche Kampagne - getragen vom AfrikaSüd-Aktionsbündnis (AAB), den Frauen für Gerechtigkeit, der Koordinierungsstelle Südliches Afrika (KOSA), der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), medico international und dem Solidaritätsdienst-International (SODI) - hatte ihn eingeladen, weil ihre Forderungen nicht allein auf Südafrika, sondern auch auf die umliegenden Länder, die ehemals sog. "Frontstaaten", bezogen sind. Unter der Regierung Kaundas war Sambia über beinahe drei Jahrzehnte sicheres Hinterland nicht nur des ANC, sondern

auch für die Befreiungsbewegungen Angolas, Namibias, Mosambiks und Simbabwes. Umschlossen von rassistischen und kolonialistischen Regimes war das Land zahllosen politischen, militärischen und ökonomischen Attacken ausgesetzt.

Entschädigung jetzt!

Die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Befreiungsbewegungen und die Versorgung der Tausenden von Flüchtlingen, die in Sambia Schutz vor ihren Verfolgern suchten, belasteten die Ökonomie in drastischer Weise. Als das Apartheidregime und seine rhodesischen und portugiesischen Verbündeten zur systematischen Blockade des eingeschlossenen Sambia übergingen, zwangen sie die Regierung in Lusaka zeitweilig dazu, dringend benötigtes Öl auf dem Luftweg einzuführen. In der Folge des so erzwungenen wirtschaftlichen Niedergangs, allerdings auch infolge eines nach 27-jähriger Alleinregierung nicht unbegründeten "Perestroika"-Effekts, wurde die von Kaunda geführte United National Independence Party (UNIP) 1991 abgewählt. Die zunächst zur demokratischen Musterregierung hochgejubelte, schon bald auf einen rechtsautoritären Kurs einschwenkende Regierung des neuen Präsidenten Frederick Chiluba lieferte das Land den Strukturanpassungsprogrammen des IWF aus. Die von der UNIP nationalisierten Kupferminen wurden an transnationale Konzerne verkauft. Durch die neoliberalen "Reformen" verschärfte sich die ökonomische Krise so weit, dass heute über zwei Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Dabei wendet auch Sambia einen erheblichen Teil seiner Ressourcen für den Schuldendienst auf.

"Die Apartheid ist noch lange nicht überwunden", erklärte Kaunda denn auch in seiner Eröffnungsrede, in der er darlegte, dass die Kampagne Schuldenstreichung und Reparationen nicht allein zum Ausgleich der unmittelbar vom Apartheidregime zu verantwortenden Schäden, sondern auch für die Folgen langjähriger politischer, ökonomischer und sozialer Destabilisierung, also für die damit verschlossenen und bis jetzt nicht realisierten Möglichkeiten einer anderen Entwicklung einfordere.

Dass diese Forderungen auch und gerade an deutsche Banken und Industrieunternehmen gerichtet werden, hat mit deren damaliger Politik zu tun. Bereits 1973 hat die UNO-Vollversammlung das System der Apartheid als "Verbrechen gegen die Menschheit" verurteilt. In der Zeit von 1962 bis 1993 wurden politische und ökonomische Sanktionen gegen Südafrika verhängt. Unter bewußter Umgehung dieser Sanktionen haben deutsche, aber auch schweizerische, britische und amerikanische Unternehmen die Apartheid durch Investitionen und Kredite gestützt und damit über Jahre hinaus verlängert. Zwischen 1985 und 1993 betrug allein der deutsche Nettokapitalexport nach Südafrika 4,27 Milliarden DM. Der weitaus größte Teil der Kredite wurde vom Regime zur Finanzierung des Öffentlichen Sektors, d.h. für die Kosten des eigenen Staatsapparats sowie zum Unterhalt von Staatskonzernen verwendet. Deutsches Kapital floss somit unmittelbar, gezielt und wissentlich in die ökonomische Infrastruktur der rassistischen Herrschaft. Aus ihren Geschäften mit der Apartheid erzielten deutsche Unternehmen und Banken in der Zeit von 1971 bis 1993 8,4 Milliarden DM ebenso blutiger wie völkerrechtswidriger Profite. Noch 1993 beanspruchten sie darüber hinaus ein Viertel der 26 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden Südafrikas für sich. Dessen Regierung muss noch heute ein Fünftel ihres nationalen Budgets und den Großteil ihrer Devisenreserven zur Begleichung der zumeist aus der Zeit der Apartheid stammenden Schulden von 50 Milliarden US-Dollar verwenden.

Wie eng der Kampf um Schuldenstreichung und begleitende Reparationsforderungen mit dem sozialen Kampf um die Vergangenheit verbunden sind, führte Ntombi Mosikare, Koordinatorin der Khulumani Support Groups, einer hauptsächlich von Frauen gebildete Selbstorganisation von Opfern des Apartheidterrors, in ihrem Tagungsbeitrag aus. Die Khulumani-Gruppen organisieren psychosoziale und medizinische Assistenz für ihre in ihrer physischen und psychischen Gesundheit noch immer stark beeinträchtigten Mitglieder, denen sie zugleich ökonomischen und juristischen Beistand gewähren und eine politische Plattform bereitstellen. Im Prozess der "Wahrheits- und Versöhnungskommission" haben die Khulumani-Frauen umfangreiche ZeugInnenaussagen über das Ausmaß und die Brutalität des rassistischen Terrors geleistet. Die an die Aussage geknüpften Entschädigungszahlungen werden ihnen von der südafrikanischen Regierung unter Verweis auf fehlende finanzielle Ressourcen noch immer verweigert.

Schulden Südafrikas sind illegitim

Der südafrikanische Koordinator der Jubilee-2000-Bewegung, Neville Gabriel begründete in seinem Vortrag, warum es im südlichen Afrika nicht bloß um einen ökonomisch und finanzpolitisch begründeten

Schuldenerlass, sondern um die ausdrückliche Verwerfung der Schulden als "sittenwidrig" und deshalb auch um die Rückerstattung der bereits geleisteten Zahlungen gehe. Die Doktrin der "sittenwidrigen Schulden" ist seit dem 19. Jahrhundert Teil des Völkerrechts und besagt im Kern, dass demokratische Regierungen Schulden vorangegangener Diktaturen nicht anerkennen müssen, weil die sie begründenden Kredite zur Unterdrückung der Menschen verwendet wurden, die jetzt für ihre Begleichung aufkommen sollen. Mehrere Regierungen haben sich historisch auf diese Doktrin berufen, darunter auch die Sowjetunion, die nach der Oktoberrevolution die Rückzahlung von Schulden des zaristischen Regimes unter Verweis auf deren Sittenwidrigkeit verweigerte. Für Neville Gabriel liegt darin auch die Option, die die Kampagne der eigenen Regierung vorschlägt.

In Bezug auf die weltweiten Kämpfe um die Streichung der Schulden des Südens geht die Internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika noch einen Schritt weiter. Für sie ist die offenbare Illegitimität der apartheidverursachten Schulden im südlichen Afrika kein Ausnahme-, sondern der besonders eindringliche Regelfall der Schuldenfrage überhaupt. Zwar sind rassistische Herrschaft, koloniale Ausbeutung und der Profit, den sich deutsche wie internationale Banken und Konzerne daraus verschafft haben, nicht immer so evident wie im Fall des Apartheidregimes und seiner Finanziers in der Dresdner, der Deutschen und der Commerzbank sowie anderer Unternehmen wie VW, Mercedes, Bayer, Hoechst u.v.a.m. Strukturell liegt auf der ganzen Welt dasselbe Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnis vor. Kreditvergabe und nachfolgende Zins- und Zinseszinsforderungen dienen derselben infamen Ausbeutung. Deshalb ist für die Kampagne - im Unterschied zu den nördlichen Sektionen der Jubilee-2000-Bewegung (Erlassjahrkampagne in der BRD) - die faktische Nichtrückzahlbarkeit der Schulden gar nicht der wesentliche Punkt. Sie verwirft die Schulden wegen ihrer im Sinn der Doktrin sittenwidriger Schuld rechtlichen und politischen Illegitimtät, nicht aber "nur", weil der bisher schon geleistete Schuldendienst die Länder an den Rand des Bankrotts und in neo-koloniale Abhängigkeit gegenüber den sog. "Geberländern", ihren Banken, Konzernen und internationalen Finanzinstitutionen gebracht hat. Die Kampagne verfolgt darüber hinaus das Ziel, einen Präzedenzfall zu schaffen, auf den sich andere werden berufen können. Um ihren Druck auf die Finanziers und Profiteure der Apartheid verstärken zu können, ist die Kampagne auf weitere Unterstützung angewiesen. Dies gilt vor allem für Aktivitäten, die über die Möglichkeiten der sie tragenden NGOs hinausgehen.

Thomas Seibert

Weitere Informationen einschließlich des auf der Konferenz verabschiedeten "Bonner Aufrufs" können über medico international bezogen werden,

Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt, Tel. 069/94438-0, Fax 069/436002,

info@medico.de, www.medico.de

14. Deutsche Waffen, deutsches Geld. Auch unter Rot-Grün floriert der Waffenhandel mit Südafrika

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Rüstungsexport; Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:11

Deutschland ist auf den dritten Platz beim weltweiten Waffenverkauf vorgerückt, hinter den USA und Russland, vor China, Frankreich und Großbritannien. Diese Meldung der New York Times im August letzten Jahres sorgte in deutschen Regierungskreisen für Aufregung, schließlich hatte sich die rot-grüne Koalition vorgenommen, die Waffenausfuhr zu reduzieren. Die rot-grüne Regierung beharrt darauf, dass Deutschland nur an fünfter Stelle beim Rüstungshandel stehe. Die eigene bundesdeutsche Statistik verzeichnete "nur" 2,8 Milliarden Mark an Kriegswaffenausfuhren. Der US-amerikanische Regierungsbericht kam dagegen auf einen Betrag von vier Milliarden Dollar. Schnell war des Rätsels Lösung gefunden: Der zitierte Bericht enthielt auch milliardenschwere Rüstungsvereinbarungen mit Südafrika, die aber über einen Zeitraum von zehn Jahren abgewickelt werden. So gerechnet ist Deutschland doch wieder auf Platz drei.

Während sich die Regierungsgemüter hier zu Lande schnell beruhigten, schlägt der Waffendeal in Südafrika seit Monaten hohe Wellen. Korruptionsvorwürfe verdichten sich, und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen fordern, Armutsbekämpfung statt Steuergelder für Waffen auszugeben. Auch in Deutschland treten medico international, das Bonner Internationale Konversionszentrum (BICC) und die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) für ein Moratorium des Rüstungsgeschäftes ein.

Nach jahrelangen Verhandlungen hat der regierende African National Congress (ANC) unter Präsident Thabo Mbeki ein Rüstungsgeschäft mit westeuropäischen Firmen im Wert von 44 Milliarden Rand (ca. 14 Milliarden DM) unter Dach und Fach gebracht. Die British Aerospace liefert 24 Kampfflugzeuge, die schwedischen Saab-Werke 28 Alpha-Jets und der italienische Augusta-Konzern 40 Hubschrauber. Deutsche Firmen sind in dem Geschäft für die Marine zuständig: Drei U-Boote und vier Fregatten für rund drei Milliarden Mark liefert das Deutsche Fregattenkonsortium, ein Zusammenschluss der Thyssen-Werft Blohm + Voss in Hamburg, der Preussag-Tochter Howaldtswerke-Deutsche Werft AG in Kiel (HDW) und der Thyssen Rheinstahl, sowie das Deutsche U-Boot-Konsortium, dem ebenfalls die Howaldtswerke, die Thyssen Nordseewerke und die Ferrostahl AG angehören. Das Rüstungsgeschäft wird mit Hermes-Export-Garantie-Krediten abgesichert.

Rund drei Millionen Mark Schmiergeld soll Joe Modise, der ehemalige Verteidigungsminister und früherer Chef von Umkhonto we Sizwe, dem militärischen Arm des ANC, von deutschen Rüstungsfirmen erhalten haben. Diesen Vorwurf erhebt Terry Crawford-Browne, Vorsitzender der südafrikanischen Sektion der "Economist Allied for Arms Reduction" (ECAAR) in Kapstadt. Zudem seien Schmiergelder bei der Auftragsvergabe an südafrikanische Zulieferer geflossen.

Delikaterweise untersagte Präsident Mbeki der von Nelson Mandela gegründeten "Anti-Corruption-Unit" auch noch höchstpersönlich, in dieser Sache zu ermitteln. Seit Anfang Februar aber untersuchen der Generalstaatsanwalt und das Büro für Wirtschaftskriminalität die Vorwürfe. Auch Südafrikas Rechnungshof wurde aktiv, da das Geschäft wesentlich teurer wurde als ursprünglich geplant. Neben Modise sind weitere Generäle der früheren Befreiungsarmee von den Korruptionsvorwürfen betroffen, ebenso einige südafrikanische Zulieferer für Innenausstattung und Elektronik. Um "Black Empowerment" in Südafrika zu fördern, machte die Regierung für die europäischen Waffenexporteure die Auflage, möglichst mit Firmen zusammenzuarbeiten, die von Schwarzen geleitet werden.

Deutsche Rüstungsfirmen fett im Geschäft

Schon bevor die schwerwiegenden Korruptionsgerüchte präzisiert werden konnten, äußerten entwicklungspolitische Organisationen und Kirchen in Südafrika und Deutschland grundsätzliche Zweifel an dem Sinn dieser Rüstungsgeschäfte und sprachen sich eindeutig dagegen aus. 30 Gruppen, darunter der südafrikanische Kirchenrat und der Dachverband der dortigen Nichtregierungsorganisationen haben eine breite "Koalition gegen Militärausgaben" gebildet. Vor allem die Größenordnung des Geschäftes ist ihnen ein Dorn im Auge. Schon heute ist der Rüstungsetat Südafrikas drei Mal so hoch wie die öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen. Der Militärhaushalt muss beträchtlich steigen, um den neuen Rüstungsdeal in den nächsten zehn Jahren finanzieren zu können. Angesichts der großen sozialen Probleme am Kap - etwa ein

Drittel der SüdafrikanerInnen lebt mit rund 250 Mark monatlich unter der Armutsgrenze - werden die Ausgaben für Waffen als Verschwendung von Ressourcen angesehen.

Südafrika rüstet auf

Auch die vereinbarten "Kompensationsgeschäfte" werfen Fragen auf. Die Essener Firma Ferrostahl will zum Beispiel ein Spezialstahlwerk an der Ostküste Südafrikas errichten. Dieses Gegengeschäft im nicht-militärischen Bereich soll nach Auskunft der südafrikanischen Regierung 65.000 Arbeitsplätze schaffen. Doch diese Zahl wird als völlig unrealistisch angesehen und die wirtschaftliche Rationalität des Stahlwerkes insgesamt bezweifelt. Laut medico international habe Ferrostahl sogar Schwierigkeiten, die zugesagte Investitionssumme aufzubringen.

Diese Gegengeschäfte und der mögliche Gewinn für die Wirtschaft dienten der südafrikanischen Regierung dazu, die Waffenkäufe in der Öffentlichkeit zu legitimieren, so die südafrikanische Wochenzeitung mail &guardian. Bereits Mitte 2000 berichtete die Zeitung, dass die Versprechen ausländischer Regierungen und Firmen, größere Investitionen als Gegengeschäft zu tätigen, brüchig geworden seien. Weil diese Kompensationsgeschäfte Korruption begünstigen, sind sie gewöhnlich in der EU und in Nordamerika verpönt.

Der milliardenschwere Waffenkauf bedeutet auch eine Kehrtwende in Südafrikas Militärpolitik. Seit den ersten freien Wahlen 1994 und dem Sieg Nelson Mandelas flossen die Gelder für die "South African National Defence Force" (SANDF) immer spärlicher, das Militärbudget wurde um die Hälfte reduziert und die Wehrpflicht abgeschafft. Die sechs atomaren Sprengköpfe, die das Apartheid-Regime produziert hatte, wurden vernichtet. Gleichzeitig haben aber die südafrikanischen Rüstungsexporte zum Beispiel nach Pakistan, Philippinen, Malaysia, China und Singapur zugenommen. Auch der Waffenschmuggel nach Angola konnte die Regierung lange Zeit nicht kontrollieren.

Der Direktor des BICC, Herbert Wulf, begreift das neue Rüstungsprogramm nicht nur als Modernisierung, wie es die südafrikanische Regierung sieht, sondern als Aufrüstung: Mit dem Deal erlange Südafrika "wieder die Kapazität wie in der Apartheidzeit, in den Nachbarstaaten zu intervenieren". Der Rüstungskauf sei das größte Geschäft, das je in Afrika getätigt worden sei, und der Umfang des Deals sei größer als die Summe, die alle Staaten südlich der Sahara in einem Jahr für das Militär ausgeben. Die Aufrüstung erzeuge bei den Nachbarn Bedrohungsängste, die zu einem Rüstungswettlauf führen könnten.

Ein Problem sieht Südafrika allerdings in der Instabilität der Region, vor allem in Angola und Kongo. Auch die Furcht vor einer unkontrollierten Migration aus den benachbarten armen Ländern wie Mosambik in das vergleichsweise reiche Südafrika ist groß. Im Rahmen der "Entwicklungsgemeinschaft für das südliche Afrika" (SADC) baut Südafrika eine grenzübergreifende "Friedenstruppe" auf. Gemeinsame Manöver haben bereits stattgefunden. Diese Truppe dürfte vor allem die Interessen Südafrikas, der führenden Regionalmacht, verteidigen.

Als Antwort auf die Kritik an dem Waffengeschäft erklärte Bundesaußenminister Joschka Fischer anlässlich seiner Reise ans Kap vor einem Jahr, das Rüstungsgeschäft beruhe auf einer souveränen Entscheidung der demokratisch gewählten südafrikanischen Regierung. Sie nicht zu respektieren bedeute Paternalismus. Auch als die Korruptionsvorwürfe bekannt wurden, reagierte die Bundesregierung nicht. "Die Regierung hofft natürlich, dass das Thema in zwei Tagen wieder vom Tisch ist", so Herbert Wulff. Ob der Bundessicherheitsrat, ein geheim tagender Ausschuss des Kabinetts, der über ein Moratorium entscheiden könnte, in dieser Sache zusammenkommt, wird davon abhängen, wie groß der Druck hier ist und wie sich die Ermittlungen in Südafrika gestalten.

Anke Schwarzer

15. Die Opfer gehen leer aus. Probleme der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC)

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:14

Die "Truth- and Reconciliation Commission" (TRC) in Südafrika hatte zum Ziel, Menschenrechtsverletzungen, die während der Apartheid stattgefunden haben, aufzudecken. Während zahlreiche TäterInnen bereits auf Grund ihrer Aussagen vor der Kommission amnestiert wurden, warten die Opfer immer noch auf die versprochene Entschädigung. Der Afrikanische National Congress (ANC) zögert die Zahlungen mit fadenscheinigen Begründungen hinaus. Die Geduld ist aber bei vielen Betroffenen am Ende: Ihnen wird nicht nur eine individuelle Entschädigung vorenthalten, auch die allgemeine Entwicklung Südafrikas und die Hartnäckigkeit der Apartheidfolgen verhindern, dass ein Großteil der Bevölkerung endlich ein Leben in Würde führen kann.

Hohe Erwartungen waren an den Regierungsantritt der durch den ANC geführten Allianz aus ANC, Kommunistischer Partei (SACP) und Gewerkschaftsdachverband Cosatu im Jahre 1994 geknüpft: Das sozio-ökonomische und psychische Erbe der Apartheid sollte beseitigt werden. Präsident Nelson Mandela trat unter anderem mit dem Versprechen an, eine Million Wohnungen zu bauen, 2,5 Millionen Häuser zu elektrifizieren und alle Haushalte mit Trinkwasser und sanitären Anlagen auszustatten. Auch der Aufbau einer "rainbow-nation" und die Versöhnung von Schwarzen und Weißen sollte vorangetrieben werden. Die Gründung der "Truth and Reconciliation Commission" (TRC) war ein zentraler Teil des Kompromisses zwischen schwarzer Mehrheit und weißer Minderheit. Weder sollte die blutige Vergangenheit der Apartheid unter den Teppich gekehrt werden, noch sollten komplizierte Strafverfahren gegen die TäterInnen einen Versöhnungsprozess erschweren. Im Vordergrund stand die Wahrheitssuche bei den zahlreichen Anhörungen, die die Wahrheits- und Versöhnungskommission zwischen 1996 und 1998 im ganzen Land durchführte und bei denen sich TäterInnen und Opfer gegenüber saßen.

Die TäterInnen hatten die Möglichkeit, ein volles Geständnis abzulegen und im Gegenzug dafür Amnestie zu erhalten. Wer bis Mitte 1997 kein Amnestiegesuch eingereicht hatte, musste damit rechen, vor Gericht gestellt zu werden. Die Angehörigen der Opfer sollten endlich Gewissheit über das Schicksal der Toten bekommen, darüber was mit ihnen geschah und wo jetzt ihre Leichen liegen. Die Gefolterten und die Angehörigen von Ermordeten mussten akzeptieren, dass die TäterInnen niemals juristisch bestraft werden würden. Den Opfern versprach die Kommission dafür eine Entschädigung. Rund 22.000 Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen oder deren Angehörige wurde offiziell Anerkennung gezollt. Die TRC bewirkte auch, dass das weiße Südafrika nicht länger behaupten kann, illegale Taten hätten nicht stattgefunden. Allerdings lässt sich die Sicherheit vieler weißer SüdafrikanerInnen, aus Mangel an Beweisen nicht verurteilt werden zu können, daran ermessen, dass 80 Prozent der über 7.000 Amnestiegesuche von Schwarzen stammen. Die Gräueltaten werden zudem auf einzelne PolizistInnen abgeschoben, da zahlreiche ehemalige Regierungsmitglieder sowie die Armeeführung es abgelehnt haben, Amnestie zu beantragen, weil sie sich keiner Schuld bewusst seien.

Die TRC konnte mit ihrer Herangehensweise kaum etwas dazu beitragen, das Bewusstsein für die aus der Apartheid resultierenden materiellen Ungleichheiten zu schärfen. "Indem sie nur die ungesetzlichen Verbrechen im Blick hatte, hat sie die strukturelle Gewalt der gesetzlich abgesicherten Ungleichheit ignoriert. Der durchschnittsweiße Nutznießer der Apartheid fühlt sich nicht betroffen oder gar zur Umverteilung motiviert, weil er ja nicht gefoltert hat. Es ist anzunehmen, dass erst die nächste Generation der Weißen, ähnlich wie in Deutschland, die Schuld und Verantwortung ihrer privilegierten Eltern aufrollt", so der ehemalige Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Heribert Adam, der heute in Kapstadt Politische Soziologie lehrt.

Suche nach Wahrheit

Als Teil ihres Abschlussberichtes empfahl die TRC dem südafrikanischen Parlament, mindesten eine Milliarde Mark aufzubringen, um die erlittenen physischen, psychischen und materiellen Schäden zu entschädigen. Jedes ermittelte Opfer sollte zusätzlich zu einer symbolischen Wiedergutmachung für einen Zeitraum von sechs Jahren eine finanzielle Zuwendung (individual reparation grant) von mindestens 5.000 Mark pro Jahr

erhalten. Doch bislang haben die 22.000 Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, welche die Kommission identifizierte, nur rund elf Millionen Mark erhalten. Während es unter Mandela noch Parlamentsdebatten und Diskussionen unter ANC-Mitgliedern über die Möglichkeit gab, eine Wiedergutmachungs- oder Vermögensabgabe für diejenigen einzuführen, die direkt oder indirekt von der Apartheid profitiert haben, lässt die Regierung unter Thabo Mbeki, der 1999 das Amt antrat, das Thema um die Verantwortung gegenüber den Opfern links liegen. Zwar betonte der ANC noch vor drei Jahren die wichtige Rolle, die Entschädigungszahlungen bei dem Prozess der Versöhnung spielen, doch die Regierungspartei verschleppt die Zahlungen mit dem Verweis auf die noch laufenden Amnestieanhörungen, die erst abgeschlossen werden müssten, bevor eine endgültige Zahlung erfolgen könne. Mbeki beharrt zwar darauf, dass er die Opfer nicht vergessen habe. Es befassen sich auch verschiedene Ausschüsse mit der Formulierung genauer Richtlinien für Reparationszahlungen. Doch der Finanzminister Trevor Manuel machte bereits deutlich, dass er die eine Milliarde Mark nicht aufbringen möchte. Der Kampf gegen die Apartheid sei nicht für den finanziellen Gewinn Einzelner geführt worden. Alle Schwarzen seien von der Grausamkeit des Systems betroffen gewesen, so Manuel.

Die Bitterkeit und Enttäuschung ist groß: Während die TäterInnen weder gerichtlich verfolgt noch für Ausgleichs- oder Schmerzensgeld haftbar gemacht werden können und sogar eine ansehnliche Rente erhalten, gehen die Opfer leer aus. Da die südafrikanische Regierung ihrem gesetzlichen Auftrag der Entschädigung nicht nachkommt, ist der Nachfolger von Desmond Tutu, der Erzbischof Njongonkulo Ndungane, der Ansicht, dass die Regierung die Opfer der Apartheid im Stich gelassen habe.

Die Regierung argumentiert, dass eine schnelle Entwicklung Südafrikas die größte Entschädigung bedeute. Doch auch die Überwindung der Folgen von Zwangsumsiedelungen, minderwertiger Bildung, alltäglicher Demütigung und wirtschaftlicher Unterdrückung während der Apartheid lässt auf sich warten. Zwar kann die Regierung auf eine der weltweit fortschrittlichsten Verfassungen, auf erste Schritte in Richtung einer Bildungsreform, verbesserte Trinkwasserversorgung im ländlichen Raum und über eine Million neue Stromanschlüsse verweisen, dennoch hat sich in Südafrika die Kluft zwischen arm und reich in den letzten Jahren extrem vergrößert.

"Sie sollten nicht denken, nur weil es eine Wahrheitskommission gab, ist jetzt alles in Ordnung", so Ntombi Mosikare in einem Interview mit medico international. Die Südafrikanerin ist Koordinatorin der Khulumani Support Group, einer Selbsthilfegruppe von Opfern und Angehörigen, die vor der Wahrheitskommission ausgesagt haben und immer noch auf eine Entschädigung warten. Die Initiative fordert gemeinsam mit Jubilee 2000 und anderen NGOs aus dem südlichen Afrika Schuldenstreichung sowie Reparationszahlungen von denjenigen Unternehmen und Banken, die das Apartheid-Regime unterstützt haben (siehe Artikel von Thomas Seibert auf Seite 12). Mit ihrer Forderung wollen sie auf die verheerenden Auswirkungen der Apartheid auf die gesamte Region des südlichen Afrikas aufmerksam machen (siehe Artikel von Joachim Becker auf Seite 15) und verhindern, dass weiterhin Kredite zurückgezahlt werden müssen, mit denen sie unterdrückt worden sind.

Anke Schwarzer

16. Das verdrängte Erbe. Die Folgen von Apartheid und Kaltem Krieg für das südliche Afrika

Autor: Joachim Becker · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:04

Wird vom Erbe der Apartheid gesprochen, so gerät meistens nur Südafrika und vielleicht noch Namibia ins Blickfeld. Doch die gesamte Region trägt schwer an den Hinterlassenschaften des Apartheidregimes, speziell an seiner Destabilisierungspolitik in den 80er Jahren. Sowohl die militärische als auch die wirtschaftliche Destabilisierung hatten die Konsolidierung des rassistischen Apartheilregimes in Südafrika zum Ziel. Diese Politik der Repression fand breite Unterstützung bei den westlichen Regierungen, ging es doch vor allem darum die links regierten Staaten Mosambik und Angola zu isolieren.

Die südafrikanische Destabilisierungspolitik der 80er Jahren war Teil der "totalen Strategie" zur Bewahrung des rassischen Kapitalismus in Südafrika. Nach innen setzte diese Strategie auf eine Mischung von Kooptierung, Beseitigung einiger sozialer Brennpunkte und massiver Repression gegen den Widerstand. Nach außen wollte sie den jüngst unabhängigen Staaten die Vorbildwirkung nehmen und diese zum Verzicht auf eine Unterstützung der Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias zwingen. Dies sollte über militärische und wirtschaftliche Destabilisierung erfolgen. Die aggressive Vorgehensweise richtete sich speziell gegen Angola und Mosambik, die sich prononciert zu einer sozialistischen Orientierung bekannten und die für die Binnenstaaten das sprichwörtliche "Tor zur Welt" darstellten. Damit trafen Schläge gegen diese beiden Küstenstaaten auch die angrenzenden Binnenstaaten. Die "totale Strategie" fand teils eher diskreten, teils offenen Beistand durch westliche Regierungen. Die US-Regierung bezeichnete ihre Schützenhilfe für den Kurs der Regierung P.W. Bothas in Südafrika als "konstruktives Engagement". Dies fand seinen Ausdruck in einer offenen Unterstützung der von Südafrika geförderten Contra Unita in Angola und einer Politik der Wirtschaftszusammenarbeit von Zuckerbrot für Wohlverhalten und Peitsche bei Unbotmäßigkeit. In der Region wurde diese Politik eher als "destruktives Engagement" wahrgenommen. Auch die britische und bundesdeutsche Regierung federten die südafrikanische Regionalpolitik diskret ab. Die deutsche Bundesregierung setzte sich für die wirtschaftliche Isolation der ihr wegen ihrer linken Ausrichtung suspekten Staaten Angola und Mosambik ein. Deutsche Rechtskreise - und im Fall Mosambiks anscheinend auch der Bundesnachrichtendienst (BND) - hatten Kontakte zur angolanischen und mosambikanischen Contra.

Besonders aggressiv war die südafrikanische Politik gegenüber Angola. Dort suchte sie 1975/76 mit einem konventionellen Angriff die Regierungsübernahme der MPLA zu verhindern. Diese schlug - mit kubanischer Unterstützung - den südafrikanischen Angriff zurück. Daraufhin nahm die südafrikanische Regierung die Unita unter ihre Fittiche. Diese hatte während des Unabhängigkeitkampfes hinter einer Fassade maoistischer Rhetorik mit der portugiesischen Kolonialmacht kollaboriert. In den Auseinandersetzungen in der Phase zwischen der Nelkenrevolution in Portugal und der Unabhängigkeit Angolas zog die Unita den Kürzeren. Neue Patrons fand sie in Südafrika und in der Regierung Reagan. Die damalige US-Regierung sah die MPLA-Regierung Angolas wegen ihrer linken Programmatik und ihrer Unterstützung für den südafrikanischen ANC und die namibische SWAPO als Hort des Bösen. Sie gab der Systemauseinandersetzung im Fall Angolas den Vorrang vor den florierenden Ölgeschäften US-amerikanischer Konzerne. Bis Ende der 80er Jahre tobte in Angola ein teils konventionell, teils über die Unita geführter Krieg. Mit der Zeit vermochte sich die Unita über Diamantenabbau und -schmuggel eine eigenständige Finanzierungsbasis für den Krieg zu schaffen. 1991 kam es zwar zu einem Friedensabkommen zwischen MPLA-Regierung und Unita, doch die Unita nahm den Krieg wieder auf, als sie 1992 die Mehrparteienwahlen - wegen ihrer aggressiven Politik - verlor. Seitdem geht der Krieg als primär angolanischer Konflikt weiter. Die MPLA-Regierung finanziert ihn über die Öleinnahmen, die Unita über das Diamantengeschäft. Abgesehen von diesen Enklaven ist die Wirtschaft völlig zusammengebrochen. Vom ursprünglichen emanzipatorischen Projekt der MPLA ist nichts geblieben. Die Politik ist völlig militarisiert, das gesellschaftliche Leben brutalisiert. Hohe Partei-, Staats- und Militärfunktionäre sind in die wenigen profitablen Wirtschaftsbereiche eingestiegen. Die Unita bleibt ihrer Politik der verbrannten Erde treu und ist nicht vertragsfähig. Diese aktuelle Konstellation ist das Resultat der südafrikanischen und westlichen Destabilisierungspolitik der 70er und 80er Jahre, welche die Unita zu einer ernsthaften militärischen Macht aufpäppelten.

Gegen Mosambik verzichtete Südafrika auf den großflächigen Einsatz eigener Truppen. Vielmehr übernahm es vom rhodesischen Geheimdienst während des Übergangs Zimbabwes zur Unabhängigkeit die Contra-Gruppe der Renamo. Diese war vom rhodesischen Geheimdienst zur Vergeltung der mosambikanischen Unterstützung für die zimbabwischen Befreiungsbewegung geschaffen worden. Ihre Mitglieder rekrutierten sich vielfach aus den früheren schwarzen Spezialeinheiten des portugiesischen Militärs, teils auch aus Mitgliedern der mosambikanischen Befreiungsbewegung und der späteren Regierungspartei Frelimo. Unter rhodesischer Kuratel hatte die Renamo nur begrenzte Schlagkraft. Von den südafrikanischen Sicherheitskräften wurde sie dann militärisch stark ausgebaut. Ziel der Renamo war die systematische Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur auf dem Land. Anfänglich konnte sich die Renamo Schwächen der mosambikanischen Agrarpolitik und Unmut über die Transformationsstrategie der Frelimo zu Nutze machen. Sie agierte militärisch jedoch wie eine Besatzungsarmee, welche die lokale Bevölkerung einschüchterte und zur Zwangsarbeit anhielt. Das mosambikanische Militär zeigte sich der militärischen Destabilisierungsstrategie Südafrikas nicht gewachsen. Millionen flohen aus ihren ländlichen Heimatorten in sichere Regionen in Mosambik oder ins Ausland. Zahlreiche Verkehrsverbindungen waren unterbrochen. Die Produktion, speziell auf dem Land, ging stark zurück. Unter dem Druck des Krieges und einer dramatischen Wirtschaftslage schloss die Frelimo-Regierung 1984 mit Südafrika den Nkomati-Vertrag, der ein Ende der ANC-Präsenz in Mosambik und ein Ende der südafrikanischen Unterstützung für die Renamo vorsah. Während die mosambikanische Regierung den Vertrag einhielt, griff Südafrika der Renamo auch in den Folgejahren weiter unter die Arme. Erst mit dem Ende der Apartheid fand die militärische Destabilisierung ein Ende. Ohne eine eigenständige wirtschaftliche Basis, wie sie die Unita in den Diamanten besaß, sah sich die Renamo 1992 zu einer Integration in das zivile politische Leben gezwungen. Seitdem ist die frühere Söldnertruppe politische Partei. Frustriert über den Mangel an Zugang zu Regierungsposten und Pfründen hat sie mehrfach mit Gewalt gedroht. Ende letzten Jahres ist es an einigen Orten zu gewaltsamen Demonstrationen, teils auch zu fast militärisch organisierten Plünderungen gekommen.

Militarisierung und Repression

Der Krieg in Mosambik war auch gegen Zimbabwe gerichtet. Die kürzeste Verbindung Zimbabwes zum Meer verläuft zu Mosambiks Häfen. Sie ist die einzige gangbare Alternative zur Nutzung von Südafrikas Häfen. Daher war die zimbabwische Regierung bestrebt, diese Verkehrsverbindung, speziell die Straße, Bahn und Pipeline nach Beira, offen zu halten. So setzte Zimbabwe in Abstimmung mit Mosambiks Regierung Truppen zum Schutz dieser Einrichtungen und zur Stützung der Frelimo-Regierung ein. Zeitweise war etwa ein Viertel der zimbabwischen Armee in Mosambik im Einsatz. Zudem nutzte Südafrika die Spannungen in der zimbabwischen Innenpolitik aus. Die beiden Befreiungsbewegungen ZANU und ZAPU waren während des Kampfes gegen das siedlerkoloniale Regime ein konfliktreiches Bündnis eingegangen.

Nach der Unabhängigkeit bildeten sie kurzzeitig eine Koalition. Nach dem Rauswurf der ZAPU-Minister aus der Regierung und der Inhaftierung führender ZAPU-Funktionäre kam es in deren regionaler Hochburg, dem Matabeleland, zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Diese Konflikte forcierte Südafrika durch die Infiltration eigener Leute. Die ZANU-Regierung reagierte hierauf mit einer Welle brutaler Repression, löste 1987 den innenpolitischen Konflikt dann aber politisch.

Die militärische Destabilisierung war ein, aber nicht das einzige Element der regionalen Destabilisierungspolitik. Eine wichtige Rolle kam der wirtschaftlichen Destabilisierung zu. Während der Kolonialzeit waren die Staaten der Region wirtschaftlich stark auf Südafrika ausgerichtet worden. Ein Großteil der Verkehrsverbindungen lief nach Südafrika. Zahlreiche Arbeitskräfte aus Botswana, Lesotho, Swaziland und Südmosambik arbeiteten am Kap. Deren Überweisungen waren sowohl für die auf dem Land zurückbleibenden Familien wie für die Zahlungsbilanz dieser Staaten von großer Wichtigkeit. Südafrika war zudem für die Staaten der Region ein wichtiger Handelspartner. Die kolonial ererbten Verbindungen setzte Südafrika als Hebel gegen die Staaten der Region ein. Gegen Ende der 70er Jahre wurde die Zahl der Wanderarbeiter, speziell aus Mosambik, systematisch reduziert. Die kürzeren Verkehrverbindungen durch Angola und Mosambik, die für Sambia, Zimbabwe und Malawi von großer Bedeutung waren, suchte Südafrika mit militärischen Mitteln zu unterbrechen. Nur im Fall der Verbindung Zimbabwes nach Beira misslang dies. So konterkarierte Südafrika die Bemühungen der in der Southern African Development Coordination Conference (SADCC) zusammengeschlossenen Staaten, ihre Abhängigkeit von Südafrika im Verkehrssektor abzubauen. Zusätzlich offerierten die staatlichen südafrikanischen Transportgesellschaften Sondertarife, um den Verkehr

von Mosambiks Häfen abzuziehen. Diverse Wirtschaftssanktionen wurden von Südafrika gegen Nachbarstaaten verhängt. Diese reichten von Grenzblockaden, Behinderung des Transitverkehrs bis hin zur Kündigung von Handelsabkommen. Gegenüber seinen kleinen Nachbarländern und Mosambik hatte Südafrika auf diesem Sektor freie Hand.

Etwas anders stellte sich das im Verhältnis zu Zimbabwe dar. Dort hatten sowohl südafrikanische als auch westliche Konzerne substanzielle Wirtschaftsinteressen. Zudem galt die Regierung Robert Mugabes damals (anders als heute) in westlichen Ländern als Musterfall des Ausgleichs zwischen "Schwarz und Weiß" auch für Südafrika. So wurden die US-Regierung und andere westliche Länder in Pretoria vorstellig und argumentierten, die Wirtschaftssanktionen gegen Zimbabwe seien contraproduktiv. Das Apartheidregime hielt sich gegen Zimbabwe stärker zurück als gegenüber Mosambik und Angola.

Alle Staaten der Region sind durch erhöhte Militärausgaben und den wirtschaftlichen Druck Pretorias in ihrer Entwicklung zurückgeworfen worden. Die Destabilisierungspolitik Südafrikas hat zur Verschärfung der außenwirtschaftlichen Probleme und damit zum raschen Wachstum der Auslandsverschuldung beigetragen. Die Auslandsverschuldung ermöglichte es den westlichen Gläubigern, maßgeblichen Einfluss auf die Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erlangen. Während sich Zimbabwe noch gewisse Spielräume erhalten konnte, waren diese im Fall Sambias und Mosambiks extrem gering. Das arbeitsteilige Vorgehen zwischen Südafrika, westlichen Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen bereitete einer neoliberalen Transformation in der gesamten Region den Weg. Hat das Apartheidregime durch die Destabilisierungspolitik auch nicht sein Ende verhindern können, so war es doch erfolgreich dabei, die in den 70er Jahren noch bestehenden Träume einer anderen Gesellschaftsordnung in den Nachbarstaaten zu zerstören und einer liberalen Gesellschaftspolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Diese wirtschafts- und gesellschaftspolitische Rechtswende in den früheren Frontstaaten hilft den Kapitalgruppen nach dem Ende der Apartheid, ihre wirtschaftliche Vormachtstellung in der Region wieder und weiter auszubauen.

Joachim Becker

17. Plan Colombia in Aktion. "Drogenbekämpfung" mit Söldnertruppen aus den USA

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: US-Imperialismus; Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:34

Beim Antrittsbesuch des kolumbianischen Präsidenten Andrés Pastrana in Washington bekräftigte er gemeinsam mit seinem neuen Kollegen George Bush, die beiden Regierungen wollten den Plan Colombia vorantreiben. Als Drogenbekämpfungsprogramm getarnt wird so mit US-amerikanischer Finanz- und Militärhilfe der Kampf gegen die linksgerichteten Guerillas intensiviert.

Während Kolumbiens Präsident Pastrana öffentlich sein Interesse am Frieden verkündet, befindet sich der Plan Colombia in vollem Gange. Allein während der vergangenen zwei Monate besprühten die kolumbianische Armee und Polizei nach eigenen Angaben 35.000 Hektar vermeintliche Koka-Anbauflächen in der südlichen Region Putumayo, an der Grenze zu Ecuador und Peru, mit Giftstoffen aus der Luft.

Mittlerweile fordern nicht mehr nur Menschenrechtsorganisationen, soziale Bewegungen, Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen und Umweltgruppen die Einstellung der zerstörenden Besprühung, sondern auch einige regionale Politiker und Gouverneure. Doch das hält die kolumbianische Armee nicht davon ab, die Bestäubungsflüge fortzusetzen. Dabei stört es Präsident Pastrana offensichtlich nicht, dass er sich erst Anfang Februar bei Verhandlungen mit FARC-Chef Marulanda verpflichtet hatte, die Besprühungen zu stoppen.

US-Präsident Bush führt Plan Colombia fort

Der Sponsor des Plan Colombia, die US-Regierung, zeigt sich in gewohnter Manier wenig beeindruckt von der katastrophalen Menschenrechtssituation in Kolumbien. Selbst ihre eigenen Berichte scheinen keine größere Bedeutung zu haben. So veröffentlichte das US State Department im Vorfeld des US-Besuchs Pastranas Ende Februar seinen jährlichen Bericht zum Stand der Menschenrechte in der Welt.

Zu Kolumbien hieß es darin, die "Sicherheitskräfte der Regierung begehen nach wie vor ernsthafte Menschenrechtsverletzungen, extralegale Hinrichtungen mit eingeschlossen". Gegen Paramilitärs, heißt es weiter, seien sie aber weitgehend ineffektiv. Gefangene würden von Militärs und Polizei gefoltert und das Justizsystem funktioniere nicht. Um allerdings die umfangreiche Unterstützung der USA dennoch rechtfertigen zu können, wurde hinzugefügt, die Regierung unternähme Anstrengungen, um die Situation zu verbessern.

Ob diese Anstrengungen allerdings darin bestehen, dass es zunehmend Paramilitärs und internationale Söldner sein sollen, die anstelle der kolumbianischen Sicherheitskräfte den schmutzigen Krieg übernehmen, wurde nicht spezifiziert.

Einen aktuellen Anlass hätte es gegeben. Schließlich verursachte der Beschuss eines Hubschraubers mit US-amerikanischen Beratern und Ausbildern im vermeintlichen "Antidrogenkrieg" Ende Februar Unwohlsein in den USA. Es handelte sich dabei um einen Hubschrauber des US State Departments der in Caqueta, im Südwesten Kolumbiens, die Besprühung aus der Luft von angeblichen Koka-Feldern begleitete. Dabei handelt es sich in der Regel um gemischte Operationen, an denen das Personal jeweils zur Hälfte aus kolumbianischen Militärs oder Polizisten und US-amerikanischen Militärs, DEA-Angehörigen, Söldnern oder privat angeheuerten "Experten" besteht.

In diesem Fall befanden sich vier US-amerikanische Angehörige des Unternehmens DynCorp aus Reston, Virginia (USA), an Bord. Das Unternehmen übernimmt logistische Aufgaben für Militäroperationen und arbeitet eng mit der US-Army zusammen. DynCorp ist an der Organisation der Besprühungen beteiligt und stellt die dafür notwendigen Fachkräfte, wie Piloten, Mechaniker und medizinisches Personal ein. Darüber hinaus bildet DynCorp "Rettungsteams", sogenannte Search and Rescue (SAR) Gruppen, die in brenzligen Situation eingreifen. Dies taten sie auch dieses Mal. Nachdem der verletzte Pilot eines unter Guerilla-Beschuss stehenden Polizeihubschraubers eine Notlandung vornehmen musste, eilte ein SAR-Team herbei und evakuierte die Betroffenen. Die US-amerikanischen Retter, allesamt mit M-16 Schnellfeuergewehren bewaffnet, lieferten sich dabei Gefechte mit der Guerilla.

Dario Azzellini

18. Guerilla und Regierung im Gespräch. Neue Verhandlungen zwischen FARC und Regierung in Kolumbien

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:33

Nach Wochen der Anspannung sprechen seit Anfang Februar in Kolumbien Guerilla und Regierung wieder miteinander. Präsident Andrés Pastrana und Manuel Marulanda, Kommandant der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, FARC, kündigten eine Wiederaufnahme des stockenden Verhandlungsprozess an.

Das Treffen hat nicht nur die kolumbianische Öffentlichkeit den Atem anhalten lassen, sondern auch international Hoffnungen geweckt. Die FARC hatten vergangenen November die Gespräche mit der Regierung abgebrochen, da diese, entgegen geschlossener Vereinbarungen, nicht gegen paramilitärische Gruppen vorging, welche ungebrochen die Zivilbevölkerung terrorisieren. Die Paramilitärs verstärkten im vergangenen Jahr ihre Aktivitäten in ganz Kolumbien. Mittlerweile etwa 8.000 gut bezahlte Mitglieder der Banden agieren gegen die "Unterstützer der Guerilla". Dazu zählen sie alle, die sich ihrem Terror nicht beugen.

Allein im Januar diesen Jahres fielen den grausamen Massakern der Paramilitärs über 200 Zivilpersonen zum Opfer. Auch wenn in der internationalen Öffentlichkeit oft der Eindruck erweckt wird, es schaukele sich die Gewalt zweier Extreme, nämlich der Guerilla und den Paramilitärs, gegenseitig hoch, sprechen die Fakten eine andere Sprache. Kolumbianische wie internationale Menschenrechtsorganisationen machen eindeutig die Paramilitärs für den Großteil der verheerendsten Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Gedeckt und unterstützt werden die Terrorgruppen dabei durch Armee und Polizei, wie in zahlreichen Fällen nachgewiesen wurde.

Terror der Paramilitärs ungebrochen

Am 15. Dezember vergangenen Jahres beispielsweise versuchten Unbekannte den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Regierungsangestellten, Wilso Borja, zu erschießen. Der Anschlag, zu dem sich die Paramilitärorganisation AUC bekannte, die behauptet Borja sei Mitglied der ELN Guerilla, schlug allerdings fehl. Ein Attentäter fand statt dessen selbst den Tod. Von seinem Mobiltelefon aus war vor dem Anschlag mehrmals ein Polizeikapitän angerufen worden, gegen den mittlerweile wegen des gescheiterten Mordanschlages ermittelt wird.

Das Treffen zwischen Pastrana und Marulanda fand in Los Pozos, im Herzen der 42.000 Quadratkilometer großen Zone unter der Kontrolle der FARC statt. Das Gebiet mit der Fläche der Schweiz, aus dem sich die Armee zurückgezogen hat, entstand im November 1998 in Folge von Abkommen zwischen der Regierung und der ältesten und größten Guerilla des Landes. Ursprünglich war die Entmilitarisierungsvereinbarung über die Zone bereits Ende Januar ausgelaufen. Präsident Pastrana verlängerte sie kurzfristig nur um wenige Tage, was die Spannung zwischen Guerilla und Armee erhöhte. Zudem sorgten die aktuellen Offensiven der Paramilitärs gegen die Zivilbevölkerung und die im Dezember vergangenen Jahres im Rahmen des von den USA gesteuerten Plan Colombia in der Region Putumayo begonnenen Besprühungen von angeblichen Koka-Feldern aus der Luft für Zündstoff zwischen den Gesprächspartnern.

Pastrana und Marulanda konnten sich bei ihrem Treffen auf eine gemeinsame Erklärung einigen, in der die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Regierung und Guerilla verkündet wird. Pastrana sicherte darüber hinaus eine Verlängerung der Existenz der entmilitarisierten Zone um weitere neun Monate zu. Außerdem einigten sich beide darauf, internationale Beobachter in die FARC-Zone einzuladen, damit sie vor Ort das bisher Erreichte evaluieren können.

Der Präsident sagte auch zu, die Besprühungen von vermeintlichen Drogenanbaugebieten aus der Luft zu stoppen. Das stünde allerdings im Widerspruch zum Plan Colombia und den Wünschen der USA. Marulanda betonte im Namen der FARC, die bereits mehrmals ihre Bereitschaft zur Durchführung von Drogenanbausubstitutionsprogrammen beteuert hat und dafür sogar konkrete Pläne vorlegte: "Wir sträuben uns nicht gegen eine Zerstörung der illegalen Anbauflächen per Hand, aber es muss gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass Gelder in Projekte zum Wohle der Bevölkerung fließen".

Pastrana verpflichtete sich bei dem Treffen mit der FARC-Spitze erneut zu einer intensiveren und effektiveren Bekämpfung der Paramilitärs. Beide Seiten einigten sich, eine Kommission aus anerkannten kolumbianischen Persönlichkeiten zu bilden, die Empfehlungen dazu erarbeiten soll. Betont wurde auch die Notwendigkeit den lange angestrebten Gefangenenaustausch von inhaftierten Guerilleros gegen Polizisten und Soldaten in der Gewalt der Guerilla voranzutreiben. Die FARC, welche 478 Uniformierte, zum Teil seit drei Jahren, gefangen hält, erklärte als Zeichen des guten Willens 50 von ihnen ohne Gegenleistungen freizulassen.

Die Verhandlungspartner einigten sich auf einen thematischen Terminkalender für die nächsten Wochen. Das erste Treffen seit der Wiederaufnahme der Gespräche des "Nationalen Tisches für Dialog und Verhandlung" fand bereits am 14. Februar statt. Dort einigten sich die beiden Seiten auf einen detaillierten Terminkalender sowie die Bildung einer Sonderkommission, die mögliche Hürden im Verhandlungsprozess bereits im Vorfeld aus dem Weg räumen soll, um ein erneutes Einfrieren der Gespräche zu vermeiden.

Trotz der erfolgreichen Gespräche bleiben schwerwiegende Hürden für einen wirklichen Friedensprozess, wie Manuel Marulanda betonte. Noch immer weigere sich die kolumbianischen Oligarchie tief greifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen als Grundlage eines dauerhaften Friedens zuzustimmen, stellte er fest. Die Aktionen der Paramilitärs, die Hochrüstung des kolumbianischen Militärs und der als Drogenbekämpfung getarnte Krieg gegen die Opposition im Rahmen des milliardenschweren Plan Colombia gehen trotz Friedensbekundungen der Regierung ungebrochen weiter.

Hier hat die Regierung Pastrana sich bisher nicht von vorhergehenden kolumbianischen Regierungen unterschieden. Während sie vordergründig Gesprächsbereitschaft bekundet, treibt sie gleichzeitig politische Reformen voran, um das kolumbianische Zweiparteiensystem fest zu schreiben und spitzt das neoliberale Wirtschafts- und Sozialmodell in Absprache mit dem Internationalen Währungsfonds IWF immer weiter zu. In der gleichen Logik erklärte auch der Generalkommandeur der kolumbianischen Armee, General Fernando Tapias, erst vor wenigen Tagen die Militärs würden Kriegshandlungen durchführen um Frieden zu bringen. Tapias gehört zu den Scharfmachern im kolumbianischen Militärapparat und hatte bereits angekündigt, seine Truppen befänden sich in Bereitschaft um die entmilitarisierte Zone zurückzuerobern. Er drohte: "Wenn Präsident Pastrana die entmilitarisierte Zone verlängert, respektieren wir die Entscheidung, übernehmen aber keinerlei Verantwortung für das, was dort passieren kann".

Regierung verweigert Reformprozess

Schwierig ist auch der Konflikt mit der ELN. Nach jahrelangem hin und her stimmte die Regierung schließlich der Schaffung einer - wenn auch wesentlich kleineren - entmilitarisierten Zone für die zweitgrößte Guerilla in Kolumbien zu. Die Rahmenbedingungen sind bereits ausgehandelt und die Zone soll zunächst eine Gültigkeit von neun Monaten haben. Im Unterschied zur FARC hat die ELN aber noch keine Verhandlungen mit der Regierung geplant, sie will in dem Gebiet neun thematische Nationalkonventionen unter der Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Kräfte organisieren.

Der Zeitpunkt für die Installierung der Zone steht allerdings noch nicht fest. Militärs und Paramilitärs versuchen alles um die Entmilitarisierung zu blockieren. Während die Paramilitärs in dem Gebiet in der Nähe der Erdölstadt Barrancabermeja am Rio Magdalena, Kolumbiens größtem Fluss, bereits seit Monaten eine intensive Terrorkampagne mit Hunderten von Todesopfern führen und von ihnen geleitete und finanzierte Organisationen wie No al Despeje ("Nein zur Entmilitarisierung") Teile der örtlichen Bevölkerung zu Straßenblockaden und Protesten gegen die Entmilitarisierung zwingen, hat die Armee in einem Teil des für die ELN vorgesehen Gebietes, wo diese augenblicklich relativ erfolgreich gegen Paramilitärs vorgeht, eine Offensive gegen die Guerilla gestartet.

Dario Azzellini

19. Selbstorganisation der Schwarzen. Interview mit Mitgliedern vom Proceso de Comunidades Negras aus Kolumbien

Interview mit Mitgliedern des Proceso de Comunidades Negras aus Kolumbien

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:36

Im Schatten der Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Regierung kämpfen in Kolumbien soziale Bewegungen für Freiräume der Selbstbestimmung. Wird der brutale Krieg in der deutschen Öffentlichkeit schon kaum wahrgenommen, so gilt dies umso mehr für Gruppen, die unbewaffnet für ihre Rechte kämpfen. Dazu zählt der Proceso de Comunidades Negras (PCN), in dem sich schwarze Gemeinschaften organisiert haben. Mit Libia Grueso und Alfonso Cassani Herrera vom PCN sprach Jürgen Kraus.

Wie sieht der PCN seinen Widerstand im Prozess der Globalisierung und wie entstanden die internationalen Kontakte zu Gruppen in anderen Ländern?

Libia Grueso: Das Erste, was wir zum Ausdruck bringen wollen, ist, dass die Auswirkungen des globalen Kapitalismus für uns etwas Permanentes gewesen sind. Seit Schwarze vor fast 500 Jahren aus Afrika nach Amerika gebracht wurden, haben wir erfahren, was die Folgen eines globalisierten Kapitalismus sind. Angefangen hat es mit der Verschleppung, führte über den Kolonialismus bis hin zu dem, was heute als ökonomische Globalisierung bezeichnet wird. Kapitalismus hat für uns immer Sklaverei, Ausgrenzung, Ausbeutung, Unterdrückung, Repression und Negation bedeutet.

Wir leben in isolierten Regionen, die gleichzeitig jedoch in die internationalen Mechanismen der Ausbeutung und der Ressourcengewinnung eingebunden sind. Wir werden als Arbeitskräfte vom nationalen und internationalen Kapital ausgebeutet. Die Ausbeutung und Ausgrenzung, die wir in dieser ungerechten Beziehung mit dem Kapital erfahren haben, hat paradoxerweise aber auch dazu beigetragen, dass wir Lebensformen erhalten und weiterentwickeln konnten, die auf anderen Werten beruhen als die der dominierenden, vom Kapitalismus geprägten Gesellschaft.

Unser zentraler Wert ist das Leben selbst, deshalb basieren auch unsere Beziehungen zu anderen Personen auf dem Respekt des Lebens und anderer Lebensformen. Für uns ist die Vielfalt und der Respekt des anderen ein fundamentaler Wert im Aufbau unserer Gesellschaft und im Überleben unserer kulturellen Vision der Welt und der Beziehung zu den anderen.

Alfonso Cassani (AC): Die Welt ist stumm, blind und taub gegenüber der Armut, dem Hunger und dem Elend von Millionen Menschen auf diesem Planeten. Es ist eine Realität, der niemand entkommt. In dieser Situation haben sich die im PCN organisierten schwarzen Gemeinschaften zur Aufgabe gesetzt, unsere Lebensvorstellungen und das Recht auf Anderssein und auf Vielfalt erneut zu bestätigen. Während wir mit Schemen brechen und gegen die Angriffe des Systems Widerstand leisten, haben wir beschlossen, uns mit anderen Menschen, FreundInnen aus allen Ecken und Orten zusammenzuschließen, die genau wie wir vom Aufbau einer gerechten Welt träumen. Ursprung unserer Begegnung waren die erste Konferenz des Netzwerkes Peoples' Global Action (PGA) in Genf 1998 vor dem Treffen der Welthandelsorganisation, dann die Interkontinentale Karawane im Mai/Juni 1999, dann die zweite PGA-Konferenz in Bangalore und anschließend Treffen in Lateinamerika, wie die Arbeitsgruppen zu Gender.

Was sind die Grundsätze des PCN und seiner Widerstandsarbeit?

Libia Grueso: Unsere Gemeinschaften leisteten in ihrem Alltag einen kulturellen Widerstand nicht nur gegen die ungerechten Handlungen von Unternehmen, sondern gegen das kapitalistische System an sich. Wir haben es geschafft, andere Werte am Leben zu halten, zum Beispiel nicht der Akkumulationslogik zu folgen. Dieser kulturelle Widerstand ist mit dem Anspruch auf ein Territorium verbunden, in dem wir versuchen, eine andere Lebensform zu erhalten und zu entwickeln. Diese Behauptung der Hoffnung ist eine Grundbedingung, um die Freiheit zu erkämpfen. Ohne die Behauptung dieser drei Aspekte: der Hoffnung, des Lebens und der Freude, wäre es für uns unmöglich ein Projekt des Befreiungskampfes zu tragen. In diesem Sinne setzt sich der PCN für drei grundsätzliche Punkte ein: Aufbau der Identität, Territorium und Autonomie. Dies sind die drei

Eckpunkte, um die sich sowohl unsere Kultur aufbaut, als auch unsere neuen Widerstandsstrategien gegen die zunehmenden Drohungen des Kapitals und des herrschenden Systems gegenüber unseren Gebieten und unserem Leben.

Alfonso Cassani: Die Identität ist das Recht auf Sein, weiterhin in der Vielfalt sein und der Respekt des Anderssein. Die Autonomie sehen wir als die Möglichkeit, unser Anderssein in unserer Vision auszuüben, ausgehend von den Erfahrungen unserer Vorfahren und der Notwendigkeiten der Gegenwart, um uns auf die Zukunft vorzubereiten. Das Territorium bildet den notwendigen Raum, um das Sein auszuleben. Wir sind überzeugt, dass es viel gibt, was wir weitergeben können, und viel, was wir lernen können. Insofern sind wir, weil andere sind.

Welchen Stellenwert hat der Plan Colombia mit seiner aktuellen Bedrohung für die schwarzen Gemeinschaften in eurem Widerstand?

Alfonso Cassani: Im spezifischen Fall der schwarzen Gemeinschaften, werden durch den Plan Colombia Traditionen unserer Vorfahren gebrochen, die uns geprägt haben. Wir reagieren darauf, indem wir versuchen, mit den verschiedenen Kämpfen der schwarzen, indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften, der Studierenden, der Jugendlichen, der Vielfalt von Menschen, die genug von dieser absurden herrschenden Ordnung haben, zu kommunizieren. Ausgehend vom Rahmen unserer Möglichkeiten versuchen wir uns mit ihnen zu solidarisieren und zu kooperieren. Es geht uns um eine langfristige Perspektive, über die Tageskonjunktur hinaus, die gleichzeitig eine Weiterführung der gemachten Erfahrungen und auch Kontinuität im Rahmen der Utopie, die wir gemeinsam aufgebaut haben, ist.

Im großen Ganzen fängt diese Dynamik der Annäherung, des Widerstandes, des Findens und Zusammenkommens nicht mit dem Plan Colombia an, und sie wird auch nicht mit diesem aufhören. Das heißt: Der Plan Colombia ist der momentane Anlass und die Aktionen in Davos die aktuelle Bühne, bei der unsere Kämpfe zusammenfließen und auch weitergeführt werden, genau wie sie Genf, Seattle oder Prag erreicht haben. Denn unser Kampf basiert nicht auf einzelnen Momenten und Bedingungen. Unser Kampf ist auch nicht einer, der darauf abzielt, Konfrontationen innerhalb der Grenzen zu führen, die von den Nationalstaaten bestimmt werden.

Die Aggressionen des Kapitals, wie beispielsweise der Plan Colombia, können nicht als ein spezifisches Problem Kolumbiens und schon gar nicht als ein internes oder nationales Problem unabhängig vom transnationalen Kapital angesehen werden. Es handelt sich eindeutig um eine von den USA geplant und geleitete offene globale Aggression gegen die Region, mit der Unterstützung und Beteiligung von einigen europäischen Staaten, die ihre Kapitalinvestitionen zu schützen versuchen. Dafür sind sie bereit, mit Feuer und Blut die sozialen Bewegungen und die kritischen Stimmen zum Schweigen zu bringen, die täglich die Absurditäten und Aggressionen des herrschenden Systems in Frage stellen.

Auf welcher Basis soll die Kooperation mit den europäischen Zusammenhängen passieren ?

Libia Grueso: Wir betonen noch einmal: Wir sind, weil ihr sein könnt. Wir sind in dem Maße, wie andere Männer, Frauen, Jugendbewegungen, Bewegungen für die Rechte der Homosexuellen, Gewerkschaften, Umweltbewegungen ihre eigenen Ziele erreichen können. Das kapitalistische System übt immer wieder andere Formen der Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung aus, dass heißt also, dass die Vielfalt des Widerstandes die einzige Strategie ist, um den Aktivitäten des Kapitals entgegenzutreten.

Es gibt nicht eine Formel, es gibt unendlich viele Formeln. Diese Vielfalt der Kämpfe benötigt notwendigerweise Solidarität, Austausch, gemeinsames Handeln und globale Aktion in der lokalen Strategie. Das bedeutet neue Herausforderungen. Wir haben in Peoples' Global Action eine Initiative, die angefangen hat, diese Herausforderungen anzupacken. PGA ist ein Versuch, der 1997 angefangen hat, der bislang nur eine kurze Lebenszeit hat, jedoch große Erfahrungen gemacht hat, wie die Proteste im Mai 1998 in Genf oder im November 1999 in Seattle, die Proteste in Prag oder die Beziehungen, die zwischen verschiedenen Bewegungen in der Welt entstanden sind.

Die Herausforderungen dieser globalen Aktion haben mit verschiedenen Sprachen, Rhythmen und Kontexten zu tun. Es sind diese Arten von Begegnungen, die wir brauchen, und diese Art von Herausforderungen, denen wir entgegentreten müssen, um weitere Begegnungspunkte zu identifizieren. Die Strategien des Kapitals

zwingen auch uns, effizient in der gemeinsamen Aktion zu sein. Dazu müssen wir die Mechanismen des Kapitalismus und die verschiedenen Gesichter der Globalisierung sichtbar machen.

Der IWF, die WTO oder die Weltbank sind im Alltag unserer Gemeinschaften etwas Unfassbares, und das ist auch eine Strategie des Kapitals. Es sind Staaten, die außerhalb unseres Staates liegen, die über unsere Zukunft, unser Leben entscheiden. Es ist sehr wichtig, in einer globalen Aktion die Auswirkungen des globalisierten Kapitalismus zu denunzieren und zu zeigen, dass es verheerend für die meisten Menschen dieser Welt ist. Die Mechanismen und die Verantwortlichen für die Ausgrenzung und den Tod vieler Menschen und vieler Formen des Lebens sichtbar zu machen, ist ein Beitrag im Kampf.

Alfonso Cassani: Der Prozess ist eine Annäherung der verschiedenen Realitäten zwischen den schwarzen Gemeinschaften und Europa und umgekehrt. Es handelt sich auch nicht um ausschließliche Beziehungen zu den europäischen Realitäten. Es geht uns darum, globale, weite, offene, horizontale, antipatriarchale Beziehungen aufzubauen, die durch Nicht-Macht ("no poder") bestimmt sind. Sie müssen klar anti-kapitalistisch sein. Diese Beziehungen sollen sich auf den verschiedenen Szenarien der Welt artikulieren und die Realität Lateinamerikas, Asiens und Afrikas sowie die der Gemeinschaften und der marginalisierten Kollektive Europas und Amerikas mit einbeziehen.

In dem Sinne ist es wichtig zu betonen, das wir uns als PCN als Teil der historischen Kämpfe der Schwarzen in der ganzen Welt verstehen. Diese sind wiederum mit den Kämpfen der marginalisierten und vom System unterdrückten Menschen verbunden. Es muss auch gesagt werden, dass die Grundsätze unseres Kampfes - Identität, Autonomie und Territorium -nicht exklusive Elemente der Schwarzen Gemeinschaften sind. Mehr noch, wir möchten diese Begriffe als mögliche Leitfäden vorschlagen, die uns allen ermöglichen könnten, diese große Utopie zu stricken.

Schwarze Gemeinschaften

Über ein Viertel der Bevölkerung in Kolumbien ist schwarz, das sind etwa acht Millionen Menschen. Die schwarzen Gemeinschaften leben hauptsächlich an der Pazifik- und Karibikküste, meistens entlang der zahlreichen Flüsse in dieser biodiversitätsreichen Region.

Viele Schwarze sind im Netzwerk des Proceso de Comunidades Negras (PCN) organisiert. Sie leisten einen täglichen kulturellen Widerstand, um Lebensformen und Lebensbeziehungen zu verteidigen, die sich über Jahrhunderte entwickelt haben. Obwohl die Regierung kollektive Rechte für die schwarze Bevölkerung in die Verfassung niedergeschrieben hat und auch mehrere Gebiete über kollektive Landtitel den Gemeinschaften zuerkannt wurden, werden heute paramilitärische Säuberungsaktionen von der Regierung zugelassen, die Platz für wirtschaftliche Erschließungsprojekte und Erdölbohrungen machen sollen.

PCN hat beschlossen, seinen Widerstand zu internationalisieren und wendet sich heute an Menschen und Gruppen in Europa, die daran interessiert sind, einen Prozess der Kommunikation und Kooperation auf globaler Ebene aufzubauen, um autonome und kollektive Alternativen als Antwort auf die ökonomischen, politischen und kulturellen Herrschaftsverhältnisse im globalisierten Kapitalismus zu suchen. Alternativen, die sich in horizontaler und partizipativer Form artikulieren, welche die kollektive Selbstorganisations- und Selbstverwaltungsfähigkeit stärken, die unabhängig von staatlichen Strukturen Räume der Emanzipation eröffnen.

Kontakt zu PCN:

pcnkolombia@hotmail.com (In Spanisch schreiben)

20. "Wir sind eine notwendige kritische Stimme." Interview mit Alejandro Moreno von der mexikanischen Zeitschrift "La Guillotina"

Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:22

Alejandro Moreno ist Teil des Kollektives, das die Zeitschrift La Guillotina herausgibt. La Guillotina erscheint seit 1983 viermal im Jahr in Mexiko D.F. und analysiert die sozialen Bewegungen Mexikos. Momentan ist Alejandro in Europa unterwegs, um über Hintergründe zur aktuellen Lage verschiedener Bewegungen zu berichten und zu diskutieren. Das folgende Interview entstand am 4.3.2001 in Hamburg.

Was sind die Schwerpunkte eurer Arbeit?

Unser Hauptinteresse besteht darin, die neuen sozialen Bewegungen zu analysieren. Ein Beispiel für unsere Arbeitsweise war der Streik an der UNAM, der wichtigsten Universität Mexikos. Um diese völlig neuartige Bewegung zu analysieren, führten wir über 100 Interviews, die meisten über den Alltag von Streikenden verschiedener Institute und Gruppierungen. Zudem eröffneten wir verschiedene Diskussionsforen und führten eine Art kollektive Psychoanalyse der Bewegung durch. Unser Ziel bestand demnach nicht darin, den Unistreik zu verdammen oder zu mystifizieren, sondern allein darin, eine sehr widersprüchliche Bewegung wie diese zu verstehen.

La Guillotina war zudem eine Tribüne für verschiedenste Meinungen innerhalb und außerhalb der StudentInnen. Wir sind ein politisches Kollektiv, in dem die ProtagonistInnen der jeweiligen sozialen Kämpfe selber schreiben - und zwar so unterschiedliche Bewegungen wie die indigene, die schwullesbische, die feministische oder die Jugendbewegung. Wir stehen für niemanden, wir sind eine kritische Stimme, die wir den sozialen Bewegungen zur Verfügung stellen.

Was war eure Kritik am Unistreik?

Um das Ganze zu verstehen, muss man wissen, dass die Studierendenbewegung aus dem Nichts entstand, aus der kulturellen Misere, dem Konsum, den kulturellen und edukativen Kontrollmechanismen in Mexiko. Es handelt sich um eine Bewegung mit starken kulturellen Lücken, die sich jedoch sehr schnell entwickelte. Einer ihrer Motoren war der Wissensdurst nach Kultur. Der CGH, also das Streikkomitee, musste sich über die Misere erheben, und das bekamen die jungen Leute auf sehr gute Weise in den Griff. Auf der anderen Seite war der CGH nicht in der Lage, sein Verhältnis zu den Medien zu klären. Auf dem Gebiet waren die Zapatistas sehr viel erfolgreicher.

Ein zweiter Kritikpunkt an den Streikenden war die Unfähigkeit, tiefere Kontakte mit anderen sozialen Sektoren und Bewegungen zu errichten und in direkten Dialog mit der Gesamtheit der Gesellschaft zu treten. Auch das ist eine Stärke der zapatistischen Bewegung. Der CGH hingegen kapselte sich ab, bezog sich allein auf sich selbst und das kostete ihn den repressiven Schlag des Staates.

Wie schätzt du den gerade stattfindenden Zug der Zapatistas Richtung Mexiko Stadt ein?

Wir haben alle sehr viel vom Zapatismus gelernt. Ich glaube, dass Neugier und Erstaunen über die sozialen Bewegungen für uns wichtige Motive waren, diese Zeitschrift zu machen. So versuchen wir auch, die verschiedenen Schritte des Zapatismus zu betrachten und zu analysieren. Wir haben unsere Kenntnisse in mittelamerikanischer indigener Philosophie, der revolutionären Gegenkultur der indigenen Gruppen Mexikos, vertieft. Ohne diesen Hintergrund kannst du die praktische Politik der Zapatistas nicht verstehen. Der Zug der Zapatistas nach Mexiko D.F. ist in meinen Augen ein politisches Meisterwerk, ein Schlag gegen die autoritären Strukturen unseres Landes, der genau so heftig ist wie der bewaffnete Aufstand 1994.

Unsere GenossInnen in Mexiko nehmen am Marsch teil, um so viel wie möglich daraus zu lernen und das mit unseren LeserInnen zu teilen. Ich bin der Meinung, dass der Zug nach Mexiko D.F. zeigt, dass es möglich ist, einen autoritären Staat wie den mexikanischen mit politischer Mobilisierung in die Enge zu treiben. Allein mit der Ankündigung, dass 24 Commandantes in die Hauptstadt reisen, stürzten sie den Staat und seine Institutionen in die Krise. Und jetzt, während des Marsches, hat das Echo aus der Bevölkerung in Mexiko alle

Erwartungen übertroffen. Die Zapatistas selbst sind überrascht von den Reaktionen, die sie von den verschiedensten indigenen Widerständigen erfahren - sei es in Oaxaca, in Puebla oder in Michoacán. Wir sind sehr beeindruckt und begeistert nicht allein von den Zapatistas, sondern von der indigenen Bewegung allgemein.

Unter welchen Bedingungen veröffentlicht ihr eure Zeitschrift?

Wir befinden uns am extremen Rand der vom Staat kontrollierten Presse. Der gesamte Mechanismus der Zeitungsherstellung und Verteilung wird vom mexikanischen Staat kontrolliert, z.B. das Papier, um eine Zeitschrift zu machen. Wir kaufen unser Papier auf dem Schwarzmarkt, wir kaufen Reste auf. Die sind zwar immer noch relativ teuer, aber es bleibt uns nichts anderes übrig. Ähnlich geht es beim Vertrieb unserer Zeitschrift zu: Da wir nicht staatlich registriert sind, verkaufen wir La Guillotina auf der Straße.

Über das Geld kontrolliert der Staat alle Veröffentlichungen- die offiziellen Nachrichten, die der Staat zur Veröffentlichung vergibt, die sind bezahlt, und die meisten Zeitungen überleben aufgrund dieses staatlichen Geldes - die linke Tageszeitung La Jornada etwa kennzeichnet diese übernommenen Nachrichten extra.

Unter was für Repressionen habt ihr als linke Publikation zu leiden?

Es gibt verschiedene Repressionsformen gegen uns, aber vergleichsweise wenige. Wir leben in Mexiko, in einem Land, in dem sehr viele JournalistInnen ermordet werden. Als Medium der Gegenöffentlichkeit haben wir vor allem gegen die Versuche, uns zu marginalisieren, gekämpft. Ich glaube, dass wir für den Staat keine sehr große Gefahr darstellen, da unsere Auflage eher gering ist. Bei den ermordeten JournalistInnen in Mexiko handelte es sich um VertreterInnen der Massenmedien. Wir haben sehr viele Morddrohungen erhalten, unsere Räume wurden durchsucht und ausgeraubt und das ist furchtbar, weil Jahre und Jahre unserer Arbeit zerstört wurden. Einige unserer GenossInnen waren im Gefängnis für ihre Arbeit als unabhängige JournalistInnen. Immer, wenn es uns erwischt, bemühen wir uns um viel Öffentlichkeit, und darin sind wir gut. Wir haben viele FreundInnen, auch im Ausland, die Protestbriefe schreiben wir sind nicht kleinzukriegen, es bleibt uns ja nichts anderes übrig.

Das Interview führte CO

21. Reguliertes Chaos in Indonesien

Nutznießer der sozialen Unruhen ist das Militär

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:24

Auf Kalimantan, dem indonesischen Teil der Insel Borneo, brannten vor Jahren die Wälder. Heute brennen dort Häuser und Menschen. Blutige Unruhen, seit dem Rücktritt des Diktators Suharto im Mai 1998 in zahlreichen Provinzen des Inselstaates an der Tagesordnung, erschüttern seit Mitte Februar auch mehrere Orte auf Kalimantan. Bis heute kosteten diese Unruhen weit über 300 Menschenleben - und täglich werden es mehr.

Die Zusammenstöße zwischen den einheimischen Dayak und Zuwanderern drohen weiter zu eskalieren. , berichten Ärzte des staatlichen Bezirks-Krankenhauses. Aus Angst vor Übergriffen blieben Schulen, Geschäfte und Behörden in dem Gebiet geschlossen. Mittlerweile hat die indonesische Armee ein 650 Mann starkes Elitebataillon in die Region abkommandiert, um zirka 15.000 Flüchtlinge zu evakuieren.

Das mit gut 220 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste und größte Land Südostasiens, 32 Jahre lang vom im Westen gehätschelten Regime des Ex-Generals Suharto mit eiserner Faust regiert, befindet sich seit dem Rücktritt des Präsidenten in einer Dauerkrise. Langsam aber stetig zerfällt der Zentralstaat, nehmen zentrifugale Tendenzen zu und verlieren die verschiedenen Herrschaftsapparate zunehmend an Glaubwürdigkeit. In Forderungen nach Unabhängigkeit und Autonomie mischt sich der Ruf nach Arbeit und Reis. Immer mehr Indonesier leiden unter den sich rapide verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung grassieren, Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs verteuern sich unablässig und das Vertrauen ausländischer Kreditgeber sinkt mit dem Kurs der Landeswährung Rupiah. Kein anderes Land hat in der Region eine solch rasche Verarmung erlebt, wie das seit 1998 in Indonesien der Fall ist. Dabei galt der Inselstaat bis dahin aus Sicht des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank als entwicklungspolitisches Musterland, das sich anschicke, in der zweiten Generation der sogenannten Tigerstaaten ganz vorne kräftig mitzumischen.

Soziale Widersprüche wachsen

In der unter Suharto betriebenen Transmigrationspolitik, der systematischen Umsiedlung von Menschen aus den dicht besiedelten Hauptinseln - wie Java und Madura - in weniger besiedelte Außeninseln des Archipels, steckte absehbar ein beträchtliches Konfliktpotenzial. Allein während der vergangenen zwei Jahrzehnte wurden so rund 650.000 Familien "verschoben". Jetzt widersetzen sich auch die Dayak gewaltsam einer Zuwanderung, in deren Folge sie wirtschaftlich, politisch und kulturell ins Hintertreffen gerieten.

Noch am 19./20. Februar hatte Staatspräsident Abdurrahman Wahid seinem deutschen Kollegen Johannes Rau einen prachtvollen Auftritt bei dessen Staatsvisite beschert und dies zum Anlass genommen, öffentlich zu verkünden, seine Regierung werde ebenso erfolgreich die vielfältigen Probleme des Landes meistern und kursierende Korruptionsvorwürfe entkräften. Bundespräsident Rau würdigte im Gegenzug die Politik des seit Oktober 1999 amtierenden Gastgebers, die von Anfang an darauf gerichtet gewesen sei, die Konflikte der Nach-Suharto-Ära mit friedlichen Mitteln in den Griff zu bekommen.

Wahid, Spross einer angesehenen Gelehrtenfamilie, ist mit Vorschusslorbeeren in den Präsidentenpalast eingezogen. Doch es war seine sprunghafte Politik, die Entlassung einst engster Vertrauter als Minister und die - wie Kritiker meinen: Zeit verschwendende - Dialogbereitschaft mit den Widerstandsbewegungen in Aceh (Nordsumatra) und Irian Jaya (Westpapua), die ihm mächtige Gegner eintrugen. Dazu zählen vor allem die lange auf Ex-General und Ex-Präsident Suharto eingeschworenen Militärs.

Bedeutsame Fraktionen des Militärs sehen sich eines Teils ihrer Pfründe beraubt und können nicht verwinden, dass gegen Offiziere und selbst gegen Angehörige ihres früheren Bosses Ermittlungs- und Strafverfahren wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder und begangener Gräueltaten eingeleitet wurden. Als Debakel empfinden sie es, die vormals 27. Provinz Osttimor "verloren" zu haben. Dort hatte im Sommer 1999 die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit gestimmt. Wiederholte sich in Aceh, Irian Jaya, auf den Molukken sowie auf Kalimantan ein "Osttimor-Effekt", so die Befürchtung des Militärs, drohe dem Land das Chaos. Deshalb stehen sie buchstäblich Gewehr bei Fuß und geben sich als Sachwalter

staatlicher Einheit und als Garant von Ordnung und Sicherheit. Mittlerweile ist es ein offenes Geheimnis, dass häufig Elemente der Sicherheitskräfte Drahtzieher von Anschlägen auf öffentliche Einrichtungen waren und gezielt Unruhen anheizten. Das Kalkül: Die Zivilregierung kann nicht auf Dauer gegen das Militär, dieses allerdings sehr wohl ohne die Zivilregierung regieren.

Militär steht Gewehr bei Fuß

Nun hat zeitgleich mit der Eskalation der Gewalt auf Kalimantan Verteidigungsminister Mohamad Mahfud erklärt, es sei Schluss mit der Verhandlungsbereitschaft mit Widerstandsgruppen. Solche Gespräche seien fruchtlos und schürten nur zusätzliche Konflikte und Chaos. Ein Armutszeugnis für eine Regierung, die Frieden predigt, dann einknickt und Gewalt als ultima ratio politischen Handelns gutheißt. Offensichtlich entgleitet Präsident Wahid die Kontrolle über seine Sicherheitsorgane, während die Zahl seiner Widersacher inner- wie außerhalb des Parlaments wächst.

Rainer Werning

22. Nicht Wegducken. Eine Replik auf "Grenzen der Anständigkeit" (ak 444)

Autor: Andreas Dammann · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:01

Im November (ak 444) erschien eine Kritik an der derzeitigen Einwanderungsdebatte. Am Anfang wird kurz das verbale Zündeln der Unionsparteien moniert. Drei viertel des Artikels widmet sich aber den Äußerungen grüner PolitikerInnen - insbesondere Renate Künasts vorgeblichem Abschied vom Multikulturalismus. Der damaligen Parteichefin der Grünen werden "kulturalistische Klischees", "ökonomistische Argumente" und "populistische Phrasen" vorgehalten. Gleichzeitig wird ihr vorgeworfen, eine "gefährliche" Diskussion angestoßen zu haben, in der "MigrantInnen ihre Existenzberechtigung in Deutschland erst beweisen und einen Kotau machen" müssten. Der Artikel beschränkt sich auf rein kritische Anmerkungen; erstaunlicherweise fehlt der eigene politische Standpunkt.

In ihrer Absicht, die migrationspolitische Diskussion hier zu Lande darzustellen, konzentriert sich die ak-Autorin auf die Auseinandersetzung um die Äußerungen von Renate Künast am Rande einer Pressekonferenz über einen angeblichen Abschied von der multikulturellen Gesellschaft. "Grüne in Tumulkulti" titelte die taz am 1. November 2000. Doch schon einen Tag später erfolgte das Dementi: Es ginge ihr - so Künast gegenüber der Berliner Zeitung - keineswegs "um eine Abkehr von der Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft. Die Grünen stehen zur kulturellen Vielfalt in dieser Gesellschaft. Doch zu einer Einwanderungsdebatte gehöre auch die Frage, nach welchen Regeln Einwanderung stattfinden könne." Hier verwandte Künast erstmals den Begriff eines "europäischen Verfassungspatriotismus".

Zur weiteren Klarstellung bereitete Künast denn auch einen Beschluss des Parteirates der Grünen mit vor, den dieser am 13. November - also vor Erscheinen von ak 444 - auch angenommen hat. Darin heißt es: "Zur gesellschaftlichen Perspektive einer pluralistischen, multikulturellen Einwanderungsgesellschaft gehört auch die politische Zielvorgabe (...) eines einigenden Bandes, das die gemeinsamen Regeln des Zusammenlebens beschreibt. Dieses einigende Band sind die zentralen Werte der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der europäischen Verfassungstraditionen und unseres Grundgesetzes: Demokratie, Gleichheit aller Menschen und Gleichheit der Geschlechter (...) Die Verbindung der beiden Felder der gesellschaftlichen und politischen Gestaltung von Einwanderung, die Verbindung der Begriffe Demokratie und multikulturelle Gesellschaft heißt: Multikulturelle Demokratie."

Im ak-Artikel wird nun aber die ursprüngliche Äußerung Künasts in den Kontext der konservativen Debatte um die sogenannte deutsche Leitkultur gestellt. Unstreitig ist, dass es notwendig ist, in der Auseinandersetzung um diesen Begriff auf dessen völkische Dimension hinzuweisen. Und man mag den Grünen ja auch einiges vorhalten - aber der Versuch, ausgerechnet Renate Künast und ihre Idee eines europäischen Verfassungspatriotismus unter Hinweis auf die deutschtümelnden Wurzeln von Art. 116 GG in die völkischen Ecke zu stellen, ist nicht nur unzutreffend, sondern letztlich eine Verharmlosung völkischer Positionen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass gerade dieser Aspekt durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes 1999 reformiert worden ist, so dass nunmehr nicht mehr das Blut der Eltern, sondern vornehmlich der Geburtsort über die Staatsbürgerschaft entscheidet.

Die Autorin wirft diesbezüglich aber auch Ralf Fücks, dem Chef der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, vor, dass er im Zuge der von ihm behaupteten allgemeinen sozialen Ausdifferenzierung vor einer "Parzellierung" auch in einer multikulturellen Gesellschaft warnt. In diesen Worten will sie den Beginn eines "gefährlichen Diskurses" erkennen, der letztlich darauf hinausläuft, hier lebende MigrantInnen für die mangelhafte Integrationsleistung deutscher Politik verantwortlich zu machen. Unter Hinweis auf mögliche gefährliche Folgen geht die ak-Autorin einer Auseinandersetzung über Fücks Thesen aus dem Weg - ein politischer Fehler. Denn Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Gruppen einer Gesellschaft zu ermöglichen, ist doch nicht per se damit gleichzusetzen, MigrantInnen "zu zeigen, wo der Hammer hängt". Man kann die formellen Regeln des Diskurses (hier: den Verfassungspatriotismus der Grünen) hinterfragen oder auf den alltäglichen Rassismus und Diskriminierungen hinweisen - aber doch nicht wirklich die Idee eines integrativen Dialogs grundsätzlich ablehnen, oder?

Zurecht weist die Autorin in diesem Zusammenhang auf die Verweigerungshaltung der Mehrheitsgesellschaft bezüglich einer auf Gleichberechtigung und Toleranz aufbauenden Integration hin. Nur, wir sind uns doch darüber einig, dass dies ein unbefriedigender, ein zu verändernder Zustand ist. Es ist doch ein gemeinsames Ziel, dass MigrantInnen und Mehrheitsgesellschaft in einen Dialog kommen. Hierin eine Herausforderung nicht nur für die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu vermuten, hat noch lange nichts damit zu tun, dass "MigrantInnen ihre Existenzberechtigung (sic!) in Deutschland erst beweisen müssen" oder von ihnen einen "Kotau" zu verlangen. Zumal: Wer das AutorInnen-Papier der Grünen vom November letzten Jahres zur Einwanderung oder die vielfältigen Stellungnahmen der Bundesausländerbeauftragten, Marieluise Beck, liest, wird leicht feststellen können, dass sich diese Ansätze maßgeblich eben an die deutsche Mehrheitsgesellschaft richten. Gleiches gilt für die Ansätze einer aktiven Anti-Diskriminierungspolitik. Ich frage mich, wie würde die Autorin eigentlich argumentieren, wenn diese Verweigerungshaltung zu bröckeln begänne? Wie würde sie Zwischenschritte auf diesem Weg bewerten? Ein Beispiel: Sie kritisiert bei der erfolgten Aufhebung des Arbeitsverbotes für Asylsuchende, dass diese "noch ein Jahr lang zappeln müssen" und dass das Vorrangsprinzip beibehalten wurde. Aber ihre grundsätzliche Bewertung der Aufhebung des Arbeitsverbotes bleibt unklar.

Der Ansatz der Grünen, bei der Regelung von Einwanderung die Nachfrage an Arbeitskräften mit einzubeziehen, kann nicht allein über die Leiste einer "deutschen Standortlogik" gebürstet werden. Einwanderungsmöglichkeiten deswegen auszuschließen, weil auch "ökonomistische" Kategorien zu Grunde gelegt werden, halte ich für kurzsichtig. Wieso sollte diese Einwanderungsmöglichkeit - neben humanitären Erwägungen und völkerrechtlichen Verpflichtungen - unberücksichtigt bleiben? Ich jedenfalls halte die Tatsache allein bereits für einen Fortschritt, dass - fast 30 Jahre nach dem Anwerbestopp für nicht-deutsche ArbeitsmigrantInnen und der gebetsmühlenartigen Tirade der letzten Jahre, Deutschland sei kein Einwanderungsland - nunmehr eine Debatte begonnen hat, in der Einwanderung als möglich erscheint, ja teilweise sogar gesellschaftlich erwünscht wird.

Die Autorin hat es meiner Ansicht nach versäumt, in der Sachauseinandersetzung um die verschiedenen Einwanderungskonzeptionen einen eigenen Standpunkt zu entwickeln. Im gegenwärtigen migrationspolitischen Diskurs liegen die Interventionsmöglichkeiten für Linke auf der Hand: Es geht darum, eine reine Eliten-Migration zu verhindern und gleichsam die Fehler der alten "Gastarbeiterpolitik" zu vermeiden. Denn: Auch ArbeitsmigrantInnen bedürfen einer auf Dauer angelegten Bleibemöglichkeit. Es geht darum, grundlegend neue Ideen im Bereich der Integrations- und Anti-Diskriminierungspolitik zu entwerfen. Und schließlich gilt es zu verhindern, dass MigrantInnen gegen Flüchtlinge ausgespielt bzw. dass das Asylrecht im Zuge einer möglicherweise liberaleren Einwanderungspraxis noch weiter verschärft wird.

Eine Zeitung, die sich immer noch dem Primat der eingreifenden Politik verpflichtet fühlt, muss gerade in dieser für sie grundlegenden Frage die gesellschaftliche Debatte in ihrer gesamten Breite ausleuchten, muss dabei Friktionen und Widersprüche zwischen den politischen Akteuren erkennen, muss Reformismus als solchen begreifen - und etwaiges Umfallen als solches auch benennen. Alles mit dem Ziel aber, Perspektiven für linkes Eingreifen zu eröffnen. Die Autorin vermeidet aber durchweg, diese Interventionsmöglichkeiten aufzuspüren. Sie bleibt in der ideologischen Auseinandersetzung stecken. Das kann doch nicht alles sein, oder?

Andreas Dammann

23. Burschen schaffen Eliten

Autor: NV · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:10

Burschenschaftler präsentieren sich in der Öffentlichkeit gerne als traditonsbewusste, gesellige, aber im Grunde harmlose Studenten. Ob konservativ, liberal oder deutsch-national ausgerichtet, alle akademischen Männervereine funktionieren nach dem Lebensbund-, Männerbund- und Eliteprinzip. Durch Drill und Unterordnung lernen korporierte Männer "Nach oben zu buckeln und nach unten zu treten". Frauen sind im Burschi-Jargon "Damen". Sie gleichen Wesen von einem anderen Stern, die sich auf dem männlichen Planeten Erde möglichst nur in der Vakuumzelle Familie bewegen sollen.

Manfred Kanther ist drin, Guido Westerwelle ist drin. Jörg Haider auch. Sogar Thomas Gottschalk ist mit von der Partie. Sie alle haben den "Bund fürs Leben" geschlossen und gehören einem exklusiven Netzwerke von "Gleichen unter Gleichen" an. Was sie verbindet, ist ihre Mitgliedschaft in Korporationen, verharmlosend Burschenschaften genannt. Kurt Tucholsky charakterisierte diese Ansammlung männlicher Studenten als "einen Haufen verhetzter, irregeleiteter, mäßig gebildeter, versoffener und farbentragender junger Deutscher". Doch diese mit ihren Mützchen und Schärpen oft lächerlich wirkenden Burschen haben es faustdick hinter den Ohren. Aus den Burschenschaften rekrutieren sich die Kader rechtsradikaler und nationalkonservativer Organisationen, aber auch in Justiz, Politik und Wirtschaft sind die sauffreudigen Studenten gern gesehene Führungskräfte. Von ihren "Alten Herren" protegiert, finden die Jungakademiker dank Vitamin B(urschenschaft) schnell ihren karrieresicheren Posten. So ist es auch kein Wunder, dass die Wirtschaftszeitung "Capital" Männern empfiehlt, Burschenschaften als Karrieresprungbrett zu nutzen: "Wer in einer Studentenverbindung ist, hat für die Zukunft ausgesorgt - fährt wie von einem Turbo-Lader beschleunigt der Karriere entgegen." Die Seilschaften der Burschen sorgen dafür, dass diese direkt nach ihrem Studium in lukrative Führungsposten gehievt werden, dies geschieht - wen wundert's - größtenteils unter der Hand. Die Topliste der so erfolgreich vermittelten Korporierten ist lang: H. M. Schleyer, Dieter Stolte (Intendant des ZDF), Ferdinand Porsche, Eberhard Diepgen, Kinkel, Schäuble, Kohl, Adenauer, Strauß sind nur einige wenige der bekanntesten Ex-Burschis.

Fit for leadership

Warum sind diese Seilschaften so effektiv? Das liegt insbesondere an dem allen Burschenschaften zu Grunde gelegten Lebensbundprinzip. "Einmal korporiert, immer korporiert" heißt die Devise der traditionsbewussten Männerbünde - und diese lebenslange Mitgliedschaft verpflichtet. Nach einer einjährigen Probezeit, in der die Neulinge viele Strapazen über sich ergehen lassen müssen, werden die Füxe (Jung-Korporierte in ihrem ersten "Lehrjahr") "geburscht". Mit einem speziellem Eid auf die Werte der jeweiligen Korporation wird die lebenslange Mitgliedschaft besiegelt.

Der Nachwuchs, der durch die Sozialisationsmühle Burschenschaft gelaufen ist, bringt praktischerweise auch gleich eine kapitalismus- und führungskompatible Grundeinstellung mit. Die auf die Korporationswerte wie "Ehre, Freiheit, Vaterland", "Eintracht hält Macht" und "Treu und Stark" gedrillten Burschis fügen sich ideal in die auf Hierarchie und Unterordnung basierende neoliberale Wirtschaftsordnung ein. Manfred Kanther, Innenminister a.D. und Mitglied des Corps Guestphalia Suevoborussia Marburg, erläutert die meinungsbildende, missionarische Funktion der Burschenschaften: "Wir wollen auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führenden Berufe unserer Gesellschaft entsenden". Die selbstverständliche Gleichsetzung von Menschen mit Männern ist symptomatisch für das männerzentrierte Denken der Korporierten. Burschenschaften formieren sich in ihrem Selbstverständnis durch das Prinzip der In- und Exklusion: Eingeschlossen werden weiße, funktionierende, "nichtbehinderte", deutsche Männer, ausgeschlossen werden per se Frauen, Nichtdeutsche, Kriegsdienstverweigerer, Schwule, Juden, Linke usw. Diesem Mechanismus liegen rassistische, antisemitische, misogyne Strukturen zu Grunde, die in ihrer extremen Form die wesentlichen Kernelemente des Faschismus darstellen. Die sich als homogene "Wir-Gruppe" fühlenden und agierenden Burschenschaften leiten ihre elitäre Vormachtstellung durch Vereinheitlichungsprozesse im Inneren (gemeinsame Sprache, Brauchtum, "Kultur") und durch Abgrenzungsprozesse nach außen ab.

Vor allem liberale, christliche und vermeintlich "unpolitische" Burschenschaften, wie die Turner- und Sängerschaften, werden nicht müde zu betonen, dass Burschenschaft nicht gleich Burschenschaft sei. Jede

grundsätzliche Kritik wird so mit dem Verweis, nicht alle über einen Kamm scheren zu können, abgewiesen. Neben allen Unterschieden, die zwischen einzelnen Burschenschaften bestehen mögen, gibt es aber durchaus Grundlagen, die prinzipiell auf alle Burschenschaften zutreffen. Dies sind vor allem das Lebensbundprinzip, das Bekenntnis zum "Dienst am Vaterland" und zum Männerbund.

Neben den katholischen Dachverbänden CV (Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen) und den KV (Katholische deutsche Studentenvereine) ist der Dachverband der Deutschen Burschenschaften (DB) einer der größten und einflussreichsten Dachverbände der studentischen Verbindungen. Der sich als "Organisation mit politischem Auftrag" verstehende Verband driftet spätestens nach dem Austritt liberaler und christlicher Buschenschaften, die sich seit 1996 in dem Verband der Neuen Deutschen Burschenschaften (NDB) organisieren, immer weiter nach rechts. Im Handbuch der Deutschen Burschenschaften sind die ideologischen Standpunkte der Deutschen Burschenschaft festgelegt. Das "Volk" wird als eine biologische, vorrangig durch das Blut verbundene Gemeinschaft gedacht. Der Begriff der "Nation" wird synonym für das bewusst handelnde, die eigenen Werte wahrende Volk gesetzt, jene definiert sich unabhängig von staatlichen Grenzen. Der "Staat" hat lediglich die Funktion eines politischen Herrschaftsorgans des Nation gewordenen Volkes. Der Marburger Politikwissenschaftler Frank Deppe nennt diesen Ideologiemix aus Althergebrachtem "das dumpfe Repetieren all dessen, was vor allem in der Zwischenkriegsperiode von nationalrevolutionären, deutschnationalen und faschistischen Vordenkern gegen die den Deutschen wesensfremde Demokratie und gegen die parlamentarische Republik geschrieben worden ist." Dieses völkisch-nationale Politikverständnis spiegelt die zentralen Grundzüge eines rechtsextremen Weltbildes wider. Personelle und ideologische Überschneidungen ins neonazistische Lager gibt es unzählige. Vor allem in der sog. Neuen Rechten sind viele Burschenschaftler aktiv, die eine Intellektualisierung der extremen Rechten ansteuern. Auf dem Burschentag des DB in Eisenach 1992 forderten beispielsweise Korporierte ein Großdeutsches Reich in den Grenzen von 1939.

Lehrjahre sind keine Herrenjahre

Eine weitere wesentliche ideologische Grundlage der Burschenschaften ist ihr erklärter Antifeminismus, der sich in ihrem Selbstverständnis als Männerbund widerspiegelt. Den Begriff des Männerbundes prägte der Ethnologe Heinrich Schurtz, der erstmals rein männlich dominierte Institutionen (Rathaus, Militär, Kadettenanstalten) beschrieb. Schurtz kam zu dem trivialen Schluss, dass es zwei konträre Arten der Vergesellschaftung gäbe: Familientrieb und Geselligkeitstrieb, wobei Frauen über letzteren nicht verfügten. Nur Männer seien fähig, höhere Gesellschaftsformen, wie z.B. den Staat, zu etablieren. Diese pseudowissenschaftliche Männerbundtheorie wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der deutschen Soziologie und im Umfeld der Konservativen Revolution begeistert aufgenommen und weiterentwickelt. Wie stark auch heute noch diese Theorie das burschenschaftliche Denken prägt, zeigt das folgende Zitat aus den Burschenschaftlichen Blättern (1980): "Unser Burschenbrauchtum ist immer auf eine bestimmte männliche Gruppe abgestimmt. Die menschliche Weltordnung ist auf das Männliche ausgerichtet."

Mit dem Verweis auf die Männerbundtradition wird Frauen auch heute noch die Mitgliedschaft in den Korporationen verweigert. Zwar gibt es vereinzelte Burschenschaftsverbände, wie die Deutsche Gildenschaft oder den Deutschen Wissenschaftsverband, die Frauen in ihren Reihen dulden, das Gros der Korporationen besteht nach wie vor auf dem "Unter-Sich-Bleiben der Männer". Der Ausschluß der Frauen wird in der Öffentlichkeit mit dem Verweis auf die guten alten Traditionen "gerechtfertigt", zudem würden Frauen zu viel Unruhe in die wohlgeordnete Männerwelt bringen. So erklärt beispielsweise die Karlsruher Landsmannschaft Rhenania: "Zwar haben Männerbünde anthropologisch die Funktion, Männer zur familiären und kulturellen Bindung an Frauen freizumachen, interne erotische Eskapaden, die durch die Aufnahme weiblicher Mitglieder wohl kaum ausblieben, würden einen solchen Männerbund jedoch zwangsläufig auflösen bzw. ad absurdum führen."

Dahinter verbirgt sich die patriarchale Idee vom Mann, der zwar durch die Frau geboren wird, der sich jedoch erst durch die Sozialisation in Männerbünden zum eigentlichen, "wahren Mann" entwickeln kann. Dieser durch Hierarchie und militärischen Drill geformte Mann ist erst dann zu "Bindungen an Frauen" frei gemacht. Männerbünde wie die Burschenschaften leben von geheimnisvollen Zeremonien und Initiationsriten, die auf formellen und informellen Verhaltensnormen basieren, denen sich der Einzelne unterzuordnen hat. Ähnlich wie das Militär fungiert die Burschenschaft als Männerschmiede. Männlich ist nach dieser Vorstellung, was hart macht.

In ihrem ersten Jahr müssen die Füxe eine Reihe von Demütigungen über sich ergehen lassen, schließlich sollen sie lernen, Autoritäten anzuerkennen und sich der Rangordnung entsprechend einzufügen. So dürfen ältere Burschen den Nachwuchs bestrafen und erniedrigen, ihm ein Bier über den Kopf ausschütten, ihm verbieten, während des Koma-Saufens auf die Toilette zu gehen, und andere Ach so lustige Spielchen treiben. Nur wenn sich der Neuling diesen Strapazen ohne zu mucken fügt, steigt er in der Hierarchie auf, darf nun die unsinnigen Vorschriften und Strafen an Nachkommende weitergeben.

In schlagenden Verbindungen stellt das Fechten mit dem Säbel, die sogenannte Mensur, ein wesentliches Element zur Festigung des "männlichen Charakters" dar. In der burschenschaftlichen Internetzeitung cousin werden die "Vorteile" dieses Reliktes angepriesen: "Die Mensur erfordert enormen persönlichen Einsatz in einer körperlich-seelischen Ausnahmesituation; dabei erfordert sie ein hohes Maß an Fairness und Ritterlichkeit. Die Mensurauflage bildet eine gewisse Schwelle, sie vermeidet bloße Mitläufer und Pöstchenspekulanten". Durch die Mensur trennt sich - so die Logik des martialischen Rituals - die Spreu vom Weizen: die heroischen Männer von den verweichlichten Opportunisten. Ein vollwertiges Mitglied kann nur sein, wer im Kampf "seinen Mann steht". Die Narben, die von der Mensur bleiben, werden stolz als Ehrenzeichen dieser bestandenen Männlichkeitsprüfung präsentiert. Durch die Mensur vergewissern sich die Kämpfenden nicht nur ihrer soldatischen Männlichkeit, sie grenzen sich gleichzeitig von allem Nicht-Männlichen, das heißt vor allem vom "weichen Weiblichen" ab.

Männlich ist, was hart macht

Im burschenschaftlichen Denken ist die Welt polar und hierarchisch strukturiert: Es gibt ein Oben und Unten, wobei sich die Mitglieder der akademischen Männerbünde selbstredend zur gesellschaftlichen Elite zählen, die über Unterlegene herrscht. Es gibt zwei grundsätzlich wesensverschiedene Geschlechter. Während Männer gesellschaftlich relevante Posten einnehmen, dienen Frauen, die im korporierten Jargon antiquiert als "Damen" bezeichnet werden, lediglich als Schmuck und Stütze des Mannes. Es gibt ein Innen und Außen; während männerbund-intern Jobs und Macht geteilt werden, werden alle Nicht-Verbündeten, wie Nicht-Deutsche, Nicht-Männer, Nicht-Nationale, ausgegrenzt.

Da diese Jobvermittlung der besonderen Art in der öffentlichen Diskussion kaum thematisiert wird, ist es fast bedauerlich, dass die gestandenen Eliten in Politik und Wirtschaft ihre ehemalige Burschentracht gegen graue Zweiteiler eingetauscht haben. Sie wirken sozusagen under cover, sie sind deshalb aber nicht weniger gefährlich. Leider gibt es noch kein who is who der Burschenschaftler, es würde das ganze Ausmaß der Alt-Herren-Vernetzung in der Bundesrepublik offenbaren. So bleibt die mühsame Aufklärungsarbeit an einigen wenigen Antifa- bzw. linken Hochschulgruppen hängen, die jedes Jahr zu Semesterbeginn vor den Füxen im Schafspelz warnen.

NV

24. Ungleiche Partner. Selbsthilfe zwischen Pharmainteressen und Wissensmacht

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:08

In den medizinischen Einrichtungen wird nicht nur geheilt, gelindert oder gepflegt. Besonders das Krankenhaus ist Ort der Forschung und des Marktes für neue Medikamente und Verfahren. Hier, wo es um viel Geld und Karrieren geht, reicht die Verbindung zwischen Pharmamanagern und Kliniken bis zur Korruption.

Recht unbeobachtet ist eine neue Liaison, die zwischen Selbsthilfeorganisationen und Gesundheitsindustrie. Auch hier fließen Gelder, zirkuliert Wissen und blüht das Marketing - allerdings zwischen ungleichen Partnern.

Ein Korruptionsbekämpfungsgesetz soll seit 1997 der vielfältigen Käuflichkeiten in den Krankenhäusern Herr werden. Der gemeinsame Standpunkt von Bundesverbänden der pharmazeutischen Industrie, Deutscher Krankenhaus Gesellschaft und dem Deutschen Hochschulverband vom September 2000 zeigt, dass sich die Beteiligten weiterhin einer Kontrolle entziehen wollen. Grundsätzliche Anfragen zur direkten Zusammenarbeit von Kliniken und Industrie sind per se ausgeschlossen: "Eine Infragestellung der üblichen und als legitim angesehenen Kooperations- und Unterstützungsformen der Industrie würde neben einer Gefährdung des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Deutschland zu einer Stagnation der Gesundheitsversorgung der Patienten führen."

Seit einiger Zeit sind auch Selbsthilfe- und Patientenorganisationen ins Visier von Industrie und Wissenschaft geraten. Rund 10% der pharmazeutischen Unternehmen in Deutschland kooperieren bereits mit Selbsthilfeorganisationen.

Politik mit der Betroffenheit

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) träumt von "direktem Patientenmarketing mit geringsten Streuverlusten". Im Klartext: Direktwerbung für verschreibungspflichtige Medikamente im Selbsthilfeverband. Er will "überzeugendes Prämarketing" machen. Im Klartext: Bedarf an neuen Medikamenten schaffen, bevor diese überhaupt auf dem Markt sind. Auch die "Risikominimierung bei eventuell auftretenden Nebenwirkungen durch Stellungnahme der Selbsthilfegruppe" steht im Wunschkatalog des Dachverbandes der Pharmaindustrie. Für diese Eigeninteressen wird gespendet, werden Selbsthilfe-Kongresse finanziert und Grundkurse im Sponsoring angeboten. Aus den Marketingbudgets der Konzerne fließt weltweit immer mehr Geld in sogenannte Non-profit-Organisationen - neben der klassischen Reklame mittlerweile die wichtigste Investition der PR-Abteilungen.

Viele Selbsthilfeorganisationen leiden an chronischem Geldmangel. Reiche Verbände mit hohen Personal- und Verwaltungskosten existieren neben kleinen Gruppen, die kaum mehr als ihre Portokosten bezahlen können. Wo das Geld knapp und die Suche nach gesellschaftlicher Anerkennung groß ist, können Zonen entstehen, die mit dem Gedanken der Selbstvertretung und Stärkung von PatientInnen nicht mehr viel zu tun haben.

Die Deutsche Parkinson Vereinigung e.V. ist nach eigenen Angaben eine "reine Selbsthilfevereinigung". Sie vertritt 20.000 Mitglieder. 250.000 PatientInnen leben mit dieser Erkrankung und bei weiteren 100.000 soll das Leiden unerkannt geblieben sein. Alle Zeichen stehen hier auf Wachstum, vor allem der Mitgliederzahlen und der Forschung, was mit breiter und effektiver Behandlung gleichgesetzt wird. In "enger Zusammenarbeit mit der Pharmazeutischen Industrie aber auch mit der Öffentlichkeit und der Politik" will die Vereinigung ihre Ziele erreichen.

Wachstumsperspektiven sind auch für jene 15 Pharmafirmen interessant, die sich zu einem "Sponsor-Zirkel" zusammenfanden, um die PR-Firma Edelman mit der "Aufklärung der Öffentlichkeit über die häufigste neurodegenerative Erkrankung" zu beauftragen. Alles was Rang und Namen und Marktinteressen hat, ist vertreten: von Hoffmann-La Roche über Lilly Deutschland bis Schering und SmithKline Beecham.

Problem-Marketing

Das "Problem" Parkinson wird von Edelman professionell gemanagt, so wie andernorts Regierungskrisen, Imageverluste von Firmen, Politikern oder Umweltkatastrophen. Seit 1997 führt das Unternehmen öffentliche

Kampagnen in Sachen Parkinson durch. Ein Parkinson-Tag wird ins Leben gerufen, Radio- und Fernseh-Beiträge provoziert, prominente Fürsprecher wie Ulrich Wickert gewonnen, forschende MedizinerInnen in Telefonaktionen für Produktwerbung eingebunden.

1999 kann Edelman Erfolge auf ganzer Linie verkünden. Die Integration der Firmenlogos im Kampagnen-Feldzug ist gelungen: Hinsehen - handeln - helfen, eine Partneraktion der Deutschen Parkinson Vereinigung (und des Sponsor-Zirkels). Der Selbsthilfeverband hat 4000 neue Mitglieder gewonnen. Auch Edelman profitiert, nicht allein vom Geld für den lukrativen Auftrag. Ein Preis für ihre exzellente Public Relations, die die anvisierten Kommunikationsziele und Geschäftsabsichten der Auftraggeber harmonisch miteinander verbindet wird für zukünftige Aufträge im Marketinggeschäft sorgen.

Wer die Zeitung der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) aufschlägt, dessen Blick fällt auf ein Liebespaar: "Multiple Sklerose? Wir lassen Sie nicht allein! Aufklären, beraten, helfen". Das "Industrieforum Multiple Sklerose", bestehend aus Aventis, Biogen, Schering, Serono und Teca, macht mit bei der bundesweite PR-Kampagne der DMSG.

Ganz uneigennützig ist das Engagement der Pharmafirmen nicht. Die Zahl der MS-PatientInnen in Deutschland wird auf mindesten 120.000 geschätzt, eine potenzielle Konsumentenschaft für neue Pharmaka.

Mit Interferon Beta Ib-Betaferon ist Schering der Pionier auf diesem Markt. Seit 1997 konkurriert Biogen mit AVONEX, 1998 stieg Serono mit REBIF in das Geschäft ein. Die drei Hersteller werben in der Verbandszeitschrift für ihr Unternehmen und können auch direkt über Links von der Internetseite der DMSG angesteuert werden. Ein Selbsthilfeverband als Werbefläche: Dafür zahlt Serono auch außer der Reihe. Der Landesverband NRW nahm auf der Mitgliederversammlung einen Scheck über 10.000 DM der Firma entgegen (MS-Magazin NRW 4/00).

Fortschritts-Allianzen im Betroffenenverband

Die "partnerschaftliche Kooperation mit pharmazeutischen Firmen" wird in den jüngsten Leitlinien der DMSG ausdrücklich begrüßt (Aktiv 02/2000). Einseitige Darstellungen zugunsten eines Produktes werden abgelehnt. Informationen über klinische Studien werden nur von "unabhängigen Personen", beispielsweise Mitgliedern des Ärztlichen Beirates der DMSG, zugelassen. Ist so Unabhängigkeit zu sichern?

Der Ärztliche Beirat der DMSG wird mit überwältigender Mehrheit von der Klinischen Forschungsgruppe für Multiple Sklerose und Neuroimmunologie der Würzburger Universitätsklinik gestellt: Klaus V. Toyka, Peter Rieckmann und Ralf Gold. Die Spezialisten für MS-Forschung dominieren die Berichterstattung im Verbandsorgan Aktiv. Sie verfassen positive Berichte über klinische Studien mit AVONEX (Aktiv 4/2000) und raten zu einem möglichst frühen Einsatz des Präparates. Ein Plus für den Hersteller, denn der Ärztliche Beirat gilt als unabhängig. In Therapieempfehlungen zur Behandlung von MS, die maßgeblich von den Würzburger Forschern verfasst wurden, finden Betaferon und REBIF positive Erwähnung. Die Botschaft: die Nebenwirkungen sind kontrollierbar. Für ihre unentgeltliche Arbeit in der DMSG werden die Würzburger Wissenschaftler belohnt. Die Gesellschaft finanziert einen Teil ihrer Forschungsprojekte.

Aus dem Raum des Ärztlichen Beirates, der das Monopol auf Krankheitsbeschreibung und Therapiekonjunkturen inne hält, wird heute schon Bedarf für Zukünftiges geschaffen: "Prä-Marketing" für embryonale Stammzellen. Reinhard Hohlfelder vom Institut für Klinische Neuroimmunologie in München/Großhadern und Mitglied im Ärztlichen Beirat der DMSG verspricht "für die Behandlung der Multiplen Sklerose große Bedeutung" (Aktiv 03/2000).

Im Jahr 1994 wurde ein Entwurf der Bioethik-Konvention des Europarates öffentlich. Die Aufforderung, zum reinen Erkenntnisgewinn altersdemente, komatöse oder geistig behinderte Menschen zur europäischen Norm zu machen, stieß auf heftige Kritik. 1995 gaben Hanfried Helmchen und Hans Lauter ein Buch heraus: "Dürfen Ärzte mit Demenzkranken forschen?" Vor allem Mitglieder der Hirnliga e.V., einer Vereinigung forschender PsychiaterInnen, sowie die damaligen Vorsitzenden der Deutschen Alzheimer Gesellschaft demonstrieren hier Geschlossenheit: Die "kommende Demenzepidemie", die "zu Belastungen unseres Gesundheits- und Sozialsystems" führt, erfordert höchsten Forschungseinsatz. Eine "soziale Verpflichtung" und "die Solidarität mit den Erkrankten zukünftiger Generationen" kann auch dem nicht einwilligungsfähigen Kranken unterstellt werden. Eine gemeinsame Anhörung der Hirnliga und der Deutschen Alzheimer Gesellschaft sollte wohl das

politische Vorhaben verstärken. Doch die öffentliche Kritik war stärker und auch die Deutsche Alzheimer Gesellschaft lehnte die Konvention ab. Dennoch arbeiten das ehemalige Vorstandsmitglied Jens Bruder und forschende Mediziner in den Vorstands- und Verbandsstrukturen weiter am Dissens. Selbst wenn kein Ja zur Konvention entsteht, ein eindeutiges Eintreten für juristische Grenzen des Forscherwillens wird für die Opposition im Verband immer prekärer.

Es geht um eine weit verzweigte Politik. Die Firma Eisai und Pfizer vertreibt unter dem Produktnamen "Aricept" ein Mittel, das einer seit Jahren umstrittenen Produktlinie angehört: den sogenannten Acetyl-Cholisterase-Hemmern. Der wissenschaftliche Mainstream verspricht zwar keine Heilung. Im Frühstadium soll aber über einen erhöhten Hirnstoffwechsel Positives bewirkt werden. Eine wissenschaftliche Theorie, die durchaus angezweifelt wird. Effizienz und Nebenwirkung dieser Pharmaka stehen vereinzelt in Frage. In Kanada wird das Mittel wegen mangelnder Wirksamkeit nicht öffentlich finanziert. Doch solche Zweifel sind in den zahllosen Aufklärungsbroschüren und Internetseiten zur Alzheimer-Erkrankung nicht zu finden. Die Deutsche Alzheimer-Gesellschaft wirbt gemeinsam mit NervenärztInnen für diese Medikamentengeneration. In Bild und Ärztezeitung wird das Eisai- und Pfizer-Produkt direkt promotet: Die Budgetierung im Gesundheitswesen verhindere, dass KassenpatientInnen das wirksame Aricept in ausreichendem Maße verschrieben werde. Alexander Kurz, Vorstandsmitglied der Alzheimergesellschaft, stellt sich als besorgter Experte für diese Firmenpolitik zur Verfügung.

Offensive Parteinahme

Die Deutsche Morbus Crohn / Colitis ulcerosa Vereinigung hat sich zu einem der größten Patientenverbände Deutschlands entwickelt. "Selbsthilfe und Ehrenamt" stehen im Leitbild der DCCV ganz oben - für 12.000 Mitglieder mit entzündlichen Darmerkrankungen. Parallel steht die Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen und Pharmaunternehmen auf dem Programm. Im Beirat sind 130 WissenschaftlerInnen, ÄrztInnen und andere ExpertInnen vertreten. Mit eigener Forschungsförderung, Forschungspreisen und Ausbildungsstipendien wird die Agenda der Biowissenschaft aktiv mitgestaltet. Für die genetische Forschung bat die Vereinigung ihre Mitglieder schon mal zur Blutprobe, um eine Arbeitsgruppe der Berliner Charité zu unterstützen. "Was von Ihnen und jedem weiteren CED-Erkrankten in der Familie benötigt wird, ist eine Blutprobe, und zwar von Ihnen und wenn möglich von Ihren Eltern. ... eine Blutprobe Ihrer Geschwister (kann) ebenso hilfreich" sein. Blutentnahmeröhrchen und Freiumschläge für die Rücksendung an die Mitarbeiter der Charité sind selbstverständlich. Fortschritt in der Genomforschung und "in Zukunft eine frühere und bessere Behandlung" sind die Zauberformeln im expertendominierten DCCV.

Eintritt ins Reich der Medizin

Wie weit die Gestaltungskapazitäten der Patientenorganisationen reichen können, zeigt das Beispiel der AFM, einer französischen Betroffenengruppe für Muskeldystrophie. Ihr Vorsitzender machte in den 80er Jahren die genetische Forschung zur Priorität. Nach einer Ausgabe der Fernsehsendung "Téléthon" über Muskeldystrophie flossen 300 Millionen Francs an Privatspenden in die Kassen des Verbandes. Die 30-stündige Talkshow verbindet Berichte über Einzelschicksale mit Neuigkeiten aus der Wissenschaft. Eine Teil der Einnahmen diente dem Aufbau des französischen Genomforschungszentrums Généthon.

Der Preis, um auf die Belange von Kranken aufmerksam zu machen und die Wissensfestungen von akademischen und industriellen Produzenten aufzubrechen ist hoch. Selbsthilfe- und Patientengruppen werden zur getarnten Zone, in der unmerklich Marktinteressen und biomedizinische Forschungsambitionen dominieren. Mehr Transparenz in der ungleichen Partnerschaft ist geboten, um nicht im Namen der Betroffenheit jede Form sozialer und medizinischer Phantasie aus dem Auge zu verlieren.

Erika Feyerabend, BiosKop

25. Schweres Räumgerät und Straßenkämpfe. Auseinandersetzungen beim Daewoo-Streik in Südkorea

Autor: Wolfgang Pomrehn · Rubrik: Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:35

Wochenlang streikte die Belegschaft des südkoreanischen Automobilherstellers Daewoo Motors. Die ArbeiterInnen protestierten gegen den geplanten Verkauf des Unternehmens an einen ausländischen Konzern und die damit verbundenen Massenentlassungen. Kürzlich ist die Produktion wieder aufgenommen worden, allerdings unter massiver Polizeipräsenz und unter heftigen Protesten. Doch damit ist der Konflikt noch nicht gelöst.

Schon seit langem wehrt sich die Gewerkschaft bei Daewoo Motors gegen geplante Entlassungen, aber so richtig in Rage gebracht hat sie ein Polizeieinsatz Ende Februar. 4000 Bereitschaftspolizisten stürmten in der Hafenstadt Inchon das Gelände des Pupyonger Werks von Daewoo Motors. Nachdem das Werk eingenommen war, schlugen die "Sicherheitskräfte" zahlreiche ArbeiterInnen brutal zusammen. 76 Gewerkschafter wurden festgenommen, sieben dem Haftrichter vorgeführt. 27 weitere werden per Haftbefehl gesucht, darunter der Vorsitzende der Daewoo-Motors-Betriebsgewerkschaft.

Ziel der Polizeiaktion war es, einen Sitzstreik von ca. 600 ArbeiterInnen und ihren Angehörigen aufzulösen, mit dem diese gegen die geplante Entlassung von 1700 MitarbeiterInnen protestierten. In den nachfolgenden Tagen antworteten ein Teil der betroffenen Daewoo-ArbeiterInnen mit Demonstrationen auf den Überfall, bei denen es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen kam.

Straßenkämpfe mit der Polizei

Der Streik trifft in der Bevölkerung auf viel Zustimmung: ZuschauerInnen buhen die Polizei für ihre brutalen Einsätze aus; die Presse hält sich anders als sonst mit Verurteilungen der Streikenden zurück und berichtet eher neutral. Nach drei Jahren Krise, Jobunsicherheit und drastischer Zunahme von Arbeitsintensität haben viele Verständnis für die verzweifelten Versuche der Daewoo-Motors-ArbeiterInnen, ihren Arbeitsplatz zu verteidigen.

Die Regierung des Präsidenten Kim Dae-jung, der einst als die große Hoffnung der demokratischen Kräfte angetreten ist, reagierte unnachgiebig und erklärte die Streiks für illegal. Sie will die Wirtschaft des Landes für ausländisches Kapital öffnen und ihre Struktur den Erfordernissen des Weltmarkts anpassen. Dazu ist ein radikaler Bruch mit dem koreanischen Entwicklungsmodell notwendig, den die Regierung seit ihrem Antritt betreibt und der zu den entsprechenden Spannungen in der Gesellschaft führt. Die südkoreanische Wirtschaft verdankt ihre einzigartige Erfolgsgeschichte einer spezifischen Mischung aus staatlicher Planung und dem Aufbau staatlich protegierter Konzerne, der so genannten Chaebols. Diese Chaebols werden als äußerst patriarchale Familienbetriebe geführt und sind in verschiedenen Wirtschaftszweigen tätig, von der Automobilindustrie über Werften bis hin zur Elektronikindustrie.

Spätestens ab Anfang der 90er Jahre wurden allerdings die Widersprüche offensichtlich, die dieses System für die weitere Entwicklung, auch nach Meinung linker Gewerkschafter, untauglich macht: Die von einzelnen, inzwischen schon fast greisen Patriarchen geleiteten Konglomerate sind extrem unbeweglich und ihre undurchschaubare Struktur lädt geradezu ein, Verluste über Jahre zu verstecken. Zusätzlich führte die personelle Verquickung von Industrie und Bankensektor dazu, dass bei Krediten oftmals nicht genügend auf die Sicherheiten geachtet wurde. Eine Folge davon ist die beachtliche Verschuldung der gesamten Wirtschaft, die ihr während der Krise 1997 um ein Haar die Kehle zugeschnürt hätte.

Streitpunkt zwischen Gewerkschaften und Regierung bleiben die Art und Weise, wie Kim Dae-jungs Regierung die Umstrukturierung betreibt, und nicht zuletzt die Entlassungen. Lange Zeit sind in der boomenden Industrie Südkoreas Massenentlassungen unbekannt gewesen. Gesetzliche Regelungen und patriarchale Strukturen haben sie zusätzlich erschwert. Wesentliches Anliegen der Industriellen-Verbände wie auch des Internationalen Währungsfonds ist es, im Rahmen der Krise diese Regelungen zu beseitigen, um so die alten Chaebols leichter umbauen und profitabler gestalten zu können.

Zahme und weniger zahme Gewerkschaften

In diesem Zusammenhang sind auch die jüngsten Auseinandersetzungen zu sehen. Der u.a. von der Regierung betriebene Verkauf von Daewoo Motors an einen ausländischen Konkurrenten reiht sich nahtlos in diese Umstrukturierung ein. Das Unternehmen war 1999 in den Sog des Niedergangs seiner Muttergesellschaft Daewoo geraten. Hoffnungslos überschuldet musste die einstige Nummer zwei der südkoreanischen Wirtschaft im Sommer 1999 Konkurs anmelden. Der Autoproduzent wurde ausgegliedert und sollte verkauft werden, um die Gläubiger-Banken zu entschädigen. Im Sommer letzten Jahres wurde das Verfahren eröffnet, im Juni gaben die Interessenten ihre Gebote ab. Zum Verkauf stehen Produktionskapazitäten für 1,1 Mio. Fahrzeuge jährlich und interessante Vertriebsnetze.

Doch ein südkoreanischer Käufer sollte es nicht sein. Hyundai Motors, die bereits rund 70% des Pkw-Inlandmarktes beherrscht und mit Daewoo ihren Anteil auf über 90% erhöhen wollte, erhielt von der Regierung und der staatlichen Monopolkommission bereits im Vorfeld eine Absage und schloss sich daher mit DaimlerChrysler und Mitsubishi zu einem Bieterkonsortium zusammen. Zu diesem Zweck ließ man sich auf einen Aktientausch mit dem deutschen Multi ein. Wenige Tage darauf, der Einstieg bei Hyundai war schon perfekt, drehte DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schremp den Koreanern eine Nase: Man sei vorrangig an einem Engagement bei Hyundai interessiert. Mit der Rückendeckung für die Übernahme von Daewoo war es folglich nicht weit her.

Das Feld war also frei für andere Mitbewerber, vor allem den Giganten General Motors (GM) aus den USA, der in Zusammenarbeit mit Fiat auftrat, und Ford. Letztere erhielten zunächst den Zuschlag für exklusive Gespräche, da sie mit knapp sieben Milliarden US-Dollar am meisten boten. Am 26. Juni waren die "Letters of intent" abgegeben worden und seitens des Gläubigerkonsortiums hoffte man, die Verhandlungen schnell abschließen zu können.

Doch daraus wurde nichts. Ford ließ sich Zeit und machte gar im November - die ArbeiterInnen mussten gerade mehrere Wochen auf ihren Lohn warten - überraschend einen Rückzieher. Wenige Tage später musste Konkurs angemeldet und Daewoo Motors unter Zwangsverwaltung gestellt werden. Die Gläubiger hatten sich geweigert, weiteren Kredit zu gewähren. Seit dem wird wieder mit General Motors und Fiat verhandelt, die offensichtlich massive Entlassungen zur Vorbedingung machen.

Damit erfüllen sich die Befürchtungen der Gewerkschaften, die diese das ganze vergangene Jahr immer wieder zu Proteststreiks und Demonstrationen gegen den geplanten Verkauf getrieben hatten. Im April beteiligte sich praktisch die gesamte südkoreanische Autoindustrie mit ihren rund 80.000 Beschäftigten an Solidaritätsaktionen und Warnstreiks.

Der Aufkauf eines inländischen Unternehmens ist für ausländische Anbieter nahezu die einzige Möglichkeit, auf dem südkoreanischen Markt Fuß zu fassen. Von den 1,2 Mio. Autos, die 1999 abgesetzt wurden, wurden nur 2400 importiert. Das Problem sind dabei weniger etwaige Zollmauern oder andere staatliche Barrieren, sondern die VerbraucherInnen. Während die Regierung ihr Möglichstes unternimmt, um den Markt zu öffnen, haben europäische oder amerikanische Marken schlicht ein Image-Problem der besonderen Art: Ausländische Autos zu fahren ist nicht nur unpatriotisch; in Zeiten, in denen viele den Gürtel enger schnallen müssen, gilt es vor allem auch als dekadent und ist mit einem regelrechten Stigma behaftet, wie eine Studie der Amerikanischen Handelskammer in Korea ergab.

Auf einem Markt, der schon jetzt zu den zehn größten der Welt gehört und demnächst auf zwei Millionen Fahrzeuge pro Jahr angewachsen sein könnte - wenn nicht die nächste Krise dazwischenfunkt -, ist das natürlich fatal. Ein weiteres wichtiges Argument für eine Präsenz in Südkorea ist für die Großen der Branche das Exportpotenzial in die Region: Ostasien wird vermutlich schon bald zum weltweit größten Absatzmarkt für Pkws werden.

Angesichts dessen verwundert die scheinbare Zurückhaltung, die von den internationalen Multis an den Tag gelegt wird. Die Vermutung liegt nahe, dass zunächst die Gewerkschaft gezähmt und angesichts der internationalen Flaute, die gerade von den USA ihren Ausgang nimmt, Produktionskapazitäten abgebaut werden sollen. Um beides ist man in Südkorea seitens der Zwangsverwalter und der Regierung redlich bemüht.

Um so mehr, als die Daewoo-Motors-Gewerkschaft Mitglied in der KCTU ist, jenem kämpferischen Gewerkschaftsdachverband, der aus den Kämpfen gegen die Militärdiktatur entstanden ist. Mit dem liegt auch die Regierung des Präsidenten Kim Dae-jung über Kreuz. Erst vor kurzem hat sie sich mit Unternehmern und der zahmen Gewerkschafts-Konkurrenz darauf geeinigt, dass die Frist, in der konkurrierende Gewerkschaften am Arbeitsplatz verboten bleiben, verlängert wird. Ein Schritt, der sich eindeutig gegen die KCTU richtet.

Bei der KCTU kämpft man allerdings auch mit anderen Schwierigkeiten. Im Zuge von Krise und Umstrukturierung hat die Zahl der Unterbeschäftigten und nur mit Zeitverträgen Arbeitenden erheblich zugenommen und beträgt inzwischen etwas über 50% der ArbeiterInnenschaft. Entsprechend gibt es Probleme, die ArbeiterInnen zu organisieren, und spitzen sich die Widersprüche zwischen Kernbelegschaften und ZeitarbeiterInnen zu.

Letzterer ist überwiegend auch ein Widerspruch zwischen den Arbeitsbedingungen für Männer und den Arbeitsbedingungen für Frauen, zwischen den besser bezahlten, gut organisierten männlichen Gewerkschaftern und den schlecht bezahlten Zeitarbeiterinnen. 80% der befristet Beschäftigten sind Frauen. In den von Männern dominierten Gewerkschaften finden sie meist keinen Platz, zum einen auf Grund der restriktiven Arbeitsgesetze, die Gewerkschaftsmitgliedschaft eng an einen Arbeitsplatz binden, zum anderen auf Grund der patriarchalen Strukturen und des mangelnden Problembewusstsein der meisten Funktionäre. Bei zu wenigen hat sich bisher die Erkenntnis durchgesetzt, dass die seit dem Ausbruch der Krise gängige Praxis, Angestellte zu entlassen und mit befristeten Verträgen für oftmals bloß 60% des bisherigen Gehalts wieder einzustellen, tendenziell alle ArbeiterInnen bedroht.

Erst Ende letzten Jahres war die Führung der Telecom-Gewerkschaft während eines Streiks den ZeitarbeiterInnen in den Rücken gefallen, die gegen Entlassungen gekämpft hatten. Auf der anderen Seite hat sich die derzeitige KCTU-Führung in wichtigen Auseinandersetzungen auf die Seite der ZeitarbeiterInnen gestellt. So konnte etwa im Sommer letzten Jahres nach wochenlangen harten Auseinandersetzungen ein bahnbrechender Erfolg gegen Lotte, eine der führenden Hotelketten des Landes, errungen werden, die die meisten Angestellten nun fest einstellen musste.

Der Kampf der Lotte-Angestellten - in ihrer Mehrzahl Frauen - war in mehrerer Hinsicht bemerkenswert: Zunächst wegen der Zähigkeit, mit der sie trotz massiver Polizeiübergriffe wochenlang aushielten, bis die Konzernleitung schließlich nachgeben musste. Zum anderen wegen der Konsequenz, mit der der Streik von der KCTU-Führung unterstützt wurde.

Viele Frauen ziehen es vor, sich unabhängig in Frauengewerkschaften zu organisieren. Bereits an den Anfängen der neueren koreanischen Gewerkschaftsbewegung, die in die 70er zurückgehen, standen erste Gründungen von Frauengewerkschaften, vor allem in der Textilindustrie. Nicht selten hatten diese mutigen Arbeiterinnen gegen drei Gegner gleichzeitig zu kämpfen: gegen die Militärdiktatur, gegen den Unternehmer und gegen die männlichen Vorarbeiter, die vom Unternehmen gegen sie aufgehetzt wurden.

Seit dem Ausbruch der Krise und dem Beginn der Umstrukturierung, deren Folgen Frauen überproportional treffen, besinnen sich viele wieder auf diese Traditionen. Anfang 1999 wurden innerhalb kurzer Zeit gleich drei verschiedene Frauengewerkschaften gegründet, von denen sich die einen mehr dem allgemeinen Kampf gegen Krisenfolgen und Globalisierung widmen, während die anderen sich konkret um die Organisierung in prekären Beschäftigungsverhältnissen bemühen.

Wegen seiner weit über die einzelnen Betriebe hinausreichenden Bedeutung könnte der jüngste Kampf der Daewoo- Motors-Arbeiter, der viel Unterstützung seitens der KCTU erfährt, dazu beitragen, die verschiedenen Sektoren der Gewerkschaftsbewegung wieder einander näher zu bringen.

Wolfgang Pomrehn

26. Wie weiter mit der Antifa-Bewegung? Rückblicke und Ausblicke aus Sicht des Antifaschistischen Infoblatts

Rückblicke und Ausblicke aus der Sicht des Antifaschistischen Infoblatts

Autor: AIB-Redaktion · Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:17

Unter dem Motto "Das Jahr, in dem wir Kontakt aufnehmen" findet vom 20. bis zum 22. April in Göttingen ein Antifa-Kongress statt, der einen Beitrag zur Neubestimmung der Antifabewegung leisten soll. Organisiert wird der Kongress von der Autonomen Antifa (M) Göttingen, der Antifaschistischen Aktion Berlin, der Roten Antifa Aktion und dem Bündnis gegen Rechts, beide Leipzig. Antifaschismus stehe "als Synonym für linkradikale Politik inzwischen zur Disposition", schreiben die vier Gruppen im Aufruftext. Im folgenden Artikel versucht die Redaktion des Antifaschistischen Infoblatts (AIB) aus der Rückschau auf zehn Jahre autonome antifaschistische Bewegung Handlungsspielräume von Antifa-Politik auszuleuchten. Ihren Text - "so selbstkritisch wie möglich und nötig" geschrieben - verstehen die AutorInnen als Anregung für weitere Diskussionen.

Ende der 80er wurden die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umbrüche von einer Welle rassistischer Mobilisierung in Westdeutschland begleitet, die u.a. durch eine massive staatliche Hetze gegen Flüchtlinge und durch Wahlerfolge der Republikaner geprägt war. Parallel bildeten sich auch in der DDR erste subkulturelle rechtsextreme Formationen, zumeist in Form von Jugendcliquen und Skinheadgangs, die sowohl gegen Punks als auch gegen ausländische VertragsarbeiterInnen losschlugen und antisemitische Grabschändungen durchführten.

In Westdeutschland entwickelte sich innerhalb der autonomen Bewegung eine autonome Antifa, die in ihren Aktionsformen die ganze Bandbreite autonomer Aktionen integrierte, politisch aber schnell - und das im Gegensatz zu vielen anderen Autonomen, die längst kaum noch über die eigene Bewegung hinaus blicken wollten oder aber mit der Sanierung ihrer ehemals besetzten Häuser beschäftigt waren - auf eine selbstbewusste Bündnispolitik setzte.

Ein Beispiel für die Übersetzung eines politischen Grundverständnisses von Antifaschismus in konkretes Handeln aus dieser Zeit ist das West-Berliner "Selbstschutz"-Konzept des Jahres 1989, das ähnlich auch in Hamburg umgesetzt wurde. Die militante Neonazi-Szene hatte für den 20. April 1989, den 100. Geburtstag Hitlers, vielfältige Aktionen angekündigt, die dann allerdings ausblieben. In der Antifabewegung, bei jugendlichen MigrantInnen und bei autonomen Gruppen löste die Ankündigung Empörung und Zorn aus - nach dem Motto: "Das können die sich hier nicht erlauben."

Antifaschistischen Selbstschutz organisieren!

Bei vielen GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und älteren MigrantInnen bestand aber auch ein Gefühl der Verängstigung und Einschüchterung. Dieser Stimmung musste ein antifaschistisches Konzept Rechnung tragen. Unter dem Motto "Den Antifaschistischen Selbstschutz organisieren" sollte die individuelle Angst aufgebrochen werden. Das Konzept lief darauf hinaus, das Bedrohungsgefühl der Einzelnen durch solidarisches Handeln zu überwinden. Dabei mussten erstens viele verschiedene Menschen und Spektren die Möglichkeit haben, sich am Selbstschutz zu beteiligen. Zweitens sollte damit auch und gerade die Bedrohung in den vom Nazi-Terror besonders geplagten Außenbezirken aufgebrochen werden. Zugleich wurde die Kampagne produktiv genutzt: Über ganze Stadtgebiete wurden Anlaufstellen eingerichtet, in denen Informationen erhältlich waren, Veranstaltungen stattfanden usw.

Selbstschutz sollte nicht nur eine Sache breitschultriger männlicher "Kampfmaschinen" sein. In einem solchen Konzept sollten auch Menschen ihren Platz haben, die Gewalt prinzipiell ablehnen, oder solche, die aus unterschiedlichsten Gründen keinesfalls auf der Straße aktiv werden konnten oder wollten; sei es, weil sie körperlich nicht dazu in der Lage waren, z.B. im Rollstuhl saßen, oder weil sie als MigrantInnen, möglicherweise ohne Pass oder mit sehr eingeschränkter Aufenthaltsgenehmigung, zu gefährdet waren. Da

Selbstschutz eben mehr bedeutet als nur handgreifliche Auseinandersetzungen, war es möglich, auf dieser Basis ein breites Bündnis zu halten. Wichtig war dabei, dass es schon im Vorfeld eine enge Zusammenarbeit von antirassistischen und antifaschistischen Gruppen gegeben hatte und dass autonome AntifaschistInnen mit militanten Aktionen ganz bewusst auch am Stadtrand und außerhalb der "Szene-Stadtteile" agierten.

Auch in der DDR entstanden in dieser Zeit erstmals Antifagruppen, die in einer linken Oppositionsbewegung verankert waren. Vielfach entstanden sie aus kirchlichen Jugendgruppen bzw. oppositionellen Jugendgruppen, die sich unter dem Schutz der Kirchen trafen. Oft war ihre Hauptmotivation für Aktivitäten im Bereich Rechtsextremismus persönliche Betroffenheit: Als Punks waren sie ständigen Angriffen von rechten Skinheads ausgesetzt; und gleichzeitig fanden sie sich gegenüber dem Staat und der DDR-Gesellschaft in einer Bittsteller- und Forderungsposition, denn offiziell wurde die Existenz von Rechtsextremismus als auch Antisemitismus in der DDR geleugnet. Außerdem verkörperten junge Rechte auch in der DDR die dort geschätzten Sekundärtugenden von Ordnungs- und "Vaterlandsliebe" über Disziplin bis hin zu Arbeitswilligkeit etc. Sie waren bestens integriert, während junge linke Oppositionelle als Staatsfeinde behandelt und gesellschaftlich ausgegrenzt wurden.

An die "Selbstschutz-Kampagne" der späten 80er Jahre knüpfte Anfang der 90er Jahre in Berlin ein anderes Konzept antifaschistischen Selbstschutzes an. So waren damals in Berlin bestimmte S-Bahn-Linien Schauplätze brutaler Übergriffe durch Nazi-Banden. Die Bewegungsfreiheit für MigrantInnen, Obdachlose, Behinderte und Linke in diesen Bereichen war erheblich eingeschränkt, ein Stück öffentlichen Raumes drohte verloren zu gehen. Diese Situation wollten AntifaschistInnen dadurch überwinden, dass sie den Nazischlägern die betreffenden Räume systematisch entrissen. Auf den entsprechenden S-Bahn-Strecken fuhren deshalb gezielt und zu ganz unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten größere Gruppen von AntifaschistInnen, die mit Fahrgästen ins Gespräch kamen, manchmal auch Flugblätter verteilten und Naziparolen beseitigten. Einige dieser Gruppen bestanden beispielsweise nur aus Frauen und Lesben, die zugleich die ständige Bedrohung durch sexistische und patriarchale Gewalt im öffentlichen Raum thematisierten.

Mehrfach kam es zu Konfrontationen mit rechten Schlägern, die aber bald verstanden, dass eine große Gruppe von Menschen, die sich ihnen solidarisch entgegenstellt, in der Lage ist, Angst zu überwinden. Und Angst ist eine sehr wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Nazi-Terror. Derartige antifaschistische Selbstschutz-Kampagnen - wie auch beispielsweise Fahrwachen zu bestimmten Anlässen, antirassistische und antifaschistische Notfalltelefone, die untereinander vernetzt waren, sowie Schutzkonzepte für Heime in Großstädten und im jeweiligen Umland - brachten nicht immer nur Erfolge. Manchmal wurden Beteiligte stark gefährdet, es gab Festnahmen und Verletzte.

Gemeinsam die Angst überwinden

Trotzdem sind die Grundgedanken des Konzeptes auch heute noch wertvoll: Antifaschistischer Selbstschutz lebt von seiner "Glaubwürdigkeit", von der Beteiligung vieler unterschiedlicher Menschen mit unterschiedlichen Möglichkeiten und Bedürfnissen sowie von der ständigen Begleitung der eigenen Aktivitäten durch eine überzeugende Öffentlichkeitsarbeit. Dies ist schon deswegen wichtig, um sich nicht einfach an irgendwelchen Nazis abzuarbeiten, sondern zugleich auch eine andere Kultur und alternative Gesellschaftsvorstellungen mit zu transportieren.

Viele derjenigen, die heute noch autonome Antifaarbeit in Ost- und Westdeutschland machen, haben sich Anfang der 90er Jahre politisiert; ihr Blickwinkel auf Politik und diese Gesellschaft ist von dieser Zeit - und dem Gefühl der ständigen Abwehr, der zunehmenden Ohnmacht und des ständigen "reagieren Müssens" geprägt. Dies gilt insbesondere für den Osten, wo die Antifabewegung als Selbstschutzbewegung die linksradikale Bewegung war und ist, wo sich linke Jugendliche politisiert und ihre Identität in Abgrenzung zum rechten Mainstream entwickelt haben. Vor dem Hintergrund rassistischer Pogrome wie in Hoyerswerda und Rostock, der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 und mörderischer neonazistischer Brandanschläge in Mölln, Solingen und an vielen anderen Orten erlebte die Antifabewegung sowohl als linke autonome Bewegung - zu einer Zeit als die traditionelle autonome Bewegung auf Grund des (vorläufigen) weltweiten Siegeszuges des Kapitalismus und der gesellschaftlichen Umbrüche in Deutschland schon in einer tiefen Krise war - zwar einen erheblichen Aufschwung; andererseits war sie seitdem mit einer gesellschaftlichen Situation konfrontiert, in der für linke Utopien und Träume von gesellschaftlicher Befreiung kein Platz mehr vorhanden schien.

Beim ersten Hinsehen erscheint es so, als wäre die Parole "Antifa heißt Angriff", die Ende der 90er Jahre aufgekommen ist und so viel radikaler als "antifaschistischer Selbstschutz" klingt, das weitergehende Konzept - und noch dazu ein Konzept, das ein Ende des ewigen Reagierens verspricht und eigene Stärke vermittelt. Dahinter verbergen sich zwei Kurzschlüsse: Kurzerhand wurde da - in einer Art Trotzreaktion auf die politische Defensive, in der sich die außerparlamentarische Linke spätestens seit 1990 befindet - eine Parole als Konzept verkauft. Diese Parole zum Konzept zu erheben, geht von einem falschen Verständnis von Antifaschismus aus:

Antifa heißt eben nicht Angriff, sondern Selbstverteidigung, auch wenn diese "offensiv" ist. Nur daher erhält das Konzept seine Legitimation, dass es unvermeidlich ist, sich gegen neonazistischen Terror zu wehren. Antifaschismus ist weder eine revolutionäre Bewegung noch eignet er sich als Basis zum Aufbau "parteiförmiger" linker Strukturen. Antifaschismus muss vielmehr als Aktionsfeld immer Bestandteil einer breiten linken Bewegung sein; für sich genommen ist eine antifaschistische Bewegung in erster Linie eine Abwehrbewegung, die versucht, Vorstellungen und Ideale einer humanistischen und solidarischen Gesellschaft gegen Nationalismus, Rassismus, Rechtsextremismus und kapitalistische Verwertungslogik zu verteidigen.

"Antifa heißt Angriff"

Die Parole "Antifa heißt Angriff" zum Konzept zu erheben, birgt noch weitere Probleme. Zum einen organisiert man sich angesichts der momentanen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit einem derartigen Konzept die eigenen Niederlagen, anstatt der eigenen Bewegung und sympathisierenden gesellschaftlichen Kräften oder Einzelpersonen Mut zu machen. Darüber hinaus ist die Parole als Konzept zum Selbstzweck geworden; sie schließt viele Menschen aus, fördert patriarchales Mackertum, indem sie eine Hierarchie von Aktionsformen kultiviert - in der Militanz nicht mehr ein gleichberechtigtes Mittel unter vielen ist, sondern ganz oben steht - und sie führt dazu, dass auf unterschiedliche Bedingungen an unterschiedlichen Orten nur noch reflexartig mit den immer gleichen Parolen und Aktionsformen reagiert wird. Militanz wird dann nicht mehr als ein bewusst gewähltes politisches Mittel eingesetzt, sondern als - oftmals auch nur noch - verbaler Reflex.

Mit Blick auf eine andere Form des Zusammenlebens von Menschen - eine solidarische Form - ist das Selbstschutzkonzept das viel weitergehende, im Wortsinne radikalere Konzept. Es versetzt diejenigen, die alleine schwach sind, in die Lage, ihren Raum in der Gesellschaft zu verteidigen und zu behaupten, indem es das solidarische Vorgehen vieler unterschiedlicher Menschen ermöglicht. Es setzt nicht auf militärische Stärke, sondern auf die Überwindung individueller Angst durch solidarisches Handeln. In den 80er Jahren wurde dies in der bekannten Zeichnung von den vielen kleinen Fischen ausgedrückt, die gemeinsam den großen Raubfisch in die Flucht jagen. Auf antifaschistischen Selbstschutz-Plakaten waren meistens viele gemeinsam vorgehende Menschen abgebildet, selten einzelne "schwache" Menschen (kleine Mädchen, alte Frauen), die das angsterzeugende "Monster" in die Flucht jagen.

An dieser Stelle ist es notwendig, sich noch einmal die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten zehn Jahre bewusst zu machen. Unterschiedlichste Faktoren kommen zusammen: der scheinbar unaufhaltbare Siegeszug des Kapitalismus, der zu einer extremen Entsolidarisierung und Ausgrenzung "nicht-verwertbarer" Gruppen geführt hat; der Golfkrieg, mit dem die Militarisierung in Deutschland einen erheblichen Schub erhalten hat; die de- facto- Abschaffung des Asylrechts und staatlicher Rassismus. All das hat eine gesellschaftliche Normalität geschaffen, in der die Anfang der 90er Jahre immerhin zwar nicht betroffene, aber doch empörte liberale Öffentlichkeit sich in weiten Teilen Deutschlands als politischer Faktor verabschiedet hat - und damit für die autonome Antifa- und auch Antirassismus-Bewegung ein wichtiger Bündnispartner weggebrochen ist. Engagierte Einzelpersonen aus Gewerkschaften oder Parteien repräsentieren schon längst nicht mehr ihre Organisationen oder gar eine wie auch immer große Basis. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg antifaschistischer Selbstschutzkonzepte bestand und besteht in der dauerhaften Einbindung antifaschistischer Strukturen in gesellschaftliche Bündnisse.

Während überall dort, wo die gesellschaftliche Grundstimmung den Neonazis Desinteresse oder gar Zustimmung signalisiert, ein kleines Häufchen linksradikaler AntifaschistInnen nur wenig ausrichten kann. Bündnisse sind komplizierte Gebilde, die oft sehr problematisch werden können. Erfolgreich sind sie in der Regel da, wo über lange Jahre Vertrauen zwischen autonomen AntifaschistInnen und einzelnen Personen aus den bürgerlichen Verbänden und Organisationen entstanden ist.

Bündnisse sind komplizierte Gebilde

Aus den häufigen Misserfolgen darf keinesfalls die Konsequenz gezogen werden, Bündnisse in Deutschland ganz aufzugeben. Auch die linksradikale Antifabewegung ist ein Teil der Gesellschaft, ein Teil der Öffentlichkeit, und damit für die Stimmung in diesem Land mitverantwortlich. Stimmungen und Einstellungen darf man nie als unabänderlich voraussetzen und akzeptieren. Politik bedeutet auch, Stimmungen zu beeinflussen. Auch wenn die Antifabewegung als Reaktion auf bestimmte politische Entwicklungen wie den Bundeswehreinsatz in Jugoslawien, die Abschaffung von § 16 des Grundgesetzes etc. - sicherlich notwendige - Brüche mit ehemaligen Bündnispartnern vollzogen hat: Es wäre fatal, unsere Isolation, die auch daraus entstanden ist, zu pflegen oder gar als Tugend zu verkaufen.

Vielmehr müssen wir unsere Suche nach Bündnispartnern intensivieren und durch Diskussionen und Einmischung versuchen, was sich uns als monolithische Blöcke in Form von Organisationen und Parteien präsentiert, aufzubrechen, Oppositionelle innerhalb dieser Organisationen und Parteien gezielt anzusprechen und zu bestärken. Dabei muss allerdings immer eine Abwägung stattfinden, wie viele Zugeständnisse der ohnehin kleine gemeinsame Nenner "gegen Nazis" rechtfertigt und ab wann es sinnvoll und auch notwendig ist, eigene - im Wortsinne - autonome Aktionsformen zu wählen. Dazu kommen dann noch die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für autonome AntifaschistInnen in Großstädten und in "der Provinz".

Es gibt mehrere Fehler der Antifabewegung der 90er Jahre, aus denen wir lernen müssen. Zum einen dachten wir auf Grund des "Booms" der Antifabewegung nach Rostock, dass wir so viele wären, dass das Wegbrechen der klassischen Bündnispartner zu verkraften wäre. Zum anderen ist es der Antifabewegung - und auch dem AIB - damals nicht gelungen, den Zusammenhang zwischen staatlichem, institutionellem Rassismus, gesellschaftlichem Rassismus und rassistischer Gewalt ausreichend zu problematisieren und zum Kern unseres politischen Handelns zu machen. Im Gegenteil: Wir haben mehr Energie in klassische antifaschistische Recherche gesteckt als in Rassismusanalysen und antirassistische Handlungskonzepte, was u.a. zum Auseinanderdriften von Antifa- und Antira-Bewegung geführt hat. Fatale Konsequenzen dieser Fehleinschätzung zeigten sich ab Mitte der 90er Jahre: Während sich die Naziszene nach den staatlichen Partei- und Organisationsverboten von FAP, NF u.a. umstrukturierte, waren Neonazis in vielen Orten öffentlich nicht mehr so präsent wie Anfang der 90er und heute. Das führte vielerorts zum Einschlafen und zur Auflösung antifaschistischer Strukturen, während gleichzeitig die rassistische Mobilisierung in Politik und Gesellschaft unvermindert weiterging und den Boden für die nächste Welle rechtsextremer und rassistischer Gewalt Ende der 90er bereitete.

Ein weiterer Fehler der Antifa-Bewegung in den letzten Jahren war ihre Konzentration ausschließlich auf den "Feind", anstatt die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und staatlichem Rassismus dazu zu nutzen, Alternativen aufzuzeigen. Es war ein aus unserer eigenen Schwäche und Überforderung entstandenes Versäumnis, während der CDU-Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft nur gegen CDU-Stände zu protestieren, anstatt selbst offensiv, zu selbstgewählten Zeiten an selbstgewählten Orten für die sofortige rechtliche Gleichstellung aller hier lebenden Menschen zu werben.

Auch wenn sich die antifaschistische Bewegung Anfang und Mitte der 90er Jahre statt als Teilbereich einer linksradikalen außerparlamentarischen und zumeist autonomen Bewegung immer mehr zur eigenständigen Bewegung entwickelte - und oftmals auch in bewusster Abgrenzung zur autonomen Bewegung eigene Identitäten und politische Schwerpunkte entwickelte - wäre es absurd, die enge Verbindung beider Bewegungen zu leugnen. Die Schwäche der außerparlamentarischen Linken spiegelt sich im Zustand der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit wieder. Zugespitzt formuliert sind wir heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Antifabewegung - neben der Anti-Atom-Bewegung und den autonomen Antirassismusgruppen - in vielen Regionen der einzig sichtbare und greifbare Überrest der autonomen Bewegung ist. Das bedeutet zum einen ein erhöhtes Maß an staatlicher Repression, zum anderen ein erhöhtes Maß an gesellschaftlicher und politischer Verantwortung.

Auch anhand anderer antifaschistischer Aktivitäten lässt sich der gesellschaftliche Rückzug feststellen: Anfang der 90er Jahre blieb es zumeist autonomen AntifaschistInnen überlassen, durch gründliche Recherche - oftmals mit direkt Betroffenen und Opfern rechter Gewalt vor Ort - den Grad rechtsextremer Organisierung aufzuzeigen und den Medienhype von "frustrierten rechten Jugendlichen" als billigen Mythos zu enthüllen. Auch das AIB hat damals viel Energie in "Enthüllungs-Antifaschismus" gesteckt.

Diesen Bereich antifaschistischer Arbeit halten wir nach wie vor für notwendig und sinnvoll: Rechte Gewalt fällt nicht vom Himmel, heute weniger denn je, und die Kader ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren, kann Neonazis in Einzelfällen zumindest kurzfristig in die Defensive bringen. Und sicherlich liegt es auch an antifaschistischer Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit, dass das Problem rechter Hegemonie und Organisierung mittlerweile zum Standardthema bürgerlicher Medien gehört. Doch wer bei deren "Problemanalyse" stehen bleibt, wird nicht einmal ansatzweise mehr Bewegungspielraum oder gar Freiräume für MigrantInnen, Flüchtlinge oder nicht-rechte Jugendliche schaffen. Auch wir müssen selbstkritisch anmerken, dass wir die rassistische Mobilisierung anfänglich unterschätzt haben, die dazu geführt hat, dass es immer mehr Regionen und Bereiche gibt, in denen sich organisierte Rechtsextreme wie Fische im rassistischen Wasser bewegen. Gerade deshalb wäre eine antifaschistische Bewegung ohne antirassistische Praxis, ohne konsequentes Vorgehen gegen staatlichen Rassismus und konkrete Zusammenarbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen eine unpolitische "Anti-Nazi"-Bewegung, die sich von jeglichen emanzipatorischen Ideen verabschiedet.

Minimalkonsens "gegen Nazis" reicht uns nicht

Insgesamt ist der Antifabewegung in den letzten Jahren so etwas wie ein Grundverständnis verloren gegangen. Die verschiedenen Aktivitäten antifaschistischer Gruppen drohen immer mehr aufgesplittert zu werden. Antifaschismus stellte in der alten Bundesrepublik einen übergreifenden Zusammenhang zwischen mehreren Feldern her, die man vielleicht als die "Säulen" antifaschistischer Politik bezeichnen kann: Erstens die Erinnerung an den Faschismus und Nationalsozialismus, seine Verbrechen und den Widerstand dagegen. Dazu gehörte die Durchsetzung von Erinnerung im lokalen Umfeld, die Betreuung der Gedenkstätten, die Aufrechterhaltung eines Kontaktes zwischen den verschiedenen Generationen, die Aufarbeitung der örtlichen Geschichte in Geschichtswerkstätten und ähnliches mehr.

Zweitens die Auseinandersetzung mit den revanchistischen, militaristischen und nach außen aggressiven imperialistischen Tendenzen in Deutschland. In den Jahren bis 1989 hieß das v.a. Auseinandersetzung mit aggressivem Antikommunismus, mit dem Revanchismus der Vertriebenenverbände und anderer Gruppen und mit dem Militarismus der Bundeswehr, ihrem "Auftrag" und Traditionsverständnis. Seit 1989 hat sich hier einiges verschoben: Wichtig ist nun v.a. die Auseinandersetzung mit den aggressiven imperialistischen Tendenzen, mit geopolitischen Doktrinen, mit der Volksgruppenpolitik in Osteuropa usw.

Drittens die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung innerhalb Deutschlands. Hierunter fallen Neonazigruppen und das rechtsextreme Spektrum sowie die Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus. Hierunter fallen aber auch autoritäre Tendenzen innerhalb der etablierten Parteien und insbesondere in Regierungspolitik, v.a. auch im Bereich "innere Sicherheit". Aus dieser letzten "Säule" hat sich im Verlauf der 80er und 90er mehr und mehr ein eigenständiger Bereich entwickelt, der sich mit staatlichem Rassismus auseinandersetzt. Da es hier auch um Grenz-, Europa- und Außenpolitik geht, ist dieser Bereich zu mehr Eigenständigkeit gelangt und muss heute eigentlich als vierte Säule gelten. Hinzu kommt noch die Auseinandersetzung mit der sogenannten Neuen Rechten und deren gesellschaftliche Hegemoniebestrebungen. Nun werden alle diese Bereiche im einzelnen weiter behandelt - oft sogar im Vergleich zu früher mit viel besseren Konzepten. Dennoch droht damit ein Verständnis verloren zu gehen, das zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Tendenzen einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang sieht.

Aber die Probleme des Antifaschismus gehen noch tiefer. Sie betreffen im Grunde die allgemeine Einstellung, man könnte sagen: die Haltung oder das Lebensgefühl in unserer Bewegung. Manchmal scheint es, als hätten viele von uns jede Hoffnung, jede Vorstellung von einer anderen, menschlicheren Gesellschaft verloren. Eine verbreitete Stimmung unter Antifas ist heute - nach all den Jahren nationalen Taumels, rassistischer Gewalt und außenpolitischer "Unverkrampftheit" ist dies auch gut zu verstehen - eine Art von Existenzialismus, manchmal sogar Nihilismus. Das Grundgefühl, das diese Stimmung prägt, ist Hoffnungslosigkeit und Hyper-Skeptizismus. Jedenfalls werden die gesellschaftlichen Zustände oft genug als unveränderlich wahrgenommen. Damit fehlt der Antifa-Bewegung - wie den Resten der autonomen Bewegung und der gesamten Gesellschaft - jede konkrete Utopie, jedes Bewusstsein für utopisches Denken. Das Verschwinden einer Vorstellung von einer möglichen besseren Welt kann aber nur zu einer Hinnahme des Bestehenden und zu Resignation führen. Eine inhaltliche Verbürgerlichung autonomer Bewegungen, die allenfalls durch militante Aktionsformen kaschiert werden kann, ist die Folge.

Ist es wirklich so verkehrt, in Zeiten, in denen Grundwerte wie Menschenrechte und Gleichberechtigung vieler hier Lebenden mit Füßen getreten werden, Bündnisse mit all jenen zu suchen, die ein Interesse daran haben, dass diese Zustände nicht so bleiben, wie sie sind? Und ist es nicht eben "revolutionärer Reformismus" (1), in dem Bewusstsein, dass Veränderungen nur in langfristigen gesellschaftlichen Prozessen möglich sind, der zur Zeit notwendig ist?

Das bedeutet: ein antifaschistisches Selbstverständnis und eine Praxis, die selbstbewusst genug ist, auf eigenen Aktionsformen wie militanten Selbstschutz zu bestehen und durch dieses Selbstbewusstsein in Bündnissen mit allen möglichen gesellschaftlichen Kräften agieren kann. Nur eine antifaschistische Bewegung, die authentisch - und dabei selbstkritisch - ist, wird auch in Zukunft für viele Menschen anziehend sein. Authentisch heißt in diesem Fall, auf ein Wechselbad von pseudo-revolutionären Phrasen und anbiedernder Praxis zu verzichten, sondern stattdessen dazu zu stehen, dass wir immer noch eine grundlegend andere Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Rassismus, Sexismus und Unterdrückung wollen; während wir gleichzeitig selbstbewusst, fantasievoll und offen genug sind, um in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen den jeweiligen Bedingungen vor Ort angemessen zu agieren - anstatt nur zu reagieren. Wir haben es nicht nötig, uns, unser Wissen, unser Lebensgefühl, unsere Praxis und unsere Identität zu verstecken. Nur dann ermutigen wir andere, sich mit uns gemeinsam gegen den rechten Mainstream zu stellen.

AIB-Redaktion

Anmerkung:

1) Wir haben diesen Begriff gewählt, weil er unserer Ansicht nach am ehesten das Spannungsfeld zwischen unserem eigenen politischen Selbstverständnis und unseren praktischen Möglichkeiten bzw. dem, was wir in konkreten Situationen an Praxis für notwendig und möglich halten, ausdrückt. Oder anders gesagt: Die Zeiten, in denen es autonomen AntifaschistInnen möglich war, eine "weiße Weste" im Sinne der "reinen autonomen Lehre" zu bewahren, sind vorbei - zumindest dann, wenn wir politisch intervenieren und Einfluss nehmen wollen.

Der hier dokumentierte Text aus dem Antifaschistischen Info-Blatt (AIB) Nr. 50 wurde von der ak-Redaktion, die auch für die Zwischenüberschriften verantwortlich ist, leicht gekürzt. Weggefallen ist der Rückblick auf die 70er und den ersten Teil der 80er Jahre. Der vollständige Text ist erhältlich beim AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Fax 030/6946795; e-mail aib@mail.nadir.org

27. Der rechte Nietzsche im Bauch eines linken trojanischen Pferdes

Autor: Detlef Hartmann · Rubrik: Diskussion; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:27

Der folgende Beitrag von Detlef Hartmann ist eine Auseinandersetzung mit Thomas Seiberts Artikel "Nietzsche und die Linke" in ak 445. Die vollständige Version der hier gekürzten Fassung findet sich unter: http://www.materialien.org

I. Der Wille zur Gewalt im sozialen Krieg ...

"Moral für Ärzte. - Der Kranke ist ein Parasit der Gesellschaft. In einem gewissen Zustande ist es unanständig, noch länger zu leben ... Das Fortvegetieren in feiger Abhängigkeit von Ärzten und Praktiken, nachdem der Sinn vom Leben, das Recht zum Leben verloren gegangen ist, sollte bei der Gesellschaft eine tiefe Verachtung nach sich ziehn. Die Ärzte wiederum hätte die Vermittler dieser Verachtung zu sein, - nicht Recepte, sondern jeden Tag eine neue Dosis Ekel vor ihrem Patienten ... Eine neue Verantwortlichkeit schaffen, die des Arztes, für alle Fälle, wo das höchste Interesse des Lebens, des aufsteigenden Lebens, das rücksichtsloseste Nieder- und Beiseite-Drängen des entartenden Lebens verlangt - zum Beispiel für das Recht auf Zeugung, für das Recht, geboren zu werden, für das Recht zu leben." "Was ist gut? - Alles, was das Gefühl der Macht, den Willen zur Macht, die Macht selbst im Menschen erhöht. Was ist schlecht? - Alles, was aus der Schwäche stammt ... Die Schwachen und Mißrathenen sollen zugrunde gehen: erster Satz unserer Menschenliebe. Und man soll ihnen noch dazu helfen." (1)

Klare Worte protonazistischer Vorübung, eines "nazistischen Experiments", wie der amerikanische Philosophiehistoriker Kurt Fischer es genannt hat. (2) Eine verzeihliche Entgleisung? Keineswegs. Vernichtung gehört zum Kern der Philosophie Nietzsches, auch die Vernichtung der Entarteten.

Wie legt Nietzsche seinen philosophischen Zugriff auf den Lebensprozess und die Welt methodisch an, wenn er eine nietzscheanische Rechte entfesseln half und sogar erklärte Linke in seinen Bann zog?

Nietzsche hat sich gegen jede Verkürzung auf Schulphilosophie, Psychologie, Logik, Ökonomie, Geschichte und Politik verwahrt. All diese thematischen Bereiche behandelt er als Felder für das Wirken des "Willens zur Macht", der aggressiven Energien des Willens zur "Bemächtigung", zur "Aneignung", "Überwältigung", "Vergewaltigung", wie er auch sagt: "Und wißt ihr auch, was die Welt ist? ... Diese Welt ist der Wille zur Macht - und nichts außerdem." (3) Der "Wille, Herr zu sein" bleibt für ihn (und da gibt es wenig Widerspruch in den Gemeinden seiner Jünger und Gegner), die zentrale Kraftquelle der komplexen Ausdrucksformen des Lebens und der "Weltauslegung". Das heißt: von Handeln, Erleben und Erkennen zugleich, sie lassen sich nicht voneinander trennen.

Notwendig und unentrinnbar schließen sie das "erkennende" Subjekt und alle seine "theoretischen" Bemühungen in den praktischen Kontext des "Willens zur Macht" ein. Nietzsche formuliert den Willen zur Macht immer im Spannungsfeld des Gegensatzes, der in seiner Radikalisierungsskala von "Distanzen aufreißen", "Gegensatz" gegen "Widerstand", "Spannung", über "Kluftaufreißung", "Durst nach Feinden", "Feindschaft" bis zum "Krieg", zum "Todkrieg" reicht. Aber nicht als systemischen und strukturellen, dialektischen Gegensatz in Bezug auf das "Wesen" des Seins oder gar von statischen Verhältnissen, sondern als Prozess, als Lebensprozess. Und auch nicht betrieben durch ein gegebenes Subjekt, gegebene Subjekte, sondern in einem Prozess des "Werdens", in dem die Subjektivität der sich bemächtigenden Kräfte sich, die ihre Gestalten erst entfalten, sich erfinden, sich entfesseln, sich erschaffen im schöpferischen Prozess der Herstellung ihrer Machtstrategien und Werke.

"Übermensch" ist die metaphorische Bezeichnung für den "Typus", der sich in diesem Prozess aus dem Willen zur Macht "erfindet". Er will keine Anerkennung als Herr, er braucht Feindschaft, weil er sich zum Herrn machen will. Es ist diese Vorstellung vom dynamischen Charakter der Bemächtigungsprozesse, in der Nietzsche die überkommene philosophische Begrifflichkeit von Subjekt und Objekt, von Substanz und Wahrheit, von Bewusstsein und seinem Gegenstand, von Ursache und Wirkung, Zeichen und Bezeichnetem bis hin zur Axiomatik zweiwertiger Logik (wahr und falsch etc.) auflöst und verflüssigt. Die Vorstellung von

"Wahrheit" ist ein historisches Sediment des prozessierenden Willens zur Macht. So ausgedrückt erscheint seine Philosophie als eine propagandistische Prophetie der Entfesselung, der Befreiung, der Emanzipation.

Das Entscheidende ist aber: Nietzsche hat nie einen Zweifel daran gelassen, in welche Richtung er die Entfesslung aggressiver Energien zur Bemächtigung und Aneignung von Welt organisiert sah: von oben nach unten, von den Starken gegen die Schwachen, von den Herren der Erde gegen die Sklaven, von den entfesselten Avantgarden gegen die im produktiven technisch-ökonomischen Räderwerk verkleinerten "Heerdenthiere", von der europäischen Herrenrasse gegen die Unterworfenen, vom barbarischen (germanischen) "Raubthiere" (vereint mit dem jüdischen "Banquiersadel") gegen die furchtsamen Schafe, vom barbarischen Antichrist gegen die jüdisch/christliche Sklavenmoral, vom Mann gegen das Weib, vom ärztlichen Vernichter gegen die kranken Parasiten etc. etc. Der Wille zur Befreiung gegen die Strategien der Bemächtigung - nicht zu verwechseln mit dem Willen zur Macht des Plebejers vom Typ Napoleon oder Sorel - (4), zur Befreiung und Erfindung neuer Gesellschaftlichkeit von unten nach oben kommt in alldem nicht vor. Nietzsche erstickt den Gedanken daran in Feind- und Hasserklärungen bis zu schaumerstickter Widerwärtigkeit.

Dass sich Nietzsche damit in der Faschisierung Europas geschichtsmächtig machen konnte, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Seine viel weiter - und auch nach "links", was immer das heißt - gespannte Wirkungsmacht ist in erster Linie dem emanzipatorischen Appell der Befreiungsimpulse geschuldet, die Nietzsche im "Willen zur Macht" auch gegen die Beschränkungen tradierter und reaktiver geistiger, moralischer, erkenntnistheoretischer etc. Disziplinierung richtete. Dadurch entsteht der Schein der Ideologiekritik, die allerdings in Ermangelung der Möglichkeit von "Wahrheit" ohne Grund bleibt. So bildete das Erlebnis der Befreiung und Entfesselung aus dem "Gefängnis der Sprache" und der Begriffe - und das hieß vor allem: aus der Sklerose des Strukturalismus - auch den Kernimpuls der ersten Welle dankbarer französischer Nietzsche-SchülerInnen von Georges Bataille über Gilles Deleuze bis Sarah Kofman.

Hier entfaltete vor allem der suggestive Zauber seiner dichterischen und metaphorischen Kraft seine Wirkung, auf die er sich zu Recht viel zugute hielt und die er systematisch einsetzte. Auch viele links verortete Liebhaber ergaben sich willig dem Rausch ihrer Faszination - Bataille vergleicht seine "séduction inévitable" zurecht mit "alcool", und der hat ihm in der Tat geholfen, vieles großzügig zu überlesen. (5). Aber noch die luftigste Poesie transportiert die dazugehörigen protonazistischen Impulse, ohne dass sie überhaupt benannt werden müssten. Die heitersten und idyllischsten Passagen des Zarathustra führen die Grausamkeiten der Vernichtungsdrohung unabdingbar als Neben- und Subtext mit sich. Die Unterschlagung in der Nietzsche-Rezeption zu Gunsten einer Verkürzung auf den poetischen und kulturtheoretischen Nietzsche muss sich mehr noch als das offene Bekenntnis den Vorwurf gefallen lassen, die nazistischen Potentiale in lieblich geschmückten trojanischen Pferden mitzutragen.

Nietzsches Propaganda der Vernichtung und des Kriegs gegen die Klasse sind für die linke Auseinandersetzung besonders wichtig und vor jeder sekundärliterarischen Einseifung rate ich zur Lektüre des Originals.

Erstens. Die Propaganda der Vernichtung der "Mißrathenen" und "Entarteten" liegt in der Logik des Willenskonzepts. Der Härtegrad des Eingangszitats ist unter den im Fluss der Werke besonders ab 1884 häufig auftauchenden Ausführungen keineswegs außergewöhnlich.

Zweitens. Die Propaganda im Krieg gegen die Klasse drückt dieselbe Aggressivität des Machtwillens analog aus: "Die Hoffnung ist vollkommen vorüber, daß hier sich eine bescheidene und selbstgenügsame Art Mensch, ein Typus Chinese zum Stande herausbilde: und dies hätte Vernunft gehabt, dies wäre geradezu eine Nothwendigkeit gewesen. Was hat man gethan? ... man hat den Arbeiter militärtüchtig gemacht, man hat ihm das Coalitions-Recht, das politische Stimmrecht gegeben ... Will man einen Zweck, muß man auch die Mittel wollen: will man Sklaven, so ist man ein Narr, wenn man sie zu Herrn erzieht." (6) Wie zentral Nietzsche den Krieg gegen die Arbeiter im Kern seines Verständnisses vom "Willen zur Macht" und vom "Übermenschen" fundiert, wird besonders deutlich an dem von mir bereits in meinem Aufsatz zu Sloterdijk (7) zitierten Fragment. Es stammt aus der Mitte einer in sich geschlossenen Fragmentgruppe, die Nietzsche in der Zeit vom Herbst 1887 bis Frühjahr 1888 unmittelbar als Vorarbeit zum Werkprojekt "Der Wille zur Macht" konzipierte. (8)

"Die Notwendigkeit zu erweisen, daß zu einem immer ökonomischeren Verbrauch von Mensch und Menschheit, zu einer immer fester ineinander verschlungenen ‚Maschinerie` der Interessen und Leistungen eine Gegenbewegung gehört. Ich bezeichne dieselbe als Ausscheidung eines Luxus-Überschusses der Menschheit: in ihr soll eine stärkere Art, ein höherer Typus ans Licht treten, der andere Entstehungs- und andere Erhaltungsbedingungen hat als der Durchschnitts-Mensch. Mein Begriff, mein Gleichniß für diesen Typus ist, wie man weiß, das Wort ‚Übermensch`."

Nach einem Absatz, in dem Nietzsche die Anpassung und Zurichtung der Arbeitsbevölkerung zu einer lebendigen Maschinerie beschreibt, wendet er sich wieder " ... der Erzeugung des synthetischen, des summierenden, der rechtfertigenden Menschen (zu), für den jene Machinalisierung der Menschheit eine Daseins-Vorausbedingung ist, als ein Untergestell, auf dem er seine höhere Form zu sein sich erfinden kann ... Er braucht ebensosehr die Gegnerschaft der Menge, der ‚Nivellirten`, das Distanz-Gefühl im Vergleich zu ihnen; er steht auf ihnen, er lebt von ihnen. Diese höhere Form des Aristocratism ist die der Zukunft. - Moralisch geredet stellt jene Gesammt-Maschinerie, die Solidarität aller Räder, ein Maximum in der Ausbeutung des Menschen dar: aber sie setzt solche voraus, derentwegen diese Ausbeutung Sinn hat. Im anderen Falle wäre sie thatsächlich bloß die Gesammt-Verringerung, Werth-Verringerung des Typus Mensch, - ein Rückgangs-Phänomen im größten Stile. - Man sieht, was ich bekämpfe, ist der ökonomische Optimismus: wie als ob mit den wachsenden Unkosten Aller auch der Nutzen Aller nothwendig wachsen müßte." (9)

Die Selbsterfindung des "höheren Typus" aus der Gewalt der Zurichtung der lebendigen Arbeit zu miniaturisierten lebendigen Partikeln einer produktiven Gesamtmaschinerie ist eine historisch-materialistische Formulierung des Klassenkriegs von oben, die die Selbstverständnisse des Ökonomismus, des "ökonomischen Optimismus", radikal bloßstellt. Machen sie ihn zu einem Analytiker der politischen Ökonomie? Viele hat er auch von dieser Seite her beeinflusst. (10) Das thematische Schwergewicht von Psychologie, Biologie, Religion und Kultur in seinem Werk sprechen nicht dagegen, eher dafür. Denn der Umbruch, in den Nietzsche seine Wirkung einschrieb und entfaltete, zielte auf den radikalen Zugriff produktiver Erschließung in neue soziale, psychische, kulturelle und verhaltensorganisatorische Dimensionen und ihre Verwandlung in "Human-", "Sozial-", "Kulturkapital" etc.

In dem genannten Aufsatz zu Sloterdijk habe ich Nietzsche als radikalen Impulsgeber für die Offensive des fordistisch-tayloristischen Umbruchs und den deutschen Griff nach der Weltmacht gewürdigt. Wenn man Nietzsches Wirkungsgeschichte bis in den Nationalsozialismus und den aktuellen postmodernen Aufbruch begreifen will, dann nur über die komplexe Bedeutung und Spannweite des "Willens zur Bemächtigung", die die politische Ökonomie mit einschließt. Jede Vereinseitigung und Verkürzung dieser Komplexität muss sich auf auf ihren philosophiepolitischen und strategischen Sinn befragen lassen.

Drittens. "Jenseits von Gut und Böse" und "Genealogie der Moral" sind die beiden Werke, in denen Nietzsche den Willen zur Macht als "Essenz der Welt" (11) setzt und in sein Geschichtsverständnis und in Projekte großer Politik übersetzt. Die Genealogie der Moral enthält keine Methode, sondern eine Entwicklungsanalyse der Mikro-, vor allem aber Makroprozesse des Willens zur Macht und Nietzsches Propaganda der sich daraus ergebenden politischen Zukunftsprojektionen und -projekte. Hier spielt Nietzsche die (z.T. mythischen) Verkörperungen des historischen Willens zur Macht durch: der "blonden, nämlich arischen Eroberer-Rasse und in ihrem Konflikt mit der unterworfenen schwarzhaarigen ‚vorarischen` Bevölkerung" Deutschlands und Europas, deren Ausdruck er in Demokratie, sozialistischem Hang zur "Commune" etc. findet. (12)

Im Bekenntnis zum Krieg der "aktiven und aggressiven Mächte" gegen die "reaktiven" entwickelt er die genealogische Strategie der Gewalt zur Herstellung neuer Organisation von Macht und Recht: "An sich von Recht und Unrecht reden entbehrt allen Sinns, an sich kann natürlich ein Verletzen, Vergewaltigen, Ausbeuten, Vernichten nichts ‚Unrechtes` sein ... nämlich als Mittel, größere Macht-Einheiten zu schaffen." (13) "Die Größe eines ‚Fortschritts` bemißt sich sogar nach dem Maße dessen, was ihm alles geopfert werden musste; die Menschheit als Masse dem Gedeihen einer einzelnen stärkeren species Mensch geopfert - das wäre ein ‚Fortschritt` ... - ich hebe diesen Hauptgesichtspunkt der historischen Methodik hervor ..." Auf dieser Achse der Feinderklärung handelt er dann die Projekte der Herrenzüchtung gegen die Sklaven bis zur Vernichtung der "Mißrathenen" ab. Gleichgerichtete genealogische Schlussketten führen in "Jenseits von Gut und Böse" zu Projektionen der Züchtung eines höheren europäischen Typus auf der Basis des "Heerdenthier-Menschen" für den "Kampf um die Erd-Herrschaft" im nächsten Jahrhundert.

II. ... unterstützt von linken Fälschungen ...

Thomas Seibert greift meine Ausführungen zu Nietzsche in dem genannten ak-Aufsatz über den Sloterdijk-Skandal an.

Erstens. Er beginnt mit einer faustdicken Lüge: "Aus diesem Nachlass haben die Faschisten das vorgebliche ‚Hauptwerk` - ‚Der Wille zur Macht`- kompiliert. Hieraus hat sich auch Hartmann bedient und das Fragment zur ‚Wirtschafts-Gesamtverwaltung der Erde` gefunden, auf das er sich stützt." Seibert weiß: meine Zitierweise bezieht sich auf dieselbe Edition, aus der auch er zitiert: die von Colli und Montinari herausgegebene "Kritische Gesamtausgabe". Ich habe das Original genommen, Seibert die von den beiden für den Studiengebrauch zurechtgeschnittene Kritische Studienausgabe (KSA). Geht es darum, mich gleich als einen linken geistigen Komplizen faschistischer Nietzsche-Fälschung zu denunzieren - Linke und Rechte in einen Topf? Eine an Nolte erinnernde Strategie von beachtlicher Bösartigkeit.

Zweitens. Wenn's das allein wäre, ich hätte mir vielleicht einen müden Kommentar abgerungen. Aber die Lüge hat offenbar die Funktion, das Terrain für die Unterschlagung vorzubereiten. Und die wiegt weit schwerer. Sie zielt auf einen zentralen Punkt. Seibert unterschlägt kurzer Hand in seiner Interpretation des oben angeführten "Maschinerie"-Zitats die beiden hier voll zitierten Absätze, um dadurch zum Ergebnis zu gelangen, Nietzsche habe Ausbeutung und Zurichtung als "ökonomischen Optimismus" kritisiert - eine inhaltliche Fälschung und Sinnumkehr um 180 Grad. Denn gerade hier propagiert Nietzsche den Krieg gegen die Unterklassen als Mittel zur Erzeugung des "höheren Typus", des "Übermenschen", sein zentrales Projekt also. Warum fälscht Seibert? Er muss, wenn er eine linke Leserschaft nietzschereif machen will.

Drittens. Ähnliches gilt für Nietzsches Begriff des "Willens zu Macht". Um eine linke Leserschaft für Nietzsche zu öffnen, muss er ihn verharmlosen und links-kompatibel machen. So verwässert er Nietzsches Absichten zu einer "Strategie der Ideologiekritik", die dieser "Genealogie" nenne und in der "Genealogie der Moral" entwickelt habe. Mit dem Ziel, "zuallererst ... die methodische Möglichkeit herzustellen, aufgeklärt um Wahrheit zu kämpfen." Kampf um Wahrheit? Für Nietzsche gibt es keine Wahrheit. Diese Behauptung verdient ein wahrhaft nietzscheanisches Gelächter. Wille zur Macht als Triebkraft der geschichtlichen Bewegung, blutige Praxis und Entscheidung für Feindschaft und Kampf auch in der Ausrichtung der Geschichtsschreibung - für "das Opfer der Schwachen zugunsten des einzelnen Starken".

Da es nun nichts mit "Nietzsche selbst" ist, sucht er den Beistand "linksnietzscheanischer" Helfer aus der französischen Philosophie, darunter Derrida und Foucault. Foucault hat 1971 unter dem Titel "Nietzsche, die Genealogie, die Historie" einen Essay zu Nietzsches Geschichtsverständnis veröffentlicht. (14) Auf den beruft er sich. Aber Foucault folgt Nietzsche darin gar nicht. Er macht genau das, was er 1975 im Gespräch mit Brochier zu seiner Nietzsche-Rezeption gesagt hat: Er benutzt ihn. "Die einzige Anerkennung, die man einem Denken wie dem Nietzsches bezeugen kann, besteht darin, dass man es benutzt, verzerrt, misshandelt und es zum Schreien bringt. Ob einem die Kommentatoren Treue bestätigen oder nicht, ist völlig uninteressant." (15)

Foucault lernt von Nietzsche, die unter dem tradierten Geschichtsverständnis verborgenen Bewegungen und Strategien des Willens zur Macht freizulegen. Er verkürzt sie keineswegs auf Ideologiekritik, er sieht die Kampfperspektive Nietzsches klar: "Der historische Sinn, wie ihn Nietzsche versteht, weiß, dass er perspektivisch ist, und lehnt das System seiner eigenen Ungerechtigkeit nicht ab." (16) Das übernimmt Foucault nicht, im Gegenteil. Auch er beschränkt sich nicht auf Ideologiekritik. Wie Nietzsche ergreift er Partei im Krieg: gegen Nietzsches Perspektive von oben, für die Perspektive von unten, inspiriert vom Pariser Mai '68. Schon früh konzentriert er sich auf die Felder von Psychiatrie, Medizin und Knast und stellt sich auf die Seite der Gefangenen, der Patienten. Mehr noch: Er macht die Perspektive von unten zum Ausgangspunkt eines Gegen-Diskurses, eines Diskurses der Befreiung gegen den im Disziplinarnetz der kapitalistischen Gesellschaft wirkenden Willen zur Bemächtigung, Zurichtung und "Beschlagnahme".

Foucaults eigene Praxis in der von ihm organisierten "Groupe d'Information sur les Prisons" ist bekannt. Das in "Überwachen und Strafen" "genealogisch" (17) erschlossene subversive Wissen über die Strategien der Macht stellt er ausdrücklich in den Dienst des dagegen gerichteten Widerstands. Ihn als "Linksnietzscheaner" zu bezeichnen, verfälscht die Gegnerschaft in den Perspektiven und ebnet sie unzulässig ein. Gegennietzscheaner wäre richtiger: einer, der sich nur an Nietzsches Begriff der Macht geschult hat und ihm dafür Respekt erweist. Die gegensätzliche Positionierung auf einander widersprechenden Seiten der Schlacht

und des sozialen Kriegs ist für Foucault nicht etwa nebensächlich, sie ist fundamental und konstitutiv. Deleuze sagt dazu: "Mehr noch, das letzte Wort der Macht lautet, dass der Widerstand primär ist ..." (18) Nicht der Wille zur Bemächtigung von oben erschafft die Welt, sondern der Widerstand im Kampf um Befreiung.

Von da auch subtile Differenzen: Wo Seibert uns unter Berufung auf Foucault in den Kampf zwingen will "gegen all das, was den Menschen an sich selber fesselt und dadurch anderen unterwirft", d.h. in die Prozedur introspektiver Reinigungen, sagt Foucault das Gegenteil: Im Kampf gegen die Strategien der Macht liegt auch die Befreiung von den Macht-Anteilen in den Menschen selbst. Es erstaunt dann kaum noch, wenn Seibert zu guter Letzt Foucault in der Logik dieser Umfälschung einen zahnlosen Übermenschen andichtet, der "die Freundschaft anderer sucht", "ein der Anerkennung durch die gesellschaftliche Mehrheit unbedürftiger". Gerührt und ergriffen folgen wir ihm dann schließlich zu einem Nietzsche, dem es darum geht, die "Freiheit des ‚Anderen` zu behaupten, ... als ‚Weigerung, sich subordinieren zu lassen, gebunden an die Weigerung, andere sich zu subordinieren.`" Slime.

Das alles ist glatter Hohn. Getoppt noch durch die Unverfrorenheit, auch Jacques Derrida unter das Etikett der "Nietzscheanischen Linken" oder des "Linksnietzscheanismus" zu zerren. Derrida hat sich zwar an dem Diskurs beteiligt, der die Nietzsche-Rezeption zum Ausbruch aus dem strukturalistischen und logozentristischen Gefängnis nutzte. Aber er war es, der das nazistische Potenzial Nietzsches beschwor wie kaum ein anderer Poststrukturalist. Ausgerüstet mit einem unbestechlichen Gespür für die Komplexität von Geschichtlichkeit, hält er sich (ähnlich wie Fischer) nicht mit plumpen Fragen nach den faschistischen Absichten, dem Charakter und der Verantwortung von Nietzsches Schriften auf, ganz zu schweigen vom unhistorisch vergleichenden Blick auf Übereinstimmungen und Abweichungen. Derrida geht es um das bei Nietzsche angelegte Potenzial, Wege in den Nazismus zu eröffnen oder sich einer solchen Eröffnung anzubieten: " ... es (kann) nicht völlig zufällig sein, dass der Diskurs, der in der Gesellschaft und nach bürgerlichen und verlegerischen Normen seinen Namen trägt, den Naziideologen zur legitimierenden Referenz gedient hat ... Die Zukunft des Textes Nietzsche ist nicht abgeschlossen. Aber wenn in den noch offenen Umrissen einer Epoche die einzige nietzscheanisch genannte (sogenannte) Politik eine Nazi-Politik gewesen ist, ist das notwendig signifikant und muss in seiner ganzen Tragweite befragt werden." (19)

Auch wenn Derrida eine systematische Nietzsche-Kritik bisher nicht vorgelegt hat, so sucht er doch in "Politiques de l'amitié" zielsicher den politischen Kern von Nietzsches Energetik auf, ohne sich mit seinem barbarischen Oberflächenausdruck aufzuhalten: die elementare Politik des Gegensatzes Freund/Feind und der Feindschaft, des Hasses, der Feindseligkeit, des Krieges als generative Kraft in der Konstitution des Selbst. Er verfolgt seine Wirkungsgeschichte direkt und ohne Umwege in die nazistische Systematik der Feinderklärung bei Carl Schmitt. (20)

III. ... im Dienst am kapitalistischen Umbruch

Warum nun lügt Seibert, warum unterschlägt er, fälscht er um, sogar seine eigenen Eideshelfer? Nach seinen "persönlichen" Motiven zu fragen, ist unsinnig. Der Machtwille, den er mit seinem Versuch bedient, Nietzsche in die deutsche Linke zu tragen, wird nicht aus dem philosophischen Diskurs selbst sichtbar (hier wird er eher verschleiert), sondern nur aus dem historischen Kontext. Anders ausgedrückt: Wir bewegen uns in einem politisch-ökonomischen Umbruch zu einer Neuformierung der Strategien der Macht. Ihre Kräfte deregulieren nicht nur die alten Machtformen, sie greifen mit wachsender Aggressivität und Disziplinargewalt in die Tiefe der sozialen, biologischen, kulturellen Dimensionen, um neue produktive Ressourcen zu erschließen und in Human-, Bio-, Sozialkapital etc. zu verwandeln. Dieser Take-off in einen neuen großen Zyklus wertschöpfender Unterwerfung ist der historisch-materialistische Kontext, in den ein neuer "Wille zur Macht" diskurstechnisch eingeübt wird und für den Nietzsches barbarische Bemächtigungspropaganda wieder einmal erschlossen wird.

Für eine historisch-materialistische Herangehensweise an diesen Kontext ist, wie wir von Marx wissen, der immanent-philosophische Ansatz absurd. Die Diskursebene spielt vielmehr eine spezifische philosophiepolitische Rolle in diesem Aufrüstungsprozess: Auf ihr formuliert der neue Wille zur Macht übergreifende "geistige" Synthesen, Paradigmata, Selbstvorstellungen, Werte, und generiert ihre spezifischen aggressiven Potentiale in Ergänzung zu den übrigen innovativen Energien schöpferischer Zerstörung. Der geschichtsverarbeitenden Erschließung historischer Kräfte und Energien aus Diskursen früherer Umbruchsphasen kommt dabei eine große Bedeutung zu. Hier hat Nietzsche immer eine hervorragende Rolle

gespielt, und dies ist auch der Sinn der Wiederbelebung von Nietzsches Willen zur Macht, für den Seibert auch das linke Terrain aufzuschließen versucht.

Folgerichtig entschärft Seibert auch Foucault um die entscheidende Perspektive des Kampfs von unten, der Befreiung von und gegen die Strategien des Willens zur Macht. Präziser noch: Er schwärzt damit die Bedeutung von Foucaults Beiträgen in den 70er Jahren zum Befreiungskampf aus in einem Moment, in dem die Ausmerzung aller lebendigen Befreiungsimpulse der breit gefächerten Revolte nach 68 zum Ziel eines veritablen Kulturkampfs um das Geschichtsbild dieser Zeit systematisch betrieben wird.

Seiberts Versuch, Nietzsche in seinem trojanischen Pferd in die Linke zu tragen und dort diskursfähig zu machen, fordert uns zu beidem auf: die Perspektive der Befreiung gegen die politische Ökonomie des neuen Willens zur Unterwerfung im Kampf gegen seine technologisch-sozialen Strategien praktisch zurückzugewinnen und darin die Politik der Philosophie wieder aus dem historisch-materialistischen Kontext wertschöpfender Gewalt zu begreifen, anstatt uns in den Schein philosophischer Immanenz einspinnen zu lassen.

Detlef Hartmann

Anmerkungen:

1) F. Nietzsche, Der Antichrist, Götzen-Dämmerung, Kritische Studienausgabe (KSA), Neuausgabe 1999, S. 134,170;

2) K.R. Fischer, Nazism as a Nietzschean "Experiment", Nietzsche-Studien 6(77), 116

3) KSA 11, 610

4) vgl. U. Marti, Der Plebejer in der Revolte - ein Beitrag zur Genealogie des "höheren Menschen", Nietzsche-Studien 18(89), 550

5) G. Bataille, Nietzsche à la lumière du marxisme, Oeuvres complètes VIII, Paris 1976, S. 474

6) Götzen-Dämmerung (40) KSA 6, 142;

7) D.H., Barbaren des 21. Jahrhunderts, Aufrüstung der Philosophie im Klassenkrieg, ak 432,433, vollständig auch unter: http://www.materialien.org

8) vgl. Kommentar zu Band 6 der KSA von Georgio Colli und Mazzino Montinari, Bd 14, S. 383, hier: 391 f; Ihr Gewicht gewinnt dadurch, dass Nietzsche aus dem Gesamtprojekt des "Willen zur Macht" lediglich einige Publikationen herausgelöst hat.

9) F. Nietzsche, Nachgelassene Fragmente KSA 12, S. 462

10) vgl. z.B. Wilhelm Hennis, Die Spuren Nietzsches im Werk Max Webers, Nietzsche-Studien 18(87), 382

11) Jenseits von Gut und Böse (186), KSA S 107

12) Zur Genealogie der Moral (5), KSA 5, 263 f.

13) Ebd. S. 313

14) Abgedruckt in M. Foucault, Von der Subversion des Wissens, München 1974, S. 83

15) M. Foucault. Gespräch mit Brochier in: Mikrophysik der Macht, Berlin 1976, S. 31, hier S. 47

16) M. Foucault, Subversion, a.a.O S. 100

17) "Überwachen und Strafen", Frankfurt/M. 1975, vgl. S. 33 ff.; S. 207

18) G. Deleuze, Foucault, Frankfurt/M., 1992, S. 125, verweist auf Tronti

19) J. Derrida, Otobiographien - Die Lehre Nietzsches und die Politik des Eigennamens, abgedr. in: J.Derrida/F.Kittler Nietzsche-Politik des Eigennamens, S. 9, hier S. 54

20) J. Derrida, Politiques de l'amitié, Paris 1994; S. 97 ff., 131 ff. Derrida wiederholt hier mit äußerster Schärfe einen Grundgedanken, den er mit offensichtlichem Spott für die kulturorientierte Nietzsche-Gemeinde in der Feinderklärung an das Weib diagnostiziert hat. J. Derrida, Sporen. Die Stile Nietzsches, in: W. Hamacher (Hg.), Nietzsche aus Frankreich, Frankfurt/M. 1986, S. 131

28. Der Kaiser als Spießer. Geschichtsklitterung in "Majestät brauchen Sonne"

Autor: Alexander Neumann · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:21

Peter Schamoni, der sich als Filmemacher mit Werken über Max Ernst und Niki de Saint Phalle einen Namen gemacht hat, versucht sich in seinem neusten Film "Majestät brauchen Sonne" am letzten deutschen Kaiser Wilhelm II. In dem Film finden sich viele bisher kaum gezeigte Bildsequenzen aus dem Kaiserreich. Die zahlreichen Amateur- und Berufsfilmer, die in Wilhelm ihr beliebtestes Motiv sahen, spiegeln die Befindlichkeit der wilhelminischen Gesellschaft wider. Schamoni hat es jedoch versäumt aus diesem historischen Material einen reflektierten und reflektierenden Film über die Inszenierung von Herrschaft zu machen. Stattdessen leidet seine Kaiser-Wilhelm- Biografie an historischen Verzerrungen und Ungenauigkeiten.

Um sich ein einigermaßen authentisches Bild vergangener Epochen verschaffen zu können, ist man innerhalb der Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren dazu übergegangen, nicht mehr reine "Herrschergeschichten" zu erzählen. So muss sich gerade eine Biografie darum bemühen, die porträtierte Person in ihren zeitlichen Kontext einzubinden. Dabei müssen die ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so weit erwähnt werden, dass das Handeln der Person verständlich wird. Diese Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft werden von Schamoni nicht berücksichtigt. Zentrale Elemente des Kaiserreichs, die für das Leben des Monarchen bestimmend waren, werden nicht oder nur kurz erwähnt. So verschwindet der preußische Militarismus hinter Bildern von protzigen Aufmärschen und Paraden. Diese wirken auf das heutige Publikum lächerlich, da sie an frühe Slapstickfilme erinnern. Welche Konsequenzen dieser Militarismus für das Leben und die Einstellung der Bevölkerung hatte, wird nicht erläutert. Denn militärisch-hierarchisches und autoritär-obrigkeitsstaatliches Denken hingen eng miteinander zusammen, sie dienten der Herrschaftssicherung. Nur mit diesem Wissen lässt sich die Bedeutung des Kaisers für seine Untertanen, seine Popularität und seine Medienpräsenz erklären. Ohne jegliche Einordnung präsentiert Schamoni Filmsequenzen aus dem "Privatleben" Wilhelms. Schamoni zeichnet das verharmlosende Bild eines Monarchen, der im Grunde spießig war (immer in Begleitung seines Dackels). So segelt Kaiser Wilhelm munter auf den Weltmeeren herum und erfreut sich an den lustigen Darbietungen seiner Matrosen, die teilweise - wie auch im Film kurz zu sehen - vor rassistischen Parodien nicht zurückschreckten.

Die gravierenden Schwächen des Filmes sind seine historischen Ungenauigkeiten und Verzerrungen sowie seine historisch relevanten Unterlassungen. Es fehlt der Hinweis auf den Rassismus, der gerade im wilhelminischen Deutschland zunehmend an Anhängerschaft gewann und "wissenschaftlich" zu begründen versucht wurde. Des Weiteren bleibt der Antisemitismus, der ein grundlegendes Element der kaiserlichen Weltanschauung darstellte, in Schamonis Film unerwähnt. Dabei verkehrte Kaiser Wilhelm II. nicht nur mit einem der Begründer der modernen rassistischen Theorie, Houston Stewart Chamberlain, sondern entwickelte auch abstruse Verschwörungstheorien, in deren Zentrum die Juden standen. Gegen Ende seines Lebens im Exil verglich er die Juden mit einer "Pest, von der sich die Menschheit so oder so befreien muß". In geradezu prophetischer Voraussicht schlug er dabei die Anwendung von Gas vor. Auch wenn Wilhelm nach 1918 bis zu seinem Tode im niederländischen Exil bleiben musste und sich nicht von Hitler einspannen ließ, so lässt sich nicht leugnen, dass er mit dessen rassistischen und antisemitischen Vorstellungen weitgehend übereinstimmte.

Preußen feiert Revival

Durch diese im Film vorgenommene Unterlassung wird beim Publikum das Bild Wilhelms II. in unzulässiger Weise verkürzt. Historische Kontinuitäten werden nicht sichtbar. Das Kaiserreich wird vor dem Hintergrund der späteren Geschichte des nationalsozialistischen Deutschland verklärt. In gleicher Weise wird die Rolle Deutschlands beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges heruntergespielt. Als ob es in der BRD mit der sogenannten "Fischer-Kontroverse" (der sog. Historikerstreit, 1986/87) um die Kriegsschuldfrage keine ausreichende wissenschaftliche Auseinandersetzung gegeben hätte, die geklärt hat, dass das wilhelminische Reich den wesentlichen Beitrag zum Ausbruch des Krieges geleistet hatte. Doch in Schamonis Film wird der Eindruck erweckt, dass der Kaiser den Krieg eigentlich gar nicht so recht wollte und sozusagen in ihn "hineingeschlittert" ist. Doch genau das Gegenteil ist der Fall: Mit aggressivem Machtstreben setzte der

deutsche Imperialismus, der im Film auch nur am Rande gestreift wird, bewusst auf die militärische Karte, da sich Deutschland vermeintlich von feindlichen Mächten umzingelt sah und fehlende Kolonien erobern wollte. So brachte bereits 1911 das Deutsche Reich in den beiden Marokko-Krisen die Welt an den Rande des Krieges, den auch der Kaiser (und ein Großteil der Bevölkerung) dann drei Jahre später als unausweichlich betrachtete und enthusiastisch begrüßte. Doch statt den Kampf um den "Platz an der Sonne" ausführlich zu dokumentieren, was sich angesichts des Filmtitels auch anbieten würde, wäscht Schamoni das Kaiserreich von aller Verantwortung rein.

In offiziellen Ankündigungen verspricht der Film eine Darstellung "ohne böswillige Karikierung, ohne falsche Verherrlichung". Dieser Anspruch wird nicht erfüllt. Warum entwirft Schamoni ein derart verzerrtes und geschöntes Bild des letzten deutschen Kaisers? Möchte er im Preußenjahr auf den Zug der NostalgikerInnen aufspringen? Anscheinend verspürt der Filmemacher eine gewisse Sehnsucht nach den wilhelminischen Verhältnissen, denn gegen Ende des Films bedauert er das Verschwinden der unter Wilhelm II. erbauten Berliner Gebäude und Denkmäler, wie z.B. die Sprengung des Stadtschlosses in der DDR. Soll hier etwa eine neue deutsche Identität auf der Grundlage der "guten, alten Zeit" unter Verschweigen ihrer negativen Seiten aufgebaut werden, um Nationalsozialismus und DDR vergessen zu lassen? Damit rennt Schamoni offene Türen ein, denn gerade in der Hauptstadt findet derzeit eine Rückbesinnung auf das "alte Berlin" statt. Natürlich steht auch die BRD in der Tradition des wilhelminischen Deutschlandes. Dies steht außer Frage, wenn man sich manche ideologischen Kontinuitäten (Militarismus, Antikommunismus) betrachtet. Wenn schon, dann lohnt es sich jedoch, an andere Traditionslinien anzuknüpfen. Dies sind beispielsweise kulturelle Errungenschaften dieser Zeit oder die Frauenbewegung, die das Frauenwahlrecht erkämpfte. Ganz und gar unpassend und sogar politisch gefährlich ist dagegen die Verklärung und Stilisierung des letzten deutschen Kaisers, denn er steht exemplarisch für rassistische, antisemitische und antidemokratische Strömungen, die das deutsche Kaiserreich in starken Maße prägten.

Alexander Neumann

29. Der orbitale Blick. Stanley Kubricks Film "2001 - Odyssee im Weltraum"

Autor: ge., Hamburg · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:31

1968 hatte Stanley Kubricks Film "2001 - Odyssee im Weltraum" Premiere, eine Science-Fiction Vision, die auch heute noch fasziniert durch Bilder und Sequenzen von außergewöhnlicher Schönheit. Der filmische Essay verknüpft den Aufbruch ins Weltall mit dem griechischen Mythos der Odyssee. Er reflektiert die Frage nach dem Verhältnis von Mensch und Technik. Welche Herausforderungen stellen die neuen Techniken an den Menschen und wie werden sie seine Welt verändern? Seit dem 22. Februar ist die "Space Odyssee" wieder bundesweit auf die Kinoleinwand zurückgekehrt.

Die Odyssee durch den Weltraum beginnt vor zwei bis drei Millionen Jahren mit dem Beginn der menschlichen Evolution. In der Nähe eines Wasserlochs kämpft eine Horde Affenmenschen ums Überleben.

Ein schwarzer Monolith versetzt die Affen in höchste Aufregung. Vordergründig betrachtet könnten die ZuschauerInnen ihn als den stummen Abgesandten einer außerirdischen Intelligenz betrachten, der den Impuls gibt für den wichtigen Schritt in der menschlichen Evolution. Der Führer der Affen "begreift", dass der Knochen eines toten Tieres zu seinem verlängerten Arm werden kann, zu einem Werkzeug - und einem Instrument zum Töten.

Im Triumph der Gewissheit, dass ihm die Keule Macht über andere Leben verleiht, schleudert der "Urmensch" die Keule in die Luft. Die Kamera folgt dem Flug des Knochens, verliert ihn, fängt ihn kurz vor der Abwärtsbewegung wieder ein. Durch einen weiteren Schnitt verwandelt sich der blaue Himmel, durch den der Knochen fliegt, in das schwarze Weltall.

"Konstruktive Montage" nannte der sowjetische Filmemacher Pudowkin dieses filmische Vorgehen, mit dem Stanley Kubrick ohne Überblendung Zeit, Raum und Geschehen rafft. "... 2,5 Millionen Jahre von der Vorzeit bis in die nahe Zukunft, tausende Kilometer von irgendeinem halbvertrockneten irdischen Wasserloch bis zu einem Hilton-Hotel in der Nähe des Mondes, unendlich viele technologische Entwicklungsschritte vom fliegenden Knochen zum Raumschiff - zusammengefasst in 20 Sekunden Filmzeit." (1)

Wenn man daran denkt, wie oft insbesondere im Fernsehen wenig aussagekräftige Bilder durch Musik "aufgepeppt" werden, so wird man die außergewöhnliche Fähigkeit Stanley Kubricks bewundern, Film und Musik miteinander zu verknüpfen. Wurden die Szenen der Bewusstwerdung der Urmenschen durch die ersten Takte der Tondichtung "Also sprach Zarathustra" von Richard Strauss in ihrer Bedeutung dramatisch hervorgehoben, so wird der Blick ins Weltall mit seinen Flugobjekten und Gestirnen durch die der Sequenz unterlegten Walzertakte von Johann Strauß "An der schönen blauen Donau" zu einem atemberaubenden beglückenden Erlebnis.

Das Innere der Raumfähre Orion III ist eine technisch perfekte Welt, die mit ihrem aseptischen Weiß alles Sinnliche zu ersticken droht. Es ist die Welt, in der Top-Wissenschaftler, Diplomaten und Astronauten zwischen Raumstationen hin- und herpendeln. So ein Weltraumnomade ist auch Dr. Floyd, der sich in geheimer Mission auf dem Weg zum Mond befindet.

Am Mondkrater Tycho wurde bei Ausgrabungsarbeiten ein schwarzer Monolith gefunden, der nach Ansicht der Wissenschaftler ein Zeichen fremder Intelligenz aus dem Weltall sei. Die Begegnung mit dem schwarzen Monolithen verläuft allerdings anders als erwartet: Der Monolith sendet einen durchdringenden Ton aus, der die Schmerzgrenze überschreitet. Was für die Naturwissenschaftler nur eine "magnetische Anomalie" darstellt - sie nennen ihn T.M.A.-1 (Tycho Magnetic Anomaly - One), ist etwas Magisches, Ungeheuerliches, dass den Horizont des Erwartbaren durchbricht.

Vierzehn Monate nach der Entdeckung des Monolithen startet das Raumschiff Discovery zum Jupiter. Eine Expedition, die klären soll, warum der Monolith Funksignale in Richtung dieses Planeten zu senden scheint. An Bord sind die beiden Astronauten Dave Bowman und Frank Poole und drei Wissenschaftler, die bis zur Ankunft auf dem Jupiter in Kälteschlaf versetzt sind.

Die Discovery wird von einem Großrechner mit Namen HAL gesteuert. Der Raumflug verläuft unkompliziert. Als die beiden Astronauten jedoch beschließen den Großrechner HAL wegen einer Fehlfunktion abzuschalten, ermordet HAL die drei Wissenschaftler und den Astronauten Frank Poole.

In einem riskanten Manöver kann Dave Bowman sich in das Raumschiff katapultieren, in das Innere des Großrechners eindringen und die Speicherplatte aus dem Rechner ziehen. HAL, der vermeintlich allwissende Computer, der zum Mörder geworden ist, wirkt menschlich, wenn er sanft melancholisch sagt: "Ich verliere mein Gedächtnis". Dave hat - wie Odysseus im Kampf mit dem einäugigen Polyphem - keine andere Wahl. Es scheint, als würde er mit der Zerstörung des Großrechners die eigene Schöpfung, die ihn beherrschen wollte, rückgängig machen.

In einer der schönsten und zugleich rätselhaftesten Szenen des Films bittet der "sterbende" HAL Dave, ein Lied für ihn zu singen. Dave stimmt zu und HAL singt ein Lied, das aus seiner "Computerkindheit" zu stammen scheint: "Hänschen klein ging allein in die weite Welt hinein". Seine Stimme ist die Stimme eines Vereinsamten, der sich in der Tiefe des Weltraums verirrt hat.

Auf dem Weg zum Jupiter wird David Bowman von einer unbekannten Energie in die Tiefe des Alls gezogen. Es folgt eine furiose Kamerafahrt durch Sternentore, an Flammenmeeren und Lichtkorridoren vorbei. Lichtspuren rasen über Bowmans Helm und die weit geöffneten Augen. Am Ende der Fahrt durch das All landet er in einer Suite aus dem 18. Jahrhundert. Verwundert stellt er fest, dass er altert und zugleich wie ein Träumender diesem Alterungsprozess zusieht. Der schwarze Monolith erscheint noch einmal. Wie eine surrealistische Erfindung René Magrittes schwebt er vor dem Bett und erweist dem sterbenden Dave Bowman die Gnade, wiedergeboren zu werden. In die Augen des Embryos, der im Weltall schwebt und aus einer Fruchtblase heraus auf die Erde hinabblickt, ist die Fähigkeit zum Staunen zurückgekehrt, die dem früheren Leben Bowmans drohte, verloren zu gehen.

Gegen das Übermaß der technischen Rationalität, dass die Menschen bedroht, hat Stanley Kubrik eine "Weltall-Ästhetik gestaltet, die den menschlichen Geist erhöht und auf eine Odyssee ins Undarstellbare und Undenkbare mitnimmt. Wie in einem Raumschiff fliegen wir filmisch durch jenen unbegrenzten Raum, den Kant 1790 ästhetisch reflektiert hat, um die ‚heiligen Schauer` des erhabenen Gefühls zu evozieren. Denn nur so können wir der Größe und Macht jener technischen Herausforderungen standhalten, die sich ständig potenzieren und ins Extreme steigern." (2)

ge., Hamburg

Anmerkungen:

1) Michael Esser, It`s so very lonely ...: 2001: A SPACE ODYSSEE; in: Andreas Kilb/Rainer Rotter u.a., Stanley Kubrick, Dieter Bertz Verlag, Berlin, 1999, 138f)

2) Manfred Geier, Die Botschaft des schwarzen Monolithen, FR, 30.12.2000

30. Von der Analyse und Kritik zum Widerstand gegen Castor

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:40

Der Castor kommt. Die Problemstellung ist klar, die Gründe, warum der Atomkonsens ein Nonsens ist, sind bekannt oder doch wenigstens in den ak-Ausgaben der letzten Monate nachzuschlagen. Die Argumente, warum der jetzt anstehende Transport nicht notwendig für den Ausstieg, aber um so notwendiger für den Weiterbetrieb ist, sie sind alle bereits ausgiebig benannt.

Statt mich zu wiederholen, möchte ich mich diesmal direkt an die Leserinnen und Leser von ak wenden. Denn vornehmlich schreibe ich, weil ich mir erhoffe, dass aus dem Gelesenen für möglichst viele Menschen eine Handlungsrelevanz entsteht. Ich möchte also jede/n, der/die bis hierher gelesen hat, darum bitten, in der Lektüre kurz innezuhalten und wirklich ernsthaft darüber nachzudenken, wie es ganz persönlich in Sachen Castor aussieht. Was spricht für dich wirklich dagegen, dich am Protest und Widerstand zu beteiligen? Und was spricht alles dafür? Und sind die Gründe, die dagegen sprechen, eher prinzipieller oder eher organisatorischer Natur? Und wenn es organisatorische Gründe sind, lassen sie sich vielleicht aus der Welt schaffen? Setze Prioritäten! Entscheide dich!

Angenommen, dass sich jetzt alle ak-LeserInnen entschieden haben, sich am Protest und Widerstand gegen den anstehenden Castor- Transport nach Gorleben zu beteiligen und obendrein noch eine weitere Person mitbringen, dann wären das schon eine ganze Menge Leute.

Bin ich jetzt größenwahnsinnig geworden? Nicht wirklich! Ich habe lediglich in den letzten zehn Jahren gelernt, welche Kraft der Castor-Widerstand haben kann. Das lässt sich schon an einem ganz praktischen Beispiel zeigen: Wie oft kommt es vor, dass ein umstrittenes Projekt aufgegeben wird, weil nicht genügend Polizei zu seinem Schutz da ist? Nicht oft, wäre ja auch peinlich für den Staat. Doch bei Castor-Transporten passiert so etwas immer wieder. Die Polizei ist nicht in der Lage, beliebig viele Großeinsätze mit 30.000 BeamtInnen zu machen. Deshalb mussten Transporte immer wieder abgesagt werden.

Mitmachen beim Querstellen

Auch diesmal ist es nicht allererstes Ziel der Aktionen, diesen Castor zur Umkehr zu zwingen (auch wenn es schön wäre), sondern das politische Klima zu erzeugen, damit kein nächster fährt und damit die Diskussion um das ungelöste Entsorgungsproblem wieder aufbricht. Je mehr Menschen sich beteiligen, um so wahrscheinlicher ist es, dass es den bereits jetzt angekündigten zweiten Gorleben-Castor in diesem Jahr oder sogar die noch für das Frühjahr geplanten Transporte aus den AKWs in die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nicht geben kann. Die Zahl und die Entschlossenheit der QuerstellerInnen spielen eine große Rolle. Und deshalb lohnt es sich, etwas dafür zu tun, dass wir richtig viele werden.

Nachdem selbst der niedersächsische Ministerpräsident Siegmar Gabriel öffentlich erklärte, dass es ihn nicht stören würde, wenn sich SPD-Mitglieder an den Protesten gegen den Castor beteiligen, hat es auch Jürgen Trittin verstanden: Das Gerede vom notwendigen Transport funktioniert nicht, so lange alle AKWs weiter strahlenden Müll produzieren, so lange die Wiederaufarbeitung im Ausland weitergeht und so lange der marode Salzstock in Gorleben weiter als mögliches Endlager im Gespräch ist.

Jetzt dürfen sich also auch die Grünen an Aktionen vor Ort beteiligen, dürfen nur nichts gegen den Atomkonsens sagen. Schon recht, trotzdem herzlich willkommen! Wobei wir vermuten, dass diejenigen in der Partei, die wirklich vorhaben, sich querzustellen, auch schon vor der neuesten Kompromissformel dazu bereit waren. Aber sei's drum: Bilden wir auf der Castor-Strecke eine große Koalition der Vernunft und Verantwortungsbereitschaft, von der gewaltfreien Anarchistin bis zum Christdemokraten gegen Atomkraft.

Mit dabei sein werden erstmals auch angeblich 130 sogenannte "Konfliktmanager" der Polizei, die schon seit Wochen rund ums Wendland aktiv sind - unbewaffnet und mit Namensschildern. Allerdings ist ihr Slogan "Wir können auch anders" nicht gerade vertrauenerweckend. Entweder es ist eine unverhohlene Drohung oder aber das Eingeständnis, dass beim letzten Transport nicht alles mit rechtmäßigen Dingen zugegangen ist.

Jedenfalls kommen die "Manager" im Wendland nicht gut an, denn nach 24 Jahren Erfahrung mit der Polizei können die Menschen vor Ort ganz gut unterscheiden, was ehrlich gemeint ist und was nur als neue PR-Masche daherkommt. Als sich dann Anfang März noch herausstellte, dass es statt den groß in den Medien vorgestellten 130 Konfliktmanagern eigentlich nur zwölf gibt und der Rest als ganz gewöhnliche Pressesprecher und Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit tätig ist, hat das kaum noch jemanden überrascht. Der Konflikt um den Castor lässt sich jedenfalls nicht mit bunten Polizeiplakaten lösen, sondern nur mit einer anderen Energiepolitik.

In der Situation einer Blockade - so hat die Gesamteinsatzleitung inzwischen erklärt - werden die zwölf Konfliktmanager sowieso nicht eingesetzt. Das wird wie schon bisher den 20.000 bewaffneten Einsatzkräften ohne Namensschild überlassen.

Erneut spannend wird die Frage sein, wie die Polizei mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel umgeht. Denn dieser gebietet es, beispielsweise gegen friedlich sitzende Menschen nur bestimmte Zwangsmittel anzuwenden. Sind diese Mittel nicht ausreichend, um die Blockade zu räumen, dann muss die Polizei eigentlich ihr Scheitern eingestehen und darf nicht zu härteren Mitteln greifen.

Dies ist der Einsatzleitung auch bewusst. Doch der Gesamteinsatzleiter Hans Reime sagt in einem Interview: "Ich habe Angst, den Transport auf Biegen und Brechen durchbringen zu müssen. Aber, wenn man mich zwingt, mach ich auch das." Das bedeutet, er kündigt schon jetzt den offenen Rechtsbruch an.

"Wir können auch anders"

Nicht gerade ermutigend? Ja schon, aber die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, dass es auch während einer Castor-Blockade Orte mit größerem und kleinerem Risiko gibt. Klar bleibt ein Restrisiko, plötzlich in etwas rein zu geraten, was du vermeiden wolltest, aber so etwas kann dir überall im Leben passieren. Und hier weißt du wenigstens, wofür du das Risiko eingehst. Außerdem braucht jede Blockade eine große Anzahl von UnterstützerInnen, die heiße Getränke bringen, die die Situation beobachten, Planen gegen Wasserwerfer ranschaffen, was auch immer... Na ja, und die Demo am 24. März in Lüneburg ist sowieso angemeldet und völlig legal.

Wir sehen uns, ob auf der Demo, auf der Schiene oder auf der Barrikade. Es sind noch Plätze frei!

Jochen Stay

31. Was ... Wann ... Wo ... Anti-Castor-Termine

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:39

Auftaktdemo Lüneburg, 24. März, Treffpunkt ist an vier verschiedenen Punkten zwischen 10 und 11 Uhr: Berufsbildende Schulen in der Dahlenburger Landstraße (dieser Demozug holt die Leute vom Bahnhof ab), Unigelände, Sülzwiesen, Bezirksregierung. Um 12 Uhr beginnt die Kundgebung am Clamartplatz und endet mit einer gemeinsamen Aktion um 14.30 Uhr.

Um 16 Uhr fahren PKWs und Busse zu den Camps an den Schienen zwischen Lüneburg und Dannenberg. Macht euch vorher Pläne und sprecht ab, in welche Camps ihr wollt.

Diesmal wird es nicht nur auf den letzten 20 Kilometern Straßenstrecke zwischen Dannenberg und Gorleben massenhaften Widerstand geben, sondern schon auf der Bahnlinie nach Dannenberg. Folgende Camps sind in Vorbereitung: Wendisch Evern ("X-Tausendmal quer"), Nahrendorf-Eichdorf, Kovahl, Govelin, Tollendorf, Hitzacker (auch für Kinder). Zusätzlich zu den Camps wird es noch weitere Infopunkte und Anlaufstellen geben: Bahnhof Lüneburg, Infowiese Dahlenburg, Göhrde, Essowiese Dannenberg, Gorleben. Eventuell gibt es noch weitere mobile Infopunkte an der Strecke. Infohotline der BI Lüchow-Dannenberg: 05841-709282

Am 25. und 26. März laufen einerseits in den Camps konkrete Vorbereitungen für den Tag X (bei "X-Tausendmal quer" in Wendisch Evern beispielsweise ein großes Training in gewaltfreier Aktion), andererseits aber auch Aktionen wie beispielsweise eine neue "Stunkparade" der Bäuerlichen Notgemeinschaft unter dem Motto "Die Saat geht auf" von Gorleben nach Hitzacker. Wichtig ist es, wirklich rechtzeitig vor Ort zu sein und nicht erst dann, wenn der Castor bereits auf Lüneburg zurollt.

Am 27. März soll der Castor-Zug durch die Republik bis Dannenberg fahren. Ob er da pünktlich ankommt, ist fraglich. Sollte die Polizei den Transport bis zum Verladekran durchsetzen, dann entsteht eine Pause im Ablauf, da es sechs bis zwölf Stunden dauern kann, bis alle sechs Castoren auf Tieflader gepackt sind. In dieser Zeit können alle, die vorher auf der Schiene waren, dann nochmal versuchen, auf die Straße zu kommen. Info- und Versorgungsstützpunkte sind zwischen Gusborn und Quickborn, in Splietau und in Gorleben. Der Straßentransport soll am 28. oder 29. März rollen.

Aktuelle Infos im Internet unter www.bi-luechow-dannenberg.de, www.X1000malquer.de, www.castor.de und von der Polizei unter www.castor2001.de.

32. Nach dem Castor ist vor dem Castor

Autor: Matthias Mauser · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:20

Ein halbes Jahr ist vergangen, seit der erste geplante rot-grüne Castor von Philippsburg nach La Hague in letzter Minute von der französischen Regierung gestoppt wurde. Bedingung für eine Wiederaufnahme von Transporten in die Wiederaufarbeitung war, dass zuerst deutscher Müll aus der Wiederaufarbeitung - so genannte Glaskokillen - von La Hague nach Gorleben rollen. Genau dies soll nach dem Willen der Atomindustrie in der Zeit vom 26. bis 28. März passieren. Danach sieht sie den Weg frei für eine ganze Serie von Atomtransporten. Doch die Anti-AKW-Bewegung will dafür sorgen, dass von "freiem Weg" keine Rede sein kann.

Im Süden wird es besonders in Biblis, Neckarwestheim, Philippsburg kritisch; im Norden in Stade und Brunsbüttel. Der aktuelle Stand:

Biblis: Hier sind inzwischen zwei Waggons für die geplante Reise nach La Hague eingetroffen. Zusammen mit Neckarwestheim ist Biblis der heißeste Transport-Kandidat im Süden. Ziemlich überraschend kam Dezember 2000 ein Antrag der RWE, auch an diesem Standort ein "Interimslager" einzurichten, um die Zeit bis zur Fertigstellung des ebenfalls beantragten Standort-Zwischenlagers entsorgungstechnisch zu überbrücken und so die Zahl der erforderlichen Transporte angeblich zu minimieren. Das BfS überschlägt sich nun mit der Aufnahme der atomrechtlichen Genehmigungsverfahren und ist für beide Lagertypen bereits in die Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung eingetreten. Nur jetzt haben wir die Möglichkeit, Unterlagen einzusehen und verfahrenswirksam zu widersprechen. Unterschriftsreife Einwendungstexte gibt es beim Hessen-Baden-Plenum unter der Internetadresse www.hessenbaden.de.

Immer wieder sonntags ...

Neckarwestheim: Hier stehen schon seit langer Zeit Behälter für Transporte in die WAA nach Sellafield bereit. Ein ehemals für März geplanter Transport von Castor V-19 bzw. V-52 Behältern ins Zwischenlager Ahaus wurde vor einigen Wochen abgesagt, nachdem Trittin zu Gunsten der AKW-Betreiber von seinem Weisungsrecht Gebrauch machte und ihnen damit aus der Patsche half: Es handelt sich hierbei genehmigungstechnisch um eine wundersame Brennstabvermehrung durch flugs angeordnete Interimslagerung. Statt in Ahaus lagert zusätzlicher Strahlenmüll jetzt einfach auf dem Kraftwerksgelände. Bis zur Weisung durch den Umweltminister war in der Genehmigung für das Interimslager noch vorgesehen, die Gesamt-Uranmenge im Kraftwerk unverändert zu lassen. Dies hätte zur Folge gehabt, dass durch die Castor-Befüllung frei werdende Positionen im Brennelement-Lagerbecken nicht wieder belegt werden konnten, solange die Castoren im Standort-Interimslager eingestellt sind.

Dank Trittin spielt das für die Betreiber nun aber keine Rolle mehr. Uns klingt Trittin im letzten Herbst noch im Ohr, als er den Betreibern versprach, dass kein Kraftwerk wegen "Verstopfung" der Atommüllentsorgungswege abgeschaltet werden solle.

Philippsburg: Auch hier droht nach dem Gorleben-Rücktransport ein baldiger Abtransport abgebrannter Brennstabe in die WAA. Der Waggon, der im bereits im letzten Oktober nach La Hague fahren sollte, steht immer noch auf dem Gelände und bildet nach unserer Auffassung ein ungenehmigtes Zwischenlager. Möglicherweise sollen nach dem Biblis-Transport die frei werdenden Waggons und Behälter dort eingesetzt und als Mehrfach-Transport gen La Hague geschickt werden.

Auf dem Gelände stehen weitere Behälter, die eigentlich für den Abtransport in das Zwischenlager Ahaus vorgesehen waren. Allerdings bekommt die Belademannschaft diese Behälter seit über einem Jahr nicht dicht und hat die Beladung schon vier Mal abbrechen müssen.

EnBW-Sprecher Gabbard hatte noch im letzten Herbst angekündigt, dass Philippsburg im Oktober 2000 abgeschaltet werden müsse, wenn der Transport nach La Hague nicht stattfinden würde. Leider bis heute ein leeres Versprechen, denn beide Blöcke laufen unvermindert mit Volllast. Tatsache ist aber, dass politisch Druck gemacht wird, bald wieder zu transportieren und alle Seiten bei einer Wiederaufnahme der Transporte mitspielen werden.

Stade: Seit dem letzten Herbst steht auch im norddeutschen AKW Stade ein Transportbehälter bereit, der innerhalb kürzester Zeit beladen werden könnte. Angesichts der übervollen Lagerkapazitäten drängen die Stade-Betreiber auf den Abtransport ihres Atommülls nach La Hague.

Brunsbüttel: Hier sollen Ende Februar/Anfang März zwei Transportbehälter, die bislang im Zwischenlager Gorleben zur Aufbewahrung abgestellt waren, eingetroffen sein. Der Atommeiler an der Elbe soll im Sommer zum Brennelementewechsel abgeschaltet werden und muss davor möglichst Brennelemente nach La Hague abliefern.

An allen genannten Standorten laufen Vorbereitungen, um sich diesen Atomtransporte in die WAA in den Weg zu stellen. Neben Info-Veranstaltungen, Blockadetrainings und Aktionen finden derzeit vor allem die Sonntagsspaziergange verstärkt statt.

... gegen WAA-Castoren

Für Süddeutschland sieht das so aus: Jeweils am ersten Sonntag im Monat geht es nach Neckarwestheim; jeden zweiten Sonntag im Monat geht es in Philippsburg weiter und der jeweils dritte Sonntag im Monat finden dann in Biblis statt.

Bereits beim jetzt anstehenden Transport von La Hague nach Gorleben wird die süddeutsche Anti-AKW-Bewegung ab dem Grenzübergang in Kehl Flagge zeigen. Ein Novum ist dabei auch die Einbindung der französischen Anti-Atom-Gruppen, die sich mit Aktionen an einer gemeinsamen Demonstration in Strassbourg/Kehl am 24. März beteiligen. Gemeinsam soll dabei deutlich gemacht werden, dass das Gerede von "nationaler Verantwortung" in der Entsorgungspolitik lediglich dazu dient, die europa- bzw. weltweite Verschiebung von Atommüll zum Wohle privater Profitinteressen durch- und fortzusetzen.

Ein erster Vorgeschmack möglicher Aktionsformen lieferte eine Aktion im Bahnhof von Kehl am 24. Februar. Dort blockierten rund 25 Anti-AKW-AktivistInnen für eine knappe halbe Stunde einen Eurocity-Zug.

Matthias Mauser,

AK gegen das AKW Philippsburg

Mehr Infos: anti-atom@t-online.de, http://home.t-online.de/home/anti-atom

33. Rot-grün forciert Neubau von AKWs

Autor: Henrik Paulitz · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:09

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit vergab die rot-grüne Bundesregierung - erst wenige Monate im Amt - im Juli 1999 eine 36-Millionen-Mark-Hermesbürgschaft für die Nachrüstung des slowenischen Atomkraftwerks Krsko durch die Siemens AG. Durch die Zustimmung zu weiteren Bürgschaften und Krediten ermöglichte Rot-grün auch den Neubau von Atomkraftwerken. Die atompolitische Zwischenbilanz der rot-grünen Bundesregierung gibt wenig Anlass zur Freude.

Das zweite Bonbon an den Atomkonzern Siemens in Form einer Bürgschaft folgte am 10. März 2000. Erstmals nach 20 Jahren beschloss eine deutsche Bundesregierung wieder eine Hermes-Exportkreditversicherung für den Neubau eines Atomkraftwerkes. Mit Zustimmung des von Joschka Fischer geführten Auswärtigen Amtes darf sich der Siemens-Konzern maßgeblich am Neubau von zwei Atomkraftwerksblöcken à 1000 Megawatt in der chinesischen Sonderwirtschaftszone Lianyungang beteiligen. Bundeskanzler Schröder hatte zuvor gemeinsam mit Siemens-Managern in China die Baustelle des Atomkraftwerkes besichtigt und sich davon begeistert gezeigt.

Am 10. März wurden zwei weitere Hermes-Bürgschaften für Atomprojekte beschlossen. Zum einen für die Nachrüstung des von Siemens errichteten argentinischen schwerwasser-moderierten Reaktors Atucha-1. Der Schrottreaktor musste nach Pannen bereits unzählige Male repariert werden. 1987 traten 45 Tonnen radioaktives Wasser aus einem undichten Druckröhren-Endstopfen aus. Die Hermes-Bürgschaft ermöglicht den Weiterbetrieb dieses hochgefährlichen Atomkraftwerks.

Die dritte Hermes-Bürgschaft dient einer Zementieranlage für radioaktive Abfälle beim litauischen Atomkraftwerk Ignalina. Dabei verzichtete die Bundesregierung auf eine Vertragsklausel für die Stilllegung dieses Atomkraftwerks vom Tschernobyl-Typ. Zum Vergleich: Die alte Kohl-Regierung hatte unter Druck der damaligen Oppositionsparteien 1996 im Falle des Atomkraftwerkes Mochovce an die Bewilligung der Hermes-Bürgschaft für Siemens immerhin "weiche" Stilllegungsklauseln für das slowakische Atomkraftwerk Bohunice geknüpft. An einer Umsetzung dieser Stilllegungsvereinbarung für Bohunice zeigt die derzeitige Bundesregierung allerdings kein Interesse.

Im Oktober 2000 erteilte die Regierung der Siemens AG die Genehmigung für den Export der Hanauer Plutoniumfabrik nach Russland. Nach den Vorstellungen von Siemens und dem russischen Atomministerium soll in der Anlage russisches Waffenplutonium zusammen mit Uran zu sogenannten MOX-Brennelementen verarbeitet und dann jahrzehntelang in Atomkraftwerken "verheizt" werden. Obwohl bei einer direkten Immobilisierung und Endlagerung des Waffenplutoniums das Proliferationsrisiko bei weitem geringer wäre und zudem ein jahrzehntelanger Weiterbetrieb gefährlicher Atomkraftwerke eindeutig gegen die MOX-Option spricht, setzte sich Siemens mit seinen seit Jahren gehegten Interessen durch. Ein Teil der MOX-Brennelemente soll auch in deutschen Atomkraftwerken zum Einsatz kommen. Im Gegenzug würde Russland deutschen Atommüll übernehmen und irgendwo endlagern.

Am 7. Dezember 2000 vollzog die rot-grüne Bundesregierung den Schritt, mitten in Europa zwei neue Atomkraftwerke zu ermöglichen. Deutschland enthielt sich im Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) der Stimme und ermöglichte damit die Bewilligung eines Kredits für den Fertigbau von Khmelnitzki-2 und Rowno-4 (K2R4) in der Ukraine. Acht Staaten zeigten Rückgrat und stimmten gegen den 467-Millionen-DM-Kredit, darunter die Niederlande, Norwegen und Österreich. Hätte Deutschland mit "Nein" gestimmt und hätte sich dann der G-7-Staat Italien - wie angekündigt - dem deutschen Votum angeschlossen, wäre der Kredit für den Bau von zwei Atomkraftwerken nicht durchgegangen! In Folge der Entscheidung der EBRD bewilligte die EU-Kommission einen Euratom-Kredit von über einer Milliarde DM.

Eine Stange Geld für den Siemens-Konzern und für die französische Framatome, die ihre Atomabteilungen zum weltweit führenden Atomkraftwerksbauer fusionieren. Mit den beiden Atomkraftwerken in der Ukraine und den beiden chinesischen Reaktoren hat die rot-grüne Bundesregierung bislang vier Atomkraftwerksblöcke finanziert.

Alle vier Anlagen sind übrigens vom russischen Typ WWER-1000. Die Anlagen haben für die große (elektrische) Leistung von 1000 Megawatt einen viel zu kleinen Druckkessel. Der Reaktor gilt selbst bei den Experten der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA als äußerst labil. An diesem zentralen Konstruktionsfehler können auch alle Nachrüstmaßnahmen von Siemens und Framatome nichts ändern. Siemens weigert sich im übrigen bislang trotz wiederholter Nachfragen der IPPNW beharrlich, zu zahlreichen Sicherheitsmängeln Stellung zu nehmen.

Die rot-grüne Bundesregierung weist nach gut zwei Jahren eine Bilanz auf, mit der sich auch Helmut Kohl und seine Atomministerin Angela Merkel gerne bei Firmen wie Siemens beliebt gemacht hätten.

Henrik Paulitz

34. Atommülllager: Lizenz zum Dauerbetrieb

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:16

Noch nie in den letzten 20 Jahren hat es eine derart große Anzahl von Neubauanträgen der Atomwirtschaft gegeben. Nach dem so genannten Atomkonsens zwischen rot-grüner Bundesregierung und den AKW-Betreibern sollen nun an nahezu sämtlichen Kraftwerksstandorten dezentrale Lagerhallen für den hochradioaktiven Atommüll entstehen. Sinn und Zweck dieser Anlagen ist es, den politischen Konflikt um die Nutzung der Atomenergie in diesem Lande abzuschalten.

Von den 19 AKW-Standorten in der Bundesrepublik haben die Betreiber bis heute für 13 Standorte dezentrale Zwischenlager beantragt. Das sind die AKWs in Biblis, Brokdorf, Brunsbüttel, Stade, Esenshamm, Grafenrheinfeld, Grohnde, Gundremmingen, Krümmel, Lingen, Neckarwestheim, Ohu (Isar) und Philippsburg. Die Genehmigungsverfahren haben mit der öffentlichen Auslegung der Antragsunterlagen Ende Januar für die meisten Anlagen begonnen. Zwei Monate lang können dann Einwendungen erhoben werden, die vermutlich im Mai oder Juni dieses Jahres im Rahmen der dann anstehenden Erörterungstermine behandelt werden.

Die neuen Atommüllhallen sollen direkt auf dem Betriebsgelände der AKWs errichtet werden. In ihnen sollen die beim Betrieb anfallenden hochradioaktiven Brennelemente für einen Zeitraum von mindestens 40 Jahren meist in Castorbehältern gelagert werden. Je nach Standort sind dann zwischen 1.000 und 2.500 Tonnen hochradioaktives Material zusätzlich zu dem radioaktiven Inventar der Reaktoren vor Ort vorhanden.

Geht man davon aus, dass jährlich etwa eine Menge von ca. 30 Tonnen Brennelemente ausgetauscht werden, dann lässt sich leicht errechnen, welche Dimension diese Hallen haben werden. So soll beispielsweise das Atommülllager in Krümmel eine Kapazität von 1.500 Tonnen haben, was einer weiteren Betriebszeit des AKW Krümmel von insgesamt 50 Jahren entspräche. Erst dann wäre die Lagerkapazität erschöpft. Laut den Vereinbarungen im so genannten Atomkonsensvertrag soll das AKW Krümmel jedoch spätestens im Jahr 2019 stillgelegt werden. Geht man davon aus, dass das neue Atommülllager 2004 seinen Betrieb aufnimmt, dann hätte Krümmel also nur noch eine so genannte Restlaufzeit von 15 Jahren. Das entspräche einer anfallenden Menge an hochradioaktiven Brennelementen von "nur" 450 Tonnen, also nur knapp einem Drittel der jetzt beantragten Aufnahmekapazität. Ähnliche Rechnungen ließen sich auch für die anderen Standortlager anstellen.

Bis heute gibt es keinerlei Stellungnahmen oder Begründungen für diese drastische Überschreitung der nach dem Konsens vereinbarten Laufzeiten. Das eröffnet viel Raum für Spekulationen: Einerseits könnten die für das Ziel der Zwischenlagerung von bestrahlten Brennelementen überdimensionierten Hallen künftig auch für den bei Stilllegung und Abriss anfallenden Müll dienen. Stattliche Mengen von hochradioaktiven Stahl aus dem Primärkreislauf der AKWs müssen nach der Demontage ebenfalls in Castorbehälter verpackt und gelagert werden. Möglicherweise könnte die Lagerfläche dann für diesen Müll genutzt werden.

Andererseits könnten die beantragten Lagermengen auch bedeuten, dass die AKW-Betreiber keineswegs davon ausgehen, dass es bei dem jetzt mit der Bundesregierung vereinbarten Atomkonsens bleiben wird. Vor diesem Hintergrund sind die neuen Atommülllager nichts anderes als eine Lizenz zum Dauerbetrieb. Mit einem erhöhtem Sicherheitsniveau oder einem verbesserten Schutz der Bevölkerung haben diese neuen Hallen nichts zu tun. Wie schon viele Regierungen zuvor betrachtet auch Rot-Grün die Entsorgung des hochradioaktiven Atommülls überwiegend als politisches Problem.

Das wird vor allem an den unveränderten Sicherheitskonzepten für die neuen Atommülllager deutlich. Baulich gleichen diese neuen Lager den bereits existierenden Lagern in Gorleben und Ahaus. Die Grünen, aber auch Teile der SPD hatten in der Vergangenheit das Sicherheitskonzept dieser Hallen immer wieder kritisiert. Denn weder die Zwischenlager in Gorleben und Ahaus, noch die jetzt geplanten Lagerhallen sind beispielsweise gegen Flugzeugabstürze oder schwere Explosionsdruckwellen gesichert. Das gesamte Sicherheitskonzept für die mindestens 40 Jahre dauernde "Zwischenlagerung" basiert auf den verwendeten Behältern, also dem Castor. Doch gerade diese Behälter stehen seit längerer Zeit in der Kritik. So hat es für alle Castorbehältertypen, die nach 1982 entwickelt wurden, keine praktischen Tests mehr gegeben.

Die Sicherheit dieser Behälter wird ausschließlich anhand von Computersimulationen ermittelt. Ob sie also auch in der Wirklichkeit die vorgeschriebenen Belastungen aushalten, ist zumindest fraglich. Selbst das

Bundesamt für Strahlenschutz hat da so seine Zweifel. In einer gerade veröffentlichten Broschüre zum Thema Atomtransporte heißt es zu den fehlenden Praxistests: "Es ist sinnvoll, diese Praxis zu überprüfen und gegebenenfalls nachträglich Fallversuche, Erhitzungsüberprüfungen und Eintauchversuche an Originalbehältern vorzunehmen." (Bundesamt für Strahlenschutz, Radioaktive Frachten unterwegs)

Verstärkend kommt noch hinzu, dass auch diese praktischen Tests seit Jahren in der Kritik stehen. So muss der Behälter beispielsweise ein 1.000 Grad heißes Feuer für eine halbe Stunde derart überstehen, dass er vollkommen dicht bleibt und keine Radioaktivität abgibt. Zahlreiche Untersuchungen haben in der Vergangenheit aber gezeigt, dass die realen Unfallverläufe ohne weiteres dramatischer verlaufen können: Deutlich höhere Temperaturen, die dann auch noch für längere Zeit andauern, sind keine Seltenheit.

Doch nicht erst bei schweren Unfällen sind an der Sicherheit der Behälter Zweifel angebracht. Selbst der so genannten bestimmungsgemäße Betrieb zeigt erhebliche Probleme: So hat es immer wieder Veränderungen bei den Beladevorgängen gegeben, um aufgetretene Restfeuchte im Deckelbereich zu vermeiden. Restfeuchte kann zu Korrosionen an den Metalldichtungen der Behälter führen, eine Dichtheit der Behälter über Jahrzehnte wäre somit nicht mehr gewährleistet. Das hier beschriebene Problem ist nur eines von vielen, das belegt, dass die viel beschworene, jahrzehntelange Sicherheit der Atommüllbehälter in keinster Weise gewährleistet ist. Außerdem stellt sich die Frage, wohin denn der in diesen Hallen lagernde Atommüll nach 40 Jahren gebracht werden soll. Bis heute ist weltweit keine Lösung für die über einige tausend Jahre erforderliche Lagerung in Sicht. Deshalb kann heute auch niemand ausschließen, dass die als Zwischenlager geplanten Anlagen nicht doch zu Endlagern werden.

Viele dieser sicherheitsrelevanten Defizite sind schon seit Jahren bekannt und wurden bis zur Regierungsbeteiligung auch von den Grünen heftig kritisiert. Doch galten fehlende Flugzeugabsturzsicherung bei den Lagerhallen und faktische Tests bei den Behältern damals noch als unerlässlich, so spielen sie heute für die Grünen keine Rolle. Weder seitens des Bundesumweltministeriums, noch von der Bundestagsfraktion oder der Partei sind Forderungen bekannt, dass die neuen Standortlager auf einem gegenüber Gorleben oder Ahaus verbesserten Sicherheitskonzept errichtet werden sollen. Angesichts der enormen Steigerung der Atommüllmengen, die in derart ungesicherten Hallen und anfälligen Behältern über mehrere Jahrzehnte gelagert werden sollen, ist es schon erschreckend, dass die Grünen nicht einmal für zusätzliche Sicherungsmaßnahmen plädieren. In Hamburg lehnte z.B. die rot-grüne Mehrheit jüngst in der Bürgerschaft einen Antrag der Gruppe Regenbogen für eine neue Linke ab. Der Antrag hatte u.a. gefordert, dass der Hamburger Senat Einwendungen gegen die beantragten Lager in Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf erheben solle, um dadurch zumindest auf die Sicherheitskonzepte Einfluss nehmen zu können.

Zusätzlich zu den sogenannten dezentralen Standortlagern werden an den AKWs Biblis, Brunsbüttel, Krümmel, Philippsburg und Neckarwestheim Interimslager geplant, für die die Genehmigungsverfahren jetzt ebenfalls begonnen haben bzw. schon im Herbst letzten Jahres anliefen (Philippsburg, Neckarwestheim). In diesen Lagern sollen zwischen 12 (Krümmel) und 28 (Biblis) Castorbehälter vorübergehend abgestellt werden. Vermutlich noch in diesem, spätestens aber Anfang nächsten Jahres sollen diese Interimslager fertig gestellt sein. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, Transporte in die Zwischenlager nach Gorleben und Ahaus zu vermeiden, also diejenigen Transporte, die innenpolitisch in den letzten Jahren immer wieder zu massenhaften Protesten geführt haben. Auf die Transporte zur Wiederaufarbeitung werden diese Lager vermutlich keinen Einfluss haben. Denn Schwierigkeiten, wie bei Transporten nach Gorleben und Ahaus, werden hier kaum erwartet. Bestenfalls wird es aus Sicht der Bundesregierung und der Atomlobby bei den ersten Transporten Probleme geben, denn die Wiederaufnahme der Castortransporte in die WAA dürfte bereits im April erfolgen, also unmittelbar nach dem Gorleben-Transport. Neben Philippsburg stehen dann die AKWs Biblis, Stade und Brunsbüttel weit oben auf der Liste derjenigen AKWs, die dringenden Transportbedarf haben.

In den nächsten drei Jahren dürfte das Szenario so aussehen: Transporte aus bundesdeutschen AKWs nach Ahaus und Gorleben wird es möglicherweise nicht mehr geben. Gorleben wird ein bis zwei Mal pro Jahr mit den Abfällen aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague angelaufen. Außerdem werden Atomtransporte aus den meisten AKWs zur WAA nach Frankreich und England rollen. Hier kann die Anti-AKW-Bewegung also auch noch für einige Zeit mobilisieren und den politischen Konflikt mit der Bundesregierung und der Atomwirtschaft führen. Mit der Inbetriebnahme der neuen Atommülllager an den Standorten zwischen 2003 und 2005 werden nur noch die WAA-Rücktransporte nach Gorleben übrig bleiben. Alle anderen Transporte mit hochradioaktiven Materialien werden dann lediglich auf dem Betriebsgelände des

jeweiligen Atommeilers stattfinden. Bleiben werden auf der Entsorgungsseite die zahllosen Transporte mit leicht- und mittelaktiven Atomabfällen. Und auf der Versorgungsseite die Transporte mit allerlei Uranprodukten zur Brennstoffversorgung der AKWs.

Die neuen Atommüll-Lagerstätten stellen ein tief greifende Zäsur für die Anti-AKW-Bewegung einerseits und für die gesellschaftliche Debatte um die Risiken der Atomenergie andererseits dar. Sie reduzieren die Gefahren in keinster Weise, sorgen aber durch den Wegfall der meisten Castortransporte dafür, dass es für Aktionen kaum noch Anlässe geben wird. Blockadeaktionen werden dann nicht mehr ohne weiteres möglich sein. Damit entfällt auch die massive Berichterstattung in den Medien, die die Aktionen der Anti-AKW-Bewegung in den letzten Jahren sicherlich unterstützt hat.

Genau diese politische Entschärfung zu bewirken ist offenkundig das Ziel der rot-grünen Bundesregierung und natürlich der Atomwirtschaft. Vergessen darf man derzeit nicht, dass die rot-grüne Bundesregierung in Sachen dezentraler Standortlagerung (ebenso wie bei den anstehenden Castortransporten) jede Menge an Vorausleistungen erbringt, für die es bis heute von Seiten der Atomwirtschaft nicht eine einzige Gegenleistung gibt. Bis heute sind die im Atomkonsens vereinbarten Maßnahmen rechtlich nicht festgeschrieben. Der Entwurf einer Atomgesetznovelle geistert zwar seit Monaten in den Ministerien herum, wann aber innerhalb der Regierung, mit der Atomwirtschaft, im Bundestag und im Bundesrat behandelt werden wird, ist derzeit vollkommen offen.

DSe

Die Sammeleinwendungen sowohl zu den Interims- als auch den sog. Standortlagern für Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel sind im Internet unter www.regenbogen-hamburg.de abrufbar. Einige Unterlagen der Antragsteller sind beim Bundesamt für Strahlenschutz unter www.bfs.de einsehbar.

35. Internet als Praxisfeld. Interview mit nadir.org über neue Vernetzungen und Nutzungsformen im www

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Anti-AKW-Bewegung; Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:32

Die Nutzung des Internets ist ein wichtiger Bestandteil der neuen Welle antikapitalistischer Straßenprotesten seit Seattle und Prag. Dezentralität und Hierarchiefreiheit sind Stichworte, welche die Klammer zwischen dem Selbstverständnis der "Anti-Globalisierungsbewegung" und linken MedienaktivistInnen bilden, die das Internet als Aktionsort entdeckt haben. Mit indymedia.org ist mittlerweile ein internationales Netzwerk internetgestützter MedienaktivistInnen entstanden, die sich in zahlreichen lokalen Gruppen organisieren. In unserem Interview beschreibt die Hamburger Gruppe nadir.org ihre Praxis. Sie beteiligt sich am Aufbau von indymedia.org in Deutschland. Die erste größere Intervention von germany.indymedia.org kündigt sie für die Castor-Transporte nach Gorleben Ende März an.

Was ist nadir.orgüberhaupt?

nadir.org gibt es seit 1993, damals noch als Mailbox. Seit 1995 sind wir im Web vertreten. Wir wollten damals der Linken unter der Metapher "digitaler Infoladen" ermöglichen, Internet-Technologien für sich nutzbar zu machen. nadir bezog sich dabei explizit nur auf die Praxis linker Gruppen. Wir wollten Synergieeffekte herstellen, eine Plattform für innerlinke Auseinandersetzung sein, und durch die Konzentration verschiedener Projekte auf einer Website ermöglichen, dass eine Internet-Infrastruktur unter eigener Verwaltung entsteht. Die bei uns veröffentlichten Webseiten sollten einen Rahmen finden, unter dem sie überhaupt im Internet Beachtung finden. Die Leute, die damals nadir gegründet haben, kamen hauptsächlich aus der Antifa, sie sind aber mit dem Anspruch angetreten, eine strömungsübergreifende Vernetzung auch mit anderen linken "Szenen" zu Stande zu bringen.

1995 verfügten ja nur sehr wenige Menschen über die Möglichkeit das Internet zu nutzen. Heute informieren sich viele Linke fast nur noch über das Internet. Wie hat sich das in Eurer Praxis widergespiegelt?

Seit 1997 hat sich die Situation durch den ganzen Internethype grundlegend geändert: Zunehmend mehr linke Gruppen wollen sich im Internet präsentieren. Das hat uns ziemlich unter Druck gesetzt und zu einer Technisierung des Projekts geführt. Die Veröffentlichung von Artikeln und der Aufbau des Textarchivs erlahmten völlig, also all die Punkte, an denen nadir zuvor inhaltlich gearbeitet hatte. Das führte auch dazu, dass wir selber gar nicht mehr Teil irgendeiner Bewegung waren und der Kontakt zur Praxis der bei uns veröffentlichenden Gruppen ziemlich dünn war. Wir sind in die Rolle eines Dienstleisters gerutscht.

Ein Mischung aus politischen und persönlichen Zwistigkeiten hat zu dieser Zeit zu einer Spaltung des Projekts geführt. Einige von damals pflegen heute noch das nadir-Adressbuch. Wir anderen haben uns dann dafür entschieden, erst einmal wieder Kontakt zu linken Gruppen herzustellen, beispielsweise in dem wir mit Arranca! und FelS kooperieren. Im Rahmen von kein mensch ist illegal haben wir dann bei den antirassistischen Grenzcamps 1999 in Zittau und 2000 in Forst mitgemacht. Dadurch wollten wir die entstandene Distanz und unsere zunehmende Virtualisierung durch eine konkrete Teilnahme an Kampagnen überwinden. Wir wollten als Gruppe mehr sein als nur eine Plattform oder Wandzeitung. Wir wollten uns vielmehr mit den speziellen Fähigkeiten, die wir im Laufe der Zeit erworben haben, als politisch Handelnde in politische Bewegungen einbringen.

Dieser Schritt aus unserer "Virtualität" war insofern erfolgreich, als dadurch eine zum Teil intensive Zusammenarbeit mit für uns neuen, politisch aktiven Leuten und Gruppen zu Stande kam. Der nächste Schritt wäre nun die Vertiefung dieser Zusammenarbeit und ein Schritt hin zum ursprünglichen Anliegen von nadir, verschiedene politisch aktive Leute und Gruppen zusammenzubringen und eine gemeinsame Kommunikations- und Informationsstruktur aufzubauen und zu nutzen. Unsere Arbeit wird also durch drei Punkte charakterisiert: die Bezugnahme auf linke Strukturen, die strömungsübergreifende Vernetzung und der Anspruch, linke Veröffentlichungen und Diskussion über einen gemeinsamen Kanal publik zu machen. Dabei gibt es keine gezielte mediale Strategie. Über solche Dinge fangen wir gerade erst an, uns intensiv Gedanken zu machen.

Nun arbeitet Ihr in einem weiteren Projekt mit. germany.indymedia.org soll während der Castor-Transporte Ende März ans Netz gehen. Was steckt hinter germany.indymedia.org?

indymedia ist zum ersten Mal mit der Blockade des WTO-Treffens 1999 in Seattle in Erscheinung getreten. indymedia hat sich die Aufgabe gestellt, mit einem radikaldemokratischen Ansatz einen Kampf anzugehen, der mit härtesten Bandagen geführt wird: der Kampf um die Aktualität. Für die Linke ist u.E. der Kampf um Aktualität deshalb attraktiv, weil es so ist, dass der, der zuerst die Informationen liefert, in der pole position um die Einordnung des Geschehens im gesellschaftlichen Diskurs ist. Während der Seattle Proteste gelang indymedia dies zumindest ein Stück weit.

Die Idee, dass die, die politisch aktiv sind, auch die Nachrichten darüber produzieren, ist dabei nicht neu. Neu hingegen, und dies wurde ausschließlich durch das Internet möglich, ist die zeitgleiche Verfügbarkeit dieser Information zumindest in den Ländern, die vom Globalkapitalismus profitieren.

Die Kombination von "authentischen" Nachrichten in einer Welt, die dem Glauben an "Objektivität" immer skeptischer gegenübersteht, und sofortige Verfügbarkeit macht indymedia als Netzwerk mit Botschaften im Kongo, Chiapas, Finnland und sonst wo zu einem neuen Typ von Nachrichtenkanal.

Die politische Ausrichtung indymedias kann wohl am besten als "diffus links" beschrieben werden. Der einzige gemeinsame Nenner ist die Interessen der Unterdrückten zu formulieren. Kaderorganisationen haben durch den radikaldemokratischen Ansatz keine bessere Chance bei indymedia Aufmerksamkeit zu bekommen als Einzelpersonen.

Zeitgleich mit dem ersten großen Auftritt von indymedia in Seattle 1999, haben wir als nadir in einem viel kleineren Maßstab damit begonnen, in eine solche Richtung zu arbeiten. Seitdem haben wir die beiden antirassistischen Grenzcamps und den Flüchtlingskongress in Jena medial von vor Ort begleitet. Es gab also quasi eine Art Parallelentwicklung, wenn auch mit einem anderen Fokus: Einerseits zielte unser Campaigning de facto viel stärker auf die Linke - wenn auch zum Teil wider Willen. Zum anderen ging das eigentlich nur von nadir + friends aus.

Gerade mit dem letzten Grenzcamp und dem ganzen Medienrummel im staatlichen Antifasommer hat sich gezeigt, dass es richtig effektiv sein kann, Kampagnen neben der "klassischen Pressearbeit" mit aktuellen Webseiten zu begleiten. Was uns vom indymedia-Konzept unterscheidet, ist, dass indymedia sehr viel aktiver versucht hat, allen möglichen Leuten eine Plattform zu bieten, während unser Anliegen eher ist, die politischen Aussagen und Positionen der AktivistInnen darzustellen - oder besser: durch diese selbst darstellen zu lassen. Das Medium www ist für uns ein Mittel zum Zweck, was bei indymedia etwas anders aussieht. Dort ist auch das Kommunikationsmodell als solches Bestandteil des Konzepts.

indymedia ist bisher - mal abgesehen von ihren lokalen Technikzentren - ein event-bezogenes Mittel, mit dem superkurzfristig von AktivistInnen produzierte Informationen weltweit gestreut werden. Der protestierenden (Hyper-)Gesellschaft wurde mit indymedia zum ersten Mal ein Mittel in die Hände gelegt, mit der sie sich selbst in ihrer eigenen Geschwindigkeit abbilden konnte. Noch nie war es so einfach, Teil einer Jugendbewegung zu sein. indymedia bietet dieser Meute ihre Spiegelung im narzisstischsten Sinn.

Ihr meint also, dass es für Linke absolut notwendig ist, sich auf diesem Kampfterrain zu bewegen?

Das affektive Verhältnis zur Aktualität hat für uns ein strategisches Moment. Damit soll zum einen den Mediengiganten der Platz im Kampffeld "Aktualität" streitig gemacht, und zum anderen können so die verbreiteten Informationen unter dem Banner der Aktualität als Virus dienen. Attraktiv ist natürlich auch, dass dadurch Informationen "von unten für unten" auf recht prominenter Ebene kursieren. Eine Aufgabe könnte dabei für indymedia sein, den Schnittpunkt von Aktionismus und längerem politischen (Medien-)Engagement in eine Linie zu verlängern.

Des weiteren beeinflusste z.B. in Prag die massive Präsenz von Medien die Proteste. Die Präsenz von Medienmenschen auf Aktionen sichert unserer Meinung nach diese Aktionen. In den beiden Bedeutungen des Wortes: Als - zugegeben begrenzter - Schutz vor Übergriffen, aber auch als Schutz vor dem gezielten Totschweigen.

In den USA ist die "Medialität" des Lebens fortgeschrittener als in Europa, d.h. die Medien sind weiter und tiefer in den Alltag verzahnt. Europa unterscheidet sich darin signifikant. Im kulturellen Bewusstsein der Europäer haben Kameralinsen noch nicht den Status von "menschlichen" Organen wie in den USA. indymedia kann hier - und mit unserer Einflussnahme - beim weiteren unvermeidlichen Verschmelzen der Dichotomien Realität/Virtualität Terrain sichern, das politisch von immenser Bedeutung werden kann.

Eine große Hoffnung, die mit indymedia verbunden wird, besteht darin, dass unter diesem Label weniger eine spezielle linksradikale Szene verstanden wird und somit auch faktisch neue Leute angesprochen und aktiviert werden können. Allerdings vollzieht sich eine derartige Öffnung auch immer mit einem diffuseren politischen Profil. Dessen sind wir uns bewusst.

Pragmatisch gesehen ist indymedia ein brauchbares Netzwerkmodell von MedienaktivistInnen. Es ist dezentral, nicht-hierarchisch und solidarisch. Das Web sorgt hier für die Übertragung seines Netzcharakters vom Virtuellen ins Reale. Konkretes Ergebnis davon kann die bessere Verfügbarkeit von Videoproduktionen oder Fotos für Gruppen oder Redaktionen sein.

Uns ist es dabei wichtig, dass ein auf Kontinuität angelegtes MedienaktivistInnennetzwerk mit germany.indymedia entsteht, das sich sowohl auf lokaler, als auch auf einer eher kampagnenbezogenen Ebene bundesweit etabliert. indymedia bietet dazu auch noch die nicht zu vernachlässigende Möglichkeit zur internationalen Zusammenarbeit mit anderen MedienaktivistInnen. Konkret für nadir heißt das, dass wir uns auf das konzentrieren können, wozu wir in der Lage sind, und uns in indymedia einbringen, wenn wir selbst eine Kampagne politisch für sinnvoll halten und dann hoffentlich gleich einen Rahmen vorfinden, indem wir uns mit anderen organisieren können.

Stoppt den Castor-Online

Den erste Auftritt von germany.indymedia.org gibt es zu den Protesten gegen den Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben Ende März. In allen Widerstands-Camps sind lokale Stützpunkte von indymedia vorgesehen. Hier können offen Informationen in das Web-Angebot eingespeist werden. Daneben wird man mit zwei Übertragungswagen vor Ort präsent sein. Auf den Seiten von germany.indymedia.org sind Audio- und Videoaufnahmen zu finden, in Zusammenarbeit mit Freien Radios wird es ein Internet-Radioangebot geben. Neben freien Diskussionsforen gibt es auch ein redaktionell betreutes Informationsangebot, an dem alle an den Castor-Protesten beteiligten Gruppen mitarbeiten.

Der Webauftritt ist unter www.indymedia.de bzw. germany.indymedia.org einsehbar.

36. Von Funktionärsdebatten zur Selbstorganisation. Neue kommunistische Initiativen - ein Überblick

Autor: Henning Böke · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:03

Nach 1990 schien zunächst die PDS die Möglichkeit einer neuen Sammlung der Linken zu bieten; wer in sie Hoffnungen auf die Formierung einer relevanten antikapitalistischen Kraft setzte, sieht sich heute eines Besseren belehrt. Indes sind links von der PDS in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen im Gange, revolutionäre Positionen jenseits von Organisationsgrenzen zu entwickeln. Diese reichen von Versuchen der Sammlung des traditionskommunistischen Spektrums bis hin zu Ansätzen, die "neue Proletarität" zu organisieren.

Bemühungen einer Verständigung innerhalb des zersplitterten kommunistischen Organisationsspektrums reichen bis Anfang der 90er Jahre zurück, als in Initiativen wie "Kommunisten schreiben Kommunisten" oder "Rote Tische" die Meinungsverschiedenheiten zwischen den diversen Gruppierungen diskutiert wurden. Ein Höhepunkt dieser Bewegung war die im September 1992 in Gelsenkirchen von dem parteilosen KPD-Veteranen Rolf Vellay organisierte Konferenz zur Frage "War die DDR sozialistisch?", bei der Vertreter von DKP, MLPD, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD usw. im Wesentlichen die bekannten Standpunkte ihrer Organisationen vortrugen. Es zeigte sich freilich, dass Diskussionen dieser Art kaum mehr vorstellig machen als hermetische Funktionärsdiskurse, zwischen denen eine Vermittlung kaum möglich ist.

Im Januar 1998 veranstaltete die KPD (Roter Morgen) in Frankfurt eine "kontroverse Diskussion über den Sozialismus" mit dem langjährigen DKP-Theoretiker Robert Steigerwald sowie Heiner Karuscheit und Alfred Schröder von der Zeitschrift Aufsätze zur Diskussion. Die KPD, nach etlichen Spaltungen Anfang der 90er Jahre reorganisierter Rest von Ernst Austs KPD/ML, hatte ihre neue, zwischen einer erstaunlichen Versachlichung ihres revisionismuskritischen Ansatzes und einem etwas abgemilderten und reflektierteren Festhalten an der alten Stalin-Enver-Nostalgie oszillierende Sicht zum Scheitern des Sozialismus in einem auf einer Artikelserie im Roten Morgen beruhenden Buch vorgestellt, auf das die Veranstaltung sich bezog.

Das Thema "Revisionismuskritik" wird seit zehn Jahren auch in der Kommunistischen Plattform der PDS diskutiert; der Rote Morgen hat eine diesbezügliche Korrespondenz mit Kurt Gossweiler abgedruckt.

Die KPD vertritt heute die Auffassung, dem Sozialismus widerstreitende objektive Triebkräfte hätten in der Sowjetunion unter Stalin eine Bürokratie entstehen lassen, die Stalin selbst noch bekämpft habe, unter Anwendung von Mitteln, die er kaum habe kontrollieren können. Unmittelbar nach dem Tode Stalins habe diese Bürokratie sich als neue Klasse formiert. Bis zum Zusammenbruch seien die UdSSR und ihre Bruderländer dann Übergangsgesellschaften auf dem Weg zurück zum Kapitalismus gewesen, der unumgänglich sei, wenn in einer sozialistischen Gesellschaft die Fortsetzung des Klassenkampfs zum Erliegen kommt. Diese Position, die von anderen Revisionismuskritikern als halbtrotzkistisch abgelehnt wird, beinhaltet - abgesehen von den Ungereimtheiten des Versuchs, Stalin gegen seinen eigenen Apparat zu verteidigen und seine persönliche Verantwortung für Verbrechen und Terror zu relativieren - immerhin die These, dass der bürokratische Apparat selbst von seiner Funktionsweise her dem Sozialismus entgegenwirkte und der Revisionismus ideologischer Überbau dieser Entwicklung gewesen sei. Gossweiler dagegen meint, die Grundlagen des Sozialismus seien bis zum Ende intakt geblieben; er sieht den Revisionismus seit dem XX. Parteitag eher als ein subjektives Versagen von Teilen des Apparats: eine zu schlappe, verweichlichte Linie, die dem Klassenfeind das Pflaster bereitet habe. Hier wird deutlich, in welcher Weise vordergründig gleiche Begrifflichkeiten für grundverschiedene politische Konzepte stehen können.

Solchen letztlich ergebnislosen Versuchen, auf der Funktionärsebene strittige Fragen der kommunistischen Bewegung zu klären, stehen in jüngster Zeit Ansätze entgegen, in denen mehr oder minder "einfache" Mitglieder linker Organisationen gemeinsam mit Unorganisierten in lockerer Assoziation über Fragen kommunistischer Theorie und Politik diskutieren, wobei insbesondere die Möglichkeiten der Kommunikation via Internet genutzt werden. Von Hamburg ausgehend entstand seit 1998 eine Bewegung Offener Kommunistischer Foren (OKF). Hintergrund waren Initiativen des Marxistischen Zirkels in Hamburg, durch organisationsübergreifende Diskussionen Auswege aus der Krise der bestehenden Gruppierungen zu suchen.

Neben dem OKF Hamburg bestehen heute ein OKF Süd und das Kommunistische Forum Rheinland. Beteiligt sind überall Mitglieder der DKP und der PDS, aber hier und dort auch AnhängerInnen rätekommunistischer Positionen, der Krisis-Gruppe usw.

Grundsätzlich verstehen die OKFs sich als formlose Zusammenschlüsse von Individuen, die allen Personen mit kommunistischem Selbstverständnis offen stehen. Diskussionen finden in Form von Treffen und Korrespondenzen statt, letztere können Interessierte über einen E-Mail-Verteiler beziehen und Archivbestände auf CD-ROM anfordern. Die Statuten der Organisationen, denen die TeilnehmerInnen angehören, werden grundsätzlich respektiert, und Mehrheitsbeschlüsse sind nicht bindend. Jedoch scheint es in Bezug auf die Organisationsfrage widerstreitende Tendenzen zu geben. Teile des OKF Hamburg möchten über einen Debattierzirkel hinausgelangen und betrachten das OKF als Plattform für den Aufbau einer neuen Organisation leninschen Typs.

Gar nicht gern gesehen werden solche Bestrebungen von der Führung der DKP. Strittig dürfte dabei nicht so sehr die Frage sein, ob eine Neuformierung der kommunistischen Linken auf lange Sicht anzustreben ist sicher betrachten die meisten aktiven DKP-Mitglieder ihre Partei als Organisation im Übergang. Ungeklärt ist vielmehr, wie eine zukünftige Organisation beschaffen sein und wer ihren Aufbau in die Wege leiten soll. Innerhalb wie außerhalb der DKP gibt es hierzu verschiedene Sichtweisen, aus denen eine neue Perspektive kaum kurzfristig zu gewinnen sein dürfte.

Gegenwärtig vollzieht sich die Auflösung alter Sozialstrukturen, ohne dass neue schon klar erkennbar sind; deshalb ist schwer abzuschätzen, wie eine revolutionäre Organisation in Zukunft aussehen kann. Im Ruhrgebiet, der einstigen Hochburg des Industrieproletariats, versucht heute die Gruppe Kolinko (Kollektiv in kommunistischer Bewegung), Umrisse revolutionärer Politik im Bereich der New Economy, schwerpunktmäßig in den wie Pilze aus dem Boden schießenden Call-Centern, zu erarbeiten. Kolinko vertritt hierbei einen eher rätekommunistischen und operaistischen Ansatz und hat ein Grundsatzpapier zur "Subversion des Alltags" vorgelegt. Dieses hat auch Eingang in Diskussionen in OKF-Zusammenhängen gefunden. Allerdings verhakt sich die Auseinandersetzung sofort in ideologischen Fragen wie etwa der nach dem Status des Begriffs "Arbeit".

Die Forderung von Kolinko kommt darin vordergründig der Krisis-Gruppe nahe, ist aber tatsächlich operaistischen Ursprungs: Kampf gegen die "Arbeit". Gegen diese Position wird meistens mit einem anthropologischen Arbeitsbegriff argumentiert (so von Heribert Sommer im Kommunistischen Diskussionsforum des OKF). Was eigentlich thematisiert werden müsste, wäre dagegen das Verhältnis von Proletarität zum Diskurs der "Arbeit" und seine historischen Wandlungen. Es könnte zum Beispiel erhellend sein, Michel Foucaults Analyse des "Sexualitäts-Dispositivs" als Modell für eine Klärung des begrifflichen Status der "Arbeit" heranzuziehen. Denn auch der Begriff "Sexualität" bezieht sich ja auf Verhaltensweisen, die vom Menschen schlechterdings untrennbar sind, aber einen Diskurs der "Sexualität" als spezifische Form der Normung und Kontrolle von Verhaltensweisen brachte erst die Neuzeit hervor. Analog müsste erörtert werden, welchen Stellenwert der Diskurs der "Arbeit" in der bürgerlichen Gesellschaft und in der Perspektive ihrer Überwindung hat, statt aus der Trivialität, dass irgendwelche Arbeitsprozesse im weitesten Sinne immer notwendig sind, ein Pathos der Arbeit zu erschleichen. Von der Erlangung eines solchen theoretischen Bezugsrahmens ist die Diskussion noch weit entfernt.

In Frankfurt konstituierte sich im Frühjahr 2000 die Sozialistische Studienvereinigung als organisations- und strömungsübergreifendes Forum für selbstorganisierte Theoriediskussion. Das politische Spektrum in der Gruppe reicht von Mitgliedern der DKP und PDS über TrotzkistInnen aus der SAG/ISO-Tradition bis hin zu AnhängerInnen linkskommunistischer, anarchosyndikalistischer und antiautoritärer Positionen. Die Vereinigung organisiert in erster Linie Vortragsveranstaltungen und Seminare zu theoretischen, historischen und kulturellen Themen. Die Vermittlung von Basiswissen und die Bildung von Arbeitsgruppen für vertiefte Diskussionen sind gleichberechtigt nebeneinander stehende Ziele. Anfangs von manchen Mitwirkenden gehegte Erwartungen, die Studienvereinigung könne die Keimzelle eines neuen politischen Projekts sein, sind mittlerweile einer nüchterneren Sichtweise gewichen. Die Gruppe als ganze ist kein Kollektiv, das theoretische und politische Positionen ausarbeiten könnte - dazu sind die Standpunkte der Beteiligten zu verschieden. Wohl aber kann sie einen Beitrag leisten zur Entwicklung einer Theoriediskussion ohne die Profilneurosen von Funktionären, Grauen Eminenzen und akademischen Koryphäen; dies schließt das Streben nach Möglichkeiten einer Diskussion von Differenzen ohne die alten Denunziationsrituale ein.

Die Einsicht, dass die Entfaltung linker Diskussion einer neuen, unabhängigen Publizistik bedarf, liegt auch den Zeitschriftenprojekten Kommunistische Streitpunkte und Marxistische Kritik zu Grunde, die der OKF-Bewegung nahe stehen. Die Streitpunkte sind angelegt als Medium zur unzensierten Diskussion kommunistischer Positionen. Die Marxistische Kritik (MaK) setzt in ihrer redaktionellen Grundsatzerklärung besondere Schwerpunkte in der Kritik an Stalinismus und Revisionismus, Religion und Nationalismus. Besonderes Interesse gilt Positionen, die sich dem Begriffsraster von "Orthodoxie" und "Revisionismus" entziehen und deshalb von den Parteiapparaten stets verdrängt wurden. Eine lockere Kooperation in Form gelegentlicher Artikelübernahmen besteht mit der undogmatisch-trotzkistischen SoZ.

Der MaK-Redakteur Heribert Sommer engagiert sich insbesondere für die Wiederbelebung der Feuerbachschen Kritik der Religion als Selbstentfremdung des Menschen, die er für ein geeignetes Paradigma einer Kritik des Nationalismus hält. Dass es zum humanistischen Entfremdungsdiskurs theoretische Alternativen wie etwa Althusser gibt, der ja wohl der von den Parteiapparaten am meisten gehasste kommunistische Theoretiker der jüngeren Vergangenheit war, scheint sich hier noch nicht herumgesprochen zu haben.

Fazit: Auf dem Weg ins einundzwanzigste Jahrhundert ist im kommunistischen Spektrum nun endlich eine Emanzipation vom Paternalismus der Apparate im Gange. Statt "Elektrifizierung plus Sowjetmacht" ist heute wohl "Marginalisierung plus Internet" die Formel, die den Stand der Bewegung beschreibt: Einsicht in die Notwendigkeit, die Zersplitterung zu überwinden, vermag gepaart mit der Nutzung hierarchiefreier Kommunikationsmedien Konstellationen einer Neuformierung zu schaffen. Ob es hierbei gelingt, die zwischen alten Orthodoxien und neuen Bewegungen bestehende Sprachlosigkeit in Theorie und Praxis zu überwinden, bleibt abzuwarten.

Henning Böke

Literatur und Internetadressen:

Die revolutionäre Linke diskutiert: "War die DDR sozialistisch?" Streitgespräch am 19. September 1992 in Gelsenkirchen. Selbstverlag von Rolf Vellay, Recklinghausen 1993

Hat der Sozialismus Zukunft? Schriftenreihe im Verlag Roter Morgen, Stuttgart Band 1: Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte, 1996; Band 2: Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus, 1998 Roter Morgen online: www.kpd.net

OKF Hamburg go.to/OKF; vgl. auch www.rrz.uni-hamburg.de/JUKO/okf_grn.htm

OKF Süd www.fly.to/Red.File

Kommunistisches Forum Rheinland www.fly.to/KFR

Kolinko www.nadir.org/nadir/initiativ/kolinko

Sozialistische Studienvereinigung sozialistische-studienvereinigung.frankfurt.org

Kommunistische Streitpunkte. Zirkularblätter members.aol.com/streitpkte

Marxistische Kritik, Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik. Herausgeber: Redaktion MaK im OKF Süd www.fly.to/mak-online

37. Alienistischer Störfaktor bei Phi = -0,42148. Neue Bücher zu Internationalismus, NGOs und Herrschaftskritik

Autor: ef. · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:26

War in der entwicklungspolitischen Landschaft der 90er Jahre der unkritische Bezug sowohl in der Praxis als auch in der Theorie auf die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vorherrschend, so häufen sich in letzter Zeit kritische Stellungnahmen. So wurden erst kürzlich bei der Erlassjahr-2000-Initiative die Nord-NGOs massiv von den NGOs aus der Jubilee-South-Kampagne wegen ihrer unzureichenden Schuldenstreichungsrhetorik gerügt.

Erfreulicherweise mehren sich auch Arbeiten, die die NGOs aus dem Blickwinkel einer kritischen Gesellschaftstheorie analysieren. Dazu zählen u.a. die Arbeiten von Uli Brand und von Heike Walk/Achim Brunnengräber.

Brand verortet sich explizit in der Tradition der Kritischen Theorie. Sein Interesse zielt nicht auf Politikberatung, sondern auf Macht- und Herrschaftskritik. Demzufolge sind seine leitenden Fragestellungen nicht definitorischer, sondern hegemonietheoretischer Art: In welche Strukturen sind die NGOs eingebunden und nach welchen politisch artikulierten Interessen handeln sie dort? Welche emanzipatorischen Potentiale entfalten sie? Oder trägt ihre Politikform zu einer Re-Legitimierung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse bei? Entsprechend dieser Fragestellungen legt er großen Wert auf die Analyse der Strukturveränderungen der kapitalistischen Gesellschaft durch die neoliberale Globalisierung, da diese den Handlungskontext der NGOs bestimmen. Die Ausblendung dieser Prozesse und ihrer Machtwirkungen macht er der herrschenden NGO-For- schung zum Vorwurf. In der abstrakten und definitorischen Gegenüberstellung der NGOs einerseits und "dem Staat" bzw. "der Politik" andererseits sei deren gegenseitige Verwobenheit nicht mehr analytisch zu erfassen. Die hegemonie- und staatstheoretische Verortung der NGOs ist sicherlich das Glanzstück der Arbeit. In bester Tradition von Gramsci, Poulantzas und Hirsch begreift Brand die NGOs nicht als das Gegenüber von "Staat und Politik", sondern als Teil eines erweiterten Staates. Der Staat ist somit sowohl Terrain als auch, durch seine Apparate, wichtiger Akteur im Kampf um die gesellschaftliche Hegemonie.

Die NGOs haben in diesem Kräftefeld eine große Bedeutung. Sie sind wichtige Akteure im Prozess gesellschaftlicher Kompromissbildung. Die Entstaatlichung der Politik, die in den letzten Jahren in bestimmten Bereichen infolge der Globalisierung stattfand, erweiterte die Spielräume der NGOs. Da aber die meisten NGOs den Staat als Vertreter des Gemeinwohls auffassen, geht es ihnen in ihrer konkreten Politik weniger darum, Gegenmacht aufzubauen, als vielmehr um Politikberatung durch Expertisen. Häufig verstehen sie sich selbst als Co-Eliten, die im Vorfeld staatlicher Apparate, insbesondere von Ministerien arbeiten. Deshalb seien NGOs als Teil eines neoliberal erweiterten Staates anzusehen. Dadurch widerspricht Brand auch der häufig geäußerten These, die NGOs seien der institutionalisierte und professionalisierte Teil von sozialen Bewegungen. Auch wenn es gewisse Überschneidungen gibt und gerade auf internationaler Ebene eine gewisse professionalisierte Infrastruktur notwendig ist, so betont Brand doch die Unterschiede: "Wendet sich Protest nicht zuletzt gegen die Art und Weise, wie soziale Konflikte ausgehandelt und bearbeitet werden, (...), so bezieht sich das Kooperations- und Konfliktverständnis der meisten NGO affirmativ auf die etablierten Konfliktsysteme."

Auch Walk/Brunnengräber kommen in ihrer Analyse der Politik der NGOs in den Klimaverhandlungen zu einem ähnlichen Ergebnis. Für sie spiegeln die NGOs einen neuen Organisationstypus wider, "der sich (...) aus dem Bewegungsbereich zu Gunsten professioneller, staatsnaher und institutionsverbundener Politik gebildet hat." Das Buch hat zwei große Stärken: zum einen die historische und aktuelle Analyse der Machtverhältnisse im Bereich der Klimapolitik; zum anderen die konkrete Analyse der Politikformen von NGOs und deren Unterschiede zu denen der sozialen Bewegungen. Die Differenzen werden hier deutlicher heraus gearbeitet als bei Brand. Auch erfährt man mehr über die konkreten Praxen der NGOs wie das Lobbying und Monitoring und die Bedeutung ihrer Netzwerke.

Die Autoren betonen, dass das Politikfeld Klima ein umkämpftes Terrain ist. Die ökologische Krise gibt es nicht "an sich", sondern nur in vergesellschafteter Form. Das Ob und das Wie der Wahrnehmung von Klimakatastrophen ist macht- und herrschaftsförmig bestimmt. Politische, soziale, ökonomische und kulturelle Faktoren spielen im Bereich der gesellschaftlichen Naturverhältnisse eine Rolle. Je nach Kräfteverhältnissen verändert sich von daher auch die Wahrnehmung von Ökologie. So erlebte etwa der Öko-Optimismus mit seinen technokratischen Machbarkeitsvorstellungen einen rasanten Aufschwung. Dazu trugen auch die NGOs einen nicht unerheblichen Teil bei. Indem sie sich voll und ganz auf die Konferenzdiplomatie eingelassen haben, sind sie Gefangene ihrer eigenen Logik geworden. Das Streben nach Teilnahme und Akzeptanz führt zu einer zwanghaften Abgrenzung der NGO-Multis von den "Umweltchaoten". Um die Berechtigung des eigenen politischen Pragmatismus zu legitimieren, müssen selbst die bescheidensten Konferenzergebnisse schön geredet werden. Dabei schrecken die NGOs selbst vor Peinlichkeiten nicht zurück, etwa wenn Kohl für seine angeblich fortschrittliche Klimapolitik gelobt wird. So kommt es zu einer Konvergenz zwischen offiziellen Klimaverhandlungen und nicht-staatlichen Engagement.

In Teil III versuchen die AutorInnen die NGOs im Rahmen der Diskurse um neue soziale Bewegungen, der Zivilgesellschaft und der Netzwerkanalyse zu verorten. In diesem gesellschaftstheoretischen Teil fällt die Arbeit hinter dem staats- und hegemonietheoretischen Ansatz von Brand zurück.

Beide Bücher markieren einen wichtigen Fortschritt in der kritischen NGO-Debatte. Dem Mainstream wird es in Zukunft schwer fallen, kritische Ansätze so einfach wie bisher zu übergehen. Allerdings ist der Schreibstil beider Arbeiten knochentrockenen und dürfte für Einsteiger die Lektüre nicht gerade zu einem Lesegenuss machen. Wer sich aber darauf einlässt, wird beide Arbeiten mit großem Gewinn lesen. Noch ein Tipp: Wer sich nicht in den Details von Netzwerk-, Policy-, Dritte-Sektor-, Bewegungs-, Korporatismus- oder Regimetheorie verlieren will, sollte bei Brand das Kapitel 2 erst einmal außen vor lassen und mit Kapitel 3 einsteigen.

Alle paar Jahre wieder wird mit "kategorialem Gebrüll" (Lothar Hack) eine neue Sau durchs Dorf der Politik- und Sozialwissenschaften getrieben. Diesmal heißt die Sau "Global Governance". Wie Nachhaltige Entwicklung und Zivilgesellschaft in den 90er Jahren, hat "Global Governance" beste Chancen, einer der zentralen Leitbegriffe zu werden, die nichts aussagen und trotzdem bzw. gerade deswegen eine hohe Anziehungskraft entwickeln. Dieser Entwicklung versucht ein Autorenteam (Brand u.a.) nun einen Riegel vorzuschieben. Sie analysieren die Geschichte und die Karriere des Begriffes vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftsstrukturen und des UN-Systems. Dass dieser Begriff und die damit verbundenen Hoffnungen nicht weit tragen, darüber sind sich die Autoren einig. Deshalb diskutieren sie im abschließenden Kapitel Ansätze emanzipatorischer Politik in Zeiten der Globalisierung. Das Buch bietet einen knappen Überblick über den Stand der Diskussion zu den Themen Globalisierung und den Strukturen internationaler Regulierung, auch wenn der Bausteincharakter nicht zu verkennen ist. Außerdem dürfte der günstige Preis ein weiterer Wettbewerbsvorteil sein.

In gewissen Kreisen hat Christoph Spehrs Buch "Die Aliens sind unter uns. Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter" bereits Kultstatus. Oft wandert es von WG zu WG. In einigen Städten haben sich bereits "Freunde des Maquis" gegründet. Der Maquis? Das sind diejenigen, die sich der Herrschaft der Aliens entziehen können: der radikale Feminismus, die schwarze Emanzipationsbewegung, die trikontinentale Emanzipation, die antiautoritäre Revolte und die schwul-lesbische Emanzipation. Und die Aliens? Das sind diejenigen, die herrschen und Macht ausüben. Allerdings darf man sich Aliens nicht als klar erkennbare Gruppe vorstellen, die ihre Herrschaft von oben ausüben, so wie dies bei den meisten Linken üblich war. Nein, Aliens sind überall. Es gibt sie auch in der Linken. Gerade frühere Linke haben durch ihren progressiven Alienismus zu einer Modernisierung der Herrschaft beigetragen. Herrschaft gibt sich heute nachhaltig, zivilgesellschaftlich, partizipativ, kennt keine Interessen mehr, sondern nur noch Menschen, die alle Probleme gemeinsam lösen müssen.

Christoph Spehrs Buch verfügt in hohem Maße über das, was etwa den Büchern von Brand und Walk/Brunnengräber fehlt: Nennen wir es mal Poesie. Spehr würde dazu wohl "consciousness" sagen. Er verfügt über einen selten guten, plastischen Schreibstil. Dies war auch einer der Gründe dafür, warum sein Buch in der Zeit als "interessantester Ansatz jenseits der Parteilinken" gelobt wurde. Es geht ihm weniger um die systematische Entfaltung einer These oder eines Begriffs. Vielmehr werden die Ikonen der Popkultur aus den Serien "Akte X" und "Star Trek" zur Decodierung der "postfaschistischen Gesellschaften" herangezogen.

Allerdings zeitigt sein Schreibstil auch gravierende Schwächen. Er übertüncht analytische Unschärfen oder produziert sie erst. So bleibt sein Konzept der Abwicklung merkwürdig verschwommen. Einige Aussagen sind schlichtweg ärgerlich: So beweist er etwa die völlige Unkenntnis von Althussers Schriften, wenn er ihm "die reaktionäre Reinigung des Marxismus von der ‚Infektion` mit den Marxschen Frühschriften" vorwirft und im gleichen Atemzug behauptet, Althusser könne nicht sonderlich viel mit den neuen sozialen Bewegungen anfangen. Dabei war Althusser einer der ersten marxistischen Theoretiker, der dem Parteimarxismus das völlige Versagen vor dem Phänomen der Neuen Sozialen Bewegungen angekreidet hat. Spehrs Faschismusanalyse bleibt erstaunlich schematisch. Sie verfährt definitorisch, indem sie fünf Kriterien entwickelt, die gegeben sein müssen, um von einem Faschismus sprechen zu können. Dies führt zur Aufzählung einer Fülle von Faschismen. Für Spehr fällt die heutige Türkei ebenso darunter wie das griechische Obristen-Regime oder die lateinamerikanischen Diktaturen der 70er Jahre, das Indonesien unter Suharto oder die Terrorherrschaft der Roten Khmer als Beispiel für einen sozialistischen Faschismus. Dass ein solch schematischer Faschismus-Begriff unbrauchbar zur Analyse konkreter Herrschaftsformen ist, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Weitere Punkte reizen ebenfalls zum Widerspruch. Dies soll allerdings nicht vom Lesen abhalten. Weite Teile seiner Herrschaftskritik sind erhellend und rufen durchaus Aha-Effekte hervor.

Solche Aha-Effekte vermisst man bei Claudia Olejniczaks Buch über "Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland". Die theoretischen und historischen Teile sind Fleißarbeiten. Letzterer geht aber bezüglich der alten Bundesländer bis Mitte der 80er Jahre nicht über den Klassiker von Balsen/Rössel "Hoch die internationale Solidarität" hinaus. Informativ ist der Teil über die Solibewegung in den neuen Bundesländern. Ansonsten wird in dieser Arbeit der Empirismus auf die Spitze getrieben. Seitenweise wird Material aufgetischt, dessen Bedeutung sich nur schwer erschließt. Die Kopierhäufigkeit und -nutzung der Dritte-Welt-Gruppen wird mit Korrelationskoeffizienten berechnet. Es wimmelt von Lambda-, Chi-Quadrat- und Phi-Werten. Wozu? Wozu soll mensch dafür 108 DM zahlen? Wozu muss man wissen, dass bei der Kopiernutzung der Chi-Quadrat Wert bei 19,00772 liegt, die Signifikanz allerdings nur bei 0,00001***, während Phi den Wert von -0,42148 aufweist. Wer mir weiterhilft, bekommt das Buch! Geschenkt! Ehrlich!

ef.

Besprochene Bücher:

Brand, Ulrich: Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NGO-Forschung. Das Beispiel der biologischen Vielfalt, Münster 2000, 39,80 DM.

Walk, Heike /Achim Brunnengräber: Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster 2000, 48 DM.

Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, Münster 2000, 29,80 DM.

Spehr, Christoph: Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter, München 1999, 18 DM.

Olejniczak, Claudia: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland, Wiesbaden 1999, 108 DM.

38. Waffen für die Welt. Rüstungsexporte: Rot-Grün ist spitze

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Rüstungsexport; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak448/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:15

Die rot-grüne Regierung ist bei Rüstungsexporten auf Rekordkurs. Zumindest für die grüne Partei ein Schlag ins Gesicht. Denn zu Oppositionszeiten lauteten ihre Forderungen: alle Rüstungsexporte in Nicht-NATO-Länder ganz untersagen, langfristig den Waffenhandel ein- und Rüstungsproduktion auf zivile Produktion umstellen.

Gegenüber der Berliner Morgenpost erklärte die Wehrexpertin der Grünen Angelika Beer Anfang März, der vorliegende Rüstungsexportbericht der Bundesregierung weise zwar mit einem Gesamtwert von 5,9 Milliarden Mark einen Anstieg bei den deutschen Rüstungs-Ausfuhren im Jahr 1999 auf, doch gehe es bei der Bewertung dieser Frage nicht nur um Quantität, sondern auch um Qualität. Immerhin seien die Kriterien für die Exportbewilligung geändert worden. Allerdings musste sie zugeben: "Die Umsetzung der Rüstungsexportrichtlinien, die wir beschlossen haben, erfolgt noch nicht in dem Maße wie es nötig wäre."

Vor allem der NATO-Partner Türkei darf sich darüber freuen. Schließlich ist das Land, in dem seit vielen Jahren nachweislich deutsche Waffen im Krieg gegen die Kurden eingesetzt werden, auch unter Rot-Grün mit weitem Abstand Spitzenreiter unter den Empfängerländern. 1993 unterstützten noch Politiker der SPD und der Grünen den Versuch von Friedensgruppen und anderen Organisationen, u.a. medico international, mittels einer Anzeige wegen Völkermord gegen die damalige Bundesregierung die Waffenlieferungen an den kriegsführenden NATO-Partner zu stoppen. Im Dezember 1993 lehnte jedoch die Bundesanwaltschaft die Einleitung von Ermittlungen ab.

Während in der überregionalen Presse Schlagzeilen wie "NVA-Panzer überrollen Kurden" oder "Zerstörung der Stadt Lice: die Türkei setzt deutsche Waffen ein" erschienen und entsprechende Fotos, Berichte und unzählige Zeugenaussagen aus dem Kriegsgebiet den Einsatz deutscher Waffen in der Türkei anschaulich vor Augen führten, sperrte sich die Justiz damals im Schulterschluss mit der Bundesregierung dagegen, diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

Den Vorwurf, die Bundesregierung mache sich mit ihren Waffenverkäufen an Ankara und immensen Waffengeschenken - der Nachlass der NVA wurde zum großen Teil der Türkei kostenlos überlassen - mitschuldig, erhoben dennoch insbesondere grüne Politiker auch nach 1993 immer wieder. Allen voran Angelika Beer. Die neue Parteichefin Claudia Roth erklärte nach diversen Reisen in die Konfliktregion: "Im kurdischen Kriegsgebiet geht es zu wie auf einem deutschen Truppenübungsplatz". Mit dem Unterschied, dass dort nicht Übungsmunition verschossen werde, sondern diese Waffen auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt würden. Mit ihrer Forderung, keine Waffen mehr an das Land zu liefern, stand sie aber bisher auf verlorenem Posten. Die Sprachregelung des ehemaligen Außenministers Klaus Kinkel, "der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass deutsche Waffen im Einsatz sind", hat Fischer bis aufs Komma übernommen. Dabei darf eigentlich ausgeschlossen werden, dass es keinerlei Gespräche über dieses Thema zwischen Roth und Fischer gibt.

"Die Rüstungsexportpolitik unterscheidet sich in keinster Weise von der Praxis der Kohl-Kinkel-Regierung"; mit dieser ernüchternden Bilanz gingen bereits vor einem Jahr Anti-Rüstungsexport-Initiativen an die Öffentlichkeit. Im Dezember letzten Jahres kam die Arbeitsgruppe der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) ebenfalls zu einem für die rot-grüne Bundesregierung vernichtenden Ergebnis. So bilanzierten Vertreter der katholischen und der evangelischen Kirche sowie Experten der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, dass ein Vorrang für Entwicklung und Menschenrechte, der bei Regierungsantritt vor zwei Jahren angekündigt worden war, nicht erkennbar sei. Vielmehr boome das "Geschäft mit dem Tod". Diese Zunahme bei deutschen Waffenlieferungen, so der GKKE-Vorsitzende Prälat Stephan Reimers Ende letzten Jahres, "hatte wohl niemand von der rot-grünen Bundesregierung erwartet".

Tatsächlich hatte zu Oppositionszeiten zum Beispiel Rudolf Scharping ummissverständlich erklärt, er verstehe nicht, "dass die Bundesregierung Waffen in die Türkei liefert, von denen man ja nicht ausschließen kann, dass mit ihrer Hilfe Frauen und Kinder zusammengeschossen werden. Das ist eine gottserbärmliche Politik. Wir sind

der Auffassung, dass die Waffenexporte schlicht eingestellt werden sollten und dass es eine absolut restriktive Handhabung geben muss."

Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigten KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und einstmals grüner Bundestagskandidat in Baden-Württemberg, inzwischen unter Protest aus der Partei ausgetreten, kritisiert gegenüber dem ND die Entwicklung der Grünen scharf: "Als Oppositionspolitikerin hat Angelika Beer zusammen mit mir und anderen 1993 Strafanzeige gegen die Kohl-Kinkel-Regierung gestellt. Heute stehen die Grünen auf der Seite derer, die ihrerseits mit Rüstungsexporten in die Türkei aktive Beihilfe zum Völkermord leisten. Verlogener kann Menschenrechtspolitik nicht sein."

Kritische Fragen an die Grünen

Inzwischen hat Grässlin einen offenen Brief an neun grüne Bundestagsabgeordnete geschrieben, in dem er sie darum bittet, zur Rüstungsexportsteigerung deutlich Stellung zu beziehen. Und er erinnerte sie u.a. daran, dass damals Angelika Beer im Vorwort zu einer Broschüre, die aus Anlass der Strafanzeige gegen die Bundesregierung erschien, die Unterstützung der Aktion im Namen der Grünen auch damit begründete, "die eigenen Kriegsverbrecher" dürften nicht "ungestraft Beihilfe zum Völkermord am kurdischen Volk" leisten. Diese Forderung, so Grässlin, "stimmte damals, und sie stimmt noch immer. Wer sind nach eurer Definition heute die ‚eigenen Kriegsverbrecher?"

Antworten auf seine kritischen Anmerkungen erhofft er sich u.a. von Hans-Christian Ströbele und Angelika Beer, aber auch von Claudia Roth.

Thomas Klein

39. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak448/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:13

Nietzsche und die Deutschen

Dass sich an Friedrich Nietzsche auch die linken Geister scheiden, ist in dieser und den ak-Ausgaben 445 und 447 ausführlich nachzulesen. Wen darüber hinaus die deutsche Rezeptionsgeschichte von Nietzsches Werk interessiert, sollte Steven Aschheims Buch "Nietzsche und die Deutschen. Karriere eines Kults" lesen, das im vergangenen Jahr auch in deutscher Übersetzung erschienen ist. Aschheim, Historiker in Jerusalem, hat an seinem Thema jahrelang geforscht. Seine Chronik umfasst die Jahre zwischen 1890 und 1990, in denen der Nietzsche-Mythos die unterschiedlichste Gestalt annahm. "Avantgardisten und Esoteriker, Anarchisten und Erzkonservative, Männerbünde und Frauenvereine, Nazis und Marxisten, Vegetarier, Sozialisten, Anhänger der Freikörperkultur" hätten Nietzsche auf ihre Fahnen geschrieben, heißt es im Klappentext. Dass Aschheim nicht einfach beliebige Nietzsche-Interpretationen aneinander reiht, wird in seinem Nachwort besonders deutlich. "Die hermeneutische Frage nach dem ‚wahren Nietzsche` ist seit 1945 untrennbar mit dessen Beziehung zum Nationalsozialismus verbunden", schreibt Aschheim. Zwar wendet er sich gegen eine Pauschal-Verurteilung Nietzsches, wie sie etwa Georg Lukacs vertritt. Dass es aber eine "tiefe Affinität", wenn nicht "Komplizenschaft", zwischen Nietzsche und dem Nationalsozialismus gibt, steht für ihn außer Frage. Zustimmend zitiert er Kurt Rudolf Fischers Urteil, Nietzsche habe "die Grundlagen einer Geisteshaltung (gelegt), die nichts ausschloss, was irgendjemand denken, fühlen oder tun mochte, nicht einmal unvorstellbare, in gigantischem Maßstab ausgeführte Gräuel." Bedenken formuliert er allerdings gegen die These George Lichtheims, dass der SS "ohne Nietzsche die Inspiration gefehlt hätte, die sie allein zur Durchführung ihres Massenmordprogramms in Osteuropa befähigte."

Steven E. Aschheim: Nietzsche und die Deutschen. Karriere eines Kults; Verlag J.B. Metzler (Stuttgart) 2000; 385 Seiten, 39,80 DM

Historiker für Hitler

Mit jahrzehntelanger Verspätung interessieren sich die Medien auch für die Rolle, die deutsche Historiker bei der Vorbereitung und Unterstützung der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik spielten. Dieses Thema, auf dem 42. Deutschen Historikertag (September 1998) ausführlich behandelt, rief damals ein breites Presseecho hervor. In einem von Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle herausgegebenen Sammelband sind die einschlägigen Beiträge der Tagung zusammengefasst. Der Befund ist eindeutig: Auch Historiker, die nicht Mitglieder der NSDAP waren, leisteten ihren Beitrag zur geistigen Aufrüstung, weil ihre ideologischen Grundpositionen mit denen der Nazis "gemeinsame Schnittflächen" aufwiesen: "Revision des ‚Versailler Systems`, Wiederaufrüstung, europäische Hegemonialpolitik, deutsche Kulturmission im Osten, Reichsmythos, Großdeutschland, Honoratiorenantisemitismus" (Hans-Ulrich Wehler). Einige, wie der nach 1945 schnell zur geschichtswissenschaftlichen Autorität aufgestiegene Theodor Schieder, taten sich besonders hervor. Schieders Gebiet war die Ostforschung, seine "wissenschaftlich fundierte" Politikempfehlung fügte sich nahtlos in das Mordprogramm der Nazis: Um "deutschen Volksboden im Osten" zu sichern, seien "Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes notwendig", insbesondere die "Entjudung Restpolens" durch Deportation der jüdischen Bevölkerung. Unter den Rednern des Historikertages von 1998 umstritten war, ob Schieder und seinesgleichen deswegen "Vordenker der Vernichtung" (Aly/Heim) genannt werden dürfen. Seine späteren Schüler, darunter ernst zu nehmende Wissenschaftler wie Wehler, widersprechen dem und rühmen Schieders außergewöhnliche "Liberalität". Dass sie es nicht wagten, zu Lebzeiten ihres Meisters über dessen Verbrechen öffentlich zu reden, ist ein Teil deutscher Normalität. Ihr Schweigen ist damit ebenfalls zum Gegenstand kontroverser geschichtspolitischer Debatte geworden.

Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle (Hrsg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus; Fischer Taschenbuch Verlag (Frankfurt am Main) 1999; 367 Seiten, 24,90 DM

Thomas Mann

Thomas-Mann-Biografien gibt es mehr als genug. Wer mehrere Jahrzehnte nach dem Tod des Dichters dessen Leben in einem dicken Buch noch einmal erzählt, muss schon etwas Besonderes zu bieten haben. Hermann Kurzke bietet Besonderes. Seine Biografie "Thomas Mann. Das Leben als Kunstwerk" präsentiert

nicht nur das, was der Titel verspricht: ein voller Selbstdisziplin und mit Blick auf die Außenwirkung inszeniertes Künstlerleben, die Selbststilisierung als Goethes Wiedergänger im 20. Jahrhundert. Er deutet Manns Werk auch als Produkt der Furcht vor dem Einbruch des Unvorhergesehenen in den wohlgeordneten bürgerlichen Alltag. Thomas Mann, der von seinesgleichen angeekelte Bourgeois, der heimliche Homosexuelle, der seine Homosexualität weder eingestand noch auslebte, hat aus dieser Furcht Werke geschaffen, die man schätzen oder ablehnen kann. Im politischen Sinne - auch das wird in Kurzkes Buch deutlich - war er seit den 1920er Jahren ein Bündnispartner der Linken. Zunächst Monarchist und noch 1914, als fast 40jähriger, Kriegsbefürworter, läuterte er sich zum Republikaner und Antifaschisten, der lange vor 1933 gegen die Nazis auftrat. Deren erbitterte Feindschaft verdiente er sich, so Kurzkes plausible Erklärung, weil er sich - im Unterschied zu fast allen anderen bürgerlichen Nietzscheanern und Anhängern einer "konservativen Revolution" - nach links entwickelte, statt nach rechts. Für Manns moralischen Rigorismus, was die Schuld der Deutschen betrifft, auch für den in diesem Zusammenhang bedeutsamen Roman "Doktor Faustus" hat der Biograf nur begrenzt Verständnis, wenn er schreibt: "Der Nachkriegs-Mann hat gelegentlich etwas von einem dogmatischen Antifaschisten ..." Das allerdings ist genau der Mann, den Linke zwar nicht lieben müssen, aber immerhin doch schätzen sollten. Hermann Kurzkes Buch bietet viel Stoff auch über den Politiker Thomas Mann.

Hermann Kurzke: Thomas Mann. Das Leben als Kunstwerk. Eine Biografie; Verlag C.H. Beck (München) 2000; 672 Seiten, 39,90 DM

Bestrafung von Staatsverbrechen

Das Schwerpunktthema der März-Ausgabe der Lateinamerika Nachrichten ist die Strafverfolgung uniformierter Mörder und Folterer aus den Zeiten der Militärdiktaturen in Chile und Argentinien. ¡Contra la impunidad! Gegen die Straflosigkeit! steht als Forderung auf dem Heft. "Gegen die Straflosigkeit" ist auch das Editorial überschrieben, in dem begründet wird, warum die Bestrafung lateinamerikanischer Menschenrechtsverbrecher von globaler Bedeutung ist: "Menschenrechtsverbrechen sind Staatsverbrechen. Und ihnen den Mantel der mit der staatlichen Autorität verbundenen Legitimität zu entreißen, vermag wirkungsvoll wiederum nur eine staatliche Instanz, und sei es die eines fremden Staates." Ein wesentlicher Schritt war die Festnahme Pinochets in London im Oktober 1998. Täter wie Pinochet und der argentinische ehemalige Marineoffizier und Folterer Cavallo seien "nach einer klassischen Völkerrechtsregel ‚Feinde der Menschheit`, die in jedem Land der Welt abgeurteilt werden können, das ihrer habhaft wird", schreiben die AutorInnen. Dabei geht es nicht nur um die Bestrafung der Täter, sondern auch um die Aufdeckung der Wahrheit. Erst seit der Anklageerhebung gegen Pinochet gibt es reihenweise Geständnisse seiner Untergebenen. Nachdem sie sich jahrelang gegen die persönlichen Wahrheiten der Opfer abgeschirmt hätten, sei es mit Hilfe der Strafjustiz nun gelungen, ein neues Unrechtsbewusstsein zu schaffen.

Lateinamerika Nachrichten 321 (März 2001): ¡Contra la impunidad! Gegen die Straflosigkeit! Bezugsadresse: Lateinamerika Nachrichten, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Fon 030/6946100, Fax 030/6926590, Mail LN@ipn.de; 68 Seiten, 8 DM

40. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak448/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:19

Verpasste Chance

Betr.: Das Jahr 1977, ak 447

In der Hoffnung, in dieser ganzen Auseinandersetzung um 68 und die 70er Jahre mal etwas Vernünftiges zu lesen, machte ich mich an den Artikel. Der "Deutsche Herbst" ist ein wichtiger Teil auch meiner politischen Sozialisation; die staatliche Repression und das gesellschaftliche Klima werden ja von Js. durchaus zutreffend beschrieben: Ich stand damals zum Beispiel mit dem ak mit der Überschrift "Wir glauben nicht an Selbstmord" auf der Straße, das war durchaus eine prägende Erfahrung.

Leider nutzt der Artikel die Chance zur Auseinandersetzung mit einem Teil der Geschichte dieser Republik und auch der bundesdeutschen Linken nicht. Die Unfähigkeit zur Selbstkritik, oder auch nur zu einer differenzierten Betrachtung der Abläufe und Wahrnehmungen damals, ist frappierend. Von "Renegaten" sollte man als anständiger Linker spätestens seit den Moskauer Säuberungen nicht mehr sprechen. Und wer anderen "Geschichtsrevision" vorwirft, geht davon aus, dass es die eine wahre Geschichtsdarstellung gibt und er im Besitze dieser Wahrheit ist. Das ist so unwissenschaftlich wie unhistorisch, Geschichte wird laufend im Prozess der gesellschaftlichen Auseinandersetzung revidiert.

Seit wann sympathisieren wir mit der Todesstrafe, noch dazu ohne Gerichtsverfahren? Von der Selektion der Geisel in Juden und Nichtjuden in Entebbe ganz zu schweigen. Alles kein Anlass zur kritischen Auseinandersetzung? Oder nur die Frage, ob die Toten "auf der anderen Seite" stehen? Und wer definiert das? Der Zweck heiligt die Mittel? Oder mit dem grausam deutschem Sprichwort: Wo gehobelt wird, da fallen Späne? Beispielsweise ein Toter, um an die Identitätskarte zu kommen.

Wirklich schade, die Chance zur Auseinandersetzung verpasst zu haben. Mit dem Gestus "Wir hatten schon immer Recht und brauchen uns noch nicht mal kritische Fragen stellen lassen" kommen wir gewiss nicht weiter. Da freue ich mich doch über so manche interessante und nachdenkenswerte Äußerung des einen oder anderen "Renegaten" (die als Renegaten Abgestempelten - und nicht selten Hingerichteten - waren vielleicht in der Geschichte der Linken sowieso immer die Interessanteren). Aber vielleicht steht ja auch im ak dazu noch mal was Besseres. Das würde mich freuen.

Viele Grüße!

Carmen

Verschlechterung übersehen

Betr.: Bündnis für Arbeit am Ziel?

ak 447

In dem Artikel zur Änderung des Betriebsverfasungsgesetzes kommt der Verfasser grob gesagt zu dem Schluss: "Viel Geschrei um Nichts" - außer einigen kleinen Verbesserungen ändert sich nicht viel. Als linke Zeitung solltet ihr aber doch vielleicht eine massive Verschlechterung im Entwurf des BetrVG bemerkt haben, die gerade oppositionelle Gruppen in den Betriebsräten trifft. Ich meine damit nicht die Abschaffung der Gruppenrechte, die bisher die Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten fest schrieb. Durch die Änderung des Wahlverfahrens für die Ausschüsse im Betriebsratsgremium (§§ 27,28) vom Verhältnis- zum Mehrheitswahlrecht kann jetzt wieder die Mehrheit (in der Regel von den offiziellen Gewerkschaftslisten gestellt) die Ausschüsse und Freistellungen unter sich ausmachen. Bisher konnten oppositionelle Vertreter einen eigenen Wahlvorschlag einbringen und so entsprechend ihrer Stärke hier Mandate besetzen.

Mit freundlichem Gruß

H.H.

41. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak448/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:29

Politische Gefangene

Zum 18. März, dem internationalen Kampftag für politische Gefangenen,gibt es in Berlin zwei Aktionen:

am 17.3., um 15 Uhr eine Kundgebung vor der Justizvollzugsanstalt Tegel, U-Bahn Seidelstraße und

am 18.3., um 15 Uhr die zentrale Demonstration zum Tag des politischen Gefangenen, U-Bahn Turmstraße, Moabit

Mexiko: 100 Tage Fox

Eine Veranstaltung im Rahmen der Romero-Tage. Jutta Klaß, Zapapres-Korrespondentin, berichtet über die aktuellen Entwicklungen in Mexiko 100 Tage nach Amtsantritt des neuen Präsidenten und über die Erwartungen an den Zug der Zapatistas nach Mexiko-Stadt.

20.3., 19.30 Uhr, Hamburg, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Tel. 39 21 91

Zeiten des Zorns

heißt eine Veranstaltung zur Geschichte und Politik der Revolutionären Zellen / Rote Zora. Klaus Viehmann und Stefan Wisniewski diskutieren die Konzeption und Erfahrungen der RZ und ihre Bedeutung für eine antifaschistische, antirassistische und internationalistische Praxis.

22.3., 19.30, Berlin, So36, Oranienstraße, U-Bahn Kottbusser Tor

Peoples' Global Action

trifft sich zum europäischen Treffen in Mailand, organisiert von Ya basta (Italien) und Reclaim-the-streets. Auf dem Treffen soll der Zustand des derzeitigen PGA-Netzwerkes geklärt und seiner zukünftigen Identität und den Aktionen Gestalt gegeben werden.

24./25.3., Mailand, Infos:

caravan99@list.free.de; http://www.ecn.org/yabasta.milano/, http://www.reclaimthestreets.net

"Anarchisten gegen Hitler"

Die FAU lädt ein zur Buchvorstellung mit dem Herausgeber Andreas Graf und anschließender Diskussion. In dem Buch gehen verschiedene Autoren der Frage nach, wie AnarchistInnen und Anarcho-SyndikalistInnen in Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien ihren Widerstand artikulierten und welche Strategien sie entwickelten.

28.3., 19 Uhr, Berlin, "Haus der Demokratie", Greifswalder Str. 4

Illegalisierte Frauen

"Lautlos und unsichtbar" - mit dem Begriff "Flüchtling" wird immer noch primär eine männliche Person assoziiert. Frauenspezifische Fluchtgründe sind in Deutschland immer noch nicht als Asylgrund anerkannt. Deshalb werden viele Frauen in die Illegalität gezwungen. Dies bedeutet extrem ausbeutbare Lebens- und Arbeitsverhältnisse und für viele Frauen die Prostitution.

29.3., 19.30 Uhr, Hamburg, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, nur für FrauenLesben, DM 3

Videoüberwachung

"Aktuelle Kamera" beschäftigt sich mit der Dokumentation, Visualisierung und Kritik von Videoüberwachung. Das Bremer Webprojekt wird Einschätzungen zur sich ausweitenden Überwachung der Innenstädte präsentieren und verschiedene Ansätze gegen Videoüberwachung vorstellen.

Termine: 29.3. Karlsruhe, Schwarzwaldstraße; 30.3., Stuttgart; 31.3., Reutlingen, Zelle; 1.4. Frankfurt, Café Excess

Infos: nfo@aktuelle-kamera.org, http://www.aktuelle-kamera.org

Frust und Lust

in der Solidarität

so die Kurzfassung des zweitägigen Workshops in Hamburg. Angesprochen werden sollen Leute aus der Dritte-Welt-Bewegung, MitarbeiterInnen aus entwicklungspolitischen Initiativen und andere Interessierte. Referentinnen der Netzwerke Peoples' Global Action, Clean Clothes Campaign und ATTAC-Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internen Finanzmärkte stellen ihre Initiativen zur Diskussion

29.-30.3., Hamburg, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Tel. 39 21 91, Beitrag: DM 30/100/150

Nazis sind Pop?

Burckhard Schröder stellt sein neues Buch vor, in dem er die These vertritt, dass Neonazis längst Teil des kulturellen Mainstreams sind. An die Analyse der rechten Alltagskultur in der Bundesrepublik will er die Diskussion über entsprechende Antifa-Strategien knüpfen.

3.4., 20 Uhr, Essen, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Kanak-Attack

und Leitkultur

Türkisch-deutsche Provokationen von Feridun Zaimoglu, veranstaltet von der Katholischen Akademie Hamburg in Kooperation mit Werkstatt 3. Mehr wird nicht verraten.

5.4., 19 Uhr, Hamburg, Katholische Akademie, Herrengraben 4, S-Bahn Stadthausbrücke, DM 12/7

Spanischer Bürgerkrieg

Harry Fisher liest aus seiner Autobiographie "Comrades - Bericht eines US-Interbrigadisten im spanischen Bürgerkrieg".

9.4. Hamburg, 11.4. Düsseldorf, 18.4. Oberhausen, 19.4. Köln, 20.4. Frankfurt, 21.4. Göttingen, 23.4. Leipzig, 24.4. Nürnberg, 25.4. München

Infos: Pahl-Rugenstein Verlag, Tel.0228-632306

Talkshow mit Kollektivbetrieben

Durchbrecht die Mechanismen kapitalistischer Akkumulation in eurem Alltag! Wie das geht, könnt ihr auf einer Veranstaltung der Reihe "Selbstbestimmt?" auf St.Pauli lernen. Da nämlich berichten die Gruppe Fritz Bauch, die Leute vom Schanzenbuchladen und das (ehemalige) Zimmerleutekollektiv über ihre Erfahrungen mit sozialistischer Wirtschaft und kollektivistischen Organisationsformen.

19.4., 21 Uhr, Hamburg, Ahoi, Balduintreppe/St.Pauli Hafenstraße

Libertäre Tage

in Düsseldorf

Für die Selbstbestimmung der Individuen in einer solidarischen Gesellschaft wollen die libertären Tage eine Möglichkeit bieten, die Utopie kreativ nach außen zu tragen - wenn ihr wissen wollt, was das bedeutet, dann fahrt am

20.-22.4. nach Düsseldorf. Weitere Infos und Pennplatzbörse unter Tel. 0173/1761737 oder www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/lib_tage.html

Migrationssteuerung und Fluchtabwehr

Das Seminar wird vom Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen organisiert und wird sich mit den Entwicklungstendenzen in der Flüchtlings- und Migrationspolitik der EU-Staaten beschäftigen.

11.-13. Mai, Wuppertal, Ökumenische Werkstatt, Missionstr. 9, Teilnahmegebühr: DM 80/60. Info und Anmeldung: Buko-Geschäftsstelle, Tel. 040-393156, mail: bukohh@t-online.de

42. Wir brauchen 60.000 DM für ak

Die Lage ist ernst und unser Spendenaufruf durchaus so gemeint

CD-Datei: daten/aksuche/ak448/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:41

Wir bedanken uns bei allen SpenderInnen, die dafür gesorgt haben, dass mehr als 44.000 DM auf unserem Spendenkonto eingegangen sind. Das ist klasse, reicht aber leider noch nicht: Wir brauchen 60.000 DM, um auch das nächste Jahr die Erstellung von ak auf solider Basis planen zu können.

Damit ihr wisst, was mit dem Geld passiert, geben wir euch einen kleinen Einblick in unseren Produktionsalltag. Die Zeitung ak - analyse & kritik wird als politisches Projekt von einer Vielzahl von Menschen erstellt. Monat für Monat engagieren sich GenossInnen neben ihrer sonstigen Produktions- und Reproduktionstätigkeit und verbringen Stunden über Stunden, um dafür zu sorgen, dass alle vier Wochen ak im Buchladen ausliegt oder bei euch im Briefkasten steckt. Darüber hinaus leisten wir uns noch den "Luxus" einiger bezahlter RedakteurInnen und KollegInnen, die sich um die Erstellung der Druckvorlagen, die Buchhaltung, den Vertrieb und die Aboverwaltung kümmern. Alle zusammen tragen die endgültige Verantwortung für die Erstellung der Zeitung.

Wie ihr euch denken könnt, sind die bei uns gezahlten Gehälter niedrig: 1.050 DM netto gibt es für eine halbe Stelle, einige von uns haben aber nur eine Viertelstelle. Im Vergleich zu anderen linken Zeitungsprojekten ist die Bezahlung bei ak sogar noch ganz gut, zumal wir ordnungsgemäß sozialversichert sind. Diese Arbeitsbedingungen wollen wir zumindest nicht verschlechtern. Ohne die jährliche Spendensammlung und ohne die monatlichen Zahlungen von regelmäßigen SpenderInnen an den Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. könnte ak nicht erstellt werden.

Sollten wir mit dem momentanen Spendenergebnis von 44.000 DM abschließen, müssten wir entweder einen Genossen oder eine Genossin "entlassen" oder aber die ohnehin geringen Gehälter noch weiter kürzen. Da wir das möglichst vermeiden wollen, bitten wir euch eindringlich: Wer noch den einen oder anderen Schein locker machen kann, möge das bitte tun. Wenn wir die 60.000 DM zusammen bekommen, können wir zumindest auf der bisherigen Grundlage weiter arbeiten. Daran sollten alle regelmäßigen Leserinnen und Leser von ak ein gesteigertes Interesse haben.

Positiv zu vermelden ist ein Aufwärtstrend in der Abo-Entwicklung. Das dient nicht nur dem Löcherstopfen, sondern steigert unsere Einnahmen. Positiv sind auch die Ergebnisse unserer Zukunftskonferenz, bei der neue GenossInnen ihre aktive Mitarbeit am Projekt ak angemeldet und viele Anregungen gegeben haben. Das setzt, zumindest in der Anfangsphase, ein verstärktes Zeitengagement der bezahlten Kräfte voraus, sozusagen eine Anschubinvestition. Dies wäre bei einer Stellenreduktion massiv in Frage gestellt. Unser Ehrgeiz ist es: Wir wollen den 30-jährigen Geburtstag von ak, der im Dezember 2001 ansteht, mit weiteren Neuerungen begehen.

Also nochmal unsere eindringliche Bitte an alle, die noch nicht für den Erhalt der Zeitung gespendet haben: Füllt den beiliegenden Überweisungsträger aus und helft auf diese Weise mit, das weitere Erscheinen von ak zu sichern. Wer es noch nicht wahr genommen hat: Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Das sollte ein zusätzlicher Anreiz sein, für das Projekt ak zu spenden.

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Verein für politische Bildung,

Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr. 13150-204

BLZ: 200 100 20

Postbank Hamburg

Verwendungszweck: Spende, StNr Hbg Mitte Altstadt 17/441/05419

Eingang bis 16.02.01 41.067,09

G.Sch., Berlin 150,00

P.P.e.V., Berlin 100,00

P.L., Dortmund 100,00

Th.B., Berlin 30,00

Th.Sch., München 200,00

V.B., Bremen 500,00

D.Z., München 200,00

M.H., Berlin 750,00

B.B., Hamburg 15,00

U.M., Soest 50,00

P.B., Hamburg 100,00

I.B., Hamburg 1.000,00

Eingang bis 09.03.01 3.195,00

Gesamtsumme bis 09.03.01 44.262,09

43. Akte Apartheid geschlossen

CD-Datei: daten/aksuche/ak448/afri.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:448:afri

Mit dem Ende der Apartheid in Südafrika endete auch weitgehend das mediale Interesse an diesem Land. Der Bericht der Wahrheitskommission liegt vor, die Menschenrechtsverletzungen während des Apartheidregimes sind aufgedeckt, TäterInnen und Opfer sind bekannt. Während ein Großteil der TäterInnen amnestiert wurde, warten die Opfer noch immer auf Entschädigung.

Die Summe der Reparations- und Entschädigungszahlungen beträgt rund eine Milliarde Mark. Geld, das nicht zur Verfügung steht, da Südafrika hoch verschuldet ist. Die Kredite aus Zeiten des Apartheidsregimes fressen ein Fünftel des nationalen Budgets. Deutsche Firmen und Banken machten in Südafrika fett Gewinne. Davon will heute niemand mehr etwas wissen. Die von Opfern der Apartheid geforderte Streichung der blutigen Kredite kommt nicht in Frage. Noch weniger denken westliche Unternehmen und Banken an angemessene Reparationszahlungen für das von ihnen verursachte Elend. So bleibt alles beim Alten. Die Profiteure von früher mischen heute wieder munter bei Gewinn versprechenden Waffengeschäften mit. Ende 1999 schloss Präsident Mbeki einen Rüstungsdeal mit westeuropäischen Firmen im Gesamtwert von 14 Milliarden Mark ab. Geld, das für die Armutsbekämpfung und die Beseitigung der sozialen Probleme am Kap bitter nötig wäre.

Entschädigung gibt es nicht zum Nulltarif. Solange die Opfer des rassistischen Systems weiterhin leer ausgehen und die TäterInnen nicht zur politischen und moralischen Verantwortung gezogen werden, kann in Südafrika keine Versöhnung stattfinden. Dazu unser Südafrika Schwerpunkt

auf den Seiten 12-15